

Amtsblatt der Europäischen Union

L 73



Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

58. Jahrgang
17. März 2015

Inhalt

I Gesetzgebungsakte

HAUSHALTSPLÄNE

- ★ **Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/366 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 1
- ★ **Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/367 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 366
- ★ **Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/368 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 460
- ★ **Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/369 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 468
- ★ **Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/370 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 493
- ★ **Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2015/371 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014** 501

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

Die Beträge in diesem Haushaltsdokument sind in Euro ausgedrückt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Etwaige Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 und 3 der Haushaltsordnung, die bei den Titeln 5 und 6 des Einnahmenplans verbucht werden, können als zusätzliche Mittel bei der Linie eingesetzt werden, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Die Ziffern für die Ausführung beziehen sich auf sämtliche bewilligten Mittel, inklusive der Haushaltsmittel, zusätzlichen Mittel und zweckgebundenen Einnahmen.

I

(Gesetzgebungsakte)

HAUSHALTSPLÄNE

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2015/366

des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9, gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020 ⁽²⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽³⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, der am 20. November 2013 endgültig erlassen wurde ⁽⁴⁾,

in Kenntnis des von der Kommission am 28. Mai 2014 angenommenen Entwurfs des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

in Kenntnis des Standpunkts zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2014, der vom Rat am 12. Dezember 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 17. Dezember 2014,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

Einzigster Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg am 17. Dezember 2014.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽³⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 51 vom 20.2.2014.

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 2 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014

INHALT

	Seite
GESAMTEINNAHMEN	
A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	4
B. Einnahmen nach Haushaltslinien	12
— Titel 1: Eigene Mittel	13
— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbussen	17
— Titel 8: Anleihen und Darlehen	20
EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN	
Einzelplan III: Kommission	23
— Einnahmen	24
— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbussen	25
— Titel 8: Anleihen und Darlehen	28
— Ausgaben	31
— Titel XX: Verwaltungsausgaben der einzelnen Politikbereiche	33
— Titel 01: Wirtschaft und Finanzen	37
— Titel 02: Unternehmen und Industrie	43
— Titel 03: Wettbewerb	51
— Titel 04: Beschäftigung, Soziales und Integration	53
— Titel 05: Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums	68
— Titel 06: Mobilität und Verkehr	89
— Titel 07: Umwelt	91
— Titel 08: Forschung und Innovation	97
— Titel 09: Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien	110
— Titel 11: Maritime Angelegenheiten und Fischerei	126
— Titel 12: Binnenmarkt und Dienstleistungen	166
— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung	174
— Titel 14: Steuern und Zollunion	188
— Titel 15: Bildung und Kultur	194
— Titel 16: Kommunikation	204
— Titel 17: Gesundheit und Verbraucherschutz	212
— Titel 18: Inneres	222

	Seite
— Titel 19: Außenpolitische Instrumente	234
— Titel 20: Handel	239
— Titel 21: Entwicklung und Zusammenarbeit	246
— Titel 22: Erweiterung	272
— Titel 23: Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz	278
— Titel 24: Betrugsbekämpfung	285
— Titel 25: Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission	289
— Titel 26: Verwaltung der Kommission	292
— Titel 27: Haushalt	302
— Titel 28: Audit	304
— Titel 29: Statistik	306
— Titel 31: Sprachendienste	311
— Titel 32: Energie	314
— Titel 33: Justiz	318
— Titel 34: Klimaschutz	325
— Titel 40: Reserven	332
— Stellenplan	334
Anhänge	340
Einzelplan VII: Ausschuss der Regionen	351
— Ausgaben	353
— Titel 1: Mitglieder und Personal der Einrichtung	354
— Personal	358
Einzelplan IX: Europäischer Datenschutzbeauftragter	359
— Ausgaben	361
— Titel 1: Ausgaben für Mitglieder und Personal der Einrichtung	362
— Personal	365

A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2014, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	65 300 076 773	69 127 255 205	-5,54
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	56 443 752 595	57 814 298 094	-2,37
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	1 665 510 850	1 894 151 766	-12,07
4. Europa in der Welt	6 840 655 156	6 731 869 945	+1,62
5. Verwaltung	8 405 638 341	8 417 791 740	-0,14
6. Ausgleichszahlungen	28 600 000	75 000 000	-61,87
Besondere Instrumente	350 000 000	390 465 192	-10,36
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	-3,75

⁽¹⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51 vom 20.2.2014), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2014 und Nr. 2/2014.

⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013.

⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	3 112 428 277	3 067 967 007	+1,45
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	p.m.	1 023 276 526	—
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	34 000 000	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt.- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	p.m.	p.m.	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	3 112 428 277	4 125 243 533	–24,55
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	16 310 700 000	14 822 700 000	+10,04
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	17 882 179 650	14 680 052 250	+21,81
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	101 728 925 788	110 822 836 159	–8,21
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelansätze ⁽³⁾	135 921 805 438	140 325 588 409	–3,14
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	–3,75
⁽¹⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51 vom 20.2.2014), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2014 und Nr. 2/2014. ⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013. ⁽³⁾ Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2014 werden auf der Grundlage der Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel am 16. Mai 2013 auf seiner 157. Sitzung angenommen hat. ⁽⁴⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“			

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 675 608 000	3 995 217 000	50	1 997 608 500	1 675 608 000	
Bulgarien	206 005 000	414 657 000	50	207 328 500	206 005 000	
Tschechische Republik	645 752 000	1 428 027 000	50	714 013 500	645 752 000	
Dänemark	1 020 116 000	2 641 773 000	50	1 320 886 500	1 020 116 000	
Deutschland	12 384 113 000	28 440 033 000	50	14 220 016 500	12 384 113 000	
Estland	87 252 000	184 233 000	50	92 116 500	87 252 000	
Irland	653 931 000	1 384 808 000	50	692 404 000	653 931 000	
Griechenland	650 120 000	1 813 897 000	50	906 948 500	650 120 000	
Spanien	4 561 628 000	10 515 414 000	50	5 257 707 000	4 561 628 000	
Frankreich	9 681 072 000	21 602 716 000	50	10 801 358 000	9 681 072 000	
Kroatien	277 716 000	438 824 000	50	219 412 000	219 412 000	Kroatien
Italien	6 568 051 000	16 020 137 000	50	8 010 068 500	6 568 051 000	
Zypern	107 177 000	154 720 000	50	77 360 000	77 360 000	Zypern
Lettland	82 650 000	249 297 000	50	124 648 500	82 650 000	
Litauen	141 652 000	353 042 000	50	176 521 000	141 652 000	
Luxemburg	272 111 000	340 956 000	50	170 478 000	170 478 000	Luxemburg
Ungarn	410 328 000	977 036 000	50	488 518 000	410 328 000	
Malta	52 918 000	68 120 000	50	34 060 000	34 060 000	Malta
Niederlande	2 661 465 000	6 274 369 000	50	3 137 184 500	2 661 465 000	
Österreich	1 487 892 000	3 296 730 000	50	1 648 365 000	1 487 892 000	
Polen	1 924 394 000	3 938 971 000	50	1 969 485 500	1 924 394 000	
Portugal	775 448 000	1 615 868 000	50	807 934 000	775 448 000	
Rumänien	544 383 000	1 507 998 000	50	753 999 000	544 383 000	
Slowenien	176 664 000	349 637 000	50	174 818 500	174 818 500	Slowenien
Slowakei	259 706 000	759 723 000	50	379 861 500	259 706 000	
Finnland	972 177 000	2 066 821 000	50	1 033 410 500	972 177 000	
Schweden	1 990 462 000	4 549 119 000	50	2 274 559 500	1 990 462 000	
Vereinigtes Königreich	9 546 932 000	19 611 871 000	50	9 805 935 500	9 546 932 000	
Insgesamt	59 817 723 000	134 994 014 000		67 497 007 000	59 607 265 500	

⁽¹⁾ Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemes- sungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Ei- genmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 675 608 000	0,300	502 682 400
Bulgarien	206 005 000	0,300	61 801 500
Tschechische Republik	645 752 000	0,300	193 725 600
Dänemark	1 020 116 000	0,300	306 034 800
Deutschland	12 384 113 000	0,300	3 715 233 900
Estland	87 252 000	0,300	26 175 600
Irland	653 931 000	0,300	196 179 300
Griechenland	650 120 000	0,300	195 036 000
Spanien	4 561 628 000	0,300	1 368 488 400
Frankreich	9 681 072 000	0,300	2 904 321 600
Kroatien	219 412 000	0,300	65 823 600
Italien	6 568 051 000	0,300	1 970 415 300
Zypern	77 360 000	0,300	23 208 000
Lettland	82 650 000	0,300	24 795 000
Litauen	141 652 000	0,300	42 495 600
Luxemburg	170 478 000	0,300	51 143 400
Ungarn	410 328 000	0,300	123 098 400
Malta	34 060 000	0,300	10 218 000
Niederlande	2 661 465 000	0,300	798 439 500
Österreich	1 487 892 000	0,300	446 367 600
Polen	1 924 394 000	0,300	577 318 200
Portugal	775 448 000	0,300	232 634 400
Rumänien	544 383 000	0,300	163 314 900
Slowenien	174 818 500	0,300	52 445 550
Slowakei	259 706 000	0,300	77 911 800
Finnland	972 177 000	0,300	291 653 100
Schweden	1 990 462 000	0,300	597 138 600
Vereinigtes Königreich	9 546 932 000	0,300	2 864 079 600
Insgesamt	59 607 265 500		17 882 179 650

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonational-einkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	3 995 217 000	0,7 535 810 ⁽¹⁾	3 010 719 673
Bulgarien	414 657 000		312 477 642
Tschechische Republik	1 428 027 000		1 076 134 033
Dänemark	2 641 773 000		1 990 789 973
Deutschland	28 440 033 000		21 431 868 872
Estland	184 233 000		138 834 491
Irland	1 384 808 000		1 043 565 015
Griechenland	1 813 897 000		1 366 918 338
Spanien	10 515 414 000		7 924 216 332
Frankreich	21 602 716 000		16 279 396 602
Kroatien	438 824 000		330 689 434
Italien	16 020 137 000		12 072 471 065
Zypern	154 720 000		116 594 054
Lettland	249 297 000		187 865 486
Litauen	353 042 000		266 045 748
Luxemburg	340 956 000		256 937 968
Ungarn	977 036 000		736 275 778
Malta	68 120 000		51 333 939
Niederlande	6 274 369 000		4 728 245 346
Österreich	3 296 730 000		2 484 353 132
Polen	3 938 971 000		2 968 333 755
Portugal	1 615 868 000		1 217 687 444
Rumänien	1 507 998 000		1 136 398 660
Slowenien	349 637 000		263 479 805
Slowakei	759 723 000		572 512 828
Finnland	2 066 821 000		1 557 517 062
Schweden	4 549 119 000		3 428 129 703
Vereinigtes Königreich	19 611 871 000		14 779 133 610
Insgesamt	134 994 014 000		101 728 925 788

⁽¹⁾ Berechnung des Satzes: (101 728 925 788) / (134 994 014 000) = 0,753581012769944.

TABELLE 4

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2013) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	16,2 077	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	6,5 970	
3. (1) – (2)	9,6 107	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		133 640 172 409
5 Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 848 333 003
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		101 791 839 406
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 456 694 911
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 176 577 247
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 280 117 664
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		–17 223 040
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		5 297 340 704
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in den zehn der Union am 1. Mai 2004 und den zwei der Union am 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).		

TABELLE 5

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs — 5 297 340 704 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,96	3,46	5,49		1,52	4,98	263 826 803
Bulgarien	0,31	0,36	0,57		0,16	0,52	27 382 150
Tschechische Republik	1,06	1,24	1,96		0,54	1,78	94 300 710
Dänemark	1,96	2,29	3,63		0,99	3,29	174 451 231
Deutschland	21,07	24,65	0,00	–18,49	0,00	6,16	326 429 505
Estland	0,14	0,16	0,25		0,07	0,23	12 165 948
Irland	1,03	1,20	1,90		0,53	1,73	91 446 714
Griechenland	1,34	1,57	2,49		0,69	2,26	119 781 891
Spanien	7,79	9,11	14,44		3,99	13,11	694 392 334
Frankreich	16,00	18,72	29,67		8,21	26,93	1 426 549 672
Kroatien	0,33	0,38	0,60		0,17	0,55	28 978 034
Italien	11,87	13,88	22,00		6,09	19,97	1 057 900 367
Zypern	0,11	0,13	0,21		0,06	0,19	10 217 038
Lettland	0,18	0,22	0,34		0,09	0,31	16 462 493
Litauen	0,26	0,31	0,48		0,13	0,44	23 313 363
Luxemburg	0,25	0,30	0,47		0,13	0,43	22 515 255
Ungarn	0,72	0,85	1,34		0,37	1,22	64 519 220
Malta	0,05	0,06	0,09		0,03	0,08	4 498 349
Niederlande	4,65	5,44	0,00	–4,08	0,00	1,36	72 016 062
Österreich	2,44	2,86	0,00	–2,14	0,00	0,71	37 839 265
Polen	2,92	3,41	5,41		1,50	4,91	260 112 561
Portugal	1,20	1,40	2,22		0,61	2,01	106 704 915
Rumänien	1,12	1,31	2,07		0,57	1,88	99 581 648
Slowenien	0,26	0,30	0,48		0,13	0,44	23 088 511
Slowakei	0,56	0,66	1,04		0,29	0,95	50 168 812
Finnland	1,53	1,79	2,84		0,79	2,58	136 483 895
Schweden	3,37	3,94	0,00	–2,96	0,00	0,99	52 213 958
Vereinigtes Königreich	14,53	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	–27,66	27,66	100,00	5 297 340 704

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 6

Überblick über die Finanzierung des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten ⁽¹⁾

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen					Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (75 %)	Zölle netto (75 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %)	Erhebungskosten (25 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten	
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8) =(5)+(6)+(7)	(9)	(10) = (3) + (8)
Belgien	6 600 000	1 585 000 000	1 591 600 000	530 533 333	502 682 400	3 010 719 673	263 826 803	3 777 228 876	3,16	5 368 828 876
Bulgarien	400 000	53 700 000	54 100 000	18 033 333	61 801 500	312 477 642	27 382 150	401 661 292	0,34	455 761 292
Tschechische Republik	3 400 000	173 400 000	176 800 000	58 933 333	193 725 600	1 076 134 033	94 300 710	1 364 160 343	1,14	1 540 960 343
Dänemark	3 400 000	295 900 000	299 300 000	99 766 667	306 034 800	1 990 789 973	174 451 231	2 471 276 004	2,07	2 770 576 004
Deutschland	26 300 000	3 386 600 000	3 412 900 000	1 137 633 332	3 715 233 900	21 431 868 872	326 429 505	25 473 532 277	21,30	28 886 432 277
Estland	0	23 700 000	23 700 000	7 900 000	26 175 600	138 834 491	12 165 948	177 176 039	0,15	200 876 039
Irland	0	213 300 000	213 300 000	71 100 000	196 179 300	1 043 565 015	91 446 714	1 331 191 029	1,11	1 544 491 029
Griechenland	1 400 000	114 600 000	116 000 000	38 666 667	195 036 000	1 366 918 338	119 781 891	1 681 736 229	1,41	1 797 736 229
Spanien	4 700 000	1 030 900 000	1 035 600 000	345 200 000	1 368 488 400	7 924 216 332	694 392 334	9 987 097 066	8,35	11 022 697 066
Frankreich	30 900 000	1 468 900 000	1 499 800 000	499 933 333	2 904 321 600	16 279 396 602	1 426 549 672	20 610 267 874	17,23	22 110 067 874
Kroatien	1 700 000	35 500 000	37 200 000	12 400 000	65 823 600	330 689 434	28 978 034	425 491 068	0,36	462 691 068
Italien	4 700 000	1 498 800 000	1 503 500 000	501 166 667	1 970 415 300	12 072 471 065	1 057 900 367	15 100 786 732	12,62	16 604 286 732
Zypern	0	16 000 000	16 000 000	5 333 333	23 208 000	116 594 054	10 217 038	150 019 092	0,13	166 019 092
Lettland	0	22 100 000	22 100 000	7 366 667	24 795 000	187 865 486	16 462 493	229 122 979	0,19	251 222 979
Litauen	800 000	53 900 000	54 700 000	18 233 334	42 495 600	266 045 748	23 313 363	331 854 711	0,28	386 554 711
Luxemburg	0	12 300 000	12 300 000	4 100 000	51 143 400	256 937 968	22 515 255	330 596 623	0,28	342 896 623
Ungarn	2 000 000	94 500 000	96 500 000	32 166 667	123 098 400	736 275 778	64 519 220	923 893 398	0,77	1 020 393 398
Malta	0	9 600 000	9 600 000	3 200 000	10 218 000	51 333 939	4 498 349	66 050 288	0,06	75 650 288
Niederlande	7 300 000	1 938 600 000	1 945 900 000	648 633 333	798 439 500	4 728 245 346	72 016 062	5 598 700 908	4,68	7 544 600 908
Österreich	3 200 000	164 700 000	167 900 000	55 966 667	446 367 600	2 484 353 132	37 839 265	2 968 559 997	2,48	3 136 459 997
Polen	12 800 000	369 400 000	382 200 000	127 400 000	577 318 200	2 968 333 755	260 112 561	3 805 764 516	3,18	4 187 964 516
Portugal	200 000	120 500 000	120 700 000	40 233 334	232 634 400	1 217 687 444	106 704 915	1 557 026 759	1,30	1 677 726 759
Rumänien	1 000 000	106 200 000	107 200 000	35 733 333	163 314 900	1 136 398 660	99 581 648	1 399 295 208	1,17	1 506 495 208
Slowenien	0	66 400 000	66 400 000	22 133 333	52 445 550	263 479 805	23 088 511	339 013 866	0,28	405 413 866
Slowakei	1 400 000	85 500 000	86 900 000	28 966 667	77 911 800	572 512 828	50 168 812	700 593 440	0,59	787 493 440
Finnland	800 000	136 600 000	137 400 000	45 800 000	291 653 100	1 557 517 062	136 483 895	1 985 654 057	1,66	2 123 054 057
Schweden	2 600 000	485 100 000	487 700 000	162 566 667	597 138 600	3 428 129 703	52 213 958	4 077 482 261	3,41	4 565 182 261
Vereinigtes Königreich	9 500 000	2 623 900 000	2 633 400 000	877 800 000	2 864 079 600	14 779 133 610	-5 297 340 704	12 345 872 506	10,33	14 979 272 506
Insgesamt	125 100 000	16 185 600 000	16 310 700 000	5 436 900 000	17 882 179 650	101 728 925 788	0	119 611 105 438	100,00	135 921 805 438

⁽¹⁾ p.m. (Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (135 921 805 438 + 3 112 428 277 = 139 034 233 715 = 139 034 233 715).

⁽²⁾ Gesamtbetrag der Eigenmittel als Prozentsatz des BNE: (135 921 805 438) / (13 499 401 400 000) = 1,01 %; Eigenmittelobergrenze in % des BNE: 1,23 %.

B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

[illegible]

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren	p.m.		p.m.
1 1 1	Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker	p.m.		p.m.
1 1 3	Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge	p.m.		p.m.
1 1 7	Produktionsabgabe	125 100 000		125 100 000
1 1 8	Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote	p.m.		p.m.
1 1 9	Überschussbetrag	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	125 100 000		125 100 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	16 185 600 000		16 185 600 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	16 185 600 000		16 185 600 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	17 882 179 650		17 882 179 650
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	17 882 179 650		17 882 179 650
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	99 767 305 073	2 967 027 640	101 728 925 788
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	99 767 305 073	2 967 027 640	101 728 925 788

KAPITEL 15 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

KAPITEL 16 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
1 5 0	KAPITEL 1 5			
	Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	0,—		0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—		0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6			
	Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	p.m.		p.m.
Titel 1 — Total		133 960 184 723	2 967 027 640	135 921 805 438

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

1 4 0 *Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
99 767 305 073	2 967 027 640	101 728 925 788

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,7536 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014	Neuer Betrag
Belgien	2 952 664 503	58 055 170	3 010 719 673
Bulgarien	306 452 191	6 025 451	312 477 642
Tschechische Republik	1 055 383 132	20 750 901	1 076 134 033
Dänemark	1 952 401 925	38 388 048	1 990 789 973
Deutschland	21 018 601 971	413 266 901	21 431 868 872
Estland	136 157 370	2 677 121	138 834 491
Irland	1 023 442 137	20 122 878	1 043 565 015
Griechenland	1 340 560 296	26 358 042	1 366 918 338
Spanien	7 771 415 083	152 801 249	7 924 216 332
Frankreich	15 965 483 903	313 912 699	16 279 396 602
Kroatien	324 312 809	6 376 625	330 689 434
Italien	11 839 679 761	232 791 304	12 072 471 065
Zypern	114 345 792	2 248 262	116 594 054
Lettland	184 242 909	3 622 577	187 865 486
Litauen	260 915 635	5 130 113	266 045 748
Luxemburg	251 983 479	4 954 489	256 937 968
Ungarn	722 078 304	14 197 474	736 275 778

**KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2
ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM (Fortsetzung)**

1 4 0

(Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plans Nr. 2/2014	Neuer Betrag
Malta	50 344 075	989 864	51 333 939
Niederlande	4 637 071 435	91 173 911	4 728 245 346
Österreich	2 436 447 794	47 905 338	2 484 353 132
Polen	2 911 095 906	57 237 849	2 968 333 755
Portugal	1 194 206 994	23 480 450	1 217 687 444
Rumänien	1 114 485 688	21 912 972	1 136 398 660
Slowenien	258 399 171	5 080 634	263 479 805
Slowakei	561 473 165	11 039 663	572 512 828
Finnland	1 527 483 739	30 033 323	1 557 517 062
Schweden	3 362 025 690	66 104 013	3 428 129 703
Vereinigtes Königreich	14 494 150 216	284 983 394	14 779 133 610
<i>Artikel 1 4 0 - insgesamt</i>	99 767 305 073	1 961 620 715	101 728 925 788

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	Verzugszinsen			
7 0 0 0	Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen	5 000 000		5 000 000
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000		3 000 000
	<i>Artikel 7 0 0 — Total</i>	8 000 000		8 000 000
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	15 000 000	9 000 000	24 000 000
	KAPITEL 7 0 — TOTAL	23 000 000	9 000 000	32 000 000
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	100 000 000	1 408 000 000	1 508 000 000
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.		p.m.
7 1 2	Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 1 — TOTAL	100 000 000	1 408 000 000	1 508 000 000
	KAPITEL 7 2			
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen			
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 7 2 0 — Total</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel 7 — Total	123 000 000	1 417 000 000	1 540 000 000

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

7 0 1 *Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
15 000 000	9 000 000	24 000 000

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

7 1 0 *Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
100 000 000	1 408 000 000	1 508 000 000

Erläuterungen

Die Kommission kann Unternehmen und Unternehmensvereinigungen Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen auferlegen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den im Folgenden genannten Verordnungen oder den Artikeln 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht nachkommen.

In der Regel sind diese Geldbußen innerhalb von drei Monaten ab Mitteilung des Kommissionsbeschlusses zu entrichten. Die Kommission erhebt den Betrag jedoch nicht, wenn das Unternehmen Einspruch beim Gerichtshof eingelegt hat. Der Unternehmer muss berücksichtigen, dass nach dem Fälligkeitsdatum Zinsen für die Schuld anfallen. Er muss der Kommission zum Fälligkeitsdatum eine Bankgarantie über den Betrag der Geldbuße zuzüglich Zinsen und Zuschlägen vorlegen.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)***7 1 0** *(Fortsetzung)**Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 8 0			
8 0 0	Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen	p.m.		p.m.
8 0 1	Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen	p.m.		p.m.
8 0 2	Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 0 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 1			
8 1 0	Rückfluss und Zinserlös bei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern des Mittelmeerraums gewährten Sonderdarlehen und Risikokapital	p.m.	151 000 000	151 000 000
8 1 3	Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Union Investment Partners“ in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 1 — TOTAL	p.m.	151 000 000	151 000 000
	KAPITEL 8 2			
8 2 7	Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern	p.m.		p.m.
8 2 8	Garantie für Euratom-Darlehen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 2 — TOTAL	p.m.		p.m.

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
8 3 5	KAPITEL 8 3			
	<i>Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 3 — TOTAL	p.m.		p.m.
8 5 0	KAPITEL 8 5			
	<i>Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividen- den</i>	2 477 000		2 477 000
	KAPITEL 8 5 — TOTAL	2 477 000		2 477 000
Titel 8 — Total		2 477 000	151 000 000	153 477 000

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

8 1 0 *Rückfluss und Zinserlös bei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern des Mittelmeerraums gewährten Sonderdarlehen und Risikokapital*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
p.m.	151 000 000	151 000 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen eingesetzt, die für Sonderdarlehen und Risikokapital anfallen, die aus den Mitteln der Kapitel 21 03 und 22 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“ an Drittländer des Mittelmeerraums gewährt werden.

Bei diesem Posten können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen eingesetzt werden, die als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben dienen, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Hierzu gehören auch Kapitalrückzahlungen und Zinserträge aus Sonderdarlehen und Risikokapitalbeträgen, die an bestimmte Mitgliedstaaten des Mittelmeerraums vergeben wurden. Diese machen jedoch nur einen geringen Teil des Gesamtbetrags aus. Die Darlehen bzw. das Risikokapital wurde(n) zu einem Zeitpunkt vergeben, zu dem die Länder noch nicht Mitglied der Union waren.

Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen, die noch im vorhergehenden Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21.

Verordnung (EU) Nr. 231/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L 77 vom 15.03.2014, S. 11).

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L 77 vom 15.03.2014, S. 27).

EINZELPLAN III

KOMMISSION

KOMMISSION

EINNAHMEN

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	Verzugszinsen			
7 0 0 0	Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten	5 000 000		5 000 000
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000		3 000 000
	<i>Artikel 7 0 0 — Total</i>	8 000 000		8 000 000
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	15 000 000	9 000 000	24 000 000
	KAPITEL 7 0 — TOTAL	23 000 000	9 000 000	32 000 000
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	100 000 000	1 408 000 000	1 508 000 000
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.		p.m.
7 1 2	Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofes der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 1 — TOTAL	100 000 000	1 408 000 000	1 508 000 000
	KAPITEL 7 2			
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen			
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 7 2 0 — Total</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel 7 — Total	123 000 000	1 417 000 000	1 540 000 000

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

7 0 1 *Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
15 000 000	9 000 000	24 000 000

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere die Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

7 1 0 *Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
100 000 000	1 408 000 000	1 508 000 000

Erläuterungen

Die Kommission kann Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen gegen Unternehmen und Unternehmensvereinigungen verhängen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den unten angeführten Verordnungen oder Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht beachten.

Die Geldbußen müssen normalerweise in einem Zeitraum von drei Monaten nach Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses gezahlt werden. Die Kommission wird den Betrag jedoch nicht vereinnahmen, wenn das Unternehmen ein Rechtsmittelverfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union angestrengt hat; das Unternehmen muss dulden, dass nach Ablauf der Zahlungsfrist Zinsen fällig werden, und der Kommission eine Bankgarantie zur Verfügung stellen, die sowohl die Hauptschuld als auch Zinsen oder Zuschläge bis zur endgültigen Zahlungsfrist abdeckt.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)***7 1 0** *(Fortsetzung)**Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere die Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 8 0			
8 0 0	Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen	p.m.		p.m.
8 0 1	Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen	p.m.		p.m.
8 0 2	Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 0 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 1			
8 1 0	Rückfluss und Zinsertrag von im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern aus dem Mittelmeerraum gewährten Sonderdarlehen und von Risikokapital	p.m.	151 000 000	151 000 000
8 1 3	Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Community Investment Partners“ in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 1 — TOTAL	p.m.	151 000 000	151 000 000
	KAPITEL 8 2			
8 2 7	Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern	p.m.		p.m.
8 2 8	Garantie für Euratom-Darlehen zur Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 2 — TOTAL	p.m.		p.m.

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTEN IN DRITTLÄNDERN

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
8 3 5	KAPITEL 8 3			
	<i>Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 8 3 — TOTAL	p.m.		p.m.
8 5 0	KAPITEL 8 5			
	<i>Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividen- den</i>	2 477 000		2 477 000
	KAPITEL 8 5 — TOTAL	2 477 000		2 477 000
Titel 8 — Total		2 477 000	151 000 000	153 477 000

KOMMISSION

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

8 1 0 *Rückfluss und Zinsertrag von im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern aus dem Mittelmeerraum gewährten Sonderdarlehen und von Risikokapital*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
p.m.	151 000 000	151 000 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen eingesetzt, die für Sonderdarlehen und Risikokapital anfallen, die aus den Mitteln der Kapitel 21 03 und 22 02 des Ausgabenplans dieses Einzelplans an Drittländer des Mittelmeerraums gewährt werden.

Bei diesem Posten können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen eingesetzt werden, die als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben dienen, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Er umfasst auch Tilgungs- und Zinseinnahmen aus Sonderdarlehen und Risikokapital, die bestimmten Mitgliedstaaten im Mittelmeerraum gewährt wurden. Diese stellen jedoch nur einen sehr kleinen Teil des Gesamtbetrages dar. Diese Darlehen und Risikokapital wurden zu einem Zeitpunkt gewährt, als diese Länder noch nicht Mitglied der Europäischen Union waren.

Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen und Risikokapital, die noch im vergangenen Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.

Rechtsgrundlagen

Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu den Kapiteln 21 03 und 22 02 des Ausgabenplans dieses Einzelplans.

Verweise

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L 77 vom 15.03.2014, S. 27).

Verordnung (EU) Nr. 231/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L 77 vom 15.03.2014, S. 11).

AUSGABEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	253 024 228	337 966 113	-11 162	-16 971 162	253 013 066	320 994 951
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
		255 024 228	339 966 113	-11 162	-16 971 162	255 013 066	322 994 951
02	UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE	2 515 125 797	2 083 893 666	-11 387	74 528 739	2 515 114 410	2 158 422 405
03	WETTBEWERB	94 462 975	94 462 975	-13 238	-13 238	94 449 737	94 449 737
04	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	13 839 025 490	11 621 742 555	-10 332	-331 075 108	13 839 015 158	11 290 667 447
05	LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	58 046 850 675	55 635 020 579	-16 873	-27 938 596	58 046 833 802	55 607 081 983
06	MOBILITÄT UND VERKEHR	2 867 191 650	1 003 428 934	-7 078	-7 078	2 867 184 572	1 003 421 856
07	UMWELT	407 281 956	345 558 517	-7 995	348 057	407 273 961	345 906 574
08	FORSCHUNG UND INNOVATION	6 198 703 944	4 091 136 052	-1 453	-490 632	6 198 702 491	4 090 645 420
09	KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN	1 637 399 923	961 129 100	-6 593	104 109 720	1 637 393 330	1 065 238 820
10	DIREKTE FORSCHUNG	419 601 970	414 982 955			419 601 970	414 982 955
11	MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI	950 774 942	667 482 286	-1 588 919	67 951 207	949 186 023	735 433 493
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	115 342 000	112 342 000	-69 567 000	-69 567 000	115 342 000	42 775 000
		1 066 116 942	779 824 286	-71 155 919	-1 615 793	1 064 528 023	778 208 493
12	BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN	116 900 978	117 126 978	-8 808	-1 998 611	116 892 170	115 128 367
13	REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG	33 073 259 166	40 223 363 359	-10 072	2 794 259 758	33 073 249 094	43 017 623 117
14	STEUERN UND ZOLL-UNION	157 048 298	122 369 692	-7 718	9 992 282	157 040 580	132 361 974
15	BILDUNG UND KULTUR	2 820 024 822	2 241 707 412	-8 601	178 972 015	2 820 016 221	2 420 679 427
16	KOMMUNIKATION	246 356 400	244 896 374	-11 041	5 488 959	246 345 359	250 385 333
17	GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	618 166 222	566 799 722	-13 273	-11 065 191	618 152 949	555 734 531
18	INNERES	1 201 391 889	762 599 931	-4 465	2 744 535	1 201 387 424	765 344 466
19	AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE	732 732 818	463 169 988	-1 368	54 364 467	732 731 450	517 534 455

KOMMISSION

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
20	HANDEL	121 107 855	115 403 729	–8 237	2 173 572	121 099 618	117 577 301
21	ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT	5 083 850 744	3 658 319 989	–12 564	336 507 436	5 083 838 180	3 994 827 425
22	ERWEITERUNG	1 519 908 038	903 886 742	–3 686	44 996 314	1 519 904 352	948 883 056
23	HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHEN- SCHUTZ	1 006 464 161	850 884 342	–3 565	255 647 335	1 006 460 596	1 106 531 677
24	BETRUGSBEKÄMPFUNG	78 230 900	74 910 993	–10 000	1 613 362	78 220 900	76 524 355
25	KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHT- LICHE BERATUNG DER KOMMISSION	194 113 789	194 836 589	–24 280	–24 280	194 089 509	194 812 309
26	VERWALTUNG DER KOMMISSION	1 001 465 044	991 092 001	–52 824	9 697 176	1 001 412 220	1 000 789 177
27	HAUSHALT	95 786 613	95 786 613	–7 043	–7 043	95 779 570	95 779 570
28	AUDIT	11 633 979	11 633 979	–1 713	–1 713	11 632 266	11 632 266
29	STATISTIK	131 894 632	152 072 858	–10 903	–21 177 712	131 883 729	130 895 146
30	VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN	1 449 531 000	1 449 531 000			1 449 531 000	1 449 531 000
31	SPRACHENDIENSTE	387 659 143	387 659 143	–54 338	–54 338	387 604 805	387 604 805
32	ENERGIE	933 452 862	588 030 260	–8 220	64 991 780	933 444 642	653 022 040
33	JUSTIZ	203 414 816	193 026 816	–5 711	–7 183 411	203 409 105	185 843 405
34	KLIMASCHUTZ	121 471 119	42 711 025	–2 440	8 825 949	121 468 679	51 536 974
40	RESERVEN	573 523 000	264 342 000		–69 567 000	573 523 000	194 775 000
	Total	139 108 831 838	131 972 965 267	–1 945 900	3 529 637 550	139 106 885 938	135 502 602 817
	Davon Reserven (40 02 41)	117 342 000	114 342 000	–69 567 000	–69 567 000	117 342 000	44 775 000

TITEL XX
VERWALTUNGS-AUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
XX 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN				
XX 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in verschiedenen Politikbereichen				
XX 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission				
XX 01 01 01 01	Gehälter und Zulagen	5,2	1 815 991 000	–317 000	1 815 674 000
XX 01 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	5,2	14 398 000		14 398 000
XX 01 01 01 03	Anpassung der Dienstbezüge	5,2	p.m.		p.m.
	<i>Subtotal</i>		1 830 389 000	–317 000	1 830 072 000
XX 01 01 02	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission in den Delegationen der Union				
XX 01 01 02 01	Gehälter und Zulagen	5,2	107 033 000		107 033 000
XX 01 01 02 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	5,2	7 506 000		7 506 000
XX 01 01 02 03	Mittel für etwaige Anpassungen der Dienstbezüge	5,2	p.m.		p.m.
	<i>Subtotal</i>		114 539 000		114 539 000
	<i>Artikel XX 01 01 — Subtotal</i>		1 944 928 000	–317 000	1 944 611 000
XX 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben				
XX 01 02 01	Externes Personal im Dienst der Kommission				
XX 01 02 01 01	Vertragsbedienstete	5,2	62 598 343		62 598 343
XX 01 02 01 02	Personal der Agenturen sowie technische und administrative Unterstützung für verschiedene Tätigkeiten	5,2	23 545 000		23 545 000
XX 01 02 01 03	Vorübergehend zur Kommission abgeordnete nationale Beamte	5,2	38 076 000		38 076 000
	<i>Subtotal</i>		124 219 343		124 219 343
XX 01 02 02	Externes Personal der Kommission in den Delegationen der Union				
XX 01 02 02 01	Dienstbezüge des sonstigen Personals	5,2	8 794 000		8 794 000
XX 01 02 02 02	Ausbildungsmaßnahmen für beigeordnete Sachverständige und abgeordnete nationale Sachverständige	5,2	1 792 000		1 792 000
XX 01 02 02 03	Sonstige Ausgaben für Personal und Dienstleistungen	5,2	337 000		337 000
	<i>Subtotal</i>		10 923 000		10 923 000
XX 01 02 11	Sonstige Ausgaben für den Dienstbetrieb des Organs				
XX 01 02 11 01	Ausgaben für Dienstreisen und Repräsentationszwecke	5,2	56 654 546		56 654 546

KOMMISSION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
XX 01 02 11 02	Ausgaben für Konferenzen, Sitzungen und Sachverständigen- gruppen	5,2	26 017 658		26 017 658
XX 01 02 11 03	Ausschusssitzungen	5,2	12 215 651		12 215 651
XX 01 02 11 04	Untersuchungen und Konsultationen	5,2	6 394 145		6 394 145
XX 01 02 11 05	Informations- und Managementsysteme	5,2	26 974 674		26 974 674
XX 01 02 11 06	Weiterbildung und Managementschulung	5,2	12 981 983		12 981 983
	<i>Subtotal</i>		141 238 657		141 238 657
XX 01 02 12	Sonstige Verwaltungsausgaben für Personal der Kommission in Delegationen der Union				
XX 01 02 12 01	Dienstreise- und Repräsentationskosten, Ausgaben für Kon- ferenzen	5,2	5 797 000		5 797 000
XX 01 02 12 02	Berufliche Fortbildung des Personals in den Delegationen	5,2	350 000		350 000
	<i>Subtotal</i>		6 147 000		6 147 000
	<i>Artikel XX 01 02 — Subtotal</i>		282 528 000		282 528 000
XX 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen so- wie für Gebäude				
XX 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen in der Kommission				
XX 01 03 01 03	IKT-Ausstattung	5,2	54 612 000		54 612 000
XX 01 03 01 04	IKT-Dienstleistungen	5,2	63 867 000		63 867 000
	<i>Subtotal</i>		118 479 000		118 479 000
XX 01 03 02	Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten in Bezug auf Per- sonal der Kommission in Delegationen der Union				
XX 01 03 02 01	Kauf oder Miete von Gebäuden und Nebenkosten	5,2	45 057 000		45 057 000
XX 01 03 02 02	Ausstattung, Mobiliar, Bürobedarf und Dienstleistungen	5,2	8 741 000		8 741 000
	<i>Subtotal</i>		53 798 000		53 798 000
	<i>Artikel XX 01 03 — Subtotal</i>		172 277 000		172 277 000
	KAPITEL XX 01 — TOTAL		2 399 733 000	-317 000	2 399 416 000

TITEL XX
VERWALTUNGS-AUSGABEN DER EINZELNEN POLITIKBEREICHE

KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN

XX 01 01 *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in verschiedenen Politikbereichen*

XX 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
XX 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Kommission				
XX 01 01 01 01	Gehälter und Zulagen	5,2	1 815 991 000	–317 000	1 815 674 000
XX 01 01 01 02	Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Versetzungen und Ausscheiden aus dem Dienst	5,2	14 398 000		14 398 000
XX 01 01 01 03	Anpassung der Dienstbezüge	5,2	p.m.		p.m.
	Posten XX 01 01 01 — Total		1 830 389 000	–317 000	1 830 072 000

Erläuterungen

Für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, ist mit Ausnahme des in Drittländern Dienst tuenden Personals Folgendes veranschlagt:

- die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängenden Zulagen,
- die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,
- die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,
- die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,
- für Beamte und Bedienstete auf Zeit die Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und/oder zu Hause,
- die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Fall offensichtlich unzulänglicher Leistungen,
- die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ,
- die Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen der Beamten, die in Vertretungen und Delegationen der Union innerhalb des Gebiets der Union tätig sind,
- Pauschalvergütungen und Vergütungen zum Stundensatz für Beamte der Laufbahngruppe AST, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Freizeit ausgeglichen werden können,
- die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,

KOMMISSION

KAPITEL XX 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN NACH POLITIKBEREICHEN (Fortsetzung)**XX 01 01** (Fortsetzung)**XX 01 01 01** (Fortsetzung)

- die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,
- die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, dass sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen,
- die vorübergehend anfallenden Kosten für Beamte, die vor dem Beitritt dienstlich in künftige neue Mitgliedstaaten abgeordnet und nach erfolgtem Beitritt in diesen Ländern befristet weiterhin dienstlich verwendet werden und für die ausnahmsweise dieselben finanziellen und materiellen Bedingungen gelten, die von der Kommission vor dem Beitritt gemäß Anhang X des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union angewendet wurden,
- die Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Bezüge, die der Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschließt.

Die Verordnung des Rates zur Anpassung der Gehaltstabellen der Beamten und sonstigen Bediensteten aller Unionsorgane, einschließlich der dienstaltersbedingten Erhöhungen und Zulagen, wird alljährlich im Amtsblatt veröffentlicht (zuletzt im ABL L 338 vom 22.12.2010, S. 1).

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 48 900 000 EUR veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABL L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

XX 01 01 01 01 Gehälter und Zulagen*Zahlenangaben*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
1 815 991 000	–317 000	1 815 674 000

TITEL 01
WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „WIRT- SCHAFT UND FINANZEN“	83 091 934	83 091 934	-11 162	-11 162	83 080 772	83 080 772
01 02	WIRTSCHAFTS- UND WÄH- RUNGSUNION	9 000 000	9 000 000			9 000 000	9 000 000
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
		11 000 000	11 000 000			11 000 000	11 000 000
01 03	INTERNATIONALE WIRT- SCHAFTS- UND FINANZFRA- GEN	118 432 294	110 585 305		-28 960 000	118 432 294	81 625 305
01 04	FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE	42 500 000	135 288 874		12 000 000	42 500 000	147 288 874
	Titel 01 — Total	253 024 228	337 966 113	-11 162	-16 971 162	253 013 066	320 994 951
	Reserven (40 02 41)	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
		255 024 228	339 966 113	-11 162	-16 971 162	255 013 066	322 994 951

KOMMISSION

TITEL 01**WIRTSCHAFT UND FINANZEN****KAPITEL 01 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
01 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“				
01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“	5,2	64 450 317	-11 162	64 439 155
01 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Wirtschaft und Finanzen“				
01 01 02 01	Externes Personal	5,2	6 403 755		6 403 755
01 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	7 766 066		7 766 066
	Artikel 01 01 02 — Subtotal		14 169 821		14 169 821
01 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige Betriebsausgaben im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“				
01 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige Betriebsausgaben im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“	5,2	4 171 796		4 171 796
01 01 03 04	Ausgaben für spezifischen Bedarf im Bereich der Elektronik, der Telekommunikation und der Information	5,2	300 000		300 000
	Artikel 01 01 03 — Subtotal		4 471 796		4 471 796
	Kapitel 01 01 — Total		83 091 934	-11 162	83 080 772

01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wirtschaft und Finanzen“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
64 450 317	-11 162	64 439 155

KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01 03	INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN							
01 03 01	Beteiligung am Kapital internationaler Finanzinstitute							
01 03 01 01	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital	4	—	—			—	—
01 03 01 02	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 01 03 01 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 03 02	Makrofinanzielle Hilfe	4	60 000 000	52 153 011		–28 960 000	60 000 000	23 193 011
01 03 03	Garantie der Europäischen Union für Unions-Anleihen für makroökonomische Unterstützung zugunsten von Drittländern	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 03 04	Garantie für Euratom-Anleihen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in Drittstaaten	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 03 05	Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank und Darlehensgarantien für Transaktionen in Drittstaaten	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 03 06	Mittel für den Garantiefonds	4	58 432 294	58 432 294			58 432 294	58 432 294
	Kapitel 01 03 — Total		118 432 294	110 585 305		–28 960 000	118 432 294	81 625 305

01 03 02 Makrofinanzielle Hilfe

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
60 000 000	52 153 011		–28 960 000	60 000 000	23 193 011

Erläuterungen

Die Sonderfinanzhilfe dient dazu, die angespannte Finanzlage bestimmter Drittländer, in denen aufgrund makroökonomischer Schwierigkeiten Zahlungsbilanzdefizite und/oder schwere Haushaltsungleichgewichte entstanden sind, zu entschärfen.

Sie ist direkt an die Durchführung von Maßnahmen zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und Strukturanpassung seitens der Empfängerländer gebunden. Die Maßnahmen der Union erfolgen generell ergänzend zu denen des Internationalen Währungsfonds in Absprache mit anderen bilateralen Gebern.

Voraussetzung für die Gewährung makrofinanzieller Hilfe ist das Bestehen einer unabhängigen Prüfstelle auf nationaler Ebene in dem Empfängerstaat.

KOMMISSION

KAPITEL 01 03 — INTERNATIONALE WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN *(Fortsetzung)***01 03 02** *(Fortsetzung)*

Die Kommission wird die Haushaltsbehörde regelmäßig über die makroökonomische Lage der Empfängerländer unterrichten und legt alljährlich einen ausführlichen Bericht über die Durchführung der Hilfe vor.

Die bei diesem Artikel veranschlagten Mittel sind auch für die Leistung finanzieller Hilfe für den Wiederaufbau in den vom Konflikt mit Russland betroffenen Gebieten Georgiens bestimmt. Diese Maßnahmen sollten in erster Linie der makroökonomischen Stabilisierung des Landes dienen. Über den Gesamtbetrag der Hilfe wurde auf einer internationalen Geberkonferenz 2008 entschieden.

Die bei diesem Artikel veranschlagten Mittel werden auch verwendet, um die der Union entstehenden Kosten beim Abschluss und bei der Durchführung von Transaktionen im Zusammenhang mit Anleihe- und Darlehenstransaktionen von Makrofinanzhilfen zu decken oder zeitweise vorzufinanzieren.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2006/880/EG des Rates vom 30. November 2006 über eine Sonderfinanzhilfe der Gemeinschaft für das Kosovo (ABl. L 339 vom 6.12.2006, S. 36).

Beschluss 2007/860/EG des Rates vom 10. Dezember 2007 über eine Makrofinanzhilfe der Gemeinschaft für Libanon (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 111).

Beschluss 2009/889/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 1).

Beschluss 2009/890/EG des Rates vom 30. November 2009 über eine Makrofinanzhilfe für Armenien (ABl. L 320 vom 5.12.2009, S. 3).

Beschluss Nr. 388/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 179 vom 14.7.2010, S. 1).

Beschluss Nr. 938/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 1).

Beschluss Nr. 778/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 über eine weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 15).

Beschluss Nr. 1025/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über eine Makrofinanzhilfe für die Kirgisische Republik (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 1).

Beschluss Nr. 1351/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über eine Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 4).

KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
01 04	FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE							
01 04 01	Europäischer Investitionsfonds							
01 04 01 01	Europäischer Investitionsfonds — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital	1,1	42 500 000	42 500 000			42 500 000	42 500 000
01 04 01 02	Europäischer Investitionsfonds — Abzufbarer Teil des gezeichneten Kapitals	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 01 04 01 — Subtotal</i>		42 500 000	42 500 000			42 500 000	42 500 000
01 04 02	Nukleare Sicherheit — Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 04 03	Garantie für Euratom-Anleihen	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 04 51	Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	92 788 874		12 000 000	p.m.	104 788 874
	Kapitel 01 04 — Total		42 500 000	135 288 874		12 000 000	42 500 000	147 288 874

01 04 51 Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	92 788 874		12 000 000	p.m.	104 788 874

Erläuterungen

Vormals Artikel 01 04 04, 01 04 05 und 01 04 06

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Obwohl die Geltungsdauer der Mittelbindungen inzwischen abgelaufen ist, müssen diese Fazilitäten mehrere Jahre lang für erforderliche Zahlungen für Investitionen und die Einhaltung von Garantieverpflichtungen aufrechterhalten werden. Daher bleiben die Melde- und Überwachungsvorschriften bis zum Auslaufen der Fazilitäten bestehen.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1) Anwendung.

KOMMISSION

KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE *(Fortsetzung)***01 04 51** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Etwaige Einnahmen aus Treuhandkonten, die unter Artikel 5 2 3 des Einnahmenplans aufgeführt sind, werden gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei diesem Artikel eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 98/347/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung innovativer und arbeitsplatzschaffender kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) — Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung (ABl. L 155 vom 29.5.1998, S. 43).

Entscheidung 2000/819/EG des Rates vom 20. Dezember 2000 über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 333 vom 29.12.2000, S. 84).

Beschluss Nr. 1776/2005/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. September 2005 zur Änderung der Entscheidung 2000/819/EG des Rates über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005) (ABl. L 289 vom 3.11.2005, S. 14).

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15).

TITEL 02
UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
02 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“	119 530 259	119 530 259	-11 387	-11 387	119 518 872	119 518 872
02 02	PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)	247 057 275	114 412 459		4 540 126	247 057 275	118 952 585
02 03	BINNENMARKT FÜR WAREN UND SEKTORBEZOGENE POLITISCHE MASSNAHMEN	39 170 000	32 330 554			39 170 000	32 330 554
02 04	HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE	401 518 263	486 556 651			401 518 263	486 556 651
02 05	EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO)	1 347 417 000	1 144 387 928		70 000 000	1 347 417 000	1 214 387 928
02 06	EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM	360 433 000	186 675 815			360 433 000	186 675 815
	Titel 02 — Total	2 515 125 797	2 083 893 666	-11 387	74 528 739	2 515 114 410	2 158 422 405

KOMMISSION

TITEL 02

UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE

KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
02 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“				
02 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“	5,2	65 749 316	-11 387	65 737 929
02 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“				
02 01 02 01	Externes Personal	5,2	5 487 197		5 487 197
02 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	4 125 657		4 125 657
	<i>Artikel 02 01 02 — Subtotal</i>		9 612 854		9 612 854
02 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Unternehmen und Industrie“	5,2	4 255 878		4 255 878
02 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“				
02 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME)	1,1	3 675 000		3 675 000
02 01 04 02	Unterstützungsausgaben für die Normung und Annäherung der Rechtsvorschriften	1,1	160 000		160 000
02 01 04 03	Unterstützungsausgaben für die Europäischen Satellitennavigationsprogramme	1,1	3 350 000		3 350 000
02 01 04 04	Unterstützungsausgaben für das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (Copernicus)	1,1	2 500 000		2 500 000
	<i>Artikel 02 01 04 — Subtotal</i>		9 685 000		9 685 000
02 01 05	Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“				
02 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	12 347 430		12 347 430
02 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	3 637 467		3 637 467
02 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	7 217 314		7 217 314
	<i>Artikel 02 01 05 — Subtotal</i>		23 202 211		23 202 211
02 01 06	Exekutivagenturen				
02 01 06 01	Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (Cosme)	1,1	7 025 000		7 025 000
	<i>Artikel 02 01 06 — Subtotal</i>		7 025 000		7 025 000
	Kapitel 02 01 — Total		119 530 259	-11 387	119 518 872

KAPITEL 02 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE“ (Fortsetzung)**02 01 01** *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Unternehmen und Industrie“*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
65 749 316	-11 387	65 737 929

KOMMISSION

KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
02 02	PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME)							
02 02 01	Förderung unternehmerischer Initiative und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang der Unternehmen der Union	1,1	102 709 687	14 575 804			102 709 687	14 575 804
02 02 02	Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln für Form von Eigen- und Fremdkapital	1,1	140 657 588	66 664 000		4 540 126	140 657 588	71 204 126
02 02 51	Abschluss früherer Programme im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Initiative	1,1	p.m.	26 666 655			p.m.	26 666 655
02 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
02 02 77 01	Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im neuen finanziellen Umfeld	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 02	Pilotprojekt — Erasmus für junge Unternehmer	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für junge Unternehmer	1,1	p.m.	835 000			p.m.	835 000
02 02 77 04	Pilotprojekt — Maßnahmen im Sektor Textilien und Schuhe	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Herausragende europäische Reiseziele	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Nachhaltiger Fremdenverkehr	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Sozialtourismus in Europa	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 08	Vorbereitende Maßnahme — Förderung europäischer und transnationaler Tourismusprodukte mit besonderem Schwerpunkt auf Kultur- und Industrieprodukten	1,1	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
02 02 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Barrierefreier Tourismus	1,1	690 000	1 035 000			690 000	1 035 000
02 02 77 10	Vorbereitende Maßnahme — Euromed — Innovationen von Unternehmern für den Wandel	1,1	p.m.	1 000 000			p.m.	1 000 000

KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
02 02 77	(Fortsetzung)							
02 02 77 11	Pilotprojekt — Erleichterung des Zu- gangs von Handwerkern und kleinen Bauunternehmen zu Versicherungen, um die Innovation und die Förderung umweltfreundlicher Technologien in der Europäischen Union anzukurbeln	1,1	p.m.	286 000			p.m.	286 000
02 02 77 12	Pilotprojekt — Europäisches Kom- petenznetz „seltene Erden“	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 13	Pilotprojekt — Entwicklung der euro- päischen „Gebiete für die Kreativwirt- schaft“	3	p.m.	350 000			p.m.	350 000
02 02 77 14	Pilotprojekt — Rasche und effiziente Beitreibung ausstehender Forderungen von kleinen und mittleren Unterneh- men (KMU) mit grenzüberschreitender Tätigkeit	3	p.m.	500 000			p.m.	500 000
02 02 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Harmo- nisierte Verfahren und Normen für den elektronischen Geschäftsverkehr zwi- schen europäischen KMU aus ver- wandten Wirtschaftszweigen	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
02 02 77 16	Pilotprojekt — Zukunft des verarbei- tenden Gewerbes	1,1	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	Artikel 02 02 77 — Subtotal		3 690 000	6 506 000			3 690 000	6 506 000
	Kapitel 02 02 — Total		247 057 275	114 412 459		4 540 126	247 057 275	118 952 585

02 02 02 Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln für Form von Eigen- und Fremdkapital

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
140 657 588	66 664 000		4 540 126	140 657 588	71 204 126

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen dazu, in der Gründungs-, Wachstums- und Übertragungsphase den Zugang von KMU zu Finanzierungen in Form von Eigen- und Fremdkapital zu verbessern.

Eine Kreditbürgschaftsfazilität bietet Rückbürgschaften, direkte Bürgschaften und andere Risikoteilungsmodalitäten für eine Kreditfinanzierung, die die gravierenden Schwierigkeiten verringern soll, mit denen gesunde KMU zu kämpfen haben, wenn sie Kapital benötigen, weil ihnen entweder ein höheres Risiko unterstellt wird oder ihre Sicherheiten nicht ausreichen, und die Verbriefung von KMU-Kredit-Portfolios.

KOMMISSION

KAPITEL 02 02 — PROGRAMM FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON UNTERNEHMEN UND KMU (COSME) (Fortsetzung)**02 02 02** (Fortsetzung)

Eine Wachstums-Beteiligungskapitalfazilität (EFG) wird Investitionen in Risikokapitalfonds ermöglichen, die in KMU in der Expansions- und Wachstumsphase, insbesondere wenn sie grenzüberschreitend tätig sind, investieren. Es soll die Möglichkeit geben, in Verbindung mit der Beteiligungskapitalfazilität für FEI im Rahmen von Horizont 2020 in Frühphasenfonds zu investieren. Bei gemeinsamen Investitionen in mehrstufige Fonds stammt die Finanzierung anteilmäßig aus der EFG von COSME und der Beteiligungskapitalfazilität für FEI im Rahmen von Horizont 2020. Hilfen der EFG fließen entweder direkt über den Europäischen Investitionsfonds (EIF) oder über andere von der Kommission mit der Durchführung betraute Einrichtungen oder über Dachfonds oder Investitionsinstitute, die grenzüberschreitend investieren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Erstattungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans verbucht werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung führen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1287/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 33), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d.

KAPITEL 02 05 — EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
02 05	EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO)							
02 05 01	<i>Entwicklung und Bereitstellung von weltweiten Satellitennavigations-Infrastrukturen und -Diensten (Galileo) bis zum Jahr 2019</i>	1,1	1 097 830 000	667 658 621		70 000 000	1 097 830 000	737 658 621
02 05 02	<i>Erbringung von Satellitendiensten, die stufenweise bis 2020 eine Leistungsverbesserung des GPS auf dem gesamten Gebiet der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) ermöglichen sollen (EGNOS)</i>	1,1	225 000 000	170 148 008			225 000 000	170 148 008
02 05 11	<i>Agentur für das Europäische GNSS</i>	1,1	24 587 000	24 587 000			24 587 000	24 587 000
02 05 51	<i>Abschluss der europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS und Galileo)</i>	1,1	p.m.	281 994 299			p.m.	281 994 299
	Kapitel 02 05 — Total		1 347 417 000	1 144 387 928		70 000 000	1 347 417 000	1 214 387 928

02 05 01 Entwicklung und Bereitstellung von weltweiten Satellitennavigations-Infrastrukturen und -Diensten (Galileo) bis zum Jahr 2019

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 097 830 000	667 658 621		70 000 000	1 097 830 000	737 658 621

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Mit dem Beitrag der Union zu den europäischen GNSS-Programmen soll Folgendes finanziert werden:

- der Abschluss der Errichtungsphase des Programms Galileo, die den Bau, die Errichtung und den Schutz der Weltraum- und Boden-Infrastruktur umfasst, sowie die Vorbereitungen für die Betriebsphase mit den Tätigkeiten zur Vorbereitung der Erbringung der Dienste,
- die Betriebsphase des Programms Galileo, die die Verwaltung, Instandhaltung, ständige Verbesserung, Weiterentwicklung und Sicherung der Infrastruktur im Weltraum und auf der Erde, die Entwicklung künftiger Systemgenerationen und die Entwicklung der vom System erbrachten Dienste, die Zertifizierungs- und Normungstätigkeiten, die Erbringung und Vermarktung der vom System erbrachten Dienste sowie alle anderen Tätigkeiten umfasst, die für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Programms erforderlich sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben b und d der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

KAPITEL 02 05 — EUROPÄISCHE SATELLITENNAVIGATIONSPROGRAMME (EGNOS UND GALILEO) (Fortsetzung)**02 05 01** (Fortsetzung)

Der Beitrag der Mitgliedstaaten für spezifische Komponenten des Programms können den unter diesem Artikel eingetragenen Mitteln zugeschlagen werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die weitere Durchführung der europäischen Satellitenprogramme (EGNOS und Galileo) (ABl. L 196 vom 24.7.2008, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1285/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 betreffend den Aufbau und den Betrieb der europäischen Satellitennavigationssysteme und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 876/2002 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 683/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 4.

TITEL 03
WETTBEWERB

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
03 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „WETT- BEWERB“	94 462 975	–13 238	94 449 737
	Titel 03 — Total	94 462 975	–13 238	94 449 737

KOMMISSION

TITEL 03

WETTBEWERB

KAPITEL 03 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WETTBEWERB“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
03 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WETTBEWERB“				
03 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wettbewerb“	5,2	76 441 073	–13 238	76 427 835
03 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Wettbewerb“				
03 01 02 01	Externes Personal	5,2	5 627 112		5 627 112
03 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	7 446 847		7 446 847
	Artikel 03 01 02 — Subtotal		13 073 959		13 073 959
03 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Wettbewerb“	5,2	4 947 943		4 947 943
03 01 07	Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren gegen Beschlüsse der Kommission im Bereich der Wettbewerbspolitik	5,2	p.m.		p.m.
	Kapitel 03 01 — Total		94 462 975	–13 238	94 449 737

03 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Wettbewerb“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
76 441 073	–13 238	76 427 835

TITEL 04
BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
04 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „BE- SCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“	91 404 590	91 404 590	-10 332	-10 332	91 394 258	91 394 258
04 02	EUROPÄISCHER SOZIAL- FONDS	13 035 200 000	10 920 159 699		-420 000 000	13 035 200 000	10 500 159 699
04 03	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	211 140 900	182 998 102		-10 064 776	211 140 900	172 933 326
04 04	EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLO- BALISIERUNG	p.m.	50 000 000			p.m.	50 000 000
04 05	INSTRUMENT FÜR HERAN- FÜHRUNGSHILFE — BESCHÄF- TIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUM- ANKAPITALS	p.m.	69 900 164			p.m.	69 900 164
04 06	EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PER- SONEN	501 280 000	307 280 000		99 000 000	501 280 000	406 280 000
	Titel 04 — Total	13 839 025 490	11 621 742 555	-10 332	-331 075 108	13 839 015 158	11 290 667 447

KOMMISSION

TITEL 04
BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

KAPITEL 04 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
04 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“				
04 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“	5,2	59 654 015	–10 332	59 643 683
04 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Beschäftigung, Soziales und Integration“				
04 01 02 01	Externes Personal	5,2	3 918 717		3 918 717
04 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	4 670 521		4 670 521
	Artikel 04 01 02 — Subtotal		8 589 238		8 589 238
04 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Beschäftigung, Soziales und Integration“	5,2	3 861 337		3 861 337
04 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“				
04 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Europäischen Sozialfonds und nichtoperative technische Unterstützung	1,2	15 500 000		15 500 000
04 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation	1,1	3 800 000		3 800 000
04 01 04 03	Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe — Beschäftigung, Sozialpolitik und Entwicklung des Humankapitals	4	p.m.		p.m.
04 01 04 04	Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	9	p.m.		p.m.
	Artikel 04 01 04 — Subtotal		19 300 000		19 300 000
	Kapitel 04 01 — Total		91 404 590	–10 332	91 394 258

04 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Beschäftigung, Soziales und Integration“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
59 654 015	–10 332	59 643 683

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
04 02	EUROPÄISCHER SOZIALFONDS							
04 02 01	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 02	Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 03	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 04	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 05	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 06	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 07	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 08	Abschluss von EQUAL (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 09	Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 10	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (2000 bis 2006)	1,2	—	p.m.			—	p.m.
04 02 11	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (aus der Zeit vor 2000)	1,2	—	—			—	—

KOMMISSION

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
04 02 17	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Konvergenz (2007-2013)	1,2	p.m.	6 769 000 000			p.m.	6 769 000 000
04 02 18	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — PEACE (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 19	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (2007-2013)	1,2	p.m.	2 997 183 133			p.m.	2 997 183 133
04 02 20	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Operative technische Unterstützung (2007-2013)	1,2	p.m.	6 000 000			p.m.	6 000 000
04 02 60	Europäischer Sozialfonds — Weniger entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	1,2	5 636 300 000	364 000 000			5 636 300 000	364 000 000
04 02 61	Europäischer Sozialfonds — Übergangsregionen — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	1,2	1 832 300 000	108 366 526			1 832 300 000	108 366 526
04 02 62	Europäischer Sozialfonds — entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	1,2	3 752 500 000	219 610 040			3 752 500 000	219 610 040
04 02 63	Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe							
04 02 63 01	Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe	1,2	10 000 000	6 000 000			10 000 000	6 000 000
04 02 63 02	Europäischer Sozialfonds — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 04 02 63 — Subtotal		10 000 000	6 000 000			10 000 000	6 000 000
04 02 64	Beschäftigungsinitiative für Jugendliche	1,2	1 804 100 000	450 000 000		–420 000 000	1 804 100 000	30 000 000
	Kapitel 04 02 — Total		13 035 200 000	10 920 159 699		–420 000 000	13 035 200 000	10 500 159 699

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die in Artikel 174 niedergelegten Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch die Politik unterstützt, die die Union mit Hilfe der Strukturfonds, u. a. des ESF, führt. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 AEUV festgelegt.

Artikel 80 der Haushaltsordnung sieht Finanzkorrekturen bei Ausgaben vor, die nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

In Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 zu den Finanzkorrekturen der Kommission sind besondere Regelungen für Finanzkorrekturen beim ESF festgelegt.

Einnahmen aus dementsprechend durchgeführten Finanzkorrekturen werden in den Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans eingesetzt und gelten als zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

In Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 sind besondere Bestimmungen für die Erstattung von Vorschusszahlungen beim ESF festgelegt.

Erstattete Vorfinanzierungsbeträge gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in den Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 eingesetzt.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5.).

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

KOMMISSION

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 16. und 17. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

04 02 64**Beschäftigungsinitiative für Jugendliche**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 804 100 000	450 000 000		-420 000 000	1 804 100 000	30 000 000

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Diese Mittel dienen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die durch den ESF finanziert werden. Es handelt sich hierbei um die besondere Mittelzuweisung für die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in Regionen, die 2012 eine Jugendarbeitslosenquote von über 25 % verzeichneten, bzw. — im Falle von Mitgliedstaaten, in denen die Jugendarbeitslosenquote 2012 um mehr als 30 % gestiegen ist — in Regionen, die 2012 eine Jugendarbeitslosenquote von über 20 % verzeichneten. Der zusätzliche dieser Haushaltslinie für den Zeitraum 2014-2020 zugewiesene Betrag in Höhe von 3 000 000 000 EUR soll die ESF-Interventionen in diesen Regionen ergänzen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470).

KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
04 03	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION							
04 03 01	Befugnisse und besondere Zuständigkeiten							
04 03 01 01	Kosten der vorbereitenden Konsultationen der Gewerkschaften	1,1	425 000	225 000			425 000	225 000
04 03 01 03	Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und Maßnahmen für Migranten, einschließlich Migranten aus Drittländern	1,1	6 400 000	5 000 000			6 400 000	5 000 000
04 03 01 04	Analyse und Studien über die soziale Lage, Demografie und Familie	1,1	3 687 000	2 487 000			3 687 000	2 487 000
04 03 01 05	Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten von Arbeitnehmerorganisationen	1,1	18 600 000	14 675 010			18 600 000	14 675 010
04 03 01 06	Information, Konsultation und Beteiligung von Unternehmensvertretern	1,1	7 250 000	6 146 352			7 250 000	6 146 352
04 03 01 07	Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012)	1,1	p.m.	740 000			p.m.	740 000
04 03 01 08	Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog	1,1	15 935 000	10 320 293			15 935 000	10 320 293
	<i>Artikel 04 03 01 — Subtotal</i>		52 297 000	39 593 655			52 297 000	39 593 655
04 03 02	Programm für Beschäftigung und soziale Innovation							
04 03 02 01	Progress — Unterstützung der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union und der Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen	1,1	71 176 000	20 774 736		-2 950 000	71 176 000	17 824 736
04 03 02 02	EURES — Förderung der räumlichen Mobilität von Arbeitnehmern und Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven	1,1	21 300 000	12 077 585			21 300 000	12 077 585
04 03 02 03	Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum — Erleichterung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem arbeitsmarktfernen, sowie Sozialunternehmen	1,1	26 500 000	9 447 218		-7 114 776	26 500 000	2 332 442
	<i>Artikel 04 03 02 — Subtotal</i>		118 976 000	42 299 539		-10 064 776	118 976 000	32 234 763
04 03 11	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	1,1	19 854 000	19 854 000			19 854 000	19 854 000
04 03 12	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	1,1	14 013 900	14 013 900			14 013 900	14 013 900

KOMMISSION

KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
04 03 51	Abschluss von Progress	1,1	p.m.	31 294 613			p.m.	31 294 613
04 03 52	Abschluss von EURES	1,1	p.m.	10 082 958			p.m.	10 082 958
04 03 53	Abschluss sonstiger Tätigkeiten	1,1	p.m.	14 894 437			p.m.	14 894 437
04 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maß- nahmen							
04 03 77 02	Pilotprojekt — Förderung des Schutzes von Wohnraum	1,1	p.m.	600 000			p.m.	600 000
04 03 77 03	Pilotprojekt — Beschäftigungs- und Lebensbedingungen entsandter Arbeit- nehmer	1,1	—	p.m.			—	p.m.
04 03 77 04	Pilotprojekt — Maßnahmen zur Erhal- tung von Arbeitsplätzen	1,1	—	65 000			—	65 000
04 03 77 05	Pilotprojekt — Förderung der Mobilität und Integration der Arbeitnehmer inner- halb der Union	1,1	—	20 000			—	20 000
04 03 77 06	Pilotprojekt — Allumfassende Zusam- menarbeit zwischen öffentlichen Stel- len, kommerziellen Unternehmen und nicht gewinnorientierten Unternehmen bei der Integration von Menschen in die Gesellschaft und ins Arbeitsleben	1,1	—	350 000			—	350 000
04 03 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Ihr erster EURES-Arbeitsplatz	1,1	p.m.	3 880 000			p.m.	3 880 000
04 03 77 08	Pilotprojekt — Soziale Solidarität für eine soziale Eingliederung	1,1	p.m.	600 000			p.m.	600 000
04 03 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Informa- tionszentren für entsandte Arbeitneh- mer und Wanderarbeitnehmer	1,1	1 000 000	600 000			1 000 000	600 000
04 03 77 10	Pilotprojekt — Förderung der Um- wandlung unsicherer Arbeitsverhält- nisse in abgesicherte Arbeitsverhält- nisse	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 03 77 11	Pilotprojekt — Verhütung von Gewalt gegen ältere Menschen	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 03 77 12	Pilotprojekt — Gesundheit und Sicher- heit älterer Arbeitnehmer am Arbeits- platz	1,1	p.m.	200 000			p.m.	200 000
04 03 77 13	Vorbereitende Maßnahme — Auf junge Menschen ausgerichtete Aktivierungs- maßnahmen — Umsetzung der Initia- tive „Jugend in Bewegung“	1,1	p.m.	2 000 000			p.m.	2 000 000

KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
04 03 77	(Fortsetzung)							
04 03 77 14	Vorbereitende Maßnahme — Soziale Innovationen durch soziale Geschäftsmodelle und junges Unternehmertum	1,1	1 000 000	650 000			1 000 000	650 000
04 03 77 15	Pilotprojekt — Machbarkeit und zusätzlicher Nutzen eines europäischen Systems zur Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung	1,1	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
04 03 77 16	Vorbereitende Maßnahme — Mikrokredite, um insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen	1,1	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
	<i>Artikel 04 03 77 — Subtotal</i>		6 000 000	10 965 000			6 000 000	10 965 000
	Kapitel 04 03 — Total		211 140 900	182 998 102		-10 064 776	211 140 900	172 933 326

04 03 02 Programm für Beschäftigung und soziale Innovation

04 03 02 01 Progress — Unterstützung der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union und der Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
71 176 000	20 774 736		-2 950 000	71 176 000	17 824 736

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Allgemeines Ziel des Programms der Union für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) ist es, einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 und zu den entsprechenden Kernzielen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Armut zu leisten, indem finanzielle Mittel zur Erreichung der Ziele der Union bereitgestellt werden.

Um die allgemeinen Zielsetzungen des Programms EaSI — Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen — zu erreichen, werden im Rahmen des Unterprogramms Progress folgende Einzelziele verfolgt:

- Aufbau und Verbreitung hochwertiger vergleichender analytischer Kenntnisse, damit die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union sowie die Rechtsvorschriften der Union zu den Arbeitsbedingungen auf fundierten Fakten fußen und für die Bedürfnisse, Herausforderungen und Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten und den anderen teilnehmenden Ländern relevant sind;
- Förderung des wirksamen und integrativen Informationsaustausches, des Voneinander-Lernens und des Dialogs über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union sowie die Rechtsvorschriften der Union zu den Arbeitsbedingungen auf europäischer, nationaler und internationaler Ebene, um die Mitgliedstaaten und die anderen teilnehmenden Länder bei der Ausarbeitung ihrer Politik und der ordnungsgemäßen Umsetzung des Unionsrechts zu unterstützen;

KOMMISSION

KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION (Fortsetzung)**04 03 02** (Fortsetzung)**04 03 02 01** (Fortsetzung)

- finanzielle Unterstützung der politischen Entscheidungsträger, damit sie sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen voranbringen können, Aufbau der Kapazität der wichtigsten Akteure zur Gestaltung und Umsetzung sozialer Erprobungsszenarien und Bereitstellung eines Zugangs zu relevanten Kompetenzen und Fachkenntnissen;
- Überwachung und Bewertung der Umsetzung der europäischen beschäftigungspolitischen Leitlinien und Empfehlungen und ihrer Wirkung, insbesondere anhand des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, sowie Analyse der Interaktion zwischen der EBS und den allgemeinen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik;
- finanzielle Unterstützung für Organisationen auf nationaler und Unionsebene, damit sie die Umsetzung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Union sowie des Unionsrechts zu den Arbeitsbedingungen vorantreiben, fördern und unterstützen können;
- Sensibilisierung, Austausch von bewährten Verfahren, Verbreitung von Informationen und Förderung der Debatte über die wichtigsten Herausforderungen und strategischen Aufgaben im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben (z. B. familienfreundliche und informelle Betreuungspersonen fördernde Politik am Arbeitsplatz, ausreichende hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung, unterstützende Infrastrukturen für werdende und arbeitende Mütter sowie für diejenigen Mütter, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, usw.) sowie die alternde Gesellschaft, u. a. bei den Sozialpartnern;
- Ziel des Sozietallabels ist die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Beschäftigung junger Menschen sowie die Bekämpfung der Armut durch Unterstützung verstärkter sozialer Konvergenz.

Durch das Sozietallabel soll Folgendes gefördert werden:

- Anwendung von sozialen Mindeststandards in Europa durch regelmäßige Überwachung und Bewertung der beteiligten Unternehmen,
- Stärkung der sozialen Konvergenz auf europäischer Ebene,
- Verringerung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse,
- Investitionen in sozial verantwortungsvolle Unternehmen.

Dieses Pilotprojekt ist mit den Arbeiten der Sachverständigengruppe für soziales Unternehmertum verknüpft, ergänzt den für 2014 angekündigten Zwischenbericht über die Initiative für soziales Unternehmertum, und bindet das Programm EaSI und die Europäische Strategie 2014-2020 für die soziale Verantwortung von Unternehmen durch Maßnahmen ein.

Das Sozietallabel wird in acht vom Europäischen Parlament verabschiedeten Dokumenten (fünf davon mit legislativem Bezug) erwähnt.

Vorbereitung einer Machbarkeitsstudie und Durchführung einer hochrangigen Konferenz mit Interessenträgern zur Prüfung der Möglichkeiten der Einführung eines Sozietallabels, wobei sowohl die politischen Auswirkungen auf die verschiedenen Politikbereiche als auch die Auswirkungen auf Unternehmen zu berücksichtigen sind. Die Studie sollte sich insbesondere mit Folgendem befassen:

- voraussichtliche Auswirkungen auf und Vorteile des Sozietallabels für die verschiedenen Politikbereiche;
- Analyse der Frage, welche Unternehmen freiwillig über die bestehenden internationalen, europäischen und nationalen sozialrechtlichen Bestimmungen hinausgehende soziale Mindeststandards achten wollen;

KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION (Fortsetzung)**04 03 02** (Fortsetzung)**04 03 02 01** (Fortsetzung)

- Möglichkeit der Erarbeitung einer Charta für Engagement für sozial verantwortungsvolle Unternehmen, Festlegung dynamischer sozialer Kriterien, die ein Unternehmen für den Erhalt des Soziallabels einhalten muss;
- Prüfung der Frage, wie Unternehmen, die sich um das Soziallabel bewerben, bewertet und überwacht werden.
- Prüfung der Einrichtung eines an Unternehmen und Bürger gerichteten Kommunikationsplans mit einer Website des Soziallabels, mit Angaben zu Vergabekriterien und Verfahren, der Liste der ausgezeichneten Unternehmen usw.

Anhand des Pilotprojekts sollte es möglich sein, Labels generell zu vereinfachen, indem ein einziges europäisches Label für Verbraucher und Investoren mit dem Ziel verbesserter Information und erhöhter Transparenz geschaffen wird.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI“) und zur Änderung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung, insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a.

04 03 02 03 Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum — Erleichterung der Finanzierung von Unternehmen, vor allem arbeitsmarktfernen, sowie Sozialunternehmen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
26 500 000	9 447 218		-7 114 776	26 500 000	2 332 442

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Allgemeines Ziel von EaSI ist es, einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 und zu den entsprechenden Kernzielen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Armut zu leisten, indem finanzielle Mittel zur Erreichung der Ziele der Union bereitgestellt werden.

EaSI besteht aus drei komplementären Unterprogrammen: Progress, EURES sowie Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum.

KOMMISSION

KAPITEL 04 03 — BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION (Fortsetzung)**04 03 02** (Fortsetzung)

04 03 02 03 (Fortsetzung)

Um die allgemeinen Zielsetzungen von EaSI — insbesondere Förderung von Beschäftigung und sozialer Eingliederung durch bessere Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Mikrofinanzierungen für sozial schwache Gruppen und für Kleinstunternehmen sowie durch verbesserten Zugang zu Finanzierungsmitteln für Sozialunternehmen — werden im Rahmen des Unterprogramms „Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum“ folgende Einzelziele verfolgt:

- Verbesserung des Zugangs zu und der Verfügbarkeit von Mikrofinanzierungen für Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder Gefahr laufen, ihn zu verlieren, oder die Schwierigkeiten mit dem Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt haben, für Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind oder für sozial schwache Menschen, die beim Zugang zum herkömmlichen Kreditmarkt benachteiligt sind und die ein eigenes Kleinstunternehmen gründen oder ausbauen möchten, sowie für Kleinstunternehmen, vor allem solche, die diese Personen beschäftigen;
- Aufbau der institutionellen Kapazität von Mikrokreditanbietenden;
- Förderung der Entwicklung von Sozialunternehmen, vor allem durch den Zugang zu Finanzierungen.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Darüber hinaus könnten Maßnahmen in Zusammenhang mit der Umsetzung der allgemeinen Bestimmungen von EaSI, wie Monitoring, Evaluierung, Verbreitung von Ergebnissen und Kommunikationsaktivitäten, unterstützt werden. In Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 sind die Arten von Maßnahmen festgelegt, die finanziert werden können.

Rückzahlungen im Zusammenhang mit Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüssen, freigegebenen Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die an die Kommission gezahlt und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung führen.

Verweise

Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI“) und zur Änderung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 238), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c.

KAPITEL 04 06 — EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
04 06	EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN							
04 06 01	<i>Förderung des sozialen Zusammenhalts und Linderung der schlimmsten Formen der Armut in der Union</i>	1,2	500 000 000	306 000 000		99 000 000	500 000 000	405 000 000
04 06 02	<i>Technische Unterstützung</i>	1,2	1 280 000	1 280 000			1 280 000	1 280 000
	Kapitel 04 06 — Total		501 280 000	307 280 000		99 000 000	501 280 000	406 280 000

Erläuterungen

In Artikel 174 AEUV ist das Unionsziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts festgelegt, während in Artikel 175 die Rolle der Strukturfonds beim Erreichen dieses Ziels und die Bestimmungen zu spezifischen Aktionen außerhalb der Strukturfonds niedergelegt sind.

Artikel 80 der Haushaltsordnung sieht Finanzkorrekturen bei Ausgaben vor, die nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

In den Artikeln 53 und 54 des Vorschlags für eine Verordnung zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (COM(2012) 617 final) (FEAD) betreffend die Kriterien für Finanzkorrekturen durch die Kommission sind besondere Vorschriften für Finanzkorrekturen beim FEAD festgelegt.

Einnahmen aus dementsprechend durchgeführten Finanzkorrekturen werden in den Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans eingesetzt und gelten als zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

In Artikel 41 des Vorschlags für eine Verordnung sind besondere Bestimmungen für die Erstattung von Vorschusszahlungen beim Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen festgelegt.

Erstattete Vorfinanzierungsbeträge gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in den Posten 6150 oder 6 1 5 7 eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174 und 175.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

KAPITEL 04 06 — EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 223/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (ABl. L 72 vom 12.3.2014, S. 1).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

04 06 01 Förderung des sozialen Zusammenhalts und Linderung der schlimmsten Formen der Armut in der Union

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
500 000 000	306 000 000		99 000 000	500 000 000	405 000 000

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Der FEAD ersetzt das Unionsprogramm zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige, das Ende 2013 auslief.

Der FEAD fördert den sozialen Zusammenhalt, verbessert die soziale Inklusion und bekämpft die Armut in der Union, indem er zur Verwirklichung des Ziels der Strategie Europa 2020 in Bezug auf die Reduzierung der Armut beiträgt, demzufolge die Anzahl der armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um mindestens 20 Millionen verringert werden soll. Gleichzeitig ergänzt er den ESF. Der FEAD trägt zur Verwirklichung des spezifischen Ziels bei, die schlimmsten Formen der Armut, insbesondere Nahrungsmittelarmut, zu lindern und zu beseitigen, indem die am stärksten von Armut betroffenen Personen nichtfinanzielle Unterstützung erhalten.

Der FEAD trägt zur nachhaltigen Beseitigung von Nahrungsmittelarmut bei, wodurch den am stärksten von Armut betroffenen Personen die Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben geboten wird. Dieses Ziel und die strukturellen Auswirkungen des FEAD werden einer qualitativen und quantitativen Beurteilung unterzogen.

Der FEAD ergänzt nationale nachhaltige Programme zur Beseitigung von Armut und sozialer Inklusion, die nach wie vor in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen; er darf sie weder ersetzen noch einschränken.

Nach der politischen Einigung über die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884) wurde vereinbart, dass Vorkehrungen für eine zusätzliche Aufstockung der Mittel für dieses Programm um bis zu 1 Mrd. EUR (zusätzlich zu den bereits vereinbarten 2,5 Mrd. EUR) für den gesamten Zeitraum 2014–2020 zugunsten der Mitgliedstaaten getroffen werden, die diese zusätzlichen Mittel in Anspruch nehmen wollen.

Diese politische Einigung spiegelte sich in den Mittelzuweisungen, die in den Haushalt 2014 aufgenommen wurden, wieder. Die vereinbarten Zahlen sind in Preisen von 2011 berechnet.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten sorgen mithilfe von Übergangsbestimmungen dafür, dass Tätigkeiten, die für eine Förderung infrage kommen, ab dem 1. Januar 2014 beginnen können, selbst wenn die operationellen Programme noch nicht vorgelegt worden sind.

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

KAPITEL 04 06 — EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN (Fortsetzung)**04 06 01** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 223/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (ABl. L 72 vom 12.3.2014, S. 1).

04 06 02 *Technische Unterstützung*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
1 280 000		1 280 000

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der technischen Unterstützung gemäß Artikel 25 der vorgeschlagenen Verordnung bestimmt.

Im Rahmen der technischen Unterstützung können Vorbereitungs-, Monitoring-, administrative, Audit-, Informations-, Kontroll- und Evaluierungsmaßnahmen finanziert werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Oktober 2012, zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (COM(2012) 617 final).

KOMMISSION

TITEL 05**LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄND- LICHEN RAUMS“	129 051 616	129 051 616	-16 873	-16 873	129 034 743	129 034 743
05 02	VERBESSERUNG DER WETT- BEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVEN- TIONEN	2 233 400 000	2 233 250 000		-308 029	2 233 400 000	2 232 941 971
05 03	DIREKTBEIHILFEN ALS BEI- TRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BE- GRENZUNG VON EINKOM- MENSSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRK- LICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN	41 447 275 640	41 447 275 640			41 447 275 640	41 447 275 640
05 04	ENTWICKLUNG DES LÄND- LICHEN RAUMS	13 987 271 059	11 611 354 028		-20 000 000	13 987 271 059	11 591 354 028
05 05	INSTRUMENT FÜR HERAN- FÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄND- LICHEN RAUMS	90 000 000	110 997 038			90 000 000	110 997 038
05 06	INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄND- LICHEN RAUMS“	6 696 000	5 590 437		-3 784 411	6 696 000	1 806 026
05 07	AUDIT DER AUS DEM EU- ROPÄISCHEN GARANTIE- FONDS FÜR DIE LANDWIRT- SCHAFT (EGFL) FINANZIER- TEN AGRARAUSGABEN	60 200 000	60 200 000			60 200 000	60 200 000
05 08	ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KO- ORDINIERUNG DES POLI- TIKBEREICHS „LANDWIRT- SCHAFT UND ENTWICK- LUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“	40 793 360	35 010 852		-2 162 329	40 793 360	32 848 523
05 09	HORIZONT 2020 — FOR- SCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR	52 163 000	2 290 968		-1 666 954	52 163 000	624 014
Titel 05 — Total		58 046 850 675	55 635 020 579	-16 873	-27 938 596	58 046 833 802	55 607 081 983

TITEL 05

LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
05 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“				
05 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“	5,2	97 424 898	–16 873	97 408 025
05 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“				
05 01 02 01	Externes Personal	5,2	3 399 499		3 399 499
05 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	7 338 776		7 338 776
	Artikel 05 01 02 — Subtotal		10 738 275		10 738 275
05 01 03	Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“	5,2	6 306 203		6 306 203
05 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“				
05 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Nichtoperative technische Unterstützung	2	7 931 000		7 931 000
05 01 04 02	Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)	9	p.m.		p.m.
05 01 04 03	Unterstützungsausgaben für Heranführungsmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums (IPA)	4	545 000		545 000
05 01 04 04	Unterstützungsausgaben für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) — Nichtoperative technische Unterstützung	2	3 735 000		3 735 000
	Artikel 05 01 04 — Subtotal		12 211 000		12 211 000
05 01 05	Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“				
05 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	1 238 086		1 238 086
05 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	420 000		420 000
05 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	713 154		713 154
	Artikel 05 01 05 — Subtotal		2 371 240		2 371 240
	Kapitel 05 01 — Total		129 051 616	–16 873	129 034 743

Erläuterungen

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Artikel dieses Kapitels.

KOMMISSION

KAPITEL 05 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

05 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
97 424 898	-16 873	97 408 025

KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 02	VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN							
05 02 01	Getreide							
05 02 01 01	Ausfuhrerstattungen bei Getreide	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 01 02	Interventionen in Form der Einlagerung von Getreide	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 01 99	Sonstige Maßnahmen (Getreide)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 02 01 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 02	Reis							
05 02 02 01	Ausfuhrerstattungen bei Reis	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 02 02	Interventionen in Form der Einlagerung von Reis	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 02 99	Sonstige Maßnahmen (Reis)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 02 02 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 03	Erstattung bei nicht unter Anhang I fallenden Erzeugnissen	2	4 000 000	4 000 000			4 000 000	4 000 000
05 02 04	Nahrungsmittelhilfeprogramme							
05 02 04 99	Sonstige Maßnahmen (Nahrungsmittelhilfe)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 02 04 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 05	Zucker							
05 02 05 01	Ausfuhrerstattungen bei Zucker und Isoglucose	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 05 03	Produktionserstattungen für die Verwendung von Zucker in der chemischen Industrie	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 05 08	Interventionen in Form der Einlagerung von Zucker	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 05 99	Sonstige Maßnahmen (Zucker)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 02 05 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 06	Olivenöl							
05 02 06 03	Interventionen in Form der Einlagerung von Oliven	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 06 05	Qualitätsverbesserungsmaßnahmen	2	45 000 000	45 000 000			45 000 000	45 000 000
05 02 06 99	Sonstige Maßnahmen (Olivenöl)	2	300 000	300 000			300 000	300 000
	<i>Artikel 05 02 06 — Subtotal</i>		45 300 000	45 300 000			45 300 000	45 300 000
05 02 07	Textilpflanzen							
05 02 07 02	Interventionen in Form von Einlagerung von Flachsfaser	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 07 03	Baumwolle — Nationale Umstrukturierungsprogramme	2	6 100 000	6 100 000			6 100 000	6 100 000

KOMMISSION

KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 02 07	(Fortsetzung)							
05 02 07 99	Sonstige Maßnahmen (Textilpflanzen)	2	100 000	100 000			100 000	100 000
	Artikel 05 02 07 — Subtotal		6 200 000	6 200 000			6 200 000	6 200 000
05 02 08	Obst und Gemüse							
05 02 08 03	Betriebsfonds der Erzeugerorganisationen	2	285 000 000	285 000 000			285 000 000	285 000 000
05 02 08 11	Beihilfen, die vorläufig anerkannten Erzeugergruppierungen gewährt werden	2	269 000 000	269 000 000			269 000 000	269 000 000
05 02 08 12	Schulobstprogramm	2	122 000 000	122 000 000			122 000 000	122 000 000
05 02 08 99	Sonstige Maßnahmen (Obst und Gemüse)	2	700 000	700 000			700 000	700 000
	Artikel 05 02 08 — Subtotal		676 700 000	676 700 000			676 700 000	676 700 000
05 02 09	Weinbauerzeugnisse							
05 02 09 08	Nationale Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor	2	1 083 000 000	1 083 000 000			1 083 000 000	1 083 000 000
05 02 09 99	Sonstige Maßnahmen (Weinbauerzeugnisse)	2	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
	Artikel 05 02 09 — Subtotal		1 085 000 000	1 085 000 000			1 085 000 000	1 085 000 000
05 02 10	Absatzförderung							
05 02 10 01	Fördermaßnahmen — Zahlungen der Mitgliedstaaten	2	60 000 000	60 000 000			60 000 000	60 000 000
05 02 10 02	Fördermaßnahmen — Direktzahlungen der Union	2	1 500 000	1 350 000		-308 029	1 500 000	1 041 971
05 02 10 99	Sonstige Maßnahmen (Fördermaßnahmen)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 05 02 10 — Subtotal		61 500 000	61 350 000		-308 029	61 500 000	61 041 971
05 02 11	Sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen							
05 02 11 03	Hopfen — Beihilfen für Erzeugerorganisationen	2	2 300 000	2 300 000			2 300 000	2 300 000
05 02 11 04	POSEI (ausgenommen Direktbeihilfen)	2	238 000 000	238 000 000			238 000 000	238 000 000
05 02 11 99	Sonstige Maßnahmen (sonstige pflanzliche Erzeugnisse/Maßnahmen)	2	100 000	100 000			100 000	100 000
	Artikel 05 02 11 — Subtotal		240 400 000	240 400 000			240 400 000	240 400 000
05 02 12	Milch und Milcherzeugnisse							
05 02 12 01	Erstattungen für Milch und Milcherzeugnisse	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 12 02	Interventionen in Form von Einlagerung von Magermilchpulver	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN
(Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 02 12	(Fortsetzung)							
05 02 12 03	Interventionen in Form von Beihilfen für den Verbrauch von Magermilch	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 12 04	Interventionen in Form der Einlagerung von Butter und Rahm	2	6 000 000	6 000 000			6 000 000	6 000 000
05 02 12 08	Schulmilch	2	75 000 000	75 000 000			75 000 000	75 000 000
05 02 12 99	Sonstige Maßnahmen (Milch und Milcherzeugnisse)	2	100 000	100 000			100 000	100 000
	<i>Artikel 05 02 12 — Subtotal</i>		81 100 000	81 100 000			81 100 000	81 100 000
05 02 13	Rind- und Kalbfleisch							
05 02 13 01	Erstattungen bei Rind- und Kalbfleisch	2	1 000 000	1 000 000			1 000 000	1 000 000
05 02 13 02	Interventionen in Form der Einlagerung von Rind- und Kalbfleisch	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 13 04	Erstattungen für lebende Tiere	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 13 99	Sonstige Maßnahmen (Rind- und Kalbfleisch)	2	100 000	100 000			100 000	100 000
	<i>Artikel 05 02 13 — Subtotal</i>		1 100 000	1 100 000			1 100 000	1 100 000
05 02 14	Schaf- und Ziegenfleisch							
05 02 14 01	Interventionen in Form von Einlagerung von Schaf- und Ziegenfleisch	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 14 99	Sonstige Maßnahmen (Schaf- und Ziegenfleisch)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 02 14 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 15	Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse							
05 02 15 01	Erstattungen für Schweinefleisch	2	100 000	100 000			100 000	100 000
05 02 15 02	Interventionen in Form der Einlagerung von Schweinefleisch	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 15 04	Erstattungen für Eier	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 02 15 05	Erstattungen für Geflügel	2	1 000 000	1 000 000			1 000 000	1 000 000
05 02 15 06	Sonderbeihilfen für die Bienenzucht	2	31 000 000	31 000 000			31 000 000	31 000 000
05 02 15 99	Sonstige Maßnahmen (Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienenzucht und sonstige tierische Erzeugnisse)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 02 15 — Subtotal</i>		32 100 000	32 100 000			32 100 000	32 100 000
	Kapitel 05 02 — Total		2 233 400 000	2 233 250 000		-308 029	2 233 400 000	2 232 941 971

KOMMISSION

KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN
(Fortsetzung)*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Einnahmenplans für jede Haushaltslinie dieses Kapitels zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei der Veranschlagung des Haushaltsmittelbedarfs für dieses Kapitel wurde für den Artikel 05 02 08 bei dem Posten 05 02 08 03 ein Betrag von 464 000 000 EUR angesetzt, der vom Posten 6 7 0 1 des Einnahmenplans zugewiesen wird.

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Artikel dieses Kapitels.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

05 02 10***Absatzförderung****Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 2702/1999 des Rates vom 14. Dezember 1999 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Drittländern (ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 des Rates vom 19. Dezember 2000 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt (ABl. L 328 vom 23.12.2000, S. 2).

KAPITEL 05 02 — VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN
(Fortsetzung)**05 02 10** (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 3/2008 des Rates vom 17. Dezember 2007 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern (ABl. L 3 vom 5.1.2008, S. 1).

05 02 10 02 Fördermaßnahmen — Direktzahlungen der Union

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 500 000	1 350 000		–308 029	1 500 000	1 041 971

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von direkt von der Kommission verwalteten Fördermaßnahmen sowie der erforderlichen technischen Hilfe zur Durchführung der Förderprogramme. Die technische Hilfe umfasst Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Evaluierung, Kontrolle und Leitung der Durchführung der Programme.

KOMMISSION

KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 04	ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS							
05 04 01	Abschluss der aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Programmzeitraum 2000 bis 2006							
05 04 01 14	Abschluss der aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Programmzeitraum 2000 bis 2006	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 05 04 01 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02	Aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung, finanzierte Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums — Abschluss früherer Programme							
05 04 02 01	Abschluss des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Ziel-1-Regionen (2000 bis 2006)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 02	Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 03	Abschluss früherer Programme in Ziel-1- und Ziel-6-Gebieten (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 04	Abschluss früherer Programme in Ziel-5b-Gebieten (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 05	Abschluss früherer Programme außerhalb der Ziel-1-Gebiete (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 06	Abschluss von Leader (2000 bis 2006)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 04 02	(Fortsetzung)							
05 04 02 07	Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 08	Abschluss früherer innovativer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 02 09	Abschluss des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Operative technische Unterstützung (2000 bis 2006)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 05 04 02 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 03	Abschluss sonstiger Maßnahmen							
05 04 03 02	Pflanzliche und tierische genetische Ressourcen — Abschluss früherer Maßnahmen	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 05 04 03 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 04	Übergangsinstrument für die Finanzierung von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, in den neuen Mitgliedstaaten — Abschluss von Programmen (2004 bis 2006)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 04 05	Abschluss der aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanzierten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (2007 bis 2013)							
05 04 05 01	Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums	2	p.m.	10 329 896 149			p.m.	10 329 896 149
05 04 05 02	Operative technische Unterstützung	2	p.m.	6 433 956			p.m.	6 433 956
	Artikel 05 04 05 — Subtotal		p.m.	10 336 330 105			p.m.	10 336 330 105

KOMMISSION

KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 04 60	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums — ELER (2014-2020)							
05 04 60 01	Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und eines räumlich und ökologisch ausgewogeneren, klimafreundlichen und innovativen Agrarsektors	2	13 970 049 059	1 267 275 423		-20 000 000	13 970 049 059	1 247 275 423
05 04 60 02	Operative technische Unterstützung	2	17 222 000	7 748 500			17 222 000	7 748 500
05 04 60 03	Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 05 04 60 — Subtotal		13 987 271 059	1 275 023 923		-20 000 000	13 987 271 059	1 255 023 923
	Kapitel 05 04 — Total		13 987 271 059	11 611 354 028		-20 000 000	13 987 271 059	11 591 354 028

05 04 60 Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums — ELER (2014-2020)

05 04 60 01 Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und eines räumlich und ökologisch ausgewogeneren, klimafreundlichen und innovativen Agrarsektors

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 970 049 059	1 267 275 423		-20 000 000	13 970 049 059	1 247 275 423

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzierung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums 2014-2020 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums werden anhand präziserer Leistungsindikatoren für die Bewirtschaftungssysteme und die Produktionsmethoden beurteilt, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, dem Gewässerschutz, der Biodiversität und den erneuerbaren Energieträgern gerecht zu werden.

KAPITEL 05 04 — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS *(Fortsetzung)***05 04 60** *(Fortsetzung)*05 04 60 01 *(Fortsetzung)**Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487).

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit bestimmten Übergangsvorschriften betreffend die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die finanziellen Ressourcen und ihre Verteilung im Jahr 2014 sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich ihrer Anwendung im Jahr 2014 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865).

KOMMISSION

KAPITEL 05 06 — INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 06	INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“							
05 06 01	Internationale Übereinkommen im Bereich der Landwirtschaft	4	6 696 000	5 590 437		-3 784 411	6 696 000	1 806 026
	Kapitel 05 06 — Total		6 696 000	5 590 437		-3 784 411	6 696 000	1 806 026

05 06 01 Internationale Übereinkommen im Bereich der Landwirtschaft

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
6 696 000	5 590 437		-3 784 411	6 696 000	1 806 026

Erläuterungen

Diese Mittel sollen den Beitrag der EU zu den nachstehenden internationalen Übereinkommen decken.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 92/580/EWG des Rates vom 13. November 1992 über die Unterzeichnung und den Abschluss des Internationalen Zucker- Übereinkommens von 1992 (ABl. L 379 vom 23.12.1992, S. 15).

Beschluss 96/88/EG des Rates vom 19. Dezember 1995 betreffend die Genehmigung der Internationalen Getreide-Übereinkunft von 1995, bestehend aus dem Getreidehandels-Übereinkommen und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen, durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. L 21 vom 27.1.1996, S. 47).

Beschluss 2005/800/EG des Rates vom 14. November 2005 betreffend den Abschluss des Internationalen Übereinkommens von 2005 über Olivenöl und Tafeloliven (ABl. L 302 vom 19.11.2005, S. 46).

Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Beschluss 2013/139/EU des Rates vom 18. März 2013 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Internationalen Zuckerrat in Bezug auf die Verlängerung des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992 zu vertretenden Standpunkts (ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 2).

Beschluss 2013/138/EU des Rates vom 18. März 2013 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Internationalen Getreiderat in Bezug auf die Verlängerung des Getreidehandels-Übereinkommens von 1995 zu vertretenen Standpunkts (ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 1).

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
05 08	ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“							
05 08 01	Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen	2	14 619 600	13 733 871			14 619 600	13 733 871
05 08 02	Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	2	250 000	200 000			250 000	200 000
05 08 03	Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen	2	1 753 760	1 695 892			1 753 760	1 695 892
05 08 06	Maßnahmen zur Information über die Gemeinsame Agrarpolitik	2	11 000 000	11 000 000			11 000 000	11 000 000
05 08 09	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Operative technische Unterstützung	2	1 670 000	1 670 000			1 670 000	1 670 000
05 08 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
05 08 77 01	Pilotprojekt — Bewertung der dem Endverbraucher durch die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union in den Bereichen Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit entstehenden Kosten	2	p.m.	411 089			p.m.	411 089
05 08 77 02	Pilotprojekt — Austausch bewährter Praktiken zur Vereinfachung der Cross Compliance	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 08 77 03	Pilotprojekt — Unterstützung landwirtschaftlicher Genossenschaften	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 08 77 04	Pilotprojekt — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 08 77 05	Pilotprojekt — Unterstützung von Initiativen der Landwirte und Verbraucher zur Förderung eines geringen CO ₂ -Ausstoßes, eines niedrigen Energieverbrauchs und einer vor Ort vermarkteten Nahrungsmittelerzeugung	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 08 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor	2	1 000 000	1 000 000		-612 329	1 000 000	387 671
05 08 77 07	Pilotprojekt — Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Grundstoffen	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 08 77 08	Pilotprojekt — Austauschprogramm für Junglandwirte	2	p.m.	600 000			p.m.	600 000
05 08 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen in der Union	2	1 000 000	600 000		-600 000	1 000 000	p.m.
05 08 77 10	Pilotprojekt — Agropol: Schaffung einer europäischen länderübergreifenden Modellregion für Agroindustrie	2	1 200 000	600 000		-600 000	1 200 000	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
05 08 77	(Fortsetzung)							
05 08 77 11	Pilotprojekt — Agrarforstwirtschaft	2	1 000 000	500 000		–350 000	1 000 000	150 000
	Artikel 05 08 77 — Subtotal		4 200 000	3 711 089		–2 162 329	4 200 000	1 548 760
05 08 80	<i>Teilnahme der Union an „Feeding the Planet — Energy for Life“ im Rahmen der Weltausstellung 2015 in Mailand</i>	2	7 300 000	3 000 000			7 300 000	3 000 000
	Kapitel 05 08 — Total		40 793 360	35 010 852		–2 162 329	40 793 360	32 848 523

Erläuterungen

Gemäß Artikel 21 und Artikel 174 Absatz 2 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des Gesamteinnahmenplans zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

05 08 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen

05 08 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 000 000	1 000 000		–612 329	1 000 000	387 671

*Erläuterungen**Vormals Posten 05 02 17 04*

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Diese Mittel dienen der Finanzierung einer europäischen Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor. Unter anderem leistet es einen Beitrag dazu, das Instrument für die Überwachung der Lebensmittelpreise zu verbessern und benutzerfreundlicher zu gestalten, indem eine mehrsprachige Schnittstelle aufgenommen, eine größere Zahl von Nahrungsmittelerzeugnissen erfasst und eine bessere Vergleichbarkeit der Preise für jedes Glied der Lebensmittelversorgungskette innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen diesen erreicht wird, um dem Wunsch der Verbraucher und Landwirte nach mehr Transparenz bei der Lebensmittelpreisbildung gerecht zu werden.

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)
05 08 77 (Fortsetzung)

05 08 77 06 (Fortsetzung)

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen in der Union

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 000 000	600 000		–600 000	1 000 000	p.m.

Erläuterungen
Vormals Posten 05 04 03 01

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten einer vorbereitenden Maßnahme im Hinblick auf ein drittes Unionsprogramm für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung pflanzen- und tiergenetischer Ressourcen in der Landwirtschaft bestimmt. Die vorausgegangenen Programme auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1476/94 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 870/2004 des Rates wurden im Jahr 2010 abgeschlossen. Erste Auswertungen von Projekten deuten darauf hin, dass es weiterer Maßnahmen bedarf, mit denen man den Erhalt der genetischen Vielfalt und die nachhaltige Nutzung der genetischen Ressourcen in der Landwirtschaft verbessert und dadurch einen Beitrag zu hochwertigen Erzeugnissen und lokalen Lebensmittelversorgungsketten leistet. Gleichzeitig sollen dadurch die Zusammenarbeit und der Wissensaustausch zwischen der Forschung, Landwirten, Züchtern und Netzwerken engagierter Bürger und nicht-staatlicher Organisationen unter Mitwirkung der Endverbraucher gefördert und eine Aufklärung der Verbraucher auf diesem Gebiet erreicht werden.

Die vorbereitende Maßnahme soll auf der Vorbereitungstätigkeit der Kommission von 2013 aufbauen und im Zuge anstehender Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums eine EU-weite Vernetzung von Projekten und Maßnahmen auf dem Gebiet der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung genetischer Ressourcen begünstigen. Die vorbereitende Maßnahme soll dazu beitragen, die Komponenten für ein drittes Unionsprogramm für genetische Ressourcen festzulegen, insbesondere im Zusammenhang mit folgenden Anliegen:

- Verbesserung der Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Behörden in Bezug auf bewährte Verfahrensweisen und die Harmonisierung der Anstrengungen im Bereich der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung genetischer Ressourcen;
- stärkere Vernetzung zwischen den Hauptakteuren, unter anderem Landwirten, Forschern, Genbanken, NRO und Endverbrauchern, und Verbesserung der Absatzmöglichkeiten durch Qualitätsregelungen und kurze Lebensmittelversorgungsketten;
- Verbesserung des Wissens- und Forschungsaustauschs im Bereich der Förderung der genetischen Vielfalt in landwirtschaftlichen Systemen;
- Anpassung der Zuchtverfahren und Rechtsvorschriften an die Erfordernisse der Erhaltung der genetischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung der genetischen Ressourcen;

KOMMISSION

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)**05 08 77** (Fortsetzung)**05 08 77 09** (Fortsetzung)

- Unterstützung der erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums durch Förderung der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft;
- Verringerung des Verwaltungsaufwands, um auf diese Weise den Zugang zu den Maßnahmen zu verbessern.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

05 08 77 10 Pilotprojekt — Agropol: Schaffung einer europäischen länderübergreifenden Modellregion für Agroindustrie

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 200 000	600 000		–600 000	1 200 000	p.m.

Erläuterungen

In diesem Projekt sollen Agroindustrie-Fachkreise in ländlichen Gebieten länderübergreifend zusammengeführt und gefördert werden, und es sollen Kompetenzregionen für Agroindustrie — sogenannte Agropole — gebildet werden, die den jeweiligen Gebieten eine nachhaltige Wirtschaftsperspektive bieten. Die deutsch-niederländische Grenzregion (mindestens 4 661 deutsche Kleinst- und Kleinunternehmen (KMU) in Landwirtschaft und Gartenbau, industrielle Unternehmen, Dienstleistungsfirmen, Bildungseinrichtungen und wissenschaftliche Einrichtungen, Behörden, Industrie- und Handelskammern, Landwirtschaftskammern und Vereinigungen) leisten Pioniertätigkeit für andere europäische Agrarregionen, wobei dargelegt wird, wie die gegenwärtigen Herausforderungen infolge der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft und des zunehmenden Wettbewerbs in der Agrarwirtschaft mithilfe eines sektorenübergreifenden Aufbaus eines Agropols erfolgreich angenommen werden können:

- wissenschaftliche Anpassung des Ansatzes zur sektorspezifischen Entwicklung zu einem Agropol,
- Erstellung eines strategischen Plans für den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Agroindustrie-und-Nahrungsmittel-Region,
- Mobilisierung der Interessenträger, besonders der Behörden und der Wirtschaft, für die gemeinsame Zielsetzung,
- die Zusammenarbeit führt durch den gemeinsamen Ansatz zum Erfolg: Erhaltung und effiziente Nutzung von Ressourcen / Erstellung eines Gesamtplans sind die wesentlichen Schwerpunkte des Projekts. Das Projekt trägt auf diesem Weg auch zur Überwindung weltweiter Herausforderungen wie Klimawandel, Knappheit von Rohstoffen und natürlichen Ressourcen sowie Ernährungssicherheit bei. Eine ökologisch und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft und Landwirtschaft wird gefördert, und eine ausgewogene Entwicklung des ländlichen Raums wird begünstigt,

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)

05 08 77 (Fortsetzung)

05 08 77 10 (Fortsetzung)

— Darlegung der Übertragbarkeit auf andere europäische Regionen.

Es wird erwartet, dass das Projekt nützliche Beiträge zur Strategie Europa 2020 und zu den Leitinitiativen Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten, Ressourcenschonendes Europa, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Europäische Technologieplattformen 2020 leistet.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

05 08 77 11 Pilotprojekt — Agrarforstwirtschaft

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 000 000	500 000		–350 000	1 000 000	150 000

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln sind die Folgemaßnahmen abzudecken, die sich aus Entscheidungen aufgrund der positiven Bewertung durch die Kommission und aufgrund von deren Leitlinien ergeben.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 05 09 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 09	HORIZONT 2020 — FOR- SCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR							
05 09 03	Gesellschaftliche Herausforde- rungen							
05 09 03 01	Sicherung der Versorgung mit si- cheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und anderen biogestützten Produkten	1,1	52 163 000	2 290 968		-1 666 954	52 163 000	624 014
	<i>Artikel 05 09 03 — Subtotal</i>		52 163 000	2 290 968		-1 666 954	52 163 000	624 014
05 09 50	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung							
05 09 50 01	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und tech- nologischer Entwicklung (2014- 2020)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 05 09 50 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Kapitel 05 09 — Total		52 163 000	2 290 968		-1 666 954	52 163 000	624 014

Erläuterungen

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das „Horizont 2020-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation“, das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt, verwendet.

„Horizont 2020“ wird bei der Umsetzung der Europa 2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen (wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“) sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle spielen. „Horizont 2020“ trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Gesellschaft und Wirtschaft bei, indem es zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt werden, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Diese Artikel bzw. Posten decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse, die Finanzierung von Analysen und Evaluierungen von hohem wissenschaftlichen oder technologischen Niveau, die für die EU durchgeführt werden, um neue, für die Forschungstätigkeit der EU geeignete Forschungsbereiche zu sondieren, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, sowie Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmresultate, einschließlich der Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

KAPITEL 05 09 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR (Fortsetzung)

Die Mittel werden im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet.

Zu den bei diesem Kapitel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Für einige der Projekte ist eine Beteiligung von Drittstaaten oder von Einrichtungen aus Drittstaaten an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Forschung vorgesehen. Bei solchen möglichen Finanzbeiträgen unter Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei Einnahmen aus Beiträgen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, unter Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei etwaigen Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer — und gegebenenfalls der potenziellen Bewerberländer des westlichen Balkans — für ihre Beteiligung an Programmen der Union unter Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei etwaigen Einnahmen aus den Beiträgen externer Einrichtungen zu den Tätigkeiten der Union unter Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Zusätzliche Mittel werden unter Posten 05 09 50 01 bereitgestellt.

Die Verwaltungsausgaben dieses Kapitels werden unter Artikel 05 01 05 eingesetzt.

05 09 03 Gesellschaftliche Herausforderungen*Erläuterungen*

Dieser Schwerpunkt von „Horizon 2020“ ist eine direkte Reaktion auf die in der Strategie Europa 2020 genannten politischen Schwerpunkte und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die entsprechenden Tätigkeiten werden sich an den Herausforderungen orientieren, um über die einzelnen Gebiete, Technologien und wissenschaftlichen Disziplinen hinweg eine kritische Masse von Ressourcen und Wissen zusammenzubringen. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, wie beispielsweise Pilot- und Demonstrationsprojekte, Testläufe, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregte Innovation, gesellschaftliche Innovation und Markteinführung von Innovationen. Die Tätigkeiten werden direkt die entsprechenden Zuständigkeiten in den Politikbereichen auf EU-Ebene unterstützen.

05 09 03 01 Sicherung der Versorgung mit sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und anderen biogestützten Produkten

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
52 163 000	2 290 968		-1 666 954	52 163 000	624 014

KOMMISSION

KAPITEL 05 09 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR (Fortsetzung)**05 09 03** (Fortsetzung)

05 09 03 01 (Fortsetzung)

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Schwerpunkt der Tätigkeiten ist eine nachhaltigere und produktivere Land- und Forstwirtschaft bei gleichzeitiger Entwicklung von Dienstleistungen, Konzepten und Strategien zur Schaffung besserer Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeiten sind gesunde und sichere Lebensmittel für alle sowie wettbewerbsfähige Verfahren für die Lebensmittelverarbeitung, die weniger Ressourcen verbrauchen und bei denen weniger Nebenprodukte anfallen. Gleichzeitig werden Anstrengungen für eine nachhaltige Nutzung der lebenden aquatischen Ressourcen unternommen (z. B. nachhaltige und umweltfreundliche Fischerei). Gefördert werden auch ressourcenschonende, nachhaltige und wettbewerbsfähige europäische biobasierte Industriezweige mit niedrigem CO₂-Ausstoß.

Rechtsgrundlagen

Beschluss des Rates 2013/743/EU vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965).

Verweise

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

TITEL 06
MOBILITÄT UND VERKEHR

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
06 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBI- LITÄT UND VERKEHR“	72 164 880	72 164 880	-7 078	-7 078	72 157 802	72 157 802
06 02	EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLI- TIK	2 582 441 731	903 416 322			2 582 441 731	903 416 322
06 03	HORIZONT 2020 — FOR- SCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSSEKTOR	212 585 039	27 847 732			212 585 039	27 847 732
	Titel 06 — Total	2 867 191 650	1 003 428 934	-7 078	-7 078	2 867 184 572	1 003 421 856

KOMMISSION

TITEL 06

MOBILITÄT UND VERKEHR

KAPITEL 06 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
06 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MOBILITÄT UND VERKEHR“				
06 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“	5,2	40 868 495	-7 078	40 861 417
06 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“				
06 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 325 880		2 325 880
06 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 232 988		2 232 988
	Artikel 06 01 02 — Subtotal		4 558 868		4 558 868
06 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Mobilität und Verkehr“	5,2	2 645 371		2 645 371
06 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“				
06 01 04 01	Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Verkehr	1,1	2 895 000		2 895 000
	Artikel 06 01 04 — Subtotal		2 895 000		2 895 000
06 01 05	Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“				
06 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	5 612 344		5 612 344
06 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	2 768 667		2 768 667
06 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	555 638		555 638
	Artikel 06 01 05 — Subtotal		8 936 649		8 936 649
06 01 06	Exekutivagenturen				
06 01 06 01	Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF)	1,1	12 260 497		12 260 497
06 01 06 02	Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF)	1,1	p.m.		p.m.
	Artikel 06 01 06 — Subtotal		12 260 497		12 260 497
	Kapitel 06 01 — Total		72 164 880	-7 078	72 157 802

06 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Mobilität und Verkehr“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
40 868 495	-7 078	40 861 417

TITEL 07**UMWELT**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
07 01	VERWALTUNGS AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“	74 705 041	74 705 041	–7 995	–7 995	74 697 046	74 697 046
07 02	UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE	332 576 915	270 853 476		356 052	332 576 915	271 209 528
	Titel 07 — Total	407 281 956	345 558 517	–7 995	348 057	407 273 961	345 906 574

KOMMISSION

TITEL 07**UMWELT****KAPITEL 07 01 — VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
07 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „UMWELT“				
07 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Umwelt“	5,2	46 164 413	–7 995	46 156 418
07 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Umwelt“				
07 01 02 01	Externes Personal	5,2	3 713 761		3 713 761
07 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	3 597 697		3 597 697
	Artikel 07 01 02 — Subtotal		7 311 458		7 311 458
07 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Umwelt“	5,2	2 988 170		2 988 170
07 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten im Politikbereich „Umwelt“				
07 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) — Teilprogramm „Umwelt“	2	14 765 000		14 765 000
	Artikel 07 01 04 — Subtotal		14 765 000		14 765 000
07 01 06	Exekutivagenturen				
07 01 06 01	Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm LIFE	2	3 476 000		3 476 000
	Artikel 07 01 06 — Subtotal		3 476 000		3 476 000
	Kapitel 07 01 — Total		74 705 041	–7 995	74 697 046

07 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Umwelt“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
46 164 413	–7 995	46 156 418

KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
07 02	UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE							
07 02 01	Beitrag zu einer umweltfreundlicheren und ressourceneffizienteren Wirtschaft und zur Entwicklung und Umsetzung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der Union	2	125 439 106	4 260 237			125 439 106	4 260 237
07 02 02	Stopp und Umkehr des Verlusts an Artenvielfalt	2	121 213 057	1 009 911			121 213 057	1 009 911
07 02 03	Unterstützung einer besseren Umweltordnungspolitik und -information auf allen Ebenen	2	38 999 836	7 182 812			38 999 836	7 182 812
07 02 04	Beteiligung an multilateralen und internationalen Umweltübereinkünften	4	3 500 000	2 394 437			3 500 000	2 394 437
07 02 05	Europäische Chemikalienagentur							
07 02 05 01	Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Biozid-Gesetzgebung	2	5 023 252	5 023 252			5 023 252	5 023 252
07 02 05 02	Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Gesetzgebung zur Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien	2	1 285 735	1 285 735			1 285 735	1 285 735
	Artikel 07 02 05 — Subtotal		6 308 987	6 308 987			6 308 987	6 308 987
07 02 06	Europäische Umweltagentur	2	35 365 929	35 365 929			35 365 929	35 365 929
07 02 51	Abschluss früherer Umweltprogramme	2	—	206 603 663			—	206 603 663
07 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
07 02 77 01	Pilotprojekt — Umweltüberwachung des Schwarzmeerraums und Gemeinsames Europäisches Rahmenprogramm zur Entwicklung des Schwarzmeerraums	4	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Umweltüberwachung des Schwarzmeerraums und gemeinsames europäisches Rahmenprogramm zur Entwicklung des Schwarzmeerraums	4	—	112 500			—	112 500
07 02 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung der europäischen Arktis	4	p.m.	375 000		356 052	p.m.	731 052
07 02 77 04	Vorbereitende Maßnahme — Künftige Rechtsgrundlage in Bezug auf harmonisierte Informationen über die Wälder in der Union	2	—	120 000			—	120 000
07 02 77 05	Pilotprojekt — Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung in Europa	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Klima im Karpatenbecken	2	—	700 000			—	700 000

KOMMISSION

KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
07 02 77	(Fortsetzung)							
07 02 77 07	Pilotprojekt — Herrichtung von außer Betrieb genommenen Booten, die nicht für die Fischerei genutzt werden	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 08	Pilotprojekt — Wirtschaftliche Einbußen infolge hoher Wasserverluste in Städten	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 09	Pilotprojekt — Zertifizierung kohlenstoffarmer landwirtschaftlicher Praktiken	2	—	95 000			—	95 000
07 02 77 10	Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten im Bereich Methoden zur Eindämmung der Verbreitung der Beifuß-Ambrosie und von Pollenallergien	2	—	150 000			—	150 000
07 02 77 11	Pilotprojekt — Eine europäische Regelung für die Pfanderstattung für Getränkedosen aus Aluminium	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 12	Pilotprojekt — Aufarbeitung der Fachliteratur über potenzielle Auswirkungen des Klimawandels auf Trinkwasserschutzgebiete in der gesamten Union und Festlegung von Prioritäten unter den verschiedenen Arten der Trinkwasserversorgung	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 13	Vorbereitende Maßnahme — Freiwilliges System für biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen in Gebieten in äußerster Randlage und überseeischen Gebieten der Union (BEST-System)	2	—	1 000 000			—	1 000 000
07 02 77 14	Pilotprojekt — Recycling-Kreislauf für Kunststoffe und Auswirkungen auf die Meeresumwelt	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung in Europa	2	—	400 000			—	400 000
07 02 77 16	Pilotprojekt — Atmosphärische Niederschläge — Schutz und effiziente Nutzung von Süßwasser	2	—	1 050 000			—	1 050 000
07 02 77 17	Pilotprojekt — Vergleichende Studie zu den Belastungen und Maßnahmen in den Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete der wichtigsten Flüsse in der Union	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 18	Pilotprojekt — Langfristige Auswirkungen eines CO ₂ -neutralen Wohnungsbaus auf Abwassersysteme	2	—	—			—	—
07 02 77 19	Pilotprojekt — Einsammlung von Abfällen im Meer	2	—	300 000			—	300 000
07 02 77 20	Pilotprojekt — Verfügbarkeit, Nutzung und Nachhaltigkeit von Wasser zur Energieerzeugung aus nuklearen und fossilen Quellen	2	—	375 000			—	375 000

KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
07 02 77 21	Pilotprojekt — Neue Erkenntnisse für eine integrierte Steuerung menschlichen Handelns auf See	2	—	600 000			—	600 000
07 02 77 22	Pilotprojekt — Schutz der biologischen Vielfalt durch eine ergebnisbezogene Vergütung ökologischer Leistungen	2	500 000	750 000			500 000	750 000
07 02 77 23	Pilotprojekt — Querschnittskommunikation über die Unions-Umweltpolitik: Bekämpfung des mangelnden Umweltbewusstseins der Unionsbürger mit Hilfe audiovisueller Werkzeuge (Filme)	2	p.m.	375 000			p.m.	375 000
07 02 77 24	Pilotprojekt — „Ressourceneffizienz“ in der Praxis — Geschlossene Mineralienkreisläufe	2	—	700 000			—	700 000
07 02 77 25	Vorbereitende Maßnahme — Integriertes Kommunikations- und Risikomanagementsystem für Küsten	2	—	p.m.			—	p.m.
07 02 77 26	Pilotprojekt — Einrichtung eines südost-europäischen regionalen Zentrums für fortgeschrittenes Recycling von Elektro- und Elektronikabfällen	2	750 000	375 000			750 000	375 000
07 02 77 27	Pilotprojekt — Ressourcenschonende Verwertung gemischter Abfälle	2	500 000	250 000			500 000	250 000
	<i>Artikel 07 02 77 — Subtotal</i>		1 750 000	7 727 500		356 052	1 750 000	8 083 552
	Kapitel 07 02 — Total		332 576 915	270 853 476		356 052	332 576 915	271 209 528

07 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen

07 02 77 03 Vorbereitende Maßnahme — Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung der europäischen Arktis

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	375 000		356 052	p.m.	731 052

*Erläuterungen**Vormals Artikel 07 02 05*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme.

Diese vorbereitende Maßnahme betrifft eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung in der europäischen Arktis. Mit dieser vorbereitenden Maßnahme soll das Bewusstsein für die Arktis und ihre sich ändernden politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten und die Auswirkungen der politischen Maßnahmen der Union verbessert werden. Ihr Ziel ist es auch, das Bewusstsein für Folgenabschätzungen und deren Bedeutung als Instrument und Mittel zur Zusammenstellung von Informationen für politische Entscheidungsträger und die damit verbundenen rechtlichen Verfahren zu verbessern.

KOMMISSION

KAPITEL 07 02 — UMWELTPOLITIK AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE *(Fortsetzung)***07 02 77** *(Fortsetzung)***07 02 77 03** *(Fortsetzung)*

Die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung der Entwicklung der europäischen Arktis wird in Form eines vernetzten Unternehmens durch führende Kommunikations- und Forschungszentren in der Arktis und Universitäten in und außerhalb der Union durchgeführt, welche eine Brückenfunktion zur Erleichterung des gegenseitigen Informationsaustauschs zwischen den Organen der Union und den Interessensträgern in der Arktis spielen und die Kontakte zwischen der Union und der Zivilgesellschaft fördern sollen. Darüber hinaus werden die Arbeiten den Dialog innerhalb der Union erleichtern, die Agenda 21 voranbringen und die Perspektiven und Beiträge der Union einbringen, und sie würden sich eng an die Bewertungstätigkeiten des Arktischen Rates anlehnen, wie in dessen Ministertreffen im Mai 2011 festgelegt wurde.

Schließlich soll diese vorbereitende Maßnahme die künftige Schaffung des Informationszentrums Union-Arktis voranbringen, wie in der Mitteilung der Kommission „Die Europäische Union und die Arktis“ vom 20. November 2008 (KOM(2008) 763 endg.) und der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2011 über eine nachhaltige Unionspolitik für den hohen Norden (Abl. C 136E vom 11.5.2012, S. 71) zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen zur Arktis vom 8. Dezember 2009 seine Unterstützung für eine verstärkte Nutzung strategischer Folgenabschätzungen zum Ausdruck gebracht.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (Abl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

TITEL 08
FORSCHUNG UND INNOVATION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 01	VERWALTUNGS AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FOR- SCHUNG UND INNOVATION“	319 122 491	319 122 491	–1 453	–1 453	319 121 038	319 121 038
08 02	HORIZONT 2020 — FOR- SCHUNG	5 018 151 648	3 113 236 105		79 510 821	5 018 151 648	3 192 746 926
08 03	PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAHMEN	140 512 000	102 676 396			140 512 000	102 676 396
08 04	ITER-PROGRAMM	720 917 805	556 101 060		–80 000 000	720 917 805	476 101 060
08 05	FORSCHUNGSPROGRAMM DES FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 08 — Total	6 198 703 944	4 091 136 052	–1 453	–490 632	6 198 702 491	4 090 645 420

KOMMISSION

TITEL 08

FORSCHUNG UND INNOVATION

KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
08 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“				
08 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Forschung und Innovation“	5,2	8 393 529	-1 453	8 392 076
08 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben im Politikbereich „Forschung und Innovation“				
08 01 02 01	Externes Personal	5,2	278 259		278 259
08 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	383 826		383 826
	Artikel 08 01 02 — Subtotal		662 085		662 085
08 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Forschung und Innovation“	5,2	543 304		543 304
08 01 05	Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Forschung und Innovation“				
08 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	106 740 801		106 740 801
08 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	24 484 000		24 484 000
08 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	37 484 811		37 484 811
08 01 05 11	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	11 607 000		11 607 000
08 01 05 12	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Ausgaben für externes Personal	1,1	932 000		932 000
08 01 05 13	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Programm „Euratom“): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	4 413 000		4 413 000
08 01 05 21	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	5 128 000		5 128 000
08 01 05 22	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Ausgaben für externes Personal	1,1	133 000		133 000
08 01 05 23	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (ITER): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	1 846 000		1 846 000
	Artikel 08 01 05 — Subtotal		192 768 612		192 768 612

KAPITEL 08 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FORSCHUNG UND INNOVATION“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
08 01 06	Exekutivagenturen				
08 01 06 01	Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“	1,1	39 415 000		39 415 000
08 01 06 02	Exekutivagentur für die Forschung — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“	1,1	56 369 001		56 369 001
08 01 06 03	Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“	1,1	19 055 000		19 055 000
08 01 06 04	Exekutivagentur Innovation und Netze — Beitrag aus dem Programm „Horizont 2020“	1,1	1 915 960		1 915 960
	<i>Artikel 08 01 06 — Subtotal</i>		116 754 961		116 754 961
	Kapitel 08 01 — Total		319 122 491	-1 453	319 121 038

08 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Forschung und Innovation“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
8 393 529	-1 453	8 392 076

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02	HORIZONT 2020 — FORSCHUNG							
08 02 01	Wissenschaftliche Exzellenz							
08 02 01 01	Intensivierung der Grenzfor- schung im Europäischen Forschungsrat	1,1	1 641 772 694	19 785 657		24 970 695	1 641 772 694	44 756 352
08 02 01 02	Intensivierung der For- schung in den „FET“ — künftige und neu entste- hende Technologien	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 01 03	Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastruk- turen)	1,1	171 632 176	309 837			171 632 176	309 837
	<i>Artikel 08 02 01 — Subtotal</i>		1 813 404 870	20 095 494		24 970 695	1 813 404 870	45 066 189
08 02 02	Industrielle Führungsrolle							
08 02 02 01	Führungsrolle bei Nanotech- nologie, fortgeschrittenen Werkstoffen, Lasertechnolo- gie, Biotechnologie sowie fortgeschrittener Fertigung und Verarbeitung	1,1	460 847 841	42 681 808			460 847 841	42 681 808
08 02 02 02	Verbesserter Zugang zur Ri- sikofinanzierung für Investi- tionen in Forschung und In- novation	1,1	363 564 753	305 516 435		4 540 126	363 564 753	310 056 561
08 02 02 03	Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unter- nehmen (KMU)	1,1	33 663 565	3 067 854			33 663 565	3 067 854
	<i>Artikel 08 02 02 — Subtotal</i>		858 076 159	351 266 097		4 540 126	858 076 159	355 806 223
08 02 03	Gesellschaftliche Heraus- forderungen							
08 02 03 01	Verbesserung der lebenslan- gen Gesundheit und des le- benslangen Wohlergehens	1,1	545 411 715	40 118 438			545 411 715	40 118 438
08 02 03 02	Sicherung der Versorgung mit sicheren, gesunden und qualitativ hochwertigen Le- bensmitteln und anderen biogestützten Produkten	1,1	201 772 598	22 468 062			201 772 598	22 468 062
08 02 03 03	Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nachhal- tigen und wettbewerbsfähi- gen Energiewirtschaft	1,1	278 434 628	28 655 994			278 434 628	28 655 994
08 02 03 04	Verwirklichung eines res- sourceeffizienten, umwelt- freundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Ver- kehrssystems	1,1	394 541 594	8 086 531			394 541 594	8 086 531

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02 03	(Fortsetzung)							
08 02 03 05	Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung	1,1	271 940 800	2 478 694			271 940 800	2 478 694
08 02 03 06	Förderung integrativer, innovativer und reflektierender europäischer Gesellschaften	1,1	134 023 811	17 625 757			134 023 811	17 625 757
	Artikel 08 02 03 — Subtotal		1 826 125 146	119 433 476			1 826 125 146	119 433 476
08 02 04	Wissenschaft für die und mit der Gesellschaft							
08 02 04 01	Wissenschaft mit der und für die Gesellschaft — Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 04 02	Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung	1,1	66 905 973	5 253 030			66 905 973	5 253 030
	Artikel 08 02 04 — Subtotal		66 905 973	5 253 030			66 905 973	5 253 030
08 02 05	Horizontale Tätigkeiten unter „Horizont 2020“	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 07	Gemeinsame Unternehmen							
08 02 07 31	Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) — Unterstützungsausgaben	1,1	490 000	490 000			490 000	490 000
08 02 07 32	Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2)	1,1	207 300 000	16 600 000			207 300 000	16 600 000
08 02 07 33	Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) — Unterstützungsausgaben	1,1	977 500	977 500			977 500	977 500
08 02 07 34	Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI)	1,1	50 000 000	p.m.			50 000 000	p.m.
08 02 07 35	Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2) — Unterstützungsausgaben	1,1	1 225 333	1 225 333			1 225 333	1 225 333
08 02 07 36	Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ (Clean Sky 2)	1,1	100 000 000	13 000 000			100 000 000	13 000 000

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02 07	(Fortsetzung)							
08 02 07 37	Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) — Unterstützungsausgaben	1,1	292 667	292 667			292 667	292 667
08 02 07 38	Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2)	1,1	93 354 000	p.m.			93 354 000	p.m.
	Artikel 08 02 07 — Subtotal		453 639 500	32 585 500			453 639 500	32 585 500
08 02 50	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung							
08 02 50 01	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 50 02	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 08 02 50 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 51	Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013)	1,1	p.m.	2 568 132 885		50 000 000	p.m.	2 618 132 885
08 02 52	Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — indirekte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007)	1,1	p.m.	16 232 123			p.m.	16 232 123
08 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
08 02 77 01	Pilotprojekt — Koordinierung der Forschung zur Anwendung der Homöopathie und Phytotherapie in der Nutztierhaltung	2	p.m.	125 000			p.m.	125 000

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02 77	(Fortsetzung)							
08 02 77 02	Pilotprojekt — Rückgewinnung kritischer Rohstoffe durch Recycling; eine Chance für die Europäische Union und die Afrikanische Union	4	—	112 500			—	112 500
	Artikel 08 02 77 — Subtotal		p.m.	237 500			p.m.	237 500
	Kapitel 08 02 — Total		5 018 151 648	3 113 236 105		79 510 821	5 018 151 648	3 192 746 926

Erläuterungen

„Horizont 2020“ ist das neue Finanzierungsprogramm der Union für Forschung und Innovation. Es gilt für den Zeitraum 2014 bis 2020 und bündelt sämtliche bestehenden Fördermaßnahmen der Union für Forschung und Innovation, darunter das Forschungsrahmenprogramm wie auch die innovationsrelevanten Tätigkeiten des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT). Das auf dem Euratom-Vertrag beruhende Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2014-2018) ist ebenfalls ein integraler Bestandteil von „Horizont 2020“. „Horizont 2020“ spielt bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle. „Horizont 2020“ trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft bei, indem es in ausreichendem Umfang zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

Die Mittel werden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2003 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse eingesetzt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

08 02 01**Wissenschaftliche Exzellenz***Erläuterungen*

Ziel dieses Schwerpunktbereichs von „Horizont 2020“ ist es, die Exzellenz der Wissenschaftsbasis der Union zu stärken und zu erweitern und stets für eine im Weltmaßstab erstklassige Forschung zu sorgen, damit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Union gesichert ist. Angestrebt wird, die besten Ideen zu fördern, Talente innerhalb der Union aufzubauen, Forschern den Zugang zu wichtigen Forschungsinfrastrukturen zu ermöglichen und die Union zu einem attraktiven Standort für die weltbesten Wissenschaftler zu machen. Die zu finanzierenden Forschungstätigkeiten werden ohne vorab bestimmte thematische Prioritäten entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten in der Wissenschaft festgelegt. Die Forschungsagenda wird in enger Abstimmung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft festgelegt, und die Grundlage für die Forschungsförderung ist die Exzellenz.

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)**08 02 01** (Fortsetzung)**08 02 01 01** Intensivierung der Grenzforschung im Europäischen Forschungsrat

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 641 772 694	19 785 657		24 970 695	1 641 772 694	44 756 352

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Die Tätigkeit des Europäischen Forschungsrats (ERC) besteht im Wesentlichen darin, exzellenten Forschern und ihren Teams eine attraktive Langzeitförderung zu bieten, damit sie bahnbrechende Forschungsarbeiten durchführen können, die zwar hohen Gewinn versprechen, aber gleichzeitig auch ein hohes Risiko bergen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung exzellenter Nachwuchsforscher beim Übergang zur Unabhängigkeit, indem sie eine angemessene Hilfe während dieser kritischen Phase erhalten, in der sie ihr eigenes Forscherteam oder Forschungsprogramm gründen bzw. konsolidieren. Der ERC unterstützt bei Bedarf auch neu entstehende Arbeitsweisen in der Welt der Wissenschaft, die erwarten lassen, dass sie bahnbrechende Ergebnisse hervorbringen und die Ausschöpfung des kommerziellen und gesellschaftlichen Innovationspotenzials der geförderten Forschung erleichtern.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 02 **Industrielle Führungsrolle***Erläuterungen*

Ziel dieses Schwerpunktbereichs von „Horizont 2020“ ist es, die Union zu einem attraktiveren Standort für Investitionen in Forschung und Innovation zu machen, indem Tätigkeiten gefördert werden, bei denen die Unternehmen Programm und Zeitplan selbst bestimmen, und die Entwicklung neuer Technologien zu beschleunigen, die die Grundlagen für die Unternehmen und das Wirtschaftswachstum von morgen bilden. Mit diesem Schwerpunktbereich wird dafür gesorgt, dass große Investitionen in industrielle Schlüsseltechnologien getätigt werden, das Wachstumspotenzial von Unternehmen der Union auf ein Höchstmaß gebracht wird, indem sie mit geeigneten Finanzmitteln ausgestattet werden, und innovative KMU bei ihrer Expansion zu weltweit führenden Unternehmen unterstützt werden.

08 02 02 02 Verbesserter Zugang zur Risikofinanzierung für Investitionen in Forschung und Innovation

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
363 564 753	305 516 435		4 540 126	363 564 753	310 056 561

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)**08 02 02** (Fortsetzung)

08 02 02 02 (Fortsetzung)

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Mit der Tätigkeit „Zugang zu Risikofinanzierung“ werden zwei Finanzfazilitäten, und zwar eine Kreditfazilität und eine Beteiligungskapitalfazilität, eingeführt, um Marktdefizite beim Zugang zur Risikofinanzierung für Forschung und Innovation zu beheben. Ziel der Kreditfazilität ist ein leichter Zugang zur Kreditfinanzierung für öffentliche und private Rechtspersonen und öffentlich-private Partnerschaften, die auf dem Gebiet der Forschung und Innovation tätig sind und die bei ihren Investitionen Risiken eingehen müssen. Ziel der Beteiligungskapitalfazilität ist die Überwindung der Defizite des Risikokapitalmarkts in der Union und die Bereitstellung von Beteiligungskapital und Quasi-Beteiligungskapital zur Deckung des Entwicklungs- und Finanzierungsbedarfs innovativer Unternehmen von der Gründung an (einschließlich Anschubphase und Technologietransfer), damit sie wachsen und expandieren können. Zusätzlich zu diesen Finanzfazilitäten, die bezüglich der Unterstützung von KMU die COSME-Fazilitäten ergänzen, sind eine Reihe von flankierenden Maßnahmen, z. B. Unterstützung für die Programme zur Feststellung der Innovationsbereitschaft, vorgesehen.

Erstattungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet werden und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans eingestellt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b.

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

08 02 51 Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	2 568 132 885		50 000 000	p.m.	2 618 132 885

Erläuterungen

Vormals Artikel 08 02 01, 08 02 02, 08 02 03, 08 03 01, 08 04 01, 08 04 02, 08 05 01, 08 05 02, 08 05 03, 08 06 01, 08 06 02, 08 07 01, 08 07 02, 08 07 03, 08 07 04, 08 08 01, 08 09 01, 08 10 01, 08 12 01, 08 13 01, 08 14 01, 08 15 01, 08 16 01, 08 17 01, 08 18 01, 08 19 01 und 32 06 02

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)**08 02 51** (Fortsetzung)

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Rechtsgrundlagen

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Entscheidung 2006/972/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Ideen“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 242).

Entscheidung 2006/974/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Kapazitäten“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 299).

Verordnung (EG) Nr. 73/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens zur Umsetzung der gemeinsamen Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 38).

Verordnung (EG) Nr. 71/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens Clean Sky (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 521/2008 des Rates vom 30. Mai 2008 zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens Brennstoffzellen und Wasserstoff (ABl. L 153 vom 12.6.2008, S. 1).

Verweise

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Juli 2007 zum TRIPS-Übereinkommen und zum Zugang zu Arzneimitteln (ABl. C 175 E vom 10.7.2008, S. 591).

KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 04	ITER-PROGRAMM							
08 04 01	Bau, Betrieb und Nutzung der ITER-Anlagen — Europäisches Gemeinsames Unternehmen ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung	1,1	720 917 805	69 335 108		–8 800 000	720 917 805	60 535 108
08 04 50	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung							
08 04 50 01	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014–2020)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 04 50 02	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 08 04 50 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 04 51	Abschluss des Europäischen gemeinsamen Unternehmens ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung (2007–2013)	1,1	p.m.	486 765 952		–71 200 000	p.m.	415 565 952
	Kapitel 08 04 — Total		720 917 805	556 101 060		–80 000 000	720 917 805	476 101 060

Erläuterungen

Mit dem ITER-Projekt soll die Nutzbarkeit der Kernfusion als nachhaltige Energiequelle demonstriert werden. Der Bau und Betrieb eines experimentellen Fusionsreaktors bildet die Vorstufe zu dem bedeutenden Schritt des Baus von Reaktorprototypen für Fusionskraftwerke, die sicher, zukunftsfähig, umweltverträglich und wirtschaftlich sind. Das Programm wird zur Strategie Europa 2020 und insbesondere zur Leitinitiative „Innovationsunion“ beitragen, da sich die Union durch die Mobilisierung der europäischen Hochtechnologieindustrie (die am Bau des ITER beteiligten Unternehmen) einen globalen Wettbewerbsvorteil in diesem vielversprechenden Bereich verschaffen dürfte.

An diesem Projekt sind sieben Parteien beteiligt: die Europäische Union, China, Indien, Japan, Südkorea, Russland und die Vereinigten Staaten.

08 04 01 Bau, Betrieb und Nutzung der ITER-Anlagen — Europäisches Gemeinsames Unternehmen ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
720 917 805	69 335 108		–8 800 000	720 917 805	60 535 108

KOMMISSION

KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM (Fortsetzung)**08 04 01** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Ziel dieses zusätzlichen Forschungsprogramms ist die Realisierung des ITER, einer Versuchsanlage in großem Maßstab, mit der die wissenschaftliche und technische Durchführbarkeit der Erzeugung von Fusionsenergie demonstriert werden soll. Im Anschluss daran soll ein Demonstrations-Fusionskraftwerk (DEMO) gebaut werden.

Hierfür wurde die Europäische Organisation für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie in Form eines gemeinsamen Unternehmens gegründet. Dieses europäische gemeinsame Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie hat folgende Aufgaben:

- Bereitstellung des Euratom-Beitrags für die Internationale ITER-Fusionsenergieorganisation, zu der sieben Parteien gehören (die Union, Russland, Japan, China, Indien, Südkorea und die Vereinigten Staaten), die die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren;
- Bereitstellung des Euratom-Beitrags zu den gemeinsamen Tätigkeiten des breiter angelegten Konzepts mit Japan zur schnellen Umsetzung der Fusionsenergie;
- Umsetzung eines Programms zur Vorbereitung des Baus eines Demonstrationsreaktors für die Kernfusion und entsprechender Einrichtungen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2013/791/Euratom des Rates vom 13. Dezember 2013 zur Änderung der Entscheidung 2007/198/Euratom über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie sowie die Gewährung von Vergünstigungen dafür (ABl. L 349 vom 21.12.2013, S. 100).

08 04 51 **Abschluss des Europäischen gemeinsamen Unternehmens ITER — Kernfusion für die Energiegewinnung (2007-2013)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	486 765 952		-71 200 000	p.m.	415 565 952

Erläuterungen

Vormals Posten 08 01 04 40 und Artikel 08 20 02

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

KAPITEL 08 04 — ITER-PROGRAMM (Fortsetzung)**08 04 51** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Beschluss des Rates vom 25. September 2006 über den Abschluss des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts, der Vereinbarung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts und des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts durch die Kommission.

Entscheidung 2006/943/Euratom der Kommission vom 17. November 2006 über die vorläufige Anwendbarkeit des Übereinkommens über die Gründung der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts und des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation für die gemeinsame Durchführung des ITER-Projekts (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 60).

Beschluss 2006/970/Euratom des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 60).

Verordnung (Euratom) Nr. 1908/2006 des Rates vom 19. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/976/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2007-2011) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 404).

Entscheidung 2007/198/Euratom des Rates vom 27. März 2007 über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie sowie die Gewährung von Vergünstigungen dafür (ABl. L 90 vom 30.3.2007, S. 58).

Beschluss 2012/93/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 25).

Verordnung (Euratom) Nr. 139/2012 des Rates vom 19. Dezember 2011 über die Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an indirekten Maßnahmen des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2012-2013) (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 1).

Beschluss 2012/94/Euratom des Rates vom 19. Dezember 2011 über das innerhalb des Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) durch indirekte Maßnahmen durchzuführende spezifische Programm (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 33).

KOMMISSION

TITEL 09**KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
09 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOM- MUNIKATIONSNETZE, IN- HALTE UND TECHNOLOGIEN“	123 643 356	123 643 356	–6 593	–6 593	123 636 763	123 636 763
09 02	RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA	18 026 948	17 844 948		–1 319 708	18 026 948	16 525 240
09 03	INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONS- NETZE	83 915 000	16 083 423		–2 348 831	83 915 000	13 734 592
09 04	„HORIZONT 2020“	1 411 814 619	803 557 373		107 784 852	1 411 814 619	911 342 225
	Titel 09 — Total	1 637 399 923	961 129 100	–6 593	104 109 720	1 637 393 330	1 065 238 820

TITEL 09
KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN

KAPITEL 09 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
09 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN“				
09 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“	5,2	38 070 652	–6 593	38 064 059
09 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“				
09 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 156 787		2 156 787
09 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	1 658 457		1 658 457
	Artikel 09 01 02 — Subtotal		3 815 244		3 815 244
09 01 03	Ausgaben für technische Informations- und Kommunikationsausstattung sowie Dienstleistungen des Politikbereichs „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“	5,2	2 464 270		2 464 270
09 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“				
09 01 04 01	Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) — Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	1,1	188 003		188 003
	Artikel 09 01 04 — Subtotal		188 003		188 003
09 01 05	Unterstützungsausgaben für die Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“				
09 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	48 600 267		48 600 267
09 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	12 636 867		12 636 867
09 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	17 868 053		17 868 053
	Artikel 09 01 05 — Subtotal		79 105 187		79 105 187
	Kapitel 09 01 — Total		123 643 356	–6 593	123 636 763

09 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
38 070 652	–6 593	38 064 059

KOMMISSION

KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
09 02	RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA							
09 02 01	<i>Festlegung und Umsetzung der Unionspolitik im Bereich der elektronischen Kommunikation</i>	1,1	3 150 000	2 968 000		–271 200	3 150 000	2 696 800
09 02 03	<i>Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit</i>	1,1	8 739 000	8 739 000			8 739 000	8 739 000
09 02 04	<i>Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) — Büro</i>	1,1	3 617 948	3 617 948			3 617 948	3 617 948
09 02 05	<i>Maßnahmen betreffend digitale Inhalte sowie audiovisuelle und andere Medien</i>	3	1 020 000	1 020 000		–592 000	1 020 000	428 000
09 02 77	<i>Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen</i>							
09 02 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für Journalisten	3	—	p.m.			—	p.m.
09 02 77 02	Pilotprojekt — Umsetzung des Instruments für die Überwachung des Medienpluralismus	3	500 000	500 000			500 000	500 000
09 02 77 03	Pilotprojekt — Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit	3	1 000 000	1 000 000		–456 508	1 000 000	543 492
	<i>Artikel 09 02 77 — Subtotal</i>		1 500 000	1 500 000		–456 508	1 500 000	1 043 492
	Kapitel 09 02 — Total		18 026 948	17 844 948		–1 319 708	18 026 948	16 525 240

Erläuterungen

09 02 01 *Festlegung und Umsetzung der Unionspolitik im Bereich der elektronischen Kommunikation*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
3 150 000	2 968 000		–271 200	3 150 000	2 696 800

Erläuterungen

Vormals Posten 09 01 04 01 und Artikel 09 02 01

Mit diesen Mitteln werden die Ausgaben für ein Paket von Maßnahmen gedeckt, mit denen

- die Unionspolitik im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste fortgesetzt wird, um Initiativen zur Bewältigung der Herausforderungen in diesem Sektor zu ergreifen,
- ein Beitrag zur Durchführung der Digitalen Agenda für Europa durch Maßnahmen im Zusammenhang mit elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten geleistet wird, vor allem im Rahmen der Folgemaßnahmen zum Gipfel von Lissabon,

KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA *(Fortsetzung)***09 02 01** *(Fortsetzung)*

- politische Strategien und Rechtsvorschriften entwickelt werden, unter besonderer Beachtung von Fragen im Zusammenhang mit dem Zugang zu und der Genehmigung von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, insbesondere Interoperabilität, Zusammenschaltung, Bauarbeiten, Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden und neue Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts,
- die Überwachung und Umsetzung der einschlägigen Rechtsvorschriften in allen Mitgliedstaaten gefördert werden,
- Vertragsverletzungsverfahren koordiniert werden,
- politische Strategien und Rechtsvorschriften entwickelt werden, unter besonderer Beachtung des Privatkundengeschäfts und von Verbraucherfragen, insbesondere Netzneutralität, Anbieterwechsel, Roaming und Universaldienst,
- eine schlüssige marktorientierte Regulierung entwickelt und umgesetzt wird, die von den nationalen Regulierungsbehörden anzuwenden ist, und mit denen auf die von diesen Behörden übermittelten Notifizierungen eingegangen wird, insbesondere auf Notifizierungen betreffend relevante Märkte, Wettbewerb und geeignete regulatorische Eingriffe, vor allem für Zugangsnetze der nächsten Generation,
- bereichsübergreifende politische Strategien entwickelt werden, mit denen sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten alle Arten der Frequenznutzung berücksichtigen, einschließlich der verschiedenen Bereiche des Binnenmarkts, wie elektronische Kommunikation, Breitbandinternet und Innovation,
- die Umsetzung des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsdienste gefördert und überwacht wird (auch des Verfahrens nach Artikel 7 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 33),
- es Drittländern ermöglicht werden soll, eine Politik der Markttöffnung wie in der Union zu verfolgen,
- die Durchführung des Programms für die Funkfrequenzpolitik (Beschluss Nr. 243/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik, ABl. L 81 vom 21.3.2012, S. 7) gefördert und überwacht wird.

Diese Maßnahmen haben im Einzelnen folgende Zielsetzungen:

- Formulierung einer Unionspolitik und -strategie im Bereich der Kommunikationsnetze und -dienste (unter Berücksichtigung der Konvergenz zwischen elektronischer Kommunikation und audiovisuellem Bereich, der Internetaspekte usw.),
- Entwicklung einer Frequenzpolitik in der Union,
- Ausbau der Aktionen im Sektor der Mobilfunk- und Satellitenkommunikation, insbesondere im Bereich der Frequenzen,
- Bestandsaufnahme der Situation und der in diesen Bereichen erlassenen Rechtsvorschriften,
- Koordinierung dieser Tätigkeiten und Initiativen im Hinblick auf das internationale Vorgehen (z. B. Weltfunkkonferenz, CEPT usw.),
- Entwicklung von Tätigkeiten und Initiativen im Bereich der Digitalen Agenda für Europa,
- Aufbau und Pflege der Datenbank zum Frequenzpolitikprogramm sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Überwachung und Durchführung des Programms.

KOMMISSION

KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA (Fortsetzung)**09 02 01** (Fortsetzung)

Diese Maßnahmen umfassen u. a. die Vorbereitung von Untersuchungen und Fortschrittsberichten, Einholung von Stellungnahmen der betroffenen Kreise und aus der Öffentlichkeit, die Ausarbeitung von Vorschlägen für Rechtsvorschriften, die Überwachung der Anwendung der Rechtsvorschriften sowie die Übersetzungen der Notifizierungen und Anhörungen gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2002/21/EG.

Die Mittel dieses Artikels dienen insbesondere der Deckung der Ausgaben für Verträge über Analysen, Gutachten, spezifische Studien, Bewertungsberichte, Koordinierungstätigkeiten, Finanzhilfen und die Teilfinanzierung bestimmter Maßnahmen.

Ferner sind diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Sachverständigensitzungen, Kommunikationsveranstaltungen, Mitgliedsbeiträge, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der politischen Ziele oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

09 02 05**Maßnahmen betreffend digitale Inhalte sowie audiovisuelle und andere Medien**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 020 000	1 020 000		–592 000	1 020 000	428 000

Erläuterungen

Vormals Posten 09 01 04 06 und Artikel 09 02 05

Diese Mittel sind zur Finanzierung folgender Maßnahmen bestimmt:

- Umsetzung der Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).
- Überwachung der Entwicklung des Mediensektors, einschließlich Medienpluralismus und -freiheit, und
- Sammlung und Verbreitung von wirtschaftlichen und rechtlichen Informationen sowie Analysen zum audiovisuellen Sektor und zur Konvergenz der Medienbranche und der Inhalteindustrie.

KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA (Fortsetzung)**09 02 05** (Fortsetzung)

Diese Mittel sind auch zur Deckung der Ausgaben für Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung des Ziels der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe, mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

09 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen**09 02 77 03** Pilotprojekt — Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 000 000	1 000 000		–456 508	1 000 000	543 492

*Erläuterungen**Vormals Artikel 33 02 10*

Diese Mittel sind zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt bestimmt.

Das geplante Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit würde an die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Charta für Pressefreiheit anknüpfen, indem es als europaweite „Anlaufstelle“ für Journalistenverbände oder Einzelpersonen und Medienakteure dienen würde, die angebliche Verstöße gegen diese Chartas geltend machen. Das Zentrum würde solche Verstöße überwachen und dokumentieren. Außerdem würde es als Frühwarnstelle für akute Fälle dienen, indem es beispielsweise Unterstützung ausländischer Kollegen für Journalisten organisiert, die Hilfe brauchen. Das Zentrum würde von der Mitwirkung einer ganzen Reihe von Quellen profitieren, u.a. akademischen Zentren, regionalen Partnern aus ganz Europa und verschiedenen Journalistenverbänden.

Der territoriale Wirkungsbereich der Zentren wären die Mitgliedstaaten und die Kandidatenländer.

Dieses Projekt wäre eine Ergänzung zu bereits bestehenden Aktionen, die aus dem Unionshaushalt unterstützt werden. Im Einzelnen würde es das praktische, konkrete Gegenstück zum akademisch ausgerichteten „Zentrum für Medienpluralismus und -freiheit“ bilden, das am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz eingerichtet wurde. Außerdem würde es von der Dynamik profitieren, die von der von der Kommission eingesetzten hochrangigen Gruppe für Medienfreiheit und Pluralismus und von der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2013 über die „EU-Charta: Normensetzung für die Freiheit der Medien in der EU“ eingeleitet wurde.

KOMMISSION

KAPITEL 09 02 — RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE DIGITALE AGENDA *(Fortsetzung)***09 02 77** *(Fortsetzung)***09 02 77 03** *(Fortsetzung)*

Mit dem Pilotprojekt würden die Anlaufkosten eines solchen Zentrums und die Kofinanzierung seiner jährlichen Betriebskosten gedeckt.

Freiheit und Pluralismus der Medien, einschließlich Leitlinien für unabhängige Medien, sind Schlüsselfaktoren für die Ausübung der freien Meinungsäußerung, die eine der wesentlichen Grundlagen der Union ist. Freiheit und Pluralismus der Medien sind für unsere demokratischen Gesellschaften lebenswichtig.

Das Pilotprojekt soll in den Mitgliedstaaten sowie in den Kandidatenländern und den potenziellen Kandidatenländern Journalistenverbände oder Einzelpersonen und Medienakteure unterstützen, die Verstöße gegen die Europäische Charta für Pressefreiheit geltend machen.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
09 03	INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE							
09 03 01	Beschleunigung des Ausbaus der Breitbandnetze	1,1	10 000 000	p.m.			10 000 000	p.m.
09 03 02	Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Telekommunikationsinfrastrukturprojekte	1,1	34 889 000	p.m.			34 889 000	p.m.
09 03 03	Förderung des Verbunds und der Interoperabilität einzelstaatlicher Dienstleistungen von gemeinsamem Interesse und Leisten eines Beitrags zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld	1,1	39 026 000	9 783 423		–1 898 831	39 026 000	7 884 592
09 03 51	Abschluss früherer Programme							
09 03 51 01	Artikel 2009-2013 — Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ (2009-2013)	1,1	—	6 300 000		–450 000	—	5 850 000
09 03 51 02	Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ — Förderung der sichereren Nutzung des Internets und neuer Online-Technologien	1,1	—	p.m.			—	p.m.
	Artikel 09 03 51 — Subtotal		—	6 300 000		–450 000	—	5 850 000
09 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
09 03 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Internet-basiertes System für bessere Rechts- etzung und zur Bürgerbeteiligung	1,1	—	p.m.			—	p.m.
	Artikel 09 03 77 — Subtotal		—	p.m.			—	p.m.
	Kapitel 09 03 — Total		83 915 000	16 083 423		–2 348 831	83 915 000	13 734 592

*Erläuterungen***09 03 03 Förderung des Verbunds und der Interoperabilität einzelstaatlicher Dienstleistungen von gemeinsamem Interesse und Leisten eines Beitrags zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
39 026 000	9 783 423		–1 898 831	39 026 000	7 884 592

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den in Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 und in Artikel 3 des geänderten Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze festgelegten Zielen bei.

Mit ihnen werden Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich Infrastruktur für Digitaldienste sowie Projekte, die einen Beitrag zu einem sicheren, inklusiven und konstruktiven Online-Umfeld leisten, unterstützt.

KOMMISSION

KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE (Fortsetzung)**09 03 03** (Fortsetzung)

Die Maßnahmen im Rahmen dieser Haushaltslinie tragen zu den genannten Zielen in der Regel über Finanzhilfen und Beschaffungsmaßnahmen bei:

- Kerndienstplattformen, mit Ausnahme von Europeana, werden in der Regel über Beschaffungsmaßnahmen finanziert,
- generische Dienste werden in der Regel über Finanzhilfen finanziert.

Von den Mitteln abgedeckt werden gemäß Artikel 2 des geänderten Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze Ausgaben für Aufstellung, Betrieb, Aufrüstung und Instandhaltung, insbesondere technische Hilfe sowie Betrieb und Instandhaltung von digitalen Dienstinfrastrukturen. Der Schwerpunkt liegt nicht ausschließlich auf der Schaffung der Kerndienstplattform und Basisdienste, sondern auch auf der Leitung des Betriebs solcher Plattformen und Dienste.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010, insbesondere Artikel 4 Absatz 4.

Verordnung (EU) Nr. 283/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 über Leitlinien für transeuropäische Netze im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1336/97/EG (ABl. L 86 vom 21.3.2014, S. 14), und insbesondere Artikel 6 Absätze 1 und 9 und Abschnitte 1 und 3 des Anhangs.

09 03 51 *Abschluss früherer Programme*

09 03 51 01 Artikel 2009-2013 — Abschluss des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ (2009-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	6 300 000		–450 000	—	5 850 000

*Erläuterungen**Vormals Posten 09 02 02 01*

Diese Mittel sind zur Abwicklung früherer Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Programm „Mehr Sicherheit im Internet“ bestimmt.

KAPITEL 09 03 — INFRASTRUKTURFAZILITÄT „CONNECTING EUROPE“ (CEF) — TELEKOMMUNIKATIONSNETZE *(Fortsetzung)***09 03 51** *(Fortsetzung)*09 03 51 01 *(Fortsetzung)*

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des westlichen Balkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss Nr. 1351/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 118).

KOMMISSION

KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
09 04	„HORIZONT 2020“							
09 04 01	Wissenschaftliche Exzellenz							
09 04 01 01	Intensivierung der Forschung im Bereich künftige und sich abzeichnende Technologien	1,1	239 081 487	10 300 623			239 081 487	10 300 623
09 04 01 02	Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastrukturen)	1,1	96 956 907	2 101 017			96 956 907	2 101 017
	<i>Artikel 09 04 01 — Subtotal</i>		336 038 394	12 401 640			336 038 394	12 401 640
09 04 02	Industrielle Führungsrolle							
09 04 02 01	Führungsrolle in den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	1,1	720 260 961	44 192 289			720 260 961	44 192 289
	<i>Artikel 09 04 02 — Subtotal</i>		720 260 961	44 192 289			720 260 961	44 192 289
09 04 03	Gesellschaftliche Herausforderungen							
09 04 03 01	Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des lebenslangen Wohlergehens	1,1	131 580 377	11 991 283			131 580 377	11 991 283
09 04 03 02	Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften	1,1	38 116 288	505 313		2 784 852	38 116 288	3 290 165
09 04 03 03	Förderung sicherer europäischer Gesellschaften		46 778 599	p.m.			46 778 599	p.m.
	<i>Artikel 09 04 03 — Subtotal</i>		216 475 264	12 496 596		2 784 852	216 475 264	15 281 448
09 04 07	Gemeinsame Unternehmen							
09 04 07 31	Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL) — Unterstützungsausgaben	1,1	540 000	540 000			540 000	540 000
09 04 07 32	Gemeinsames Unternehmen „Elektronikkomponenten und -systeme für eine Führungsrolle Europas“ (ECSEL)	1,1	135 000 000	33 750 000			135 000 000	33 750 000
	<i>Artikel 09 04 07 — Subtotal</i>		135 540 000	34 290 000			135 540 000	34 290 000
09 04 50	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung							
09 04 50 01	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014–2020)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
09 04 50 02	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 09 04 50 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
09 04 51	Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013)	1,1	p.m.	618 054 637		105 000 000	p.m.	723 054 637
09 04 52	Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme (aus der Zeit vor 2007)	1,1	—	p.m.			—	p.m.
09 04 53	Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm)							
09 04 53 01	Abschluss des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation — Programm zur Unterstützung der Politik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Förderprogramm) (2007-2013)	1,1	p.m.	80 372 211			p.m.	80 372 211
09 04 53 02	Abschluss früherer Programme im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (aus der Zeit vor 2007)	1,1	—	p.m.			—	p.m.
	<i>Artikel 09 04 53 — Subtotal</i>		p.m.	80 372 211			p.m.	80 372 211
09 04 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
09 04 77 01	Pilotprojekt — Technologien für offenes Wissen: Erfassung und Validierung von Wissen	1,1	1 500 000	750 000			1 500 000	750 000
09 04 77 02	Pilotprojekt — Verbunden für die Gesundheit: eine Lösung für Gesundheit und Wohlbefinden in Open-Access-FTTH-Netzen	1,1	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
09 04 77 03	Pilotprojekt — REIsearch (Spitzen- und Innovationsforschungsnetz) — Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Forschungsraums durch mehr Kommunikation zwischen den Forschern, den Bürgern und den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik	1,1	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	<i>Artikel 09 04 77 — Subtotal</i>		3 500 000	1 750 000			3 500 000	1 750 000
	Kapitel 09 04 — Total		1 411 814 619	803 557 373		107 784 852	1 411 814 619	911 342 225

KOMMISSION

KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020), das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt, verwendet.

„Horizont 2020“ wird bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“ und „Digitale Agenda für Europa“, sowie für den Aufbau und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle spielen. Horizont 2020 wird durch die Mobilisierung ausreichender zusätzlicher Mittel für Forschung, Entwicklung und Innovation zum Aufbau einer wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft in der gesamten Union beitragen.

Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt werden, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut, beizutragen: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in der ganzen Union und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Die Artikel und Posten dieses Titels decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse ab; für die Finanzierung von Studien sowie von Finanzhilfen für die Begleitung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme; für im Auftrag der Kommission durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen, insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Diese Mittel werden im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 247 vom 20.12.2013, S. 81) verwendet.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Bei einigen dieser Projekte ist die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittländern an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung vorgesehen. Solche möglichen Finanzbeiträge werden bei den Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Einnahmen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, werden bei dem Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des westlichen Balkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Die etwaigen Einnahmen aus den Beiträgen externer Einrichtungen zu den Tätigkeiten der Union werden bei dem Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel erfolgt über Posten 09 04 50 01.

Die Bereitstellung der Mittel für Verwaltungsausgaben dieses Kapitels erfolgt über Artikel 09 01 05.

09 04 03 Gesellschaftliche Herausforderungen*Erläuterungen*

Diese Priorität von Horizont 2020 ist eine unmittelbare Antwort auf die in der Strategie Europa 2020 genannten politischen Prioritäten und gesellschaftlichen Herausforderungen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen werden, abhängig von der jeweiligen Herausforderung, die in unterschiedlichsten Gebieten, Technologien und Disziplinen vorhandenen Ressourcen und Kenntnisse zusammengeführt. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Zyklus, von der Forschung bis zur Vermarktung, wobei ein neuer Schwerpunkt auf innovationsbezogenen Tätigkeiten liegt, wie beispielsweise auf Pilot- und Demonstrationsprojekten, Testläufen, Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzeption, vom Endnutzer angeregten Innovationen, gesellschaftlichen Innovationen und auf der Markteinführung von Innovationen. Die Maßnahmen werden die entsprechenden Zuständigkeiten in den Politikbereichen auf Unionsebene direkt unterstützen.

09 04 03 02 Förderung integrativer, innovativer und sicherer europäischer Gesellschaften

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
38 116 288	505 313		2 784 852	38 116 288	3 290 165

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Das spezifische Ziel besteht in der Förderung integrativer, innovativer und reflektierender europäischer Gesellschaften vor dem Hintergrund eines beispiellosen Wandels und wachsender globaler Interdependenzen.

Die Maßnahmen werden die folgenden vier Hauptbereiche abdecken: IKT-gestützte Innovationen im öffentlichen Sektor, Verständnis und Bewahrung der geistigen Grundlage Europas, Lernen und Einbeziehung aller.

IKT-gestützte Innovationen im öffentlichen Sektor betreffen den Einsatz von IKT für die Entwicklung und Umsetzung neuer Verfahren, Produkte, Dienstleistungen und Methoden ihrer Bereitstellung, die zu erheblichen Verbesserungen der Effizienz, Wirksamkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen führen. Die öffentliche Verwaltung der Zukunft sollte grundsätzlich digital und grenzübergreifend arbeiten. Zu den Maßnahmen zählen die Förderung effizienter, offener und bürgernaher öffentlicher Dienstleistungen, wobei der öffentliche Sektor als Motor für Innovation und Wandel auftritt, sowie grenzüberschreitender Innovationsmaßnahmen oder kontinuierlicher Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen.

Ziel des zweiten Hauptbereichs ist „ein Beitrag zum Verständnis der geistigen Grundlage Europas, seiner Geschichte und der vielen europäischen und außereuropäischen Einflüsse als Quelle der Inspiration für unser Leben in heutiger Zeit“.

KOMMISSION

KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)**09 04 03** (Fortsetzung)

09 04 03 02 (Fortsetzung)

Ziel des dritten Hauptbereichs ist die Unterstützung des umfassenden Einsatzes der IKT in Schulen und in der beruflichen Bildung in Europa.

Im vierten Hauptbereich geht es darum, die uneingeschränkte Teilhabe älterer Menschen (ab 65 Jahren), von Arbeitslosen und Geringqualifizierten, Migranten, pflegebedürftigen Menschen, in abgelegenen oder ärmeren Gegenden lebenden Menschen, von Menschen mit Behinderungen und Obdachlosen an der Gesellschaft zu gewährleisten. Bei den Maßnahmen geht es vor allem darum, diese Gruppen mit den erforderlichen digitalen Kompetenzen auszustatten und ihnen Zugang zu digitalen Technologien zu bieten.

Die Maßnahmen umfassen Kooperations- und Vernetzungsmaßnahmen sowie Initiativen zur Koordinierung nationaler Programme. Ausgewiesen sind in diesem Posten ferner die Ausgaben für unabhängige Sachverständige, die an der Bewertung von Vorschlägen und an Projektprüfungen mitwirken, für Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien, die von der Kommission veranstaltet werden und von europäischem Interesse sind, für Studien, Analysen und Bewertungen, für die Überwachung und Bewertung der spezifischen Programme und der Rahmenprogramme sowie für Maßnahmen zur Programmbetreuung und Verbreitung der Programmergebnisse, auch für Maßnahmen aus früheren Rahmenprogrammen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe f.

09 04 51 Abschluss des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	618 054 637		105 000 000	p.m.	723 054 637

Erläuterungen

Vormals Posten 09 04 01 01, 09 04 01 02, 09 04 01 03, 09 04 01 04 und 09 04 01 05 und Artikel 09 05 01

Diese Mittel dienen der Abwicklung früherer Verpflichtungen im Rahmen des Siebten Rahmenprogramms (2007-2013).

KAPITEL 09 04 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)**09 04 51** (Fortsetzung)

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1).

Entscheidung 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86).

Entscheidung 2006/974/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Kapazitäten“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 299).

Verordnung (EG) Nr. 72/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 21).

Verordnung (EG) Nr. 74/2008 des Rates vom 20. Dezember 2007 über die Gründung des „Gemeinsamen Unternehmens Artemis“ zur Umsetzung einer gemeinsamen Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (ABl. L 30 vom 4.2.2008, S. 52).

KOMMISSION

TITEL 11
MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“	41 687 233	41 687 233	–1 588 919	–1 588 919	40 098 314	40 098 314
11 03	OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREI-ORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI	35 688 000	36 329 299			35 688 000	36 329 299
	Reserven (40 02 41)	115 342 000	112 342 000	–69 567 000	–69 567 000	115 342 000	42 775 000
		151 030 000	148 671 299	–69 567 000	–69 567 000	151 030 000	79 104 299
11 06	EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)	873 399 709	589 465 754		69 540 126	873 399 709	659 005 880
	Titel 11 — Total	950 774 942	667 482 286	–1 588 919	67 951 207	949 186 023	735 433 493
	Reserven (40 02 41)	115 342 000	112 342 000	–69 567 000	–69 567 000	115 342 000	42 775 000
		1 066 116 942	779 824 286	–71 155 919	–1 615 793	1 064 528 023	778 208 493

TITEL 11

MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
11 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“				
11 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“	5,2	28 977 662	–5 019	28 972 643
11 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“				
11 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 415 147		2 415 147
11 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 726 733		2 726 733
	Artikel 11 01 02 — Subtotal		5 141 880		5 141 880
11 01 03	Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“	5,2	1 875 691		1 875 691
11 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“				
11 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“ — Nichtoperative administrative und technische Unterstützung	2	4 100 000	–774 900	3 325 100
	Artikel 11 01 04 — Subtotal		4 100 000	–774 900	3 325 100
11 01 06	Exekutivagenturen				
11 01 06 01	Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)	2	1 592 000	–809 000	783 000
	Artikel 11 01 06 — Subtotal		1 592 000	–809 000	783 000
	Kapitel 11 01 — Total		41 687 233	–1 588 919	40 098 314

11 01 01 **Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
28 977 662	–5 019	28 972 643

11 01 04 **Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“**

11 01 04 01 Unterstützungsausgaben für den Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“ — Nichtoperative administrative und technische Unterstützung

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
4 100 000	–774 900	3 325 100

Erläuterungen

Vormals Posten 11 01 04 01, 11 01 04 02, 11 01 04 03, 11 01 04 04, 11 01 04 05, 11 01 04 06, 11 01 04 07 und 11 01 04 08

KOMMISSION

KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“ (Fortsetzung)**11 01 04** (Fortsetzung)**11 01 04 01** (Fortsetzung)

Diese Mittel sind zur Deckung der nichtoperativen technischen Unterstützung für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) gemäß Artikel 51 des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final und Artikel 91 des Vorschlags für eine Verordnung COM(2011) 804 final bestimmt.

Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

- Ausgaben für externes Personal (Vertragsbedienstete, abgeordnete nationale Sachverständige und Personal der Agenturen) am Hauptsitz in Höhe von bis zu 850 000 EUR, einschließlich Unterstützungsausgaben (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen des aus Mitteln dieses Postens bezahlten externen Personals) zur Durchführung des EMFF und zum Abschluss von Maßnahmen zur technischen Unterstützung im Rahmen des Vorläuferfonds (Europäischer Fischereifonds, EFF);
- Ausgaben für externes Personal in Drittlanddelegationen der Union (Vertragsbedienstete, örtliches Personal und abgeordnete nationale Sachverständige) sowie zusätzliche Kosten für Logistik und Infrastruktur (Fortbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen, Informationstechnologie und Telekommunikation, Mieten), die unmittelbar durch die Anwesenheit des aus in diesem Posten eingetragenen Mitteln bezahlten externen Personals in den Delegationen anfallen;
- Ausgaben für Dienstreisen von Drittlanddelegationen, die an Sitzungen zur Aushandlung von Fischereiabkommen und Gemeinsamen Ausschüssen teilnehmen;
- Ausgaben für Studien, Bewertungsmaßnahmen und Audits, Sachverständigensitzungen, die Teilnahme von Interessenträgern an Ad-hoc-Sitzungen, Seminaren und Konferenzen zu wichtigen Themen, Informationskampagnen und Veröffentlichungen im Bereich der maritimen Angelegenheiten und der Fischerei;
- Ausgaben für Informationstechnologie (IT) (Ausrüstung und Dienste);
- Ausgaben für die Teilnahme von Wissenschaftlern an Sitzungen regionaler Fischereiorganisationen;
- allen weiteren Ausgaben für nichtoperative technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von Ad-hoc-Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen finanziert werden, die mit Vorbereitung, Überwachung, administrativer und technischer Unterstützung, Bewertung, Audit und Kontrolle von Interventionen auf dem Fischereimarkt in Zusammenhang stehen und die bislang im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Artikel 5 Buchstaben a bis d der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 finanziert wurden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“ (Fortsetzung)**11 01 04** (Fortsetzung)

11 01 04 01 (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1).

11 01 06 Exekutivagenturen

11 01 06 01 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
1 592 000	–809 000	783 000

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil der Programme der Union im Bereich der Meerespolitik und der Fischerei und Teil des Europäischen Meeres- und Fischereifonds sind.

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist in dem Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“ *(Fortsetzung)***11 01 06** *(Fortsetzung)***11 01 06 01** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Beschluss C(2013) 9414 final der Kommission vom 12. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse an die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

Durchführungsbeschluss 2013/771/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 73).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1).

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 03	OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI							
11 03 01	<i>Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen</i>	2	29 658 000	32 658 000			29 658 000	32 658 000
	Reserven (40 02 41)		115 342 000	112 342 000	–69 567 000	–69 567 000	115 342 000	42 775 000
			145 000 000	145 000 000	–69 567 000	–69 567 000	145 000 000	75 433 000
11 03 02	<i>Förderung einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft und Meeresbewirtschaftung im Einklang mit den Zielen der GFP (obligatorischer Finanzbeitrag zu internationalen Gremien)</i>	2	6 030 000	3 671 299			6 030 000	3 671 299
	Kapitel 11 03 — Total		35 688 000	36 329 299			35 688 000	36 329 299
	Reserven (40 02 41)		115 342 000	112 342 000	–69 567 000	–69 567 000	115 342 000	42 775 000
			151 030 000	148 671 299	–69 567 000	–69 567 000	151 030 000	79 104 299

Erläuterungen
11 03 01 Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen

	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/ 2014		Neuer Betrag	
	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 03 01	29 658 000	32 658 000			29 658 000	32 658 000
Reserven (40 02 41)	115 342 000	112 342 000	–69 567 000	–69 567 000	115 342 000	42 775 000
Total	145 000 000	145 000 000	–69 567 000	–69 567 000	145 000 000	75 433 000

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben infolge der Fischereiabkommen, die die Europäische Union/ Gemeinschaft mit Drittländern ausgehandelt hat bzw. zu verlängern oder neu auszuhandeln beabsichtigt.

Auch partnerschaftliche Fischereiabkommen, die die Europäische Union möglicherweise neu aushandelt, müssten aus diesem Artikel finanziert werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI (Fortsetzung)**11 03 01** (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22), und insbesondere Artikel 31.

Verordnungen und Beschlüsse über den Abschluss von Abkommen und/oder Protokollen im Bereich Fischerei zwischen der Europäischen Gemeinschaft/Union und den Regierungen folgender Länder:

Land	Verordnung	Datum	ABl.	Laufzeit
Kap Verde	Verordnung (EG) Nr. 2027/2006	19. Dezember 2006	L 414 vom 30.12.2006	1.9.2006 bis 31.8.2011
	Beschluss 2011/679/EU	10. Oktober 2011	L 269 vom 14.10.2011	1.9.2011 bis 31.8.2014
Komoren	Verordnung (EG) Nr. 1660/2005	6. Oktober 2005	L 267 vom 12.10.2005	1.1.2005 bis 31.12.2010
	Verordnung (EG) Nr. 1563/2006	5. Oktober 2006	L 290 vom 20.10.2006	
	Beschluss 2011/294/EU	13. Mai 2011	L 134 vom 21.5.2011	1.1.2011 bis 31.12.2013
	Neues Protokoll am 5. Juli 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen			
Côte d'Ivoire	Verordnung (EG) Nr. 953/2005	21. Juni 2005	L 164 vom 24.6.2005	1.7.2004 bis 30.6.2007
	Verordnung (EG) Nr. 242/2008	17. März 2008	L 75 vom 18.3.2008	1.7.2007 bis 30.6.2013
	Beschluss 2013/303/EU	29. Mai 2013	L 170 vom 22.6.2013	1.7.2013 bis 30.6.2018.
Gabun	Beschluss 2006/788/EG	7. November 2006	L 319 vom 18.11.2006	
	Verordnung (EG) Nr. 450/2007	16. April 2007	L 109 vom 26.4.2007	3.12.2005 bis 2.12.2011
	Beschluss 2013/462/EU	22. Juli 2013	L 250 vom 20.9.2013	24.7.2013 bis 23.7.2016
Grönland	Verordnung (EG) Nr. 753/2007	28. Juni 2007	L 172 vom 30.6.2007	1.1.2007 bis 31.12.2012
	Beschluss 2012/653/EU	16. Juli 2012	L 293 vom 23.10.2012	1.1.2013 bis 31.12.2015
Guinea-Bissau	Verordnung (EG) Nr. 1491/2006	10. Oktober 2006	L 279 vom 11.10.2006	
	Verordnung (EG) Nr. 241/2008	17. März 2008	L 75 vom 18.3.2008	16.6.2007 bis 15.6.2011
	Verordnung 2011/885/EU	14. November 2011	L 344 vom 28.12.2011	16.6.2011 bis 15.6.2012
	Neues Protokoll am 10. Februar 2012 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren ausgesetzt			
Kiribati	Verordnung (EG) Nr. 893/2007	23. Juli 2007	L 205 vom 7.8.2007	16.9.2006 bis 15.9.2012
	Beschluss 2012/669/EU	9. Oktober 2012	L 300 vom 30.10.2012	16.9.2012 bis 15.9.2015
Madagaskar	Beschluss 2007/797/EG	15. November 2007	L 331 vom 17.12.2007	
	Verordnung (EG) Nr. 31/2008	15. November 2007	L 15 vom 18.1.2008	1.1.2007 bis 31.12.2012
	Beschluss 2012/826/EU	28. November 2012	L 361 vom 31.12.2012	1.1.2013 bis 31.12.2014

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI (Fortsetzung)

11 03 01

(Fortsetzung)

Land	Verordnung	Datum	ABl.	Laufzeit
Mauritius	Verordnung (EG) Nr. 2003/2004	21. Oktober 2004	L 348 vom 24.11.2004	3.12.2003 bis 2.12.2007
	Beschluss 2012/670/EU Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 23. Februar 2012 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen, keine vorläufige Anwendung	9. Oktober 2012	L 300 vom 30.10.2012	
Mauretanien	Verordnung (EG) Nr. 1801/2006	30. November 2006	L 343 vom 8.12.2006	1.8.2006 bis 31.7.2008
	Verordnung (EG) Nr. 704/2008	15. Juli 2008	L 203 vom 31.7.2008	1.8.2008 bis 31.7.2012
	Beschluss 2012/827/EU	18. Dezember 2012	L 361 vom 31.12.2012	16.12.2012 bis 15.12.2014
Marokko	Verordnung (EG) Nr. 764/2006	22. Mai 2006	L 141 vom 29.5.2006	28.2.2007 bis 27.2.2011
	Beschluss 2011/491/EU Aufgehoben durch Beschluss 2012/15/EU Derzeit kein Protokoll in Kraft	12. Juli 2011 20. Dezember 2011	L 202 vom 5.8.2011	28.2.2011 bis 28.2.2012
	Beschluss 2013/720/EU Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 24. Juli 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen, keine vorläufige Anwendung	15. November 2013	L 6 vom 10.1.2012 L 328 vom 7.12.2013	
Mosambik	Verordnung (EG) Nr. 1446/2007	22. November 2007	L 331 vom 17.12.2007	1.1.2007 bis 31.12.2011
	Beschluss 2012/306/EU	12. Juni 2012	L 153 vom 14.6.2012	1.2.2012 bis 31.1.2015
São Tomé und Príncipe	Verordnung (EG) Nr. 894/2007	23. Juli 2007	L 205 vom 7.8.2007 und L 330 vom 15.12.2007	1.6.2006 bis 31.5.2010
	Beschluss 2011/420/EU	12. Juli 2011	L 188 vom 19.7.2011	13.5.2011 bis 12.5.2014
Seychellen	Verordnung (EG) Nr. 1562/2006	5. Oktober 2006	L 290 vom 20.10.2006	
	Beschluss 2011/474/EU Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 10. Mai 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen	12. Juli 2011	L 196 vom 28.7.2011	18.1.2011 bis 17.1.2014

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06	EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)							
11 06 01	Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP) — Ziel 1 (2000-2006)	2	p.m.	14 444 368			p.m.	14 444 368
11 06 02	Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)	2	—	—			—	—
11 06 03	Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 04	Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)	2	p.m.	7 941 702			p.m.	7 941 702
11 06 05	Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 06	Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)	2	—	—			—	—
11 06 08	Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)	2	—	—			—	—
11 06 09	Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 11	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)	2	p.m.	2 444 057			p.m.	2 444 057
11 06 12	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)	2	p.m.	319 099 347		69 540 126	p.m.	388 639 473
11 06 13	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)	2	p.m.	100 353 663			p.m.	100 353 663
11 06 14	Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)	2	p.m.	6 800 000			p.m.	6 800 000
11 06 15	Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)	2	p.m.	10 835 165			p.m.	10 835 165

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 60	Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik	2	753 443 838	41 845 392			753 443 838	41 845 392
11 06 61	Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union	2	43 216 876	11 964 825			43 216 876	11 964 825
11 06 62	Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik							
11 06 62 01	Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse	2	14 349 220	21 639 419			14 349 220	21 639 419
11 06 62 02	Kontrolle und Durchsetzung	2	24 694 000	25 663 476			24 694 000	25 663 476
11 06 62 03	Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen	2	9 490 000	5 675 090			9 490 000	5 675 090
11 06 62 04	Steuerung und Kommunikation	2	6 809 400	4 857 767			6 809 400	4 857 767
11 06 62 05	Marktinformationen	2	4 745 000	1 901 598			4 745 000	1 901 598
	<i>Artikel 11 06 62 — Subtotal</i>		60 087 620	59 737 350			60 087 620	59 737 350
11 06 63	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung							
11 06 63 01	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe	2	3 834 475	1 982 985			3 834 475	1 982 985
11 06 63 02	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 11 06 63 — Subtotal</i>		3 834 475	1 982 985			3 834 475	1 982 985
11 06 64	Europäische Fischereiaufsichtsaagentur	2	8 716 900	8 716 900			8 716 900	8 716 900
11 06 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
11 06 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 77 02	Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement	2	p.m.	450 000			p.m.	450 000
11 06 77 03	Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik	2	—	—			—	—

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 77	(Fortsetzung)							
11 06 77 04	Pilotprojekt — Netzwerke und bewährte Praxis in der Meerespolitik	2	—	—			—	—
11 06 77 05	Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur	2	p.m.	200 000			p.m.	200 000
11 06 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See	2	600 000	900 000			600 000	900 000
11 06 77 07	Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fischereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der EU-Fischerei im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystemorientierten Ansatzes im Fischereimanagement zu erhöhen	2	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
11 06 77 08	Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei	2	1 500 000	750 000			1 500 000	750 000
	<i>Artikel 11 06 77 — Subtotal</i>		4 100 000	3 300 000			4 100 000	3 300 000
	Kapitel 11 06 — Total		873 399 709	589 465 754		69 540 126	873 399 709	659 005 880

Erläuterungen

Nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht. Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen in spezifischen Fällen, in denen sie sich zur Deckung der Risiken einer Annullierung oder Kürzung der zuvor beschlossenen Korrekturen als notwendig erweisen, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

In der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 ist festgelegt, unter welchen Bedingungen die Vorauszahlung zurückgezahlt wird, was nicht zur Folge hat, dass die Beteiligung der Strukturfonds für die betreffende Intervention gekürzt wird. Gemäß den Artikeln 21 und 178 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen aufgrund dieser Rückzahlungen der Vorauszahlung, die in Posten 6 1 5 7 des Einnahmenplans verbucht werden, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung werden für Ausgaben, die nicht gemäß anwendbarem Recht getätigt wurden, Finanzkorrekturen vorgenommen.

Die Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen der Kommission sehen spezielle Regeln für Finanzkorrekturen im Rahmen des EMFF vor.

Etwaige Einnahmen aus auf dieser Grundlage vorgenommenen Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht und gelten nach Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Voraussetzungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

Erstattete Vorauszahlungen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 verbucht.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

11 06 01 Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Ziel 1 (2000-2006)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	14 444 368			p.m.	14 444 368

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 01** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Aus diesen Mitteln wird die Abwicklung der noch offenen Ziel-1-Verpflichtungen des Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006 durch das FIAF finanziert.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

11 06 02 ***Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)***

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

Erläuterungen

Das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung wurde zur Abwicklung der noch offenen Verpflichtungsermächtigungen für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 4.

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999, und insbesondere Ziffer 44 Buchstabe b.

Entscheidung 1999/501/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über die indikative Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Mitgliedstaaten im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 (ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 49), insbesondere Erwägung 5.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 03 Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen des FIAF aus den vorhergehenden Programmzeiträumen für die früheren Ziele 1 und 6.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. L 376 vom 31.12.1986, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2468/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 19).

11 06 04 Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	7 941 702			p.m.	7 941 702

Erläuterungen

Aus diesen Mitteln wird die Deckung der Interventionen außerhalb der Ziel-1-Gebiete für die Verpflichtungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 durch das FIAF finanziert.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 04** (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

11 06 05 *Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für das frühere Ziel 5a „Fischerei“ aus dem FIAF, einschließlich der gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 finanzierten Maßnahmen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2468/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 19).

11 06 06 *Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

Erläuterungen

Diese Mittel dienen zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen des FIAF aus den Programmplanungszeiträumen vor 2000-2006.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 06** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verweise

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Globalzuschüsse oder integrierten Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 44).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (Interreg II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 60).

Mitteilung der Kommission vom 16. Mai 1995 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für eine Initiative im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und in den Grenzbezirken Irlands (Programm PEACE I) (ABl. C 186 vom 20.7.1995, S. 3).

Mitteilung der Kommission vom 26. November 1997 an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands (1995-1999) (Programm PEACE I) (KOM(97) 642 final).

11 06 08 Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 08** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen im Rahmen des FIAF für innovative Maßnahmen bzw. vorbereitende, begleitende oder bewertende Maßnahmen sowie alle anderen Formen ähnlicher Interventionen zur technischen Hilfe, die in den Verordnungen vorgesehen sind. Mit diesen Mitteln werden auch die früheren mehrjährigen Maßnahmen finanziert, insbesondere diejenigen, die gemäß den anderen vorgenannten Verordnungen genehmigt und durchgeführt wurden und nicht den vorrangigen Zielen des Strukturfonds zugeordnet werden können. Diese Mittel werden gegebenenfalls auch zur Deckung von Beträgen verwendet, die im Rahmen des FIAF für Interventionen ausbezahlt sind, für die die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen im Programmplanungszeitraum 2000-2006 weder verfügbar noch vorgesehen sind.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. L 197 vom 27.7.1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3760/92 des Rates vom 20. Dezember 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Fischerei und die Aquakultur (ABl. L 389 vom 31.12.1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

11 06 09***Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren***

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 09** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Ausgaben für die spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren.

Infolge des Untergangs der „Prestige“ wurden 30 000 000 EUR für Sondermaßnahmen zur Entschädigung der von der Ölpest betroffenen Fischereien, Muschelzucht- und Aquakulturanlagen zugewiesen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2561/2001 des Rates vom 17. Dezember 2001 über die Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 17).

Verordnung (EG) Nr. 2372/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 zum Erlass spezifischer Maßnahmen zur Entschädigung der von der Ölpest durch die Prestige betroffenen spanischen Fischereien, Muschelzucht- und Aquakulturanlagen (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 81).

11 06 11 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	2 444 057			p.m.	2 444 057

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Maßnahmen der technischen Unterstützung aus dem EFF gemäß Artikel 46 der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen. Die technische Unterstützung umfasst Studien, Bewertungen, an die Partner gerichtete Aktionen, Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung von elektronischen Verwaltungs-, Begleit-, Audit-, Inspektions- und Bewertungssystemen, Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über die einschlägige Praxis sowie die Errichtung transnationaler und unionsweiter Netze der Akteure der nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete.

Die technische Hilfe umfasst Vorbereitungs-, Begleit-, Evaluierungs-, Kontroll- und Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des EFF.

Diese Mittel können insbesondere die Finanzierung decken von

- unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen),
- Ausgaben für Informationen und Veröffentlichungen,
- Ausgaben für Informationstechnologien und Telekommunikation,

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 11** (Fortsetzung)

- Verträgen für Dienstleistungserbringer,
- Netzwerkunterstützung und Austausch bewährter Verfahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

11 06 12 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	319 099 347		69 540 126	p.m.	388 639 473

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Zusammenhang mit den operationellen Programmen im Rahmen des Konvergenzziels des Europäischen Fischereifonds (EFF) im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Die aus diesem Artikel finanzierten Aktionen sollten der Notwendigkeit der Gewährleistung eines stabilen und dauerhaften Gleichgewichts zwischen der Kapazität der Fischereiflotten und den verfügbaren Ressourcen sowie der Förderung einer Sicherheitskultur im Fischereisektor Rechnung tragen.

Diese Mittel dienen zudem der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Selektivität der Fanggeräte.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

11 06 13 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	100 353 663			p.m.	100 353 663

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 13** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Zusammenhang mit EFF-Maßnahmen außerhalb des Konvergenzziels für Verpflichtungen im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Die aus diesem Artikel finanzierten Aktionen sollten der Notwendigkeit der Förderung einer Sicherheitskultur im Fischereisektor Rechnung tragen.

Diese Mittel dienen zudem der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Selektivität der Fanggeräte.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

11 06 14 *Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	6 800 000			p.m.	6 800 000

*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 01 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates vom 17. Dezember 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. L 17 vom 21.1.2000, S. 22).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

11 06 15 *Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	10 835 165			p.m.	10 835 165

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 15** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 03 01*

Diese Mittel dienen der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Regelung zum Ausgleich der durch die äußerste Randlage dieser Regionen bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und der französischen Departements Guayana und Réunion.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2328/2003 des Rates vom 22. Dezember 2003 über eine Regelung zum Ausgleich der durch die äußerste Randlage bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und der französischen Departements Guayana und Réunion (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 34).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 791/2007 des Rates vom 21. Mai 2007 über eine Regelung zum Ausgleich der Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse aus den Gebieten in äußerster Randlage, den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln sowie Französisch-Guayana und Réunion (ABl. L 176 vom 6.7.2007, S. 1).

11 06 60 Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
753 443 838	41 845 392			753 443 838	41 845 392

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit den operationellen Programmen des EMFF zur Ankurbelung der Beschäftigung, zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts, zur Förderung einer innovativen, wettbewerbsfähigen und wissensbasierten und gleichzeitig nachhaltigen und ressourcenschonenden Fischerei und Aquakultur sowie zur Unterstützung bei der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 60** (Fortsetzung)

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 5 Buchstaben a, c und d.

11 06 61 *Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
43 216 876	11 964 825			43 216 876	11 964 825

Erläuterungen

Vormals Artikel 11 09 05

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die sich aus der Durchführung des Unterstützungsprogramms zur Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik ergeben, das unter anderem Folgendes umfasst:

- das Europäische Meeresbeobachtungs- und Meeresdatennetzwerk,
- Projekte, einschließlich Testvorhaben und Kooperationsprojekte,
- die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung des gemeinsamen Informationsraums,
- Pilotstudien zur grenzübergreifenden maritimen Raumplanung,
- IT-Anwendungen wie das maritime Forum und der europäische Meeresatlas,
- Veranstaltungen und Konferenzen,
- Studien, die europaweit und für einzelne Meeresräume Wachstumsbarrieren, neue Optionen sowie die Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Meeresumwelt untersuchen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2011 zur Schaffung eines Programms zur Unterstützung der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik (ABl. L 321 vom 5.12.2011, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 61** (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 5 Buchstabe b.

11 06 62 Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik**11 06 62 01** Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
14 349 220	21 639 419			14 349 220	21 639 419

Erläuterungen

Vormals Artikel 11 07 01 und 11 07 02

Veranschlagt sind Mittel

- für die Beteiligung der Europäischen Union an den Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen nationaler mehrjähriger Programme für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten, die 2013 oder früher gestartet wurden;
- zur Finanzierung von Studien und Pilotprojekten der Kommission, die gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchgeführt werden und die für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik, einschließlich alternativer Methoden für eine nachhaltige Fischerei, erforderlich sind;
- für die Erarbeitung wissenschaftlicher Stellungnahmen und Gutachten durch Wissenschaftseinrichtungen, einschließlich internationaler Beratungsgremien für Bestandsabschätzungen, durch unabhängige Sachverständige und durch Forschungsinstitute;
- für Kosten, die der Kommission durch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten, der Organisation und Leitung von Fischereisachverständigensitzungen und der Verwaltung der jährlichen Arbeitsprogramme im Zusammenhang mit fischereiwissenschaftlicher und fischereitechnischer Expertise, der Verarbeitung von Datenabrufen und Datensätzen sowie der Vorbereitungsarbeit für die Vorlage wissenschaftlicher Stellungnahmen und Gutachten entstehen;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 01** (Fortsetzung)

- für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Datenerhebung, einschließlich der Erstellung und Verwaltung regionaler Datenbanken zur Archivierung, Verwaltung und Nutzung von Daten, die die regionale Zusammenarbeit fördern und die Datenerhebung und -verwaltung sowie die wissenschaftliche Expertise im Bereich der Fischereiwirtschaft verbessern;
- für Verwaltungsabsprachen mit der Gemeinsamen Forschungsstelle oder anderen Beratungsgremien der Europäischen Union zur Übernahme des Sekretariats des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (STECF), zur ersten Auswertung der Daten und zur Aufbereitung der Daten zur Einschätzung der Bestandslage;
- Vergütungen für Mitglieder des STECF und/oder von eingeladenen Sachverständigen für ihre Teilnahme und Mitarbeit an Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen des STECF;
- Vergütungen für unabhängige Sachverständige, die wissenschaftliche Gutachten für die Kommission erstellen oder Schulungen für Verwaltungsbeamte oder Akteure in der Auslegung der wissenschaftlichen Gutachten durchführen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1543/2000 des Rates vom 29. Juni 2000 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung und Verwaltung der Daten, die zur Durchführung der gemeinsamen Fischereipolitik erforderlich sind (ABl. L 176 vom 15.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiresourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 199/2008 des Rates vom 25. Februar 2008 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Beschluss 2005/629/EG der Kommission vom 26. August 2005 zur Einsetzung des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (ABl. L 225 vom 31.8.2005, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 665/2008 der Kommission vom 14. Juli 2008 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 199/2008 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 186 vom 15.7.2008, S. 3).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 01** (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 1078/2008 der Kommission vom 3. November 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates hinsichtlich der Ausgaben der Mitgliedstaaten für die Erhebung und Verwaltung von Basisdaten über den Fischereisektor (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 24).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe a.

11 06 62 02 Kontrolle und Durchsetzung

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
24 694 000	25 663 476			24 694 000	25 663 476

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 08 01 und 11 08 02*

Diese Mittel sind veranschlagt für die Finanzierung von Maßnahmen, die 2013 oder früher gestartet wurden und die mit folgenden Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik im Zusammenhang stehen:

- Investitionen, die mit Kontrolltätigkeiten von Verwaltungsdienststellen oder dem Privatsektor zusammenhängen, auch mit dem Einsatz neuer Kontrolltechnologien wie elektronischen Aufzeichnungs- und Meldesystemen, Schiffsüberwachungssystemen und automatischen Schiffsidentifizierungssystemen in Verbindung mit Schiffsortungssystemen sowie dem Erwerb und der Modernisierung von Kontrollmitteln;
- Schulungs- und Austauschprogramme für die mit Aufgaben der Fischereiüberwachung und -kontrolle beauftragten Beamten;
- Durchführung von Pilotkontroll- und -beobachterprogrammen;
- Kosten-Nutzen-Analysen, Ausgabenkontrollen und Audits der zuständigen Behörden hinsichtlich der Durchführung von Beobachtungs-, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen;
- Initiativen, auch in Form von Seminaren und mit Hilfe von Medienwerkzeugen, zur Sensibilisierung sowohl von Fischern als auch anderen Akteuren, wie Inspektoren, Staatsanwälten und Richtern, ebenso wie der breiten Öffentlichkeit für die Notwendigkeit, unverantwortliche und illegale Fischerei zu bekämpfen und die Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik durchzusetzen;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 02 (Fortsetzung)

- Systeme und Verfahren der Rückverfolgbarkeit und Instrumente zur Steuerung der Flottenkapazität mittels Überwachung der Maschinenleistung;
- Pilotprojekte wie CCTV (closed circuit television — Überwachungskameras).

Diese Mittel decken auch die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgenommenen Kontrolle und Bewertung der Umsetzung der GFP, insbesondere für Überprüfungs-, Inspektions- und Auditreisen, Ausstattung und Schulung der Kommissionsbeamten, Durchführung von oder Teilnahme an Sitzungen, Studien, IT-Ausstattung sowie Erwerb oder Chartern von Inspektionsmitteln durch die Kommission gemäß Titel X der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009.

Sie decken darüber hinaus den gemeinsamen Erwerb von Patrouillenschiffen, -flugzeugen und -hubschraubern durch mehrere Mitgliedstaaten desselben geografischen Gebiets, sofern diese Mittel mindestens 60 % der Zeit für die Fischereikontrolle genutzt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Verordnung (EG) Nr. 391/2007 der Kommission vom 11. April 2007 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates in Bezug auf die Ausgaben, die den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der gemeinsamen Fischereipolitik entstehen (ABl. L 97 vom 12.4.2007, S. 30).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 02** (Fortsetzung)

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 der Kommission vom 8. April 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl L 112 vom 30.4.2011, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe b.

11 06 62 03 Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
9 490 000	5 675 090			9 490 000	5 675 090

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 03 03*

Diese Mittel dienen der Finanzierung der freiwilligen Beiträge der Europäischen Union zu internationalen Organisationen, die im Bereich der Fischerei und des Seerechts aktiv sind. Sie sind insbesondere bestimmt für

- vorbereitende Arbeiten zu neuen Abkommen über nachhaltige Fischerei;
- Beiträge und Anmeldegebühren für Sitzungen internationaler Fischereiorganisationen, in denen die Europäische Union Beobachterstatus hat (Artikel 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union), d. h. der Internationalen Walfang-Kommission (IWC) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);
- Unterstützung, Begleitung und Umsetzung regionaler Vorhaben, insbesondere durch Beiträge zu gemeinsamen internationalen Kontrolltätigkeiten. Aus diesen Mitteln finanziert werden auch künftige Überwachungsprogramme in Gewässern Westafrikas und im Westpazifik;
- Finanzbeiträge für die vorbereitenden Arbeiten der neuen internationalen Fischereiorganisationen, die für die Union von Interesse sind;
- finanzielle Beteiligung an wissenschaftlichen Arbeiten der internationalen Fischereiorganisationen, die für die Europäische Union von besonderem Interesse sind;
- finanzielle Beteiligung an Maßnahmen (einschließlich Arbeitssitzungen, informelle oder außerordentliche Sitzungen der Vertragsparteien), die der Förderung der Interessen der Union in internationalen Organisationen dienen und durch die die Zusammenarbeit mit ihren Partnern in diesen Organisationen verstärkt wird. Zu diesem Zweck werden, wenn die Anwesenheit von Vertretern aus Drittländern bei Verhandlungen und Sitzungen im Rahmen internationaler Foren und Organisationen im Interesse der Union notwendig ist, die Kosten ihrer Teilnahme aus dem EMFF bestritten;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 03 (Fortsetzung)

— Zuschüsse an regionale Einrichtungen, an denen Küstenstaaten in der betreffenden Unterregion beteiligt sind.

Rechtsgrundlagen

Maßnahme aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe c.

11 06 62 04 Steuerung und Kommunikation

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
6 809 400	4 857 767			6 809 400	4 857 767

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 04 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans zur Verbesserung des Dialogs mit den Unternehmen und den Akteuren der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik:

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 04** (Fortsetzung)

- Subventionen für (Regional-)Beiräte (nach der Verabschiedung der reformierten GFP-Verordnung werden die bestehenden Regionalbeiräte zu Beiräten, und es werden neue Beiräte geschaffen) zur Deckung der operativen Kosten sowie der Dolmetsch- und Übersetzungskosten von Sitzungen dieser Beiräte;
- Durchführung von Maßnahmen zur Erläuterung der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik und Bereitstellung von einschlägigem Informationsmaterial für den Fischereisektor und die beteiligten Kreise.

Die Kommission wird die Arbeit der Beiräte auch weiterhin finanziell unterstützen. Sie wird bei Bedarf an Sitzungen teilnehmen und die von den Beiräten herausgegebenen Empfehlungen analysieren, die bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften berücksichtigt werden können. Durch die Konsultation der Interessenträger in den (Regional-)Beiräten wird die Mitwirkung der Berufsgruppen und anderer Interessengruppen am Prozess der Gemeinsamen Fischereipolitik gefördert, damit regionalen Besonderheiten stärker Rechnung getragen werden kann.

Ein Teil der Mittel wird auch für Informations- und Aufklärungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik sowie für Mitteilungen an Beteiligte verwendet. Besonderes Gewicht wird weiterhin darauf gelegt, den Akteuren und Fachmedien in den neuen Mitgliedstaaten sowie den künftigen Mitgliedstaaten der Union die Gemeinsame Fischereipolitik und die Integrierte Meerespolitik zu erläutern.

Etwaige Einnahmen können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Beschluss 2004/585/EG des Rates vom 19. Juli 2004 zur Einsetzung regionaler Beiräte für die Gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 256 vom 3.8.2004, S. 17).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Maßnahme aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 04** (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstaben d und f.

11 06 62 05 Marktinformationen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
4 745 000	1 901 598			4 745 000	1 901 598

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Erstellung und Verbreitung von Marktinformationen über Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur bestimmt. Zu den spezifischen Maßnahmen zählen u. a.:

- vollständige Betriebsbereitschaft der Marktbeobachtungsstelle,
- Zusammentragen, Analyse und Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse und des Verständnisses für den Unionsmarkt für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur in der Versorgungskette unter Berücksichtigung des internationalen Kontexts,
- Vornahme regelmäßiger Preiserhebungen in der Versorgungskette der Europäischen Union für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur und Durchführung von Analysen zu Markttendenzen,
- Bereitstellung von Ad-hoc-Marktstudien und einer Methodik für Erhebungen über die Preisbildung,
- Erleichterung des Zugangs zu vorhandenen Daten über Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur, die entsprechend den Vorschriften der Europäischen Union erfasst wurden,
- Bereitstellung von Marktinformationen für die jeweiligen Interessenträger.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 05 (Fortsetzung)

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur (COM(2011) 416 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 63 Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung

11 06 63 01 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
3 834 475	1 982 985			3 834 475	1 982 985

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Maßnahmen zur technischen Hilfe aus dem EMFF gemäß Artikel 91 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

Die technische Hilfe umfasst Vorbereitungs-, Begleit-, Audit-, Bewertungs-, Überwachungs- und Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des EMFF.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 63** (Fortsetzung)

11 06 63 01 (Fortsetzung)

Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

- Studien, Bewertungen und Sachverständigengutachten,
- Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Unterstützung der Vernetzung, Durchführung von Kommunikationsmaßnahmen, Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs, auch mit Drittländern,
- Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung rechnergestützter Systeme für Verwaltung, Überwachung, Audit, Kontrolle und Bewertung,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über Bewertungspraktiken,
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Audits,
- Errichtung transnationaler und unionsweiter Netze der Akteure der nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete in Küstenregionen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 63 02 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 63** (Fortsetzung)

11 06 63 02 (Fortsetzung)

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Dieser Posten dient zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß dem vorgeschlagenen Artikel 22a des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 64 Europäische Fischereiaufsichtsagentur

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
8 716 900		8 716 900

*Erläuterungen**Vormals Posten 11 08 05 01 und 11 08 05 02*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Personal- und Verwaltungskosten der Agentur (Titel 1 und 2) sowie der operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 64** (Fortsetzung)

Die Aufsichtsagentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Gesamtplans der Einnahmen zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Aufsichtsagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Europäischen Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 9 217 150 EUR. Der in den Haushaltsplan eingestellte Betrag von 8 716 900 EUR erhöht sich um einen Betrag von 500 250 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates vom 26. April 2005 zur Errichtung einer Europäischen Fischereiaufsichtsagentur und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 128 vom 21.5.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

Verweise

Beschluss 2009/988/EU der Kommission vom 18. Dezember 2009 über die Benennung der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur als zuständige Stelle für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates (ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 104).

11 06 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen**11 06 77 01** Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)

11 06 77 01 (Fortsetzung)

*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 01 03*

Dieser Posten dient der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 02 Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	450 000			p.m.	450 000

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 07 03*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 03 Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)

11 06 77 03 (Fortsetzung)

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 01*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahmen im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 04 Pilotprojekt — Netzwerke und bewährte Praxis in der Meerespolitik

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 02*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 05 Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	200 000			p.m.	200 000

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)**11 06 77 05** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 01 04*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Da die Handelsbezeichnungen in die Zuständigkeit der nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten fallen, sollte ein einheitliches Instrument eingeführt werden, das dem europäischen Verbraucher die Garantien im Bereich der Transparenz und der Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Bezeichnungen bietet und darüber hinaus die Überprüfung dieser Angaben erleichtert.

Die Ziele der Durchführung eines Pilotprojekts wären

- der Aufbau einer Datenbank, die sämtliche Informationen im Zusammenhang mit Handelsbezeichnungen (Codes der FAO-Nomenklatur, der Kombinierten Nomenklatur, der zolltariflichen Nomenklatur oder der auf Gesundheit oder die IUU-Fischerei bezogenen Nomenklaturen), den wissenschaftlichen Bezeichnungen der in dem System FishBase genannten Arten, den Bezeichnungen der Arten in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten sowie gegebenenfalls geduldete regionale oder lokale Bezeichnungen umfasst;
- Einführung eines Expertensystems für die Prüfung der Kohärenz zwischen den Bezeichnungen und Nomenklaturen;
- Einrichtung einer speziellen Internetseite.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
600 000	900 000			600 000	900 000

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 06*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)**11 06 77 06** (Fortsetzung)

Diese Mittel dienen der Deckung folgender Maßnahmen:

- Bewertung der Durchführbarkeit für die bestmögliche Nutzung aktiver Fischereifahrzeuge der Unionsflotte, die stillgelegt werden müssen, sowie die Nutzung der Erfahrung und der praktischen Kenntnisse von Fischern, wovon sowohl die Fischer selbst als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren;
- Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, ob es technisch und wirtschaftlich durchführbar ist, diejenigen auf andere maritime Tätigkeiten umzuschulen, die im Fischereisektor als Besatzungsmitglieder beschäftigt sind und nicht mehr von der Fischerei leben können und über seemännische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die verloren gehen könnten, wenn sie alternative Verdienstquellen in Form von Tätigkeiten an Land suchen;
- Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, ob es machbar ist, Fischereifahrzeuge in Schiffe umzuwandeln, die als Plattform für eine Reihe umwelt- und seebezogener Tätigkeiten — ausgenommen Fischerei — dienen, insbesondere für die Einsammlung von Abfällen im Meer;
- Ermittlung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, wie hoch die notwendigen Betriebskosten für ein Schiff sind, das unter solchen Bedingungen eingesetzt wird, sowie Ermittlung der möglichen Finanzierungsquellen; eine solche Finanzierung sollte jedoch auf die Unterstützung der Anlaufphase langfristig selbsttragender Tätigkeiten beschränkt sein;
- Ermittlung der geeigneten Schulung, die Fischer benötigen, um neue Aufgaben wahrzunehmen und zu nützlichen Ergebnissen zu gelangen;
- Unterstützung der Verringerung der Fangkapazitäten gemäß den Zielen der Reform der GFP, indem Schiffseignern und Fischern, die den Sektor verlassen, positive Anreize geboten werden, und indem ihnen nahegelegt wird, alternative Tätigkeiten auf See und/oder in Küstengebieten zu finden bzw. zu schaffen;
- Förderung von Tätigkeiten in Ergänzung zur Fischerei für diejenigen Fischer, die im Sektor verbleiben;
- Ermittlung des notwendigen administrativen und rechtlichen Rahmens für die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und/oder Verwaltungsstellen zur Koordinierung der Tätigkeiten der „Beschützer der See“;
- Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, welche Möglichkeiten für die Umsetzung der Idee „Beschützer der See“ im nächsten Programmplanungszeitraum bestehen.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)

11 06 77 07 Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fischereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der EU-Fischerei im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystemorientierten Ansatzes im Fischereimanagement zu erhöhen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000

Erläuterungen

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- oder Fischereivorschriften eingerichtet wurden.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 08 Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 500 000	750 000			1 500 000	750 000

Erläuterungen

Diese Mittel dienen der Unterstützung der kleinen Fischerei, wodurch dazu beigetragen würde, die Maßnahmen zu koordinieren und die finanzielle Unterstützung aus anderen bestehenden Instrumente zu steuern, um den spezifischen Problemen des Fischereisektors gerecht zu werden.

Das Pilotprojekt umfasst folgende Maßnahmen:

- Analyse des Sektors der kleinen Fischerei in der EU;
- Ermittlung der EU-Instrumente und der EU-Finanzierung, die für diesen spezifischen Sektor herangezogen werden können;
- Beschreibung des Einsatzes der der kleinen Fischerei zur Verfügung stehenden Instrumente, Aktionen, Maßnahmen und Finanzmittel;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)**11 06 77 08** (Fortsetzung)

- Untersuchung der Frage, inwieweit mit den derzeitigen Instrumenten der Bedarf der kleinen Fischerei gedeckt werden kann, und Formulierung etwaiger Korrekturvorschläge auf der Grundlage dieser Untersuchung;
- Unterstützung von Gruppen von Fischern, Berufsorganisationen und NRO in Verbindung mit kleinen Fischereien im Hinblick auf ihre Abstimmung, Vorbereitung und Teilnahme an den Beiräten.

Damit sollen die Grundlagen für ein EU-Programm zur Unterstützung der kleinen Küstenfischerei und der handwerklichen Fischerei gelegt werden, das zur Koordinierung der Maßnahmen beiträgt und die Finanzierungen aus anderen verfügbaren Instrumenten steuert, um den besonderen Problemen dieses Sektors der Fischereibranche zu begegnen.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 12**BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/ 2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
12 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BIN- NENMARKT UND DIENSTLEIS- TUNGEN“	63 524 258	63 524 258	-8 808	-8 808	63 515 450	63 515 450
12 02	BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR	14 620 000	13 875 000		-1 320 000	14 620 000	12 555 000
12 03	FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE	38 756 720	39 727 720		-669 803	38 756 720	39 057 917
	Titel 12 — Total	116 900 978	117 126 978	-8 808	-1 998 611	116 892 170	115 128 367

TITEL 12

BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN

KAPITEL 12 01 — VERWALTUNGSAusgaben DES POLITIKBEREICHs „BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
12 01	VERWALTUNGSAusgaben DES POLITIKBEREICHs „BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN“				
12 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Binnenmarkt und Dienstleistungen“	5,2	50 860 792	-8 808	50 851 984
12 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“				
12 01 02 01	Externes Personal	5,2	6 244 055		6 244 055
12 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	3 127 250		3 127 250
	Artikel 12 01 02 — Subtotal		9 371 305		9 371 305
12 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Binnenmarkt und Dienstleistungen“	5,2	3 292 161		3 292 161
	Kapitel 12 01 — Total		63 524 258	-8 808	63 515 450

12 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Binnenmarkt und Dienstleistungen“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
50 860 792	-8 808	50 851 984

KOMMISSION

KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
12 02	BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR							
12 02 01	Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes	1,1	7 670 000	7 800 000		-1 170 000	7 670 000	6 630 000
12 02 02	Steuerungsinstrumente auf dem Gebiet des Binnenmarkts	1,1	4 000 000	3 250 000			4 000 000	3 250 000
12 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
12 02 77 01	Pilotprojekt — Binnenmarktforum	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
12 02 77 02	Pilotprojekt — Aufbau von Fähigkeiten bei den Endnutzern und anderen branchenfremden Interessengruppen im Rahmen des politischen Beschlussfassungsprozesses der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen	1,1	p.m.	500 000			p.m.	500 000
12 02 77 03	Pilotprojekt — Binnenmarktforum	1,1	1 200 000	1 200 000		-150 000	1 200 000	1 050 000
12 02 77 04	Pilotprojekt — Förderung der finanziellen Beteiligung und der Mitbestimmung von Mitarbeitern	1,1	p.m.	250 000			p.m.	250 000
12 02 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Aufbau von Kapazitäten bei den Endnutzern und anderen branchenfremden Interessengruppen im Zusammenhang mit der politischen Entscheidungsfindung der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen	1,1	1 750 000	875 000			1 750 000	875 000
	Artikel 12 02 77 — Subtotal		2 950 000	2 825 000		-150 000	2 950 000	2 675 000
	Kapitel 12 02 — Total		14 620 000	13 875 000		-1 320 000	14 620 000	12 555 000

Erläuterungen

12 02 01 Verwirklichung und Entwicklung des Binnenmarktes

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
7 670 000	7 800 000		-1 170 000	7 670 000	6 630 000

Erläuterungen

Vormals Posten 12 01 04 01 und vormals Artikel 12 02 01

Diese Mittel sollen die Kosten der Maßnahmen decken, die zur Vollendung des Binnenmarkts, seinem Funktionieren und seiner Entwicklung beitragen, sowie der Maßnahmen, die insbesondere zu Folgendem beitragen:

- Verständigung mit den Bürgern und Unternehmen, einschließlich der Entwicklung und Verstärkung des Dialogs mit den Bürgern und Unternehmen durch Maßnahmen, die darauf abzielen, die Funktionsweise des Binnenmarktes zu verbessern und zu gewährleisten, dass die Bürger und Unternehmen die weit reichenden Rechte und Möglichkeiten, die sich aus der Öffnung und der Vertiefung des Binnenmarktes ohne Grenzen ergeben, wahrnehmen und voll ausschöpfen können. Die Verständigung mit den Bürgern und Unternehmen soll ferner dadurch gestärkt werden, dass die praktische Ausübung ihrer Rechte und Möglichkeiten beobachtet und bewertet wird, um eventuelle Hemmnisse, die sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte behindern, identifizieren und leichter beseitigen zu können;

KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR *(Fortsetzung)***12 02 01** *(Fortsetzung)*

- Durchführung und Überwachung der Bestimmungen über das öffentliche Auftragswesen, um deren optimale Funktionsweise und die tatsächliche Offenheit von Ausschreibungen zu garantieren, einschließlich der Sensibilisierung und Ausbildung der am Auftragswesen Beteiligten; die Einführung und der Einsatz neuer Technologien in den einzelnen Bereichen des öffentlichen Auftragswesens; die kontinuierliche Anpassung des Rechts- und Vorschriftenrahmens an die Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen, die sich vor allem aus der Globalisierung der Märkte und bestehenden oder künftigen internationalen Vereinbarungen ergeben;
- Verbesserung des rechtlichen Umfelds für Bürger und Unternehmen mit Hilfe des Europäischen Unternehmens-testpanels (European Business Test Panel — EBTP) mit entsprechenden Förder-, Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen; die Förderung der Zusammenarbeit, Entwicklung und Koordinierung der Rechtsvorschriften im Bereich des Unternehmensrechts und Unterstützung bei der Gründung von europäischen Aktiengesellschaften und europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigungen;
- Intensivierung der Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene, u. a. mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems, Vertiefung der Kenntnis der Binnenmarktvorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten und korrekte Anwendung dieser Vorschriften durch die Mitgliedstaaten sowie Unterstützung der Zusammenarbeit der an der Durchsetzung des Binnenmarktrechts beteiligten Behörden mit Blick auf die Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie gemäß der jährlichen Strategieplanung;
- Aufbau eines Systems zur wirksamen und effizienten Lösung von Problemen, die Bürgern oder Unternehmen aufgrund fehlerhafter Anwendung von Binnenmarktvorschriften durch eine Behörde in einem anderen Mitgliedstaat entstehen; Erstellung von Rückmeldungen mit Hilfe des Systems Solvit mittels eines Online-Datenbanksystems, auf das sämtliche Koordinationszentren zugreifen können und das auch Bürgern und Unternehmen zugänglich gemacht wird; Flankierung der Maßnahme durch Fortbildungsangebote, Werbekampagnen und gezielte Aktionen, mit besonderem Schwerpunkt auf den neuen Mitgliedstaaten;
- interaktive Politikgestaltung im Zusammenhang mit der Vollendung, der Entwicklung und dem Funktionieren des Binnenmarkts, die ein Merkmal des Governance-Verständnisses der Kommission und der Regulierungspolitik ist; dahinter steht das Bestreben, den Bedürfnissen der Bürger, Verbraucher und Unternehmen besser gerecht zu werden. Die hierfür vorgesehenen Mittel umfassen auch Ausbildungsmaßnahmen, Sensibilisierungskampagnen und Netzaktionen zugunsten der Adressaten; dabei geht es darum, den binnenmarktpolitischen Entscheidungsprozess in der Union umfassender und wirksamer zu gestalten und die Bewertung der konkreten Auswirkungen getroffener (oder unterlassener) binnenmarktpolitischer Maßnahmen vor Ort zu ermöglichen;
- umfassende Überprüfung von Regelungen im Hinblick auf notwendige Änderungen und die globale Wirksamkeitsanalyse der Maßnahmen für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes und Evaluierung der Wirkung des Binnenmarktes auf Unternehmen und Wirtschaft, einschließlich des Ankaufs von Daten und des Zugangs der Kommissionsdienststellen zu externen Datenbanken; gezielte Maßnahmen mit Blick auf ein besseres Verständnis des Binnenmarktes und die Anerkennung der aktiven Förderung des Funktionierens des Binnenmarktes;
- Sicherstellung der Vollendung und Verwaltung des Binnenmarkts, vornehmlich in den Bereichen Altersversorgung, freier Dienstleistungsverkehr, Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie geistiges und gewerbliches Eigentum, insbesondere Erarbeitung von Vorschlägen zur Schaffung eines Unionspatents;
- Ausbau der Strategie für die Erstellung von Statistiken des Dienstleistungssektors und die Konzipierung statistischer Entwicklungsprojekte in Zusammenarbeit mit Eurostat und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);
- Kontrolle der Auswirkungen der Beseitigung von Hindernissen im Dienstleistungsbinnenmarkt;

KOMMISSION

KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR *(Fortsetzung)***12 02 01** *(Fortsetzung)*

- Entwicklung eines einheitlichen Raums der Sicherheit und Verteidigung mit Maßnahmen, die auf eine unionsweite Koordinierung von Ausschreibungsverfahren für diesbezügliche Güter abstellen; aus diesen Mitteln können Studien finanziert werden, ferner Maßnahmen zur Sensibilisierung für die geltenden Rechtsvorschriften;
- Stärkung und Weiterentwicklung der Finanzmärkte, der Kapitalmärkte sowie der Finanzdienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen; Anpassung der Rahmenbedingungen für diese Märkte, insbesondere hinsichtlich der Überwachung und Regelung der Tätigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer und der Transaktionen, um den Entwicklungen auf Unionsebene und globaler Ebene, der Einführung des Euro sowie neuen Finanzinstrumenten Rechnung zu tragen; zu diesem Zweck sollen neue Maßnahmen vorgestellt werden, die auf die Konsolidierung und detaillierte Auswertung der Ergebnisse abzielen, die mit dem ersten Aktionsplan für Finanzdienstleistungen erzielt wurden;
- Verbesserung der Zahlungssysteme und der Finanzdienstleistungen für Privatkunden im Binnenmarkt; Verringerung der Kosten und Fristen für die damit verbundenen Transaktionen unter Berücksichtigung der Dimension des Binnenmarktes; Ausarbeitung der technischen Aspekte für die Einführung eines oder mehrerer Zahlungssysteme auf der Grundlage der sich aus den Mitteilungen der Kommission ergebenden Maßnahmen; Durchführung von Studien auf diesem Gebiet;
- Entwicklung und Stärkung der externen Aspekte der auf dem Gebiet der Finanzinstitutionen geltenden Richtlinien, gegenseitige Anerkennung der Finanzinstrumente gegenüber Drittländern, internationale Verhandlungen und Unterstützung von Drittländern bei der Errichtung einer Marktwirtschaft;
- Umsetzung der zahlreichen im Aktionsplan Corporate Governance und Gesellschaftsrecht angekündigten Maßnahmen zur Vorbereitung der erforderlichen Gesetzesvorschläge (ggf. Studien zu verschiedenen gezielten Themenbereichen);
- Analyse der Auswirkungen von Maßnahmen im Gefolge der Liberalisierung der Postdienste, Koordinierung der Unionspolitik für Postdienste im Hinblick auf die internationalen Systeme und insbesondere auf die an der Tätigkeit der Weltpostunion (UPU) beteiligten Akteure; Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas; praktische Auswirkungen der Anwendung der Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Postsektor und Überschneidungen mit den Bestimmungen der UPU;
- Umsetzung des Unionsrechts und internationaler Bestimmungen zur Verhinderung der Geldwäsche, einschließlich der Teilnahme an zwischenstaatlichen oder Ad-hoc-Maßnahmen in diesem Bereich; Mitgliedsbeiträge der Kommission an die Financial Action Task Force (FATF), die zum Thema Geldwäsche bei der OECD eingerichtet wurde;
- aktive Teilnahme an den Sitzungen internationaler Verbände wie dem Internationalen Verband der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS/AICA) und der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO); hierzu zählen auch die Kosten für die Teilnahme der Kommission als Gruppenmitglied;
- Entwicklung von Folgenabschätzungen und Wirkungsanalysen auf den von diesem Kapitel betroffenen Politikfeldern mit dem Ziel, gegebenenfalls fachliche Maßnahmen entwickeln oder überarbeiten zu können;
- Aufbau und Pflege von Systemen, die mit der Umsetzung und Weiterverfolgung von Politikmaßnahmen für den Dienstleistungsbinnenmarkt in unmittelbarem Zusammenhang stehen;
- Unterstützung von Tätigkeiten, die durch Verstärkung der Konvergenz der Aufsichtspraktiken und Zusammenarbeit im Bereich der Rechnungslegung innerhalb und außerhalb der Union zur Verwirklichung der Politikziele der Union beitragen sollen.

KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR (Fortsetzung)**12 02 01** (Fortsetzung)

Um diese Ziele realisieren zu können, werden die Mittel zur Deckung folgender Ausgaben verwendet: Kosten für Beratung, Studien, Umfragen, Bewertungen, Beteiligungen, Herstellung und Entwicklung von Kommunikations-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaterial (Druckwerke, audiovisuelles Material, Bewertungen, Informatik-Betreuung, Sammlung und Verbreitung von Informationen, Beratung von Unternehmen und Bürgern).

Ein Teil dieser Mittel ist für die Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die der Kommission bei der Sicherstellung einer effizienten Arbeitsweise der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums entstehen.

Diese Mittel dienen auch zur Deckung der Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, die die Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit bei der Marktüberwachung unterstützt, wobei auf bestehenden Strukturen und Erfahrungen aufgebaut wird. Die Koordinierungsstelle würde die Zusammenarbeit, die Zusammenführung von Know-how und den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen, um gemäß der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) dasselbe hohe Niveau der Marktüberwachung in der gesamten Union zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden regelmäßige gemeinsame Schulungen von Vertretern der nationalen Marktüberwachungsbehörden aus allen Mitgliedstaaten organisiert, bei denen hauptsächlich die einschlägigen praktischen Aspekte der Marktüberwachung wie die Weiterbehandlung von Beschwerden, die Überwachung von Unfällen, die Überprüfung der Frage, ob Abhilfemaßnahmen ergriffen wurden, sowie an wissenschaftliche und technische Erkenntnisse anknüpfende Folgemaßnahmen hinsichtlich Sicherheitsfragen und die Abstimmung mit den Zollbehörden behandelt werden. Darüber hinaus wird durch den Austausch nationaler Beamter und gemeinsame Besuchsprogramme der Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten gefördert. Außerdem werden vergleichbare Daten über die Ressourcen, die in den verschiedenen Mitgliedstaaten für die Marktüberwachung eingesetzt werden, gesammelt und auf geeigneter Ebene mit den nationalen Behörden erörtert. Damit soll ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, welche Ressourcen erforderlich sind, um im gesamten Binnenmarkt eine effiziente, umfassende und konsequente Marktüberwachung sicherzustellen, sowie zur anstehenden Überarbeitung der Bestimmungen der Union über die allgemeine Produktsicherheit, insbesondere der die Marktüberwachung betreffenden Vorschriften beigetragen werden.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Studien, Umfragen, Sitzungen von Sachverständigen, Informationen, Tätigkeiten und Veröffentlichungen bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, sowie aller weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützung.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verweise

Mitteilung der Kommission vom 18. Juni 2002 mit dem Titel „Methodik der horizontalen Bewertung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (KOM(2002) 331 endg.).

KOMMISSION

KAPITEL 12 02 — BINNENMARKTPOLITIK UND FREIER WARENVERKEHR (Fortsetzung)**12 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen****12 02 77 03 Pilotprojekt — Binnenmarktforum**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 200 000	1 200 000		–150 000	1 200 000	1 050 000

*Erläuterungen**Vormals Artikel 12 02 05*

Das „Binnenmarktforum“ sollte eine jährliche Veranstaltung sein, die einmal im Jahr vorzugsweise in dem Mitgliedstaat ausgerichtet wird, der den Vorsitz im Rat der EU innehat. Dem Forum könnte eine Reihe von themenbezogenen Regionaltreffen vorausgehen, die von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Mitgliedstaat, der den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat, gemeinsam organisiert werden. Das Forum sollte eine wichtige Plattform für den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Interessenträgern, für die Unterrichtung der Bürger über ihre Rechte im Binnenmarkt und für die Überprüfung des Stands des Binnenmarkts sein. Das Forum sollte Vertreter der Bürger, Unternehmen und Verbraucherorganisationen sowie der Mitgliedstaaten und der Organe der Union zusammenbringen, auf dem sie sich klar zur Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften bekennen können. Das Forum sollte eine Plattform sein, auf der über die Legislativvorschläge der Kommission im Bereich Binnenmarkt diskutiert wird und die Bürger, Unternehmen und Interessenträger ihre Erwartungen an künftige Legislativvorschläge zum Ausdruck bringen können. Das Ziel dieser Veranstaltung sollte darin bestehen, gegen die inkorrekte Umsetzung und Anwendung der Binnenmarktvorschriften sowie gegen die fehlende Durchsetzung dieser Vorschriften vorzugehen, indem die Koordinierung und die Steuerung des Binnenmarktes verbessert werden. Es sollte eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie aus Vertretern der Kommission und des zum Zeitpunkt der Veranstaltung amtierenden EU-Ratsvorsitzes eingesetzt werden, die die organisatorischen Regelungen des „Binnenmarktforums“ ausarbeitet.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (Abl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 12 03 — FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
12 03	FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMÄRKTE							
12 03 01	<i>Normen in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung</i>	1,1	6 800 000	5 276 000			6 800 000	5 276 000
12 03 02	<i>Europäische Bankenaufsichtsbehörde</i>	1,1	12 999 920	12 999 920			12 999 920	12 999 920
12 03 03	<i>Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung</i>	1,1	8 588 800	8 588 800			8 588 800	8 588 800
12 03 04	<i>Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde</i>	1,1	10 368 000	10 368 000			10 368 000	10 368 000
12 03 51	<i>Abschluss spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Wirtschaftsprüfung</i>	1,1	p.m.	2 495 000		-669 803	p.m.	1 825 197
	Kapitel 12 03 — Total		38 756 720	39 727 720		-669 803	38 756 720	39 057 917

12 03 51 Abschluss spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Wirtschaftsprüfung

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	2 495 000		-669 803	p.m.	1 825 197

*Erläuterungen**Vormals Artikel 12 04 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Beschluss Nr. 716/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Auflegung eines Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung (ABl. L 253 vom 25.9.2009, S. 8).

KOMMISSION

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „RE- GIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“	82 309 166	82 309 166	–10 072	–10 072	82 299 094	82 299 094
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONAL- POLITISCHE TÄTIGKEITEN	24 988 950 000	28 480 284 769		2 806 608 311	24 988 950 000	31 286 893 080
13 04	KOHÄSIONSFONDS	7 963 000 000	11 092 840 264			7 963 000 000	11 092 840 264
13 05	INSTRUMENT FÜR HERAN- FÜHRUNGSHILFE — REGIO- NALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITO- RIALE ZUSAMMENARBEIT	39 000 000	417 929 160		–12 338 481	39 000 000	405 590 679
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS	p.m.	150 000 000			p.m.	150 000 000
	Titel 13 — Total	33 073 259 166	40 223 363 359	–10 072	2 794 259 758	33 073 249 094	43 017 623 117

TITEL 13

REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

KAPITEL 13 01 — VERWALTUNGSAusgaben IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/ 2014	Neuer Betrag
13 01	VERWALTUNGSAusgaben IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“				
13 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“	5,2	58 155 170	–10 072	58 145 098
13 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“				
13 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 024 429		2 024 429
13 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 965 249		2 965 249
	Artikel 13 01 02 — Subtotal		4 989 678		4 989 678
13 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“	5,2	3 764 318		3 764 318
13 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“				
13 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	1,2	11 200 000		11 200 000
13 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Komponente regionale Entwicklung	4	p.m.		p.m.
13 01 04 03	Unterstützungsausgaben für den Kohäsionsfonds	1,2	4 200 000		4 200 000
	Artikel 13 01 04 — Subtotal		15 400 000		15 400 000
	Kapitel 13 01 — Total		82 309 166	–10 072	82 299 094

13 01 01 *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Regionalpolitik und Stadtentwicklung“*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
58 155 170	–10 072	58 145 098

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN							
13 03 01	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 02	Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 03	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 04	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 05	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 06	Abschluss von URBAN (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 07	Abschluss früherer Programme — Initiativen der Union (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 08	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 09	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 12	Beitrag der Union zum Internationalen Fonds für Irland	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 13	Abschluss der Initiative der Union Interreg III (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 14	Unterstützung der an Beitrittsländer angrenzenden Regionen — Abschluss früherer Programme (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 16	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz	1,2	p.m.	21 544 000 000		2 400 700 000	p.m.	23 944 700 000
13 03 17	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — PEACE	1,2	p.m.	26 000 000			p.m.	26 000 000

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 18	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	1,2	p.m.	4 149 480 610		227 006 319	p.m.	4 376 486 929
13 03 19	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit	1,2	p.m.	1 106 791 028		179 334 992	p.m.	1 286 126 020
13 03 20	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Unterstützung	1,2	p.m.	25 600 000			p.m.	25 600 000
13 03 31	Abschluss der technischen Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen (2007-2013)	1,2	p.m.	1 600 000			p.m.	1 600 000
13 03 40	Abschluss der aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 41	Abschluss der aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 60	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — weniger entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	17 627 800 000	1 125 000 000			17 627 800 000	1 125 000 000
13 03 61	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Übergangsregionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	2 865 400 000	167 824 266			2 865 400 000	167 824 266
13 03 62	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	3 650 900 000	209 061 086			3 650 900 000	209 061 086
13 03 63	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Zusatzmittel für Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	209 100 000	13 000 000			209 100 000	13 000 000
13 03 64	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit	1,2	505 700 000	53 703 765			505 700 000	53 703 765

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 65	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe							
13 03 65 01	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe	1,2	69 000 000	47 000 000			69 000 000	47 000 000
13 03 65 02	Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 13 03 65 — Subtotal		69 000 000	47 000 000			69 000 000	47 000 000
13 03 66	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung	1,2	50 100 000	p.m.			50 100 000	p.m.
13 03 67	Technische Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen	1,2	2 500 000	1 250 000			2 500 000	1 250 000
13 03 68	Makro-regionale Strategien 2014-2020 - Strategie der Europäischen Union für den Donaauraum - Technische Unterstützung	1,2	2 500 000	1 250 000			2 500 000	1 250 000
13 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
13 03 77 01	Pilotprojekt — Europaweite Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 02	Pilotprojekt — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Förderung eines günstigeren Umfelds für Kleinstkredite in Europa	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 04	Pilotprojekt — Nachhaltige Wiederbelebung von Vorstädten	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 05	Vorbereitende Maßnahme — RURBAN — Partnerschaft für eine nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung	1,2	p.m.	549 014			p.m.	549 014
13 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene	1,2	p.m.	2 000 000			p.m.	2 000 000
13 03 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Festlegung eines Governance-Modells für den Donaauraum — Bessere und effizientere Koordinierung	1,2	p.m.	1 000 000			p.m.	1 000 000

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 77	(Fortsetzung)							
13 03 77 08	Pilotprojekt — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums	1,2	p.m.	1 300 000			p.m.	1 300 000
13 03 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Atlantisches Forum für die Atlantikstrategie der Europäischen Union	1,2	—	600 000		–433 000	—	167 000
13 03 77 10	Vorbereitende Maßnahme — Flankierung des Übergangs von Mayotte und allen anderen potenziell betroffenen Gebieten zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage	1,2	p.m.	400 000			p.m.	400 000
13 03 77 11	Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 12	Vorbereitende Maßnahme — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums	1,2	1 800 000	800 000			1 800 000	800 000
13 03 77 13	Pilotprojekt — Kohäsionspolitik und Synergien mit den Mitteln für Forschung und Entwicklung: die „Stufenleiter zur Spitzenforschung“	1,2	1 200 000	600 000			1 200 000	600 000
13 03 77 14	Vorbereitende Maßnahme — Eine regionale Strategie für den Nordseeraum	1,2	250 000	125 000			250 000	125 000
13 03 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Weltstädte: Zusammenarbeit der EU mit Drittändern zur Stadtentwicklung	1,2	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
13 03 77 16	Vorbereitende Maßnahme — Derzeitige und wünschenswerte Lage des wirtschaftlichen Potenzials in Regionen außerhalb der griechischen Hauptstadt Athen	1,2	700 000	350 000			700 000	350 000
	Artikel 13 03 77 — Subtotal		5 950 000	8 724 014		–433 000	5 950 000	8 291 014
	Kapitel 13 03 — Total		24 988 950 000	28 480 284 769		2 806 608 311	24 988 950 000	31 286 893 080

Erläuterungen

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterstützt die Union das in Artikel 174 dargelegte Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch Maßnahmen der Strukturfonds, zu denen auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zählt. Gemäß Artikel 176 ist es Aufgabe des EFRE, zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Union beizutragen. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 festgelegt.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung können Finanzkorrekturen vorgenommen werden, wenn Ausgaben nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen durch die Kommission enthalten spezielle Regeln für Finanzkorrekturen beim EFRE.

Sämtliche Einnahmen aus Finanzkorrekturen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden, werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans ausgewiesen und stellen zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung dar.

Artikel 177 der Haushaltsordnung legt die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen fest.

Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 enthält spezielle Regeln für die Rückzahlung des Vorschusses im Rahmen des EFRE.

Erstattete Vorauszahlungen stellen interne zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung dar und sind in Posten 6 1 5 0 oder Posten 6 1 5 1 auszuweisen.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 174, 175, 176 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere die Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4 und die Artikel 80 und 177.

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 15. und 16. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

13 03 16 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	21 544 000 000		2 400 700 000	p.m.	23 944 700 000

Erläuterungen

Vormals Artikel 13 03 16 und 13 05 02 (teilweise)

Mit diesen Mitteln sollen die noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Konvergenzziels im Programmzeitraum 2007-2013 finanziert werden. Dieses Ziel soll die Konvergenz der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen durch die Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen beschleunigen.

Ein Teil dieser Mittel soll zur Behebung intraregionaler Disparitäten dienen, damit durch die allgemeine Entwicklungslage einer Region nicht Enklaven der Armut und benachteiligte Territorialeinheiten verdeckt werden.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

13 03 18 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	4 149 480 610		227 006 319	p.m.	4 376 486 929

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

13 03 18 (Fortsetzung)
Erläuterungen

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel, das außerhalb der Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand zur Anwendung kommt, besteht in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung, unter Berücksichtigung der Ziele der Strategie Europa 2020.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

13 03 19 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	1 106 791 028		179 334 992	p.m.	1 286 126 020

Erläuterungen

Vormals Artikel 13 03 19 und Posten 13 05 03 01 und 13 05 03 02 (teilweise)

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel soll dazu beitragen, die territoriale und makroregionale Zusammenarbeit sowie den Erfahrungsaustausch auf der jeweiligen territorialen Ebene zu stärken.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

13 03 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen

13 03 77 09 Vorbereitende Maßnahme — Atlantisches Forum für die Atlantikstrategie der Europäischen Union

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	600 000		–433 000	—	167 000

Erläuterungen

Vormals Artikel 13 03 32

Diese Mittel dienen der Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren im Zusammenhang mit der vorbereitenden Maßnahme.

Die Unionsorgane treten für die Ausarbeitung einer Europäischen Strategie für den Atlantikraum ein. Zur Umsetzung dieser Strategie ab dem Jahre 2014 muss ein horizontaler Aktionsplan mit konkreten Prioritäten festgelegt werden. An der Ausarbeitung dieses Aktionsplans sollten die am atlantischen Dialog interessierten Kreise beteiligt werden.

Der Aktionsplan sollte eng mit der Regionalpolitik und der integrierten Meerespolitik verbunden werden und darüber hinaus Synergien mit anderen Politikbereichen der Union wie den transeuropäischen Verkehrsnetzen, der Gemeinsamen Fischereipolitik, den Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, dem Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung, der Energiepolitik usw. erleichtern.

Mit der vorbereitenden Maßnahme wird unter der Bezeichnung „Atlantisches Forum“ eine Plattform für den Dialog zwischen den interessierten Kreisen finanziert, um vorrangige Projekte und die Lenkungsstruktur der Atlantikstrategie festzulegen.

Mit den Mitteln im Rahmen dieser vorbereitenden Maßnahme wird Folgendes finanziert:

- Einrichtung des Atlantischen Forums, Ermutigung zentraler Akteure zur Zusammenarbeit im Rahmen von Workshops und durch Sicherstellung einer angemessenen Publizität und einer breiten Beteiligung;
- Einbindung der Mitglieder des Forums in einen Prozess, der zur Annahme des horizontalen Aktionsplans im Rahmen der künftigen Atlantikstrategie führen wird, wobei den Bedürfnissen der betroffenen Regionen Rechnung getragen wird und eine klare Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wachstum der Küstenregionen und der maritimen Wirtschaft im atlantischen Raum erfolgt;
- Unterstützung der technischen Arbeiten, die zur Ermittlung konkreter, in den Aktionsplan aufzunehmender vorrangiger Maßnahmen und zur Überprüfung ihrer Durchführbarkeit erforderlich sind.

Ein Unterauftragnehmer unterstützt die interessierten Kreise bei der Ausarbeitung des Aktionsplans. Der Unterauftragnehmer ist für die Durchführung der vorbereitenden Maßnahme verantwortlich und untersteht der Aufsicht der Kommission.

Mit der vorbereitenden Maßnahme wurde eine Plattform für den Dialog zwischen den interessierten Kreisen (das „Atlantische Forum“) finanziert, deren Ziel in der Festlegung vorrangiger Projekte und der Lenkungsstruktur für die Atlantikstrategie besteht.

Nach der Annahme des Aktionsplans Ende 2012 bemühte sich das Forum, die interessierten Kreise auf die Durchführung dieses Plans vorzubereiten. Die vorbereitende Maßnahme muss daher 2013 ausgeweitet werden.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)**13 03 77** (Fortsetzung)**13 03 77 09** (Fortsetzung)

Mit den Mitteln für diese vorbereitende Maßnahme wird Folgendes finanziert:

- Einrichtung des Atlantischen Forums durch Ermutigung zentraler Akteure zur Zusammenarbeit im Rahmen von Workshops und durch Sicherstellung einer angemessenen Publizität und einer breiten Beteiligung;
- Einbindung der Mitglieder des Forums in einen Prozess, der zur Annahme des horizontalen Aktionsplans im Rahmen der künftigen Atlantikstrategie führen wird, wobei den Bedürfnissen der Regionen Rechnung getragen wird und eine klare schwerpunktmäßige Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wachstum der Küstenregionen und der maritimen Wirtschaft im atlantischen Raum erfolgt;
- Unterstützung der technischen Arbeiten, die zur Ermittlung konkreter, in den Aktionsplan aufzunehmender vorrangiger Maßnahmen und zur Überprüfung ihrer Durchführbarkeit erforderlich sind.
- Vorbereitung der interessierten Kreise auf die Durchführung des Aktionsplans.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜH- RUNGSHILFE — REGIONALE ENT- WICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT							
13 05 01	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss früherer Projekte (2000-2006)							
13 05 01 01	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss sonstiger früherer Projekte (2000-2006)	4	p.m.	40 000 000			p.m.	40 000 000
13 05 01 02	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt — Ab- schluss der Heranführungshilfen für acht Bewerberländer	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 13 05 01 — Subtotal</i>		p.m.	40 000 000			p.m.	40 000 000
13 05 02	Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente regionale Entwicklung (2007-2013)	4	p.m.	272 447 479			p.m.	272 447 479
13 05 03	Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente grenzüberschreitende Zusammen- arbeit (2007-2013)							
13 05 03 01	Grenzüberschreitende Zusammen- arbeit — Beitrag aus Teilrubrik 1b	1,2	p.m.	52 000 000			p.m.	52 000 000
13 05 03 02	Abschluss der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Beteiligung von Bewerberländern und möglichen Bewerberländern an Strukturfondspro- grammen für grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit — Beitrag aus der Rubrik 4	4	p.m.	26 143 200			p.m.	26 143 200
	<i>Artikel 13 05 03 — Subtotal</i>		p.m.	78 143 200			p.m.	78 143 200
13 05 60	Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montene- gro, Serbien und die ehemalige jugo- slawische Republik Mazedonien							
13 05 60 01	Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 60 02	Unterstützung der wirtschaftlichen, so- zialen und territorialen Entwicklung	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 13 05 60 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
13 05 61	Unterstützung für Island							
13 05 61 01	Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 61 02	Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 13 05 61 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 62	Unterstützung für die Türkei							
13 05 62 01	Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 62 02	Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 13 05 62 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 63	Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit							
13 05 63 01	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 63 02	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4	4	39 000 000	27 338 481		-12 338 481	39 000 000	15 000 000
	Artikel 13 05 63 — Subtotal		39 000 000	27 338 481		-12 338 481	39 000 000	15 000 000
	Kapitel 13 05 — Total		39 000 000	417 929 160		-12 338 481	39 000 000	405 590 679

Erläuterungen

13 05 63 Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit

13 05 63 02 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
39 000 000	27 338 481		-12 338 481	39 000 000	15 000 000

Erläuterungen

Neuer Posten

Unter IPA II dienen diese Mittel der regionalen Integration und territorialen Zusammenarbeit unter Beteiligung der Empfängerländer, der Mitgliedstaaten und ggf. von Drittstaaten auf der Grundlage des Vorschlags einer Verordnung zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments.

KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (Fortsetzung)**13 05 63** (Fortsetzung)

13 05 63 02 (Fortsetzung)

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 231/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA II), und insbesondere Artikel 2 Absatz 1.

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABL L 77 vom 15.3.2014, S. 27).

KOMMISSION

TITEL 14
STEUERN UND ZOLLUNION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
14 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „STEU- ERN UND ZOLLUNION“	55 759 946	55 759 946	-7 718	-7 718	55 752 228	55 752 228
14 02	ALLGEMEINE OPERATIVE UN- TERSTÜTZUNG UND KOOR- DINIERUNG DER GENERALDI- REKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“	67 389 552	40 935 735		7 500 000	67 389 552	48 435 735
14 03	INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE	30 898 800	22 774 011		2 500 000	30 898 800	25 274 011
14 04	ALLGEMEINE OPERATIVE UN- TERSTÜTZUNG UND KOOR- DINIERUNG	3 000 000	2 900 000			3 000 000	2 900 000
Titel 14 — Total		157 048 298	122 369 692	-7 718	9 992 282	157 040 580	132 361 974

TITEL 14

STEUERN UND ZOLLUNION

KAPITEL 14 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
14 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „STEUERN UND ZOLLUNION“				
14 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Steuern und Zollunion“	5,2	44 565 645	-7 718	44 557 927
14 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“				
14 01 02 01	Externes Personal	5,2	5 397 985		5 397 985
14 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 711 633		2 711 633
	Artikel 14 01 02 — Subtotal		8 109 618		8 109 618
14 01 03	Ausgaben für informations- und kommunikationstechnische Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Steuern und Zollunion“	5,2	2 884 683		2 884 683
14 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Steuern und Zollunion“				
14 01 04 01	Unterstützungsausgaben für Tätigkeiten im Zollbereich	1,1	100 000		100 000
14 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das „Fiscalis“-Programm	1,1	100 000		100 000
	Artikel 14 01 04 — Subtotal		200 000		200 000
	Kapitel 14 01 — Total		55 759 946	-7 718	55 752 228

14 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Steuern und Zollunion“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
44 565 645	-7 718	44 557 927

KOMMISSION

KAPITEL 14 02 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
14 02	ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“							
14 02 01	Unterstützung des einwandfreien Funktionierens der Zollunion	1,1	66 293 000	11 262 958		7 500 000	66 293 000	18 762 958
14 02 02	Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich Zölle	4	1 096 552	1 096 552			1 096 552	1 096 552
14 02 51	Abschluss früherer Programme im Zollbereich	1,1	p.m.	28 576 225			p.m.	28 576 225
	Kapitel 14 02 — Total		67 389 552	40 935 735		7 500 000	67 389 552	48 435 735

Erläuterungen

14 02 01 Unterstützung des einwandfreien Funktionierens der Zollunion

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
66 293 000	11 262 958		7 500 000	66 293 000	18 762 958

Erläuterungen

Neuer Artikel

Diese Mittel sollen die Kosten für die Durchführung des Programms Zoll 2020 decken, insbesondere die Finanzierung gemeinsamer Maßnahmen, den Aufbau von IT-Kapazitäten und den Ausbau der Humankompetenzen.

Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Ausgaben:

- Ausgaben für den Kauf, die Entwicklung, die Pflege, den Betrieb und die Qualitätskontrolle der Unionskomponenten europäischer Informationssysteme. Die Unionskomponenten der europäischen Informationssysteme sind: 1. IT-Bestände wie Hardware, Software und Netzwerkverbindungen der Systeme einschließlich der damit verbundenen Dateninfrastruktur; 2. IT-Dienste, die zur Unterstützung der Entwicklung, Wartung, Verbesserung und des Betriebs der Systeme erforderlich sind, und 3. alle anderen Elemente, die nach Feststellung der Kommission aus Gründen der Effizienz, der Sicherheit und der Rationalisierung allen Teilnehmerländern gemeinsam sind,
- Ausgaben im Zusammenhang mit Seminaren, Workshops, Projektgruppen, Arbeitsbesuchen, Überwachungsmaßnahmen, Sachverständigenteams, dem Aufbau von Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung sowie Unterstützungsmaßnahmen, Studien und Kommunikationsprojekten,
- Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Vorschriften für gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen,
- Ausgaben für Maßnahmen zur Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Rechnungsprüfung und Evaluierung, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind,
- Ausgaben für jede andere Tätigkeit zur Unterstützung der Ziele und der Tätigkeitsbereiche des Programms.

KAPITEL 14 02 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DER GENERALDIREKTION „STEUERN UND ZOLLUNION“ (Fortsetzung)**14 02 01** (Fortsetzung)

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittsländern, Bewerberländern, potenziellen Bewerberländern, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützt werden, sowie von Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die einen ausreichenden Grad der Angleichung ihrer einschlägigen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren an die der Europäischen Union erzielt haben, für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e und f der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel führen.

Die unter Kapitel 6 0 3 2 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus der Beteiligung von Drittstaaten, mit Ausnahme von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern des Westbalkans, an Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollbereich führen gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e und f der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1294/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Festlegung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Europäischen Union für den Zeitraum 2014-2020 (Zoll 2020) und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 624/2007/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 209), insbesondere Artikel 5.

KOMMISSION

KAPITEL 14 03 — INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
14 03	INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE							
14 03 01	Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme	1,1	30 777 000	7 368 331		2 500 000	30 777 000	9 868 331
14 03 02	Mitgliedschaft in internationalen Or- ganisationen im Bereich Steuern	4	121 800	121 800			121 800	121 800
14 03 51	Abschluss früherer Programme im Steuerbereich	1,1	p.m.	15 283 880			p.m.	15 283 880
	Kapitel 14 03 — Total		30 898 800	22 774 011		2 500 000	30 898 800	25 274 011

14 03 01 Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
30 777 000	7 368 331		2 500 000	30 777 000	9 868 331

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Diese Mittel sollen die Kosten für die Durchführung des Programms Fiscalis 2020 decken, insbesondere die Finanzierung gemeinsamer Maßnahmen, den Aufbau von IT-Kapazitäten und den Ausbau der Humankompetenzen.

Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Ausgaben:

- Ausgaben für den Kauf, die Entwicklung, die Pflege, den Betrieb und die Qualitätskontrolle der Unionskomponenten europäischer Informationssysteme. Die Unionskomponenten der europäischen Informationssysteme sind: 1. IT-Bestände wie Hardware, Software und Netzwerkverbindungen der Systeme einschließlich der damit verbundenen Dateninfrastruktur; 2. IT-Dienste, die zur Unterstützung der Entwicklung, Wartung, Verbesserung und des Betriebs der Systeme erforderlich sind, und 3. alle anderen Elemente, die nach Feststellung der Kommission aus Gründen der Effizienz, der Sicherheit und der Rationalisierung allen Teilnehmerländern gemeinsam sind,
- Ausgaben im Zusammenhang mit Seminaren, Workshops, Projektgruppen, bilateralen oder multilateralen Kontrollen, Arbeitsbesuchen, Sachverständigenteams, dem Aufbau von Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung sowie Unterstützungsmaßnahmen, Studien und Kommunikationsprojekten,
- Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Vorschriften für gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen,
- Ausgaben für Maßnahmen zur Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Rechnungsprüfung und Evaluierung, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele erforderlich sind,
- Ausgaben für jede andere Tätigkeit zur Unterstützung der Ziele und der Prioritäten des Programms.

KAPITEL 14 03 — INTERNATIONALE ASPEKTE DER STEUERN UND ZÖLLE *(Fortsetzung)***14 03 01** *(Fortsetzung)*

Die unter Kapitel 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittsländern, Bewerberländern, potenziellen Bewerberländern, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützt werden, sowie von Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die einen ausreichenden Grad der Angleichung ihrer einschlägigen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren an die der Europäischen Union erzielt haben, für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel führen.

Die unter Kapitel 6 0 3 2 des Einnahmenplans ausgewiesenen Einnahmen aus der Beteiligung von Drittstaaten, mit Ausnahme von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern des Westbalkans, an Abkommen über die Zusammenarbeit im Zollbereich führen gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Artikel.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1286/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Festlegung eines Aktionsprogramms zur Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme in der Europäischen Union für den Zeitraum 2014-2020 (Fiscalis 2020) und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1482/2007/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 25), insbesondere Artikel 5.

KOMMISSION

TITEL 15
BILDUNG UND KULTUR

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
15 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „BIL- DUNG UND KULTUR“	123 693 171	123 693 171	–8 601	–8 601	123 684 570	123 684 570
15 02	ERASMUS FÜR ALLE	1 560 917 292	1 227 243 693		138 119 479	1 560 917 292	1 365 363 172
15 03	„HORIZONT 2020“	966 671 359	717 880 820		40 861 137	966 671 359	758 741 957
15 04	KREATIVES EUROPA	168 743 000	172 889 728			168 743 000	172 889 728
	Titel 15 — Total	2 820 024 822	2 241 707 412	–8 601	178 972 015	2 820 016 221	2 420 679 427

TITEL 15

BILDUNG UND KULTUR

KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „BILDUNG UND KULTUR“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
15 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „BILDUNG UND KULTUR“				
15 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Bildung und Kultur“	5,2	49 661 717	-8 601	49 653 116
15 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Bildung und Kultur“				
15 01 02 01	Externes Personal	5,2	3 715 743		3 715 743
15 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	3 815 430		3 815 430
	<i>Artikel 15 01 02 — Subtotal</i>		7 531 173		7 531 173
15 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Bildung und Kultur“	5,2	3 214 547		3 214 547
15 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Bildung und Kultur“				
15 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Programm „Erasmus für alle“	1,1	10 414 108		10 414 108
15 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Programm „Kreatives Europa“	3	2 137 900		2 137 900
	<i>Artikel 15 01 04 — Subtotal</i>		12 552 008		12 552 008
15 01 05	Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Bildung und Kultur“				
15 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	2 234 614		2 234 614
15 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	700 000		700 000
15 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	815 112		815 112
	<i>Artikel 15 01 05 — Subtotal</i>		3 749 726		3 749 726
15 01 06	Exekutivagenturen				
15 01 06 01	Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm „Erasmus für alle“	1,1	25 897 000		25 897 000
15 01 06 02	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Kreatives Europa“	3	12 192 000		12 192 000
	<i>Artikel 15 01 06 — Subtotal</i>		38 089 000		38 089 000
15 01 60	Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek	5,2	2 534 000		2 534 000
15 01 61	Kosten für Praktika von Hochschulabsolventen in den Dienststellen des Organs	5,2	6 361 000		6 361 000
	Kapitel 15 01 — Total		123 693 171	-8 601	123 684 570

KOMMISSION

KAPITEL 15 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHS „BILDUNG UND KULTUR“ (Fortsetzung)

15 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Bildung und Kultur“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
49 661 717	–8 601	49 653 116

KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
15 02	ERASMUS FÜR ALLE							
15 02 01	Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Bildung und Jugend, ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa							
15 02 01 01	Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt	1,1	1 315 662 350	794 000 037		138 119 479	1 315 662 350	932 119 516
15 02 01 02	Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Jugend und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa	1,1	153 094 542	103 175 146			153 094 542	103 175 146
	Artikel 15 02 01 — Subtotal		1 468 756 892	897 175 183		138 119 479	1 468 756 892	1 035 294 662
15 02 02	Förderung von Exzellenz in der weltweiten Lehre und Forschung zur europäischen Integration (Aktion Jean Monnet)	1,1	34 546 000	24 217 999			34 546 000	24 217 999
15 02 03	Förderung der europäischen Dimension des Sports	1,1	16 167 000	9 333 711			16 167 000	9 333 711
15 02 10	Besondere jährliche Sportveranstaltungen	1,1	3 000 000	3 000 000			3 000 000	3 000 000
15 02 11	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung	1,1	17 428 900	17 428 900			17 428 900	17 428 900
15 02 12	Europäische Stiftung für Berufsbildung	4	20 018 500	20 018 500			20 018 500	20 018 500
15 02 51	Abschluss von Tätigkeiten für lebenslanges Lernen (einschließlich Mehrsprachigkeit)	1,1	p.m.	222 376 600			p.m.	222 376 600
15 02 53	Abschluss von Tätigkeiten im Bereich Jugend und Sport	1,1	p.m.	30 000 000			p.m.	30 000 000
15 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
15 02 77 01	Vorbereitende Maßnahme — An „Erasmus“ orientiertes Programm für Auszubildende	1,1	—	p.m.			—	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
15 02 77	(Fortsetzung)							
15 02 77 03	Pilotprojekt zur Deckung der Kosten von Studien zur Spezialisierung auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie für damit verbundene akademische Tätigkeiten, einschließlich der Einrichtung des Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik am Europakolleg in Natolin	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
15 02 77 04	Pilotprojekt — Bildungsförderung durch Stipendien und Austausch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik	1,1	—	p.m.			—	p.m.
15 02 77 05	Vorbereitende Maßnahme zur Deckung der Kosten von Studien zur Spezialisierung auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und damit verbundener akademischer Tätigkeiten sowie anderer Ausbildungsmodulare einschließlich der Finanzierung des Lehrstuhls für Europäische Nachbarschaftspolitik am Campus des Europakollegs (Campus Natolin)	1,1	p.m.	700 000			p.m.	700 000
15 02 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Amicus — Zusammenschluss von Mitgliedstaaten zur Einführung eines gemeinschaftlichen Universaldienstes	1,1	—	p.m.			—	p.m.
15 02 77 07	Vorbereitende Maßnahme im Bereich des Sports	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
15 02 77 08	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Partnerschaften im Bereich des Sports	1,1	p.m.	2 492 800			p.m.	2 492 800
15 02 77 09	Vorbereitende Maßnahme — E-Plattform für Nachbarschaft	1,1	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	Artikel 15 02 77 — Subtotal		1 000 000	3 692 800			1 000 000	3 692 800
	Kapitel 15 02 — Total		1 560 917 292	1 227 243 693		138 119 479	1 560 917 292	1 365 363 172

15 02 01 Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich Bildung und Jugend, ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa*Erläuterungen*

Ein Teil dieser Mittel ist für Maßnahmen vorgesehen, die von der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihren Mitgliederverbänden auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen, auch in Bezug auf Sachleistungen, die von der CESES als Beitrag zu Unionsprojekten erbracht werden.

KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE (Fortsetzung)**15 02 01** (Fortsetzung)

15 02 01 01 Förderung von Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 315 662 350	794 000 037		138 119 479	1 315 662 350	932 119 516

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Im Einklang mit dem allgemeinen Ziel, insbesondere mit den Zielen des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) und dem Ziel der Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung des Hochschulwesens in Drittländern, verfolgt das Programm im Bereich allgemeine und berufliche Bildung die folgenden Einzelziele:

- Verbesserung des Niveaus der Schlüsselkompetenzen und Fertigkeiten insbesondere hinsichtlich ihrer Relevanz für den Arbeitsmarkt und ihres Beitrags zu einem stärkeren sozialen Zusammenhalt, insbesondere durch vielfältigere Möglichkeiten der Lernmobilität und durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Welt der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Arbeitswelt;
- Förderung von Qualitätssteigerungen, von Spitzenleistungen bei Innovationen und der Internationalisierung auf der Ebene der allgemeinen und beruflichen Bildung, vor allem durch verbesserte länderübergreifende Zusammenarbeit der Anbieter auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung und anderer Interessenträger;
- Förderung der Entstehung eines europäischen Raums des lebenslangen Lernens, Ergänzung politischer Reformen auf nationaler Ebene, Unterstützung der Modernisierung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, insbesondere durch eine verstärkte politische Zusammenarbeit, die bessere Nutzung der Transparenz- und Anerkennungsinstrumente der Union und die Verbreitung bewährter Verfahren, sowie die diesbezügliche Sensibilisierung der Öffentlichkeit;
- Verbesserung der internationalen Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung, insbesondere durch die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der Union aus der EU und Drittländern in den Bereichen berufliche Aus- und Weiterbildung und Hochschulbildung, durch die Steigerung der Attraktivität der Hochschuleinrichtungen in der Union und die Unterstützung des auswärtigen Handelns der Union einschließlich der Entwicklungsziele, mittels Förderung der Mobilität und Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen aus der Union und Drittländern und gezieltem Aufbau von Kapazitäten in Drittländern;
- Verbesserung des Sprachunterrichts und des Erlernens von Sprachen sowie Förderung der sprachlichen Vielfalt, einschließlich wenig gesprochener und bedrohter Sprachen, zum Beispiel durch Lehrmaterial, Lehrerausbildung, Verwendung bedrohter Sprachen als Erziehungsmedium, Wiederbelebung von Sprachen, Austausch bewährter Verfahren usw. im Rahmen von Projekten und Netzwerken.

Ein Teil dieser Mittel soll für Maßnahmen vorgesehen werden, die von Senior-Experten der Confederation of European Senior Expert Services (CESES) und ihrer Mitgliederverbände auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, einschließlich technischer Hilfe und Beratungs- und Weiterbildungsleistungen in ausgewählten öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen. Um das zu erreichen, werden die Anweisungsbefugten der Union aufgefordert, die Möglichkeiten der neuen Haushaltsordnung vollständig auszuschöpfen und insbesondere eine Finanzierung in Form von Sachleistungen durch CESES als Beitrag zu Unionsprojekten zu berücksichtigen.

KOMMISSION

KAPITEL 15 02 — ERASMUS FÜR ALLE *(Fortsetzung)***15 02 01** *(Fortsetzung)***15 02 01 01** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diese Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Einnahmen aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 50).

KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
15 03	„HORIZONT 2020“							
15 03 01	Wissenschaftliche Exzellenz							
15 03 01 01	Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen — Schaffung neuer Qualifikationen und Innovation	1,1	731 611 715	57 002 709		40 861 137	731 611 715	97 863 846
	<i>Artikel 15 03 01 — Subtotal</i>		731 611 715	57 002 709		40 861 137	731 611 715	97 863 846
15 03 05	Europäisches Innovations- und Tech- nologieinstitut — Integration des Wissensdreiecks aus Hochschule, For- schung und Innovation	1,1	235 059 644	121 406 196			235 059 644	121 406 196
15 03 50	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung							
15 03 50 01	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Ent- wicklung (2014-2020)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
15 03 50 02	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Ent- wicklung (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 15 03 50 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
15 03 51	Abschluss früherer Forschungsrah- menprogramme — Siebtes Rahmen- programm (2007-2013)	1,1	p.m.	490 572 208			p.m.	490 572 208
15 03 53	Abschluss der Tätigkeiten des Euro- päischen Innovations- und Technolo- gieinstituts	1,1	p.m.	48 401 107			p.m.	48 401 107
15 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maß- nahmen							
15 03 77 01	Pilotprojekt — Wissenspartnerschaften	1,1	p.m.	498 600			p.m.	498 600
	<i>Artikel 15 03 77 — Subtotal</i>		p.m.	498 600			p.m.	498 600
	Kapitel 15 03 — Total		966 671 359	717 880 820		40 861 137	966 671 359	758 741 957

Erläuterungen

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Die Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) der Europäischen Union verwendet.

Das Programm spielt bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Digitale Agenda für Europa“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des europäischen Forschungsraums (EFR) eine wesentliche Rolle. „Horizont 2020“ trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft bei, indem es in ausreichendem Umfang zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert.

KOMMISSION

KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)

Es wird zur Erreichung der in Artikel 179 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dargelegten allgemeinen Ziele durchgeführt, um zur Schaffung einer Wissensgesellschaft beizutragen, die auf dem Europäischen Forschungsraum aufbaut: Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der gesamten Union, Steigerung der Dynamik, der Kreativität und der herausragenden Leistungen der europäischen Forschung bis an die Grenzen des Wissens, quantitative und qualitative Stärkung der Humanressourcen in Forschung und Technologie in Europa sowie der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Verwendung.

Die Artikel und Posten dieses Titels decken auch die Ausgaben für von der Kommission veranstaltete Sitzungen, Konferenzen, Workshops und Kolloquien von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und europäischem Interesse, für im Auftrag der Kommission durchgeführte Analysen und Bewertungen von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, die der Erschließung neuer, für die Aktionen der Union geeigneter Forschungsbereiche dienen (insbesondere im Rahmen des Europäischen Forschungsraums), wie auch für die Programmbetreuung und die Verbreitung der Ergebnisse, darunter für Maßnahmen, die im Zuge früherer Rahmenprogramme durchgeführt wurden.

Die Verwendung dieser Mittel erfolgt gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81).

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Bei einigen dieser Projekte ist die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittländern an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Forschung vorgesehen. Mögliche Finanzbeiträge, die in Posten 6 0 1 3 und 6 0 1 5 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Einnahmen von Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, werden in Posten 6 0 1 6 des Einnahmenplans ausgewiesen und können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Einnahmen aus Beiträgen der Bewerberländer und gegebenenfalls der potenziellen Bewerber des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Einnahmen aus Beiträgen Dritter zu Tätigkeiten der Union, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Zusätzliche Mittel werden in Posten 15 03 50 01 ausgewiesen.

Die Verwaltungsmittel dieses Kapitels werden in Artikel 15 01 05 ausgewiesen.

KAPITEL 15 03 — „HORIZONT 2020“ (Fortsetzung)**15 03 01 Wissenschaftliche Exzellenz***Erläuterungen*

Diese Priorität von „Horizont 2020“ zielt darauf ab, die Exzellenz der Wissenschaftsbasis der Europäischen Union zu stärken und auszuweiten und stets über eine im Vergleich zur Weltspitze erstklassige Forschung zu verfügen, damit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas gesichert ist. Angestrebt wird, die besten Ideen zu fördern, Talente innerhalb Europas aufzubauen, Forschern den Zugang zu wichtigen Forschungsinfrastrukturen zu ermöglichen und Europa zu einem attraktiven Standort für die weltbesten Wissenschaftler zu machen. Welche Forschungstätigkeiten finanziert werden, wird ohne vorab festgelegte thematische Prioritäten entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten der Wissenschaft entschieden. Die Forschungsagenda wird in enger Abstimmung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft aufgestellt, und Grundlage für die Forschungsförderung ist die Exzellenz.

15 03 01 01 Marie Skłodowska-Curie-Maßnahmen — Schaffung neuer Qualifikationen und Innovation

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
731 611 715	57 002 709		40 861 137	731 611 715	97 863 846

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Europa braucht eine starke und kreative Grundlage an Humanressourcen, die länder- und branchenübergreifend mobil sind, und muss für die besten europäischen und nichteuropäischen Wissenschaftler attraktiv sein. Hierzu gilt es insbesondere, bei einem beträchtlichen Teil der Erstausbildung von Forschern und Doktoranden in einem frühen Stadium die Exzellenz zu strukturieren und zu verbessern und attraktive weltweite Laufbahnmöglichkeiten für erfahrene Forscher des öffentlichen und privaten Sektors zu unterstützen. Die Forscher sollen zu länder-, sektor- und fachübergreifender Mobilität ermutigt werden, um ihre Kreativität und ihr Innovationspotenzial zu erhöhen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 104).

Beschluss 2013/743/EU des Rates vom 3. Dezember 2013 über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Beschlüsse 2006/971/EG, 2006/972/EG, 2006/973/EG, 2006/974/EG und 2006/975/EG (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 965), insbesondere Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c.

KOMMISSION

TITEL 16
KOMMUNIKATION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
16 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOM- MUNIKATION“	125 826 400	125 826 400	-11 041	-11 041	125 815 359	125 815 359
16 02	FÖRDERUNG DER UNIONS- BÜRGERSCHAFT	24 800 000	27 410 600			24 800 000	27 410 600
16 03	KOMMUNIKATIONSMASSNAH- MEN	95 730 000	91 659 374		5 500 000	95 730 000	97 159 374
	Titel 16 — Total	246 356 400	244 896 374	-11 041	5 488 959	246 345 359	250 385 333

TITEL 16

KOMMUNIKATION

KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
16 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“				
16 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“				
16 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“	5,2	63 750 856	–11 041	63 739 815
	<i>Artikel 16 01 01 — Subtotal</i>		63 750 856	–11 041	63 739 815
16 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Sprachendienste“				
16 01 02 01	Externes Personal der Generaldirektion „Kommunikation“ am Hauptsitz	5,2	6 151 110		6 151 110
16 01 02 03	Externes Personal der Generaldirektion „Kommunikation“ in den Vertretungen der Kommission	5,2	16 421 000		16 421 000
16 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Kommunikation“ — Zentrale Dienststellen	5,2	3 730 914		3 730 914
	<i>Artikel 16 01 02 — Subtotal</i>		26 303 024		26 303 024
16 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude sowie sonstige Betriebsausgaben des Politikbereichs „Kommunikation“				
16 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Kommunikation“ — Zentrale Dienststellen	5,2	4 126 520		4 126 520
16 01 03 03	Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Kommunikation“ — Vertretungen der Kommission	5,2	26 806 000		26 806 000
	<i>Artikel 16 01 03 — Subtotal</i>		30 932 520		30 932 520
16 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Kommunikation“				
16 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	3	147 000		147 000
16 01 04 02	Unterstützungsausgaben für Kommunikationsmaßnahmen	3	1 185 000		1 185 000
	<i>Artikel 16 01 04 — Subtotal</i>		1 332 000		1 332 000
16 01 06	Exekutivagenturen				
16 01 06 01	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	3	2 191 000		2 191 000
	<i>Artikel 16 01 06 — Subtotal</i>		2 191 000		2 191 000
16 01 60	Informationserwerb	5,2	1 317 000		1 317 000
	Kapitel 16 01 — Total		125 826 400	–11 041	125 815 359

KOMMISSION

KAPITEL 16 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOMMUNIKATION“ (Fortsetzung)**16 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“**

16 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Kommunikation“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
63 750 856	-11 041	63 739 815

KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
16 03	KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN							
16 03 01	Information der Unionsbürger							
16 03 01 01	Multimedia-Aktionen	3	25 540 000	25 526 479			25 540 000	25 526 479
16 03 01 02	Informationen für die Medien	3	5 080 000	4 449 346			5 080 000	4 449 346
16 03 01 03	Informationsrelais	3	14 230 000	12 178 887		1 600 000	14 230 000	13 778 887
16 03 01 04	Kommunikationsmaßnahmen der Vertretungen der Kommission und „Partnerschaftsaktionen“	3	10 730 000	12 923 887		1 000 000	10 730 000	13 923 887
16 03 01 05	Europäische öffentliche Räume	5,2	1 246 000	1 246 000			1 246 000	1 246 000
	Artikel 16 03 01 — Subtotal		56 826 000	56 324 599		2 600 000	56 826 000	58 924 599
16 03 02	Institutionelle Kommunikationsmaßnahmen und Informationsauswertung							
16 03 02 01	Besuche bei der Kommission	3	3 600 000	3 986 296			3 600 000	3 986 296
16 03 02 02	Betrieb der Hörfunk- und Fernsehstudios und Geräte für audiovisuelle Produktionen	5,2	5 324 000	5 324 000			5 324 000	5 324 000
16 03 02 03	Online-Informations- und Kommunikationsmittel	3	18 180 000	15 759 479		2 900 000	18 180 000	18 659 479
16 03 02 04	Gesamtbericht und sonstige Veröffentlichungen	5,2	2 200 000	2 100 000			2 200 000	2 100 000
16 03 02 05	Analyse der öffentlichen Meinung	3	6 300 000	5 815 000			6 300 000	5 815 000
	Artikel 16 03 02 — Subtotal		35 604 000	32 984 775		2 900 000	35 604 000	35 884 775
16 03 03	Online-Dienst für Zusammenfassungen von Rechtsvorschriften (SCAD+)	5,2	—	—			—	—
16 03 04	Haus der europäischen Geschichte	3	800 000	400 000			800 000	400 000
16 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
16 03 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Recherchestipendien für grenzüberschreitenden Investigationsjournalismus	5,2	1 500 000	750 000			1 500 000	750 000
16 03 77 02	Pilotprojekt — Europa im Internet greifbar machen	5,2	p.m.	700 000			p.m.	700 000
16 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — EuroGlobe	3	—	—			—	—
16 03 77 04	Abschluss des Pilotprojekts „EuroGlobe“	3	—	—			—	—
16 03 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Europa im Internet greifbar machen	3	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	Artikel 16 03 77 — Subtotal		2 500 000	1 950 000			2 500 000	1 950 000
	Kapitel 16 03 — Total		95 730 000	91 659 374		5 500 000	95 730 000	97 159 374

KOMMISSION

KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN (Fortsetzung)**16 03 01 Information der Unionsbürger****16 03 01 03 Informationsrelais**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
14 230 000	12 178 887		1 600 000	14 230 000	13 778 887

*Erläuterungen**Vormals Artikel 16 03 01*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger und decken folgende Ausgaben:

- Finanzierung der Informations- und Dokumentationsrelais und der entsprechenden Netzwerke in ganz Europa (*Europe-Direct-Informationsrelais*, Europäisches Dokumentationszentrum, Team Europe usw.); diese Informationsrelais ergänzen die Maßnahmen, die von den Vertretungen der Kommission und den Informationsbüros des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden,
- Unterstützung (Ausbildung, Koordinierung und Hilfe) von Informationsnetzen,
- Finanzierung der Produktion, der Lagerung und des Vertriebs von Informationsbroschüren und Kommunikationsprodukten durch und für diese Relais.

Diese Mittel decken außerdem Ausgaben für Evaluierung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 50 000 EUR veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verweise

Beschluss K(2012) 4158 der Kommission vom 21. Juni 2012 zur vorzeitigen Annahme des Jahresarbeitsprogramms im Bereich Kommunikation für 2013 im Hinblick auf Finanzhilfen zur Finanzierung der Trägereinrichtungen für Europe-Direct-Informationszentren in der Europäischen Union.

16 03 01 04 Kommunikationsmaßnahmen der Vertretungen der Kommission und „Partnerschaftsaktionen“

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
10 730 000	12 923 887		1 000 000	10 730 000	13 923 887

KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN (Fortsetzung)**16 03 01** (Fortsetzung)

16 03 01 04 (Fortsetzung)

*Erläuterungen**Vormals Posten 16 03 02 01 und Artikel 16 03 04*

Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung allgemeiner Maßnahmen zur Information der Bürgerinnen und Bürger und decken die Ausgaben für dezentrale Kommunikation. Ziel der lokalen Kommunikationsmaßnahmen ist es, bestimmten Zielgruppen Hilfsinstrumente für ein besseres Verständnis des aktuellen Geschehens an die Hand zu geben.

Diese Maßnahmen werden in den Mitgliedstaaten durchgeführt durch

- Kommunikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit spezifischen jährlichen oder mehrjährigen Kommunikationsprioritäten,
- punktuelle Kommunikationsmaßnahmen mit nationaler oder internationaler Reichweite im Einklang mit Kommunikationsprioritäten,
- Seminare und Konferenzen,
- Organisation von oder Beteiligung an europäischen Veranstaltungen, Ausstellungen, PR-Maßnahmen, Organisation individueller Besuche usw.,
- Direktkommunikation mit den Bürgern (z. B. Bürgerberatungsstellen),
- sonstige Maßnahmen zur Direktkommunikation mit den Multiplikatoren, insbesondere intensivierte Maßnahmen gegenüber der regionalen Tagespresse, die eine wichtige Informationsquelle für viele Unionsbürger darstellt,
- Betrieb von Informationszentren für die breite Öffentlichkeit in den Vertretungen der Kommission.

Kommunikationsmaßnahmen können zusammen mit dem Europäischen Parlament und/oder den Mitgliedstaaten organisiert werden, um Synergien zwischen den Partnern auszuschöpfen und ihre Informations- und Kommunikationsarbeit zum Thema „Europäische Union“ zu koordinieren.

Diese Mittel dienen außerdem zur Deckung von Ausgaben für Studien, Bewertungen, Sachverständigensitzungen sowie technische und administrative Expertenhilfe, mit Ausnahme der Aufgaben der öffentlichen Hand, die von der Kommission im Rahmen von Verträgen über punktuelle Dienstleistungen vergeben werden, sowie die Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten von Personen, die eingeladen wurden, die Arbeit der Kommission zu verfolgen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 55 000 EUR veranschlagt.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieser Haushaltslinie den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI) gebührend Rechnung tragen.

KOMMISSION

KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN (Fortsetzung)**16 03 01** (Fortsetzung)

16 03 01 04 (Fortsetzung)

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

16 03 02 Institutionelle Kommunikationsmaßnahmen und Informationsauswertung

16 03 02 03 Online-Informations- und Kommunikationsmittel

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 180 000	15 759 479		2 900 000	18 180 000	18 659 479

*Erläuterungen**Vormals Posten 16 04 02 01*

Diese Mittel sind bestimmt für die Finanzierung von Instrumenten für die schriftliche Information und Kommunikation und die multimediale Online-Information und -Kommunikation über die Union, durch die die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Informationen über die Tätigkeit der Unionsorgane, die getroffenen Entscheidungen und über die Phasen des europäischen Einigungswerks erhalten sollen. Online-Instrumente erlauben es, Fragen oder Kommentare der Bürgerinnen und Bürger zu europäischen Themen zu erfassen. Diese Aufgabe ist von öffentlichem Interesse. Die Informationen betreffen alle Unionsorgane. Diese Instrumente müssen nach den Richtlinien der Web-Zugangsinitiative (WAI) Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden.

Zu diesen Instrumenten gehören im Wesentlichen

- die Website EUROPA als Hauptzugangspunkt zu den vorhandenen Informationen und Websites mit Verwaltungsinformationen, die die Unionsbürger im Alltag benötigen könnten und die daher übersichtlicher und benutzerfreundlicher gestaltet werden müssen,
- ergänzende Online-Kanäle wie soziale Medien, Blogs und andere Web-2.0-Anwendungen,
- das *Europe-Direct*-Kontaktzentrum (Tel.-Nr. 00800-67891011),
- die Websites, Multimedia-Produkte und Druckprodukte der Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten,
- die Online-Datenbank für Pressemitteilungen, Reden, Memos usw. (RAPID).

KAPITEL 16 03 — KOMMUNIKATIONSMASSNAHMEN (Fortsetzung)**16 03 02** (Fortsetzung)

16 03 02 03 (Fortsetzung)

Diese Mittel sind auch bestimmt für

- die Finanzierung einer übersichtlicheren Neugestaltung der Website EUROPA und die professionellere Nutzung anderer Online-Kanäle wie soziale Medien, Blogs und Web-2.0-Anwendungen. Dazu gehören auch Schulungsmaßnahmen aller Art für verschiedene Interessengruppen;
- die Förderung des Austauschs bewährter Verfahren, den Wissenstransfer und die Professionalisierung durch Finanzierung von Besuchen von Experten und Praktikern der digitalen Kommunikation;
- die Finanzierung von Informationskampagnen zur Erleichterung des Zugriffs auf diese Informationsquellen und insbesondere für den Betrieb des Kontaktzentrums Europe Direct, dem allgemeinen mehrsprachigen Informationsdienst zu Angelegenheiten der Union;
- die Deckung der Ausgaben für gedruckte Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Union, die sich an verschiedene Zielgruppen richten und oft über ein dezentrales Netz verteilt werden, insbesondere
 - die Veröffentlichungen der Vertretungen (Mitteilungsblätter und regelmäßige Druckschriften): Jede Vertretung produziert eine oder mehrere Veröffentlichungen, die an Multiplikatoren verteilt werden und verschiedene Themenbereiche (Soziales, Wirtschaft und Politik) behandeln,
 - die Verbreitung (auch über ein dezentrales Netz) spezifischer Basisinformationen über die Union (in allen Amtssprachen der Union) für die Öffentlichkeit, vom Sitz des Organs aus koordiniert, sowie Werbung für die Veröffentlichungen.

Die Herausgabekosten decken insbesondere die Kosten für Vorbereitung und Ausarbeitung (einschließlich Autorenverträge), für Honorare freiberuflicher Journalisten, für die Auswertung von Dokumentation, für die Vervielfältigung von Schriftstücken, für Beschaffung und Verarbeitung von Datenmaterial, Abfassung, Übersetzung, Überprüfung (einschließlich der Überprüfung der Konkordanz der Texte), für den Druck, für die Veröffentlichung im Internet oder auf sonstigen Datenträgern, für Vertrieb, Lagerung und Verbreitung sowie die Werbung für diese Veröffentlichungen.

Die Kommission sollte bei der Ausführung dieses Artikels den Ergebnissen der Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI) gebührend Rechnung tragen.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 17
GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „GE- SUNDHEIT UND VERBRAU- CHERSCHUTZ“	113 660 222	113 660 222	-13 273	-13 273	113 646 949	113 646 949
17 02	VERBRAUCHERSCHUTZ	21 762 000	19 271 000		-1 449 000	21 762 000	17 822 000
17 03	ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT	230 494 000	216 871 500		-9 602 918	230 494 000	207 268 582
17 04	LEBENSMITTEL- UND FUTTER- MITTELSICHERHEIT, TIER- GESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGE-SUNDHEIT	252 250 000	216 997 000			252 250 000	216 997 000
	Titel 17 — Total	618 166 222	566 799 722	-13 273	-11 065 191	618 152 949	555 734 531

TITEL 17

GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
17 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“				
17 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“	5,2	76 640 919	–13 273	76 627 646
17 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“				
17 01 02 01	Externes Personal	5,2	7 385 079		7 385 079
17 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	8 938 344		8 938 344
	<i>Artikel 17 01 02 — Subtotal</i>		16 323 423		16 323 423
17 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“				
17 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“: zentrale Dienststellen	5,2	4 960 880		4 960 880
17 01 03 03	Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Gesundheit und Verbraucherschutz“ — Grange	5,2	4 565 000		4 565 000
	<i>Artikel 17 01 03 — Subtotal</i>		9 525 880		9 525 880
17 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“				
17 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Verbraucherprogramm	3	1 100 000		1 100 000
17 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Programm „Gesundheit im Dienste von Wachstum“	3	1 500 000		1 500 000
17 01 04 03	Unterstützungsausgaben in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit	3	1 500 000		1 500 000
	<i>Artikel 17 01 04 — Subtotal</i>		4 100 000		4 100 000
17 01 06	Exekutivagenturen				
17 01 06 01	Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Verbraucherprogramm	3	1 691 000		1 691 000
17 01 06 02	Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag aus dem Programm „Gesundheit für Wachstum“	3	4 209 000		4 209 000
17 01 06 03	Exekutivagentur Verbraucher, Gesundheit und Ernährung — Beitrag für die Bereiche Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit	3	1 170 000		1 170 000
	<i>Artikel 17 01 06 — Subtotal</i>		7 070 000		7 070 000
	Kapitel 17 01 — Total		113 660 222	–13 273	113 646 949

KOMMISSION

KAPITEL 17 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ (Fortsetzung)

17 01 01 *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
76 640 919	-13 273	76 627 646

KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
17 02	VERBRAUCHERSCHUTZ							
17 02 01	Wahrung des Verbraucherinteresses und Verbesserung der Sicherheit und des Informationsstands von Verbrauchern	3	21 262 000	6 512 000		-1 449 000	21 262 000	5 063 000
17 02 51	Abschluss der Maßnahmen der Union zugunsten der Verbraucher	3	p.m.	12 509 000			p.m.	12 509 000
17 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
17 02 77 01	Pilotprojekt — Transparenz und Stabilität der Finanzmärkte	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 02 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Überwachungsmaßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 02 77 03	Pilotprojekt — „Your Europe Travel — Anwendung für mobile Geräte“	2	500 000	250 000			500 000	250 000
	Artikel 17 02 77 — Subtotal		500 000	250 000			500 000	250 000
	Kapitel 17 02 — Total		21 762 000	19 271 000		-1 449 000	21 762 000	17 822 000

17 02 01 Wahrung des Verbraucherinteresses und Verbesserung der Sicherheit und des Informationsstands von Verbrauchern

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 262 000	6 512 000		-1 449 000	21 262 000	5 063 000

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Erreichung der in dem mehrjährigen Verbraucherprogramm für die Jahre 2014-2020 festgelegten Ziele bestimmt. Mit dem Programm soll im Rahmen einer Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet und die Handlungskompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Binnenmarkt gestärkt werden, indem es einen Beitrag zum Schutz der Gesundheits-, Sicherheits-, Rechts- und Wirtschaftsinteressen der Verbraucher leistet, ihr Recht auf Information und Bildung stärkt, sowie sich zur Wahrung ihrer Interessen organisiert, und dazu die Einbeziehung dieser Verbraucherinteressen in andere Politikbereiche unterstützt. Mit dem Programm werden die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzt, unterstützt und begleitet.

Die übergeordnete Zielsetzung gliedert sich in vier Einzelziele:

- Sicherheit: Konsolidierung und Verbesserung der Produktsicherheit durch eine effektive unionsweite Marktüberwachung,
- Information und Bildung sowie Unterstützung von Verbraucherorganisationen: Verbesserung der Verbraucherbildung, der Verbraucherinformation und des Wissens der Verbraucher über ihre Rechte, Ausbau der Daten- und Informationsgrundlage für die Verbraucherpolitik und Unterstützung von Verbraucherorganisationen, auch unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse schutzbedürftiger Verbraucher,
- Rechte und Rechtsschutz: Weiterentwicklung und Stärkung der Verbraucherrechte insbesondere durch intelligente Regulierungsmaßnahmen und Verbesserung des Zugangs zu einfachen, wirksamen, zweckdienlichen und kostengünstigen Rechtsschutzinstrumenten, darunter auch alternativen Streitbeilegungsverfahren,

KOMMISSION

KAPITEL 17 02 — VERBRAUCHERSCHUTZ (Fortsetzung)**17 02 01** (Fortsetzung)

- Durchsetzung: Unterstützung der Durchsetzung von Verbraucherrechten durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Durchsetzungsbehörden und durch Beratung der Verbraucher.

Das neue Programm muss außerdem neue gesellschaftliche Herausforderungen berücksichtigen, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Hierzu zählen die größere Komplexität der Verbraucherentscheidungsprozesse, die Notwendigkeit, zu einem nachhaltigeren Verbraucherverhalten zu gelangen, die Chancen und Gefahren der Digitalisierung, die zunehmende soziale Ausgrenzung, die wachsende Zahl besonders schutzbedürftiger Verbraucher und die alternde Bevölkerung.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Kandidatenländer und gegebenenfalls der potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, und zwar in einer Höhe, die sich nach dem Verhältnis zwischen den genehmigten Verwaltungsausgaben und den insgesamt für das Programm eingestellten Mitteln bestimmt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 254/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über ein mehrjähriges Verbraucherprogramm 2014-2020 und zur Aufhebung des Beschlusses Nr.1926/2006/EC (ABl. L 84 vom 24.3.2014, S. 42).

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 03	ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT							
17 03 01	Förderung der Innovation im Gesundheitswesen und der Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme, Verbesserung der Gesundheit der Unionsbürger und Schutz vor grenzübergreifenden Bedrohungen für die Gesundheit	3	52 870 000	8 697 500			52 870 000	8 697 500
17 03 10	Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten	3	56 766 000	56 766 000		–2 000 000	56 766 000	54 766 000
17 03 11	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	3	76 545 000	76 545 000			76 545 000	76 545 000
17 03 12	Europäische Arzneimittel-Agentur							
17 03 12 01	Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur	3	31 333 000	31 333 000		–7 602 918	31 333 000	23 730 082
17 03 12 02	Spezieller Beitrag für Arzneimittel für seltene Leiden („orphan drugs“)	3	6 000 000	6 000 000			6 000 000	6 000 000
	Artikel 17 03 12 — Subtotal		37 333 000	37 333 000		–7 602 918	37 333 000	29 730 082
17 03 13	Internationale Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bekämpfung des Tabakkonsums	4	200 000	200 000			200 000	200 000
17 03 51	Abschluss der Programme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens	3	p.m.	30 370 000			p.m.	30 370 000
17 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
17 03 77 01	Pilotprojekt — Neue Beschäftigungssituation im Gesundheitssektor: bewährte Verfahren zur Verbesserung der Berufsausbildung und der beruflichen Qualifikationen der Beschäftigten im Gesundheitsbereich einschließlich des Aspekts ihrer Gehälter	1,1	p.m.	80 000			p.m.	80 000
17 03 77 02	Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Verkehr und Klimawandel — Verbesserung der Qualität der Innen- und Außenluft	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 03 77 03	Pilotprojekt — Konsum von Obst und Gemüse	2	—	700 000			—	700 000
17 03 77 04	Pilotprojekt — Gesunde Ernährung: frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung	2	—	600 000			—	600 000

KOMMISSION

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 03 77	(Fortsetzung)							
17 03 77 05	Pilotprojekt — Entwicklung und Einführung erfolgreicher Strategien zur Prävention von Diabetes Typ 2	2	—	300 000			—	300 000
17 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe (AMR): Forschung über die Ursachen eines starken und unsachgemäßen Einsatzes von Antibiotika	2	—	300 000			—	300 000
17 03 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Einrichtung eines Unionsnetzes von Sachverständigen im Bereich der individuellen Betreuung von Jugendlichen mit psychischen Problemen	3	p.m.	300 000			p.m.	300 000
17 03 77 08	Pilotprojekt — Europäisches Prävalenzprotokoll zur Früherkennung der Autismusspektrums-Störung in Europa	3	800 000	790 000			800 000	790 000
17 03 77 09	Pilotprojekt — Förderung der Eigenfürsorge in der Union	3	1 000 000	800 000			1 000 000	800 000
17 03 77 10	Pilotprojekt — Geschlechtsspezifische Mechanismen bei der koronaren Herzkrankheit in Europa	3	p.m.	300 000			p.m.	300 000
17 03 77 11	Vorbereitende Maßnahme — Verzehr von Obst und Gemüse	2	750 000	675 000			750 000	675 000
17 03 77 12	Pilotprojekt — Abbau gesundheitlicher Ungleichheit: Aufbau von Fachwissen und Bewertung von Maßnahmen	2	1 500 000	750 000			1 500 000	750 000
17 03 77 13	Pilotprojekt — Entwicklung fakten-gestützter Strategien zur Verbesserung der Gesundheit isolierter und schutzbedürftiger Menschen	2	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
17 03 77 14	Vorbereitende Maßnahme — Gesunde Ernährung: Frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung	2	500 000	250 000			500 000	250 000
17 03 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Studie über die mit Epilepsie einhergehende Belastung und die Epilepsiefürsorge	3	1 230 000	615 000			1 230 000	615 000
	<i>Artikel 17 03 77 — Subtotal</i>		6 780 000	6 960 000			6 780 000	6 960 000
	Kapitel 17 03 — Total		230 494 000	216 871 500		-9 602 918	230 494 000	207 268 582

17 03 10**Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
56 766 000	56 766 000		-2 000 000	56 766 000	54 766 000

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)**17 03 10** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Vormals Posten 17 03 03 01 und 17 03 03 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal- und Verwaltungsausgaben des Zentrums bestimmt. Titel 1 deckt in erster Linie die Gehälter für ständige Mitarbeiter und abgeordnete Sachverständige, die Ausgaben für Einstellungen, Zeitarbeitskräfte und Mitarbeiterschulungen sowie Dienstreisekosten. Titel 2 („Ausgaben“) deckt die Anmietung der Büroräume des Zentrums, die Herrichtung der Räumlichkeiten, die Kosten für die Informations- und Kommunikationstechnologie, die technischen Einrichtungen sowie die Logistikkosten und sonstige Verwaltungsausgaben.

Unter diesem Posten sind auch folgende operative Ausgaben für folgende Zielbereiche veranschlagt:

- Verbesserung der Überwachung übertragbarer Krankheiten in den Mitgliedstaaten,
- Stärkung der wissenschaftlichen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und die Kommission,
- Verbesserung der Vorsorge der Union gegen Gefahren durch übertragbare Krankheiten, insbesondere Hepatitis B, einschließlich der Gefahren durch vorsätzliche Freisetzung biologischer Stoffe, und gegen Gefahren durch Krankheiten unbekannten Ursprungs sowie Koordinierung der Gegenmaßnahmen,
- Stärkung der einschlägigen Kapazitäten in den Mitgliedstaaten durch Schulungen,
- Informationsvermittlung und Aufbau von Partnerschaften.

Diese Mittel dienen ferner der Aufrechterhaltung einer Notfalleinrichtung („Notfallzentrum“) bestimmt, über die das Zentrum bei einem Massenausbruch übertragbarer Krankheiten oder anderer Krankheiten unbekannten Ursprungs online mit nationalen Seuchenzentren und Referenzlaboratorien in den Mitgliedstaaten kommunizieren kann.

Das Zentrum muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Der Stellenplan des Zentrums ist in Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 56 766 000 EUR.

KOMMISSION

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)**17 03 10** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 851/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 1).

17 03 12 Europäische Arzneimittel-Agentur**17 03 12 01** Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
31 333 000	31 333 000		-7 602 918	31 333 000	23 730 082

*Erläuterungen**Vormals Posten 17 03 10 01 und 17 03 10 02*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Personal- und Verwaltungsausgaben (Titel 1 und 2) sowie die operativen Ausgaben (Titel 3) der Agentur zu decken, die sich aus der Durchführung der Aufgaben ergeben, die in Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 vorgesehen sind.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Die gemäß Artikel 20 der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur ist in Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 33 230 142 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 31 333 000 EUR erhöht sich um 1 897 142 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 297/95 des Rates vom 10. Februar 1995 über die Gebühren der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. L 35 vom 15.2.1995, S. 1).

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT *(Fortsetzung)***17 03 12** *(Fortsetzung)***17 03 12 01** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. L 18 vom 22.1.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1); ersetzt die Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates vom 22. Juli 1993.

Verweise

Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1).

Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).

Verordnung (EG) Nr. 2049/2005 der Kommission vom 15. Dezember 2005 zur Festlegung, aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, von Regeln für die Entrichtung von Gebühren an die Europäische Arzneimittel-Agentur durch Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen sowie für deren administrative Unterstützung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 der Kommission vom 24. November 2008 über die Prüfung von Änderungen der Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11).

Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur hinsichtlich der Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln und der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 18**INNERES**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „INNE- RES“	34 949 809	34 949 809	–4 465	–4 465	34 945 344	34 945 344
18 02	INNERE SICHERHEIT	747 715 040	565 055 732		–16 682 000	747 715 040	548 373 732
18 03	ASYL- UND MIGRATION	418 727 040	162 594 390		19 431 000	418 727 040	182 025 390
	Titel 18 — Total	1 201 391 889	762 599 931	–4 465	2 744 535	1 201 387 424	765 344 466

TITEL 18**INNERES****KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „INNERES“**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
18 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „INNERES“				
18 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Inneres“	5,2	25 780 127	–4 465	25 775 662
18 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Inneres“				
18 01 02 01	Externes Personal	5,2	1 624 271		1 624 271
18 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	1 576 693		1 576 693
	Artikel 18 01 02 — Subtotal		3 200 964		3 200 964
18 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Inneres“	5,2	1 668 718		1 668 718
18 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Inneres“				
18 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Fonds für die innere Sicherheit	3	2 150 000		2 150 000
18 01 04 02	Unterstützungsausgaben für den Asyl- und Migrationsfonds	3	2 150 000		2 150 000
	Artikel 18 01 04 — Subtotal		4 300 000		4 300 000
	Kapitel 18 01 — Total		34 949 809	–4 465	34 945 344

18 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Inneres“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
25 780 127	–4 465	25 775 662

KOMMISSION

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 02	INNERE SICHERHEIT							
18 02 01	Fonds für die innere Sicherheit							
18 02 01 01	Unterstützung des Grenzmanage- ments und der gemeinsamen Visum- politik zur Erleichterung legaler Rei- sen	3	252 153 194	27 160 000		-7 446 000	252 153 194	19 714 000
18 02 01 02	Verhinderung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und bessere Bewältigung sicherheitsrelevanter Risiken und Kri- sen	3	148 955 846	16 190 000		-9 236 000	148 955 846	6 954 000
18 02 01 03	Aufbau neuer IT-Systeme zur Unter- stützung der Steuerung der Migration über die Außengrenzen der Union	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 18 02 01 — Subtotal		401 109 040	43 350 000		-16 682 000	401 109 040	26 668 000
18 02 02	Schengen-Fazilität für Kroatien	3	80 000 000	80 000 000			80 000 000	80 000 000
18 02 03	Europäische Agentur für die opera- tive Zusammenarbeit an den Au- ßengrenzen (FRONTEX)	3	82 910 000	82 910 000			82 910 000	82 910 000
18 02 04	Europäisches Polizeiamt (Europol)	3	81 658 000	81 658 000			81 658 000	81 658 000
18 02 05	Europäische Polizeiakademie (CE- POL)	3	7 436 000	7 436 000			7 436 000	7 436 000
18 02 06	Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)	3	14 751 000	14 751 000			14 751 000	14 751 000
18 02 07	Europäische Agentur für das Be- triebsmanagement von IT-Großsys- temen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht	3	59 380 000	59 380 000			59 380 000	59 380 000
18 02 08	Schengener Informationssystem (SIS II)	3	9 235 500	4 900 366			9 235 500	4 900 366
18 02 09	Visa-Informationssystem (VIS)	3	9 235 500	4 900 366			9 235 500	4 900 366
18 02 51	Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Außengren- zen, Sicherheit und Schutz der Frei- heitsrechte	3	p.m.	184 770 000			p.m.	184 770 000
18 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
18 02 77 01	Pilotprojekt — Abschluss der Terro- rismusbekämpfung	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
18 02 77 02	Pilotprojekt — Neue integrierte Ver- fahren der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Feststellung der Risiken von Sportwetten	3	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
	Artikel 18 02 77 — Subtotal		2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
	Kapitel 18 02 — Total		747 715 040	565 055 732		-16 682 000	747 715 040	548 373 732

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)**18 02 01 Fonds für die innere Sicherheit****18 02 01 01 Unterstützung des Grenzmanagements und der gemeinsamen Visumpolitik zur Erleichterung legaler Reisen**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
252 153 194	27 160 000		-7 446 000	252 153 194	19 714 000

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel dienen der Unterstützung einer gemeinsamen Visumpolitik, um den legalen Reiseverkehr zu erleichtern, die Gleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen zu gewährleisten und gegen die irreguläre Migration vorzugehen, und der Unterstützung des Grenzmanagements, damit einerseits ein hohes Maß an Schutz an den Außengrenzen und andererseits ein reibungsloses Überschreiten der Außengrenzen entsprechend dem Schengen-Besitzstand sichergestellt werden.

Die Mittel decken die Ausgaben für in oder von den Mitgliedstaaten durchgeführte Maßnahmen, insbesondere

- Grenzübergangsinfrastrukturen, an Grenzübergangsstellen und zur Überwachung zwischen Grenzübergangsstellen sowie zur wirksamen Bekämpfung von unrechtmäßigem Überschreiten der Außengrenzen erforderliche Gebäude und Systeme,
- Betriebsausrüstung, Transportmittel und Kommunikationssysteme, die für wirksame Grenzkontrollen und das Aufspüren von Personen benötigt werden, wie ortsfeste Terminals für das VIS, das SIS und das Europäische Bildspeicherungssystem (FADO), einschließlich modernster Technologie,
- IT-Systeme für die Steuerung von Migrationsströmen über die Grenzen,
- Infrastruktur, Gebäude und Betriebsausrüstung, die für die Bearbeitung von Visumanträgen und die konsularische Zusammenarbeit benötigt werden,
- Studien, Pilotprojekte und Maßnahmen, die auf eine verstärkte behördliche Zusammenarbeit innerhalb der und zwischen den Mitgliedstaaten abzielen und der Umsetzung von Empfehlungen, operativen Normen und bewährten Praktiken dienen, die auf die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union zurückgehen.

Die Mittel decken auch die Ausgaben für Maßnahmen mit Bezug zu und in Drittländern, insbesondere:

- Informationssysteme, Instrumente oder Ausrüstung für den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern,
- Maßnahmen, die auf eine verstärkte operative Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten und Drittländern abzielen, einschließlich gemeinsamer Aktionen,
- Studien, Veranstaltungen, Schulungen, Ausrüstungsgegenstände und Pilotprojekte, um Drittländern ad hoc technisches und operatives Know-how zur Verfügung zu stellen,

KOMMISSION

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT *(Fortsetzung)***18 02 01** *(Fortsetzung)***18 02 01 01** *(Fortsetzung)*

- Studien, Veranstaltungen, Schulungen, Ausrüstungsgegenstände und Pilotprojekte zur Umsetzung spezifischer Empfehlungen, operativer Normen und bewährter Praktiken, die auf die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union in Drittländern zurückgehen.

Die Mitgliedstaaten können jeweils bis zu 50 % des aus dem Instrument für ihr nationales Programm bereitgestellten Betrags verwenden, um die operative Unterstützung der Behörden zu finanzieren, die für die Aufgaben und Leistungen, die eine öffentliche Dienstleistung für die Union darstellen, zuständig sind.

Diese Mittel decken auch entgangene Gebühren für Transitvisa und zusätzliche Kosten infolge der Durchführung der Regelung über das Dokument für den erleichterten Transit (FTD) und das Dokument für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 des Rates 14. April 2003 zur Einführung eines Dokuments für den erleichterten Transit (FTD) und eines Dokuments für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) sowie zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und des Gemeinsamen Handbuchs (ABl: L 99 vom 7.4.2003, S. 8) und der Verordnung (EG) Nr. 694/2003 des Rates vom 14. April 2003 über einheitliche Formate von Dokumenten für den erleichterten Transit (FTD) und Dokumenten für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 (ABl. L 99 vom 7.4.2003, S. 15).

Auf Initiative der Kommission können diese Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind. Um förderfähig zu sein, müssen diese Maßnahmen insbesondere die nachstehenden Ziele verfolgen:

- Beitrag zu Vorbereitung und Monitoring, zur administrativen und technischen Unterstützung sowie zur Entwicklung eines Evaluierungsmechanismus, der für die Durchführung der Maßnahmen betreffend Außengrenzen und Visa erforderlich ist, darunter auch die Umsetzung der Schengen-Governance gemäß dem Schengen-Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27),
- Verbesserung des Wissensstands und der Kenntnis der Lage in den Mitgliedstaaten mittels Analysen, Evaluierungen und enger Begleitung der Maßnahmen,
- Förderung der Entwicklung statistischer Instrumente und Methoden und gemeinsamer Indikatoren,
- Förderung und Überwachung der Umsetzung des Unionsrechts und der politischen Ziele der Union in den Mitgliedstaaten sowie Bewertung ihrer Effizienz und Wirkung,
- Förderung der Vernetzung, des Voneinander-Lernens sowie der Ermittlung und Verbreitung bewährter Praktiken und innovativer Ansätze auf europäischer Ebene,
- Sensibilisierung der Beteiligten und der Öffentlichkeit für die Strategien und Ziele der Union, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen,
- Stärkung der Fähigkeit europäischer Netzwerke, die Strategien und Ziele der Union zu fördern, zu unterstützen und weiterzuentwickeln,

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)**18 02 01** (Fortsetzung)

18 02 01 01 (Fortsetzung)

- Förderung besonders innovativer Projekte zur Entwicklung neuer Methoden und/oder Technologien, die sich möglicherweise auf andere Mitgliedstaaten übertragen lassen, vor allem Projekte zur Erprobung und Validierung von Forschungsprojekten,
- Unterstützung bestimmter Maßnahmen mit Bezug zu oder in Drittländern gemäß Artikel 4 Absatz 2.

Diese Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage, d. h. einer von außergewöhnlichem, dringendem Druck geprägten Situation, in der eine große oder unverhältnismäßige Anzahl von Drittstaatsangehörigen die Außengrenzen eines Mitgliedstaats oder mehrerer Mitgliedstaaten überschreiten oder voraussichtlich überschreiten werden, dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

Diese Mittel sind für die Erstattung von Kosten gedacht, die den Sachverständigen der Kommission und der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Besuchen vor Ort entstehen (Reise- und Unterbringungskosten), bei denen die Anwendung des Schengen-Besitzstands bewertet wird. Hinzu kommen Kosten für Waren und Ausrüstungsgegenstände, die für die Evaluierungsbesuche vor Ort sowie deren Vorbereitung und Follow-up erforderlich sind.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27).

Verordnung (EU) Nr. 514/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 112).

Verordnung (EU) Nr. 515/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 143).

18 02 01 02 Verhinderung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und bessere Bewältigung sicherheitsrelevanter Risiken und Krisen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
148 955 846	16 190 000		-9 236 000	148 955 846	6 954 000

KOMMISSION

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)**18 02 01** (Fortsetzung)**18 02 01 02** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel sollen insbesondere beitragen zur Prävention und Bekämpfung grenzüberschreitender, schwerer und organisierter Kriminalität einschließlich des Terrorismus sowie zur besseren Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und mit relevanten Drittländern, zur Verbesserung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten und der Union zur effektiven Bewältigung von Sicherheitsrisiken und Krisen sowie zur Vorbereitung auf Terroranschläge und andere sicherheitsrelevante Vorfälle und zum diesbezüglichen Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen.

Die Mittel decken die Ausgaben für Maßnahmen in den Mitgliedstaaten, insbesondere

- Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Strafverfolgungsbehörden, einschließlich gemeinsamer Ermittlungsteams und sonstiger gemeinsamer grenzüberschreitender Aktionen, Zugang zu und Austausch von Informationen und interoperablen Technologien,
- Vernetzung, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis, Voneinander-Lernen, Ermittlung, Austausch und Verbreitung von Know-how, Erfahrungen und bewährten Praktiken, Informationsaustausch, gemeinsames Situationsbewusstsein und Zukunftsforschung, Notfallplanung und Interoperabilität,
- Analyse-, Monitoring- und Evaluierungstätigkeiten, einschließlich Studien, Bedrohungs- und Risikobewertungen und Folgenabschätzungen,
- Sensibilisierungs-, Verbreitungs- und Kommunikationsmaßnahmen, auch aus einer geschlechtsorientierten Perspektive,
- Erwerb und/oder weitere Modernisierung von technischen Ausrüstungen, sicheren Anlagen, Infrastrukturen, zugehörigen Gebäuden und Systemen, insbesondere IKT-Systemen und deren Bestandteilen, unter anderem zum Zwecke der europäischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, vor allem im Wege des Europäischen Zentrums gegen Cyberkriminalität,
- Austausch sowie Aus- und Fortbildung von Bediensteten und Sachverständigen der zuständigen Behörden, auch aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive, einschließlich Sprachausbildung und gemeinsamer Übungen oder Programme,
- Maßnahmen zur Nutzung, Übertragung, Erprobung und Validierung neuer Methoden oder Technologien, einschließlich Pilotprojekten und Folgemaßnahmen zu von der Union finanzierten Projekten im Bereich der Sicherheitsforschung.

Die Mittel decken auch die Ausgaben für Maßnahmen mit Bezug zu und in Drittländern, insbesondere

- Maßnahmen zur Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Strafverfolgungsbehörden, einschließlich gemeinsamer Ermittlungsteams und sonstiger gemeinsamer grenzüberschreitender Aktionen, Zugang zu und Austausch von Informationen und interoperablen Technologien,
- Vernetzung, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis, Voneinander-Lernen, Ermittlung, Austausch und Verbreitung von Know-how, Erfahrungen und bewährten Praktiken, Informationsaustausch, gemeinsames Situationsbewusstsein und Zukunftsforschung, Notfallplanung und Interoperabilität,

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT *(Fortsetzung)***18 02 01** *(Fortsetzung)***18 02 01 02** *(Fortsetzung)*

- Erwerb und/oder weitere Modernisierung von technischen Ausrüstungen, einschließlich IKT-Systemen und deren Bestandteilen,
- Austausch sowie Aus- und Fortbildung von Bediensteten und Sachverständigen der zuständigen Behörden, einschließlich Sprachausbildung,
- Sensibilisierungs-, Verbreitungs- und Kommunikationsmaßnahmen,
- Bedrohungs- und Risikobewertungen und Folgenabschätzungen,
- Studien und Pilotprojekte.

Auf Initiative der Kommission können diese Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind und die allgemeinen, spezifischen und operativen Ziele gemäß Artikel 3 der vorgeschlagenen Verordnung (COM(2011) 753 final) betreffen. Förderfähig sind Unionsmaßnahmen, die den Prioritäten der einschlägigen Strategien, Programme und Bedrohungs- und Risikobewertungen der Union Rechnung tragen, insbesondere

- Maßnahmen zur Vorbereitung und zum Monitoring, zur administrativen und technischen Unterstützung sowie zur Entwicklung eines Evaluierungsmechanismus, die zur Umsetzung der Strategien in den Bereichen polizeiliche Zusammenarbeit, Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und Krisenmanagement erforderlich sind,
- länderübergreifende Projekte, an denen mindestens zwei Mitgliedstaaten oder mindestens ein Mitgliedstaat und ein Drittland beteiligt sind,
- Analyse-, Monitoring- und Evaluierungstätigkeiten, einschließlich Bedrohungs- und Risikobewertungen, Folgenabschätzungen und Projekten zur Überwachung der Umsetzung des Unionsrechts und der politischen Ziele der Union in den Mitgliedstaaten,
- Projekte zur Förderung der Vernetzung, des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses und des Voneinanderlernens, der Ermittlung und Verbreitung bewährter Praktiken und innovativer Ansätze auf Unionsebene sowie zur Förderung von Fortbildungs- und Austauschprogrammen,
- Projekte zur Unterstützung der Entwicklung methodischer, vor allem statistischer Instrumente und Methoden und gemeinsamer Indikatoren,
- Erwerb und/oder weitere Modernisierung von technischen Ausrüstungen, sicheren Anlagen, Infrastrukturen, zugehörigen Gebäuden und Systemen, insbesondere IKT-Systemen und deren Bestandteilen auf Unionsebene, unter anderem zum Zwecke der europäischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, vor allem im Wege des Europäischen Zentrums gegen Cyberkriminalität,
- Projekte zur Sensibilisierung der Beteiligten und der Öffentlichkeit für die Strategien und Ziele der Union, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen,
- besonders innovative Projekte zur Entwicklung neuer Methoden und/oder zur Nutzung neuer Technologien, die sich möglicherweise auf andere Mitgliedstaaten übertragen lassen, vor allem Projekte zur Erprobung und Validierung der Ergebnisse von der Union finanzierter Projekte im Bereich der Sicherheitsforschung,

KOMMISSION

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT *(Fortsetzung)***18 02 01** *(Fortsetzung)***18 02 01 02** *(Fortsetzung)*

- Studien und Pilotprojekte,
- Maßnahmen mit Bezug zu oder in Drittländern.

Diese Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage, d. h. bei allen sicherheitsrelevanten Vorfällen oder neu auftretenden Bedrohungen, die erhebliche negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung in einem oder mehreren Mitgliedstaaten haben oder haben könnten, dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 513/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit und zur Aufhebung des Beschlusses 2007/125/JI des Rates (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 93).

Verordnung (EU) Nr. 514/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 112).

KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 03	ASYL- UND MIGRATION							
18 03 01	Asyl- und Migrationsfonds							
18 03 01 01	Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Solidarität und Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten	3	167 808 176	20 510 000			167 808 176	20 510 000
18 03 01 02	Unterstützung der legalen Einwanderung in die Union, Förderung der wirksamen Integration von Drittstaatsangehörigen und Ausbau fairer und wirksamer Rückführungsstrategien	3	233 300 864	27 670 000			233 300 864	27 670 000
	Artikel 18 03 01 — Subtotal		401 109 040	48 180 000			401 109 040	48 180 000
18 03 02	Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen	3	14 518 000	14 518 000			14 518 000	14 518 000
18 03 03	Europäische Fingerabdruck-Datenbank (Eurodac)	3	100 000	90 000			100 000	90 000
18 03 51	Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Rückkehr, Flüchtlinge und Migrationsströme	3	p.m.	96 056 390		19 431 000	p.m.	115 487 390
18 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
18 03 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Organisation der Rückkehr im Bereich Migration	3	—	—			—	—
18 03 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Migrationssteuerung — Tätige Solidarität	3	—	—			—	—
18 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Integration von Drittstaatsangehörigen	3	—	—			—	—
18 03 77 04	Pilotprojekt — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
18 03 77 05	Pilotprojekt — Mittel für Folteropfer	3	p.m.	1 000 000			p.m.	1 000 000
18 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Neuansiedlung von Flüchtlingen in Notsituationen	3	p.m.	500 000			p.m.	500 000
18 03 77 07	Pilotprojekt — Untersuchung von Aufnahme-, Schutz- und Integrationsstrategien für unbegleitete Minderjährige in der Union	3	p.m.	500 000			p.m.	500 000

KOMMISSION

KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 03 77	(Fortsetzung)							
18 03 77 08	Vorbereitende Maßnahme — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiedersiedlung und Integration von Flüchtlingen	3	p.m.	250 000			p.m.	250 000
18 03 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Finanzierung der Rehabilitation von Folteropfern	3	3 000 000	1 500 000			3 000 000	1 500 000
	<i>Artikel 18 03 77 — Subtotal</i>		3 000 000	3 750 000			3 000 000	3 750 000
	Kapitel 18 03 — Total		418 727 040	162 594 390		19 431 000	418 727 040	182 025 390

18 03 51 Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Rückkehr, Flüchtlinge und Migrationsströme

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	96 056 390		19 431 000	p.m.	115 487 390

Erläuterungen

Vormals Artikel 18 02 09, 18 03 03, 18 03 04, 18 03 05, 18 03 07 und 18 03 09

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und über Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. L 212 vom 7.8.2001, S. 12).

Entscheidung 2002/463/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über ein Aktionsprogramm für Verwaltungszusammenarbeit in den Bereichen Außengrenzen, Visa, Asyl und Einwanderung (ARGO-Programm) (ABl. L 161 vom 19.6.2002, S. 11).

Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 45).

Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 1).

KAPITEL 18 03 — ASYL- UND MIGRATION (Fortsetzung)**18 03 51** (Fortsetzung)

Entscheidung 2007/435/EG des Rates vom 25. Juni 2007 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (ABl. L 168 vom 28.6.2007, S. 18).

Entscheidung 2008/381/EG des Rates vom 14. Mai 2008 zur Einrichtung eines Europäischen Migrationsnetzwerkes (ABl. L 131 vom 21.5.2008, S. 7).

Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 98).

Beschluss Nr. 458/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 im Hinblick auf die Aufhebung der Finanzierung bestimmter Gemeinschaftsmaßnahmen und die Änderung der Finanzierungsobergrenze für die geförderten Maßnahmen (ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 1).

Verweise

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 2. Mai 2005 zur Aufstellung eines Rahmenprogramms für Solidarität und die Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007-2013 (KOM(2005) 123 endg.).

Entscheidung 2007/815/EG der Kommission vom 29. November 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2008 bis 2013 (ABl. L 326 vom 12.12.2007, S. 29).

Entscheidung 2007/837/EG der Kommission vom 30. November 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2008 bis 2013 (ABl. L 330 vom 15.12.2007, S. 48).

Entscheidung 2008/22/EG der Kommission vom 19. Dezember 2007 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 7 vom 10.1.2008, S. 1).

Entscheidung 2008/457/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung 2007/435/EG des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 69).

Entscheidung 2008/458/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 135).

KOMMISSION

TITEL 19
AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
19 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“	24 059 883	24 059 883	– 1 368	– 1 368	24 058 515	24 058 515
19 02	STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION	226 831 560	151 959 402		50 765 835	226 831 560	202 725 237
19 03	GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)	314 119 000	234 475 000			314 119 000	234 475 000
19 04	WAHLBEOBACHTUNGSMISSIONEN	40 370 869	22 125 916			40 370 869	22 125 916
19 05	ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)	115 351 506	17 763 663		3 600 000	115 351 506	21 363 663
19 06	INFORMATIONSMASSNAHMEN ZUM THEMA AUSSENBEZIEHUNGEN DER UNION	12 000 000	12 786 124			12 000 000	12 786 124
	Titel 19 — Total	732 732 818	463 169 988	– 1 368	54 364 467	732 731 450	517 534 455

TITEL 19

AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE

KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
19 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“				
19 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“				
19 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im „Dienst für außenpolitische Instrumente“	5,2	7 893 915	– 1 368	7 892 547
19 01 01 02	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“ in den Delegationen der Union	5,2	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 19 01 01 — Subtotal</i>		7 893 915	– 1 368	7 892 547
19 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Außenpolitische Instrumente“				
19 01 02 01	Externes Personal des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“	5,2	1 907 807		1 907 807
19 01 02 02	Externes Personal der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“	5,2	288 968		288 968
19 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“	5,2	521 990		521 990
19 01 02 12	Sonstige Verwaltungsausgaben der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“	5,2	35 572		35 572
	<i>Artikel 19 01 02 — Subtotal</i>		2 754 337		2 754 337
19 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“				
19 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des „Dienstes für außenpolitische Instrumente“	5,2	510 964		510 964
19 01 03 02	Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Delegationen der Union im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“	5,2	311 331		311 331
	<i>Artikel 19 01 03 — Subtotal</i>		822 295		822 295

KOMMISSION

KAPITEL 19 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
19 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“				
19 01 04 01	Verwaltungsausgaben für das Stabilitätsinstrument — Ausgaben für Tätigkeiten im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“	4	7 000 000		7 000 000
19 01 04 02	Unterstützungsausgaben für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	4	350 000		350 000
19 01 04 03	Unterstützungsausgaben für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) — Ausgaben für Wahlbeobachtungsmissionen	4	700 000		700 000
19 01 04 04	Unterstützungsausgaben für das Partnerschaftsinstrument	4	4 265 336		4 265 336
	Artikel 19 01 04 — Subtotal		12 315 336		12 315 336
19 01 06	Exekutivagenturen				
19 01 06 01	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Partnerschaftsinstrument	4	274 000		274 000
	Artikel 19 01 06 — Subtotal		274 000		274 000
	Kapitel 19 01 — Total		24 059 883	– 1 368	24 058 515

19 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Außenpolitische Instrumente“

19 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im „Dienst für außenpolitische Instrumente“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
7 893 915	– 1 368	7 892 547

Erläuterungen

Es wird mehr Personal der Kommission im Krisenreaktionsmanagement eingesetzt werden, damit genügend Kapazitäten für die Weiterbearbeitung der Vorschläge der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Krisenreaktion bereitstehen.

KAPITEL 19 02 — STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
19 02	STABILITÄTSINSTRUMENT — KRISENREAKTION UND -PRÄVENTION							
19 02 01	Reaktion auf Krisen und im Entstehen begriffene Krisen	4	204 337 467	18 292 747		50 765 835	204 337 467	69 058 582
19 02 02	Hilfe für Konfliktverhütung, Krisenvorsorge und Friedenskonsolidierung	4	22 494 093	2 565 739			22 494 093	2 565 739
19 02 51	Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Reaktions- und Einsatzbereitschaft im Krisenfall (2007-2013)	4	p.m.	130 875 916			p.m.	130 875 916
19 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
19 02 77 01	Pilotprojekt — Programm für friedensbildende Maßnahmen von NRO	4	p.m.	225 000			p.m.	225 000
	Artikel 19 02 77 — Subtotal		p.m.	225 000			p.m.	225 000
	Kapitel 19 02 — Total		226 831 560	151 959 402		50 765 835	226 831 560	202 725 237

19 02 01 Reaktion auf Krisen und im Entstehen begriffene Krisen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
204 337 467	18 292 747		50 765 835	204 337 467	69 058 582

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Mit diesen Mitteln soll durch eine wirksame Reaktion rasch zu Stabilität beigetragen werden, um die Erhaltung, Schaffung oder Wiederherstellung der wesentlichen Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Umsetzung der außenpolitischen Maßnahmen und Aktionen der Union nach Artikel 21 EUV zu unterstützen. Technische und finanzielle Hilfe kann als Reaktion auf Notsituationen, Krisensituationen oder sich abzeichnende Krisen, Situationen, die eine Bedrohung der Demokratie, von Recht und Ordnung, des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder der Sicherheit von Personen darstellen, oder Situationen, die zu einem bewaffneten Konflikt zu eskalieren drohen oder die betreffenden Drittländer erheblich destabilisieren könnten, geleistet werden.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich um zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus und können durch Beiträge aus EU-Treuhandfonds ergänzt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 230/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt (ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 19 05 — ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTSTAATEN IM RAHMEN DES PARTNERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
19 05	ZUSAMMENARBEIT MIT DRITT- STAATEN IM RAHMEN DES PART- NERSCHAFTSINSTRUMENTS (PI)							
19 05 01	Zusammenarbeit mit Drittländern zur Förderung von Unions- und ge- meinsamen Interessen	4	106 108 730	3 764 708			106 108 730	3 764 708
19 05 20	„Erasmus+“ — Beitrag aus dem Part- nerschaftsinstrument	4	8 242 776	524 166			8 242 776	524 166
19 05 51	Abschluss von Maßnahmen im Be- reich „Beziehungen zu und Zusam- menarbeit mit industrialisierten Drittländern“ (2007-2013)	4	p.m.	12 974 789		3 600 000	p.m.	16 574 789
19 05 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maß- nahmen							
19 05 77 01	Pilotprojekt — Transatlantische Me- thoden für den Umgang mit globalen Herausforderungen	4	—	—			—	—
19 05 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Zusam- menarbeit mit der Nördlichen und der Südlichen Transatlantischen Dimension	4	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	Artikel 19 05 77 — Subtotal		1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	Kapitel 19 05 — Total		115 351 506	17 763 663		3 600 000	115 351 506	21 363 663

19 05 51 Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Beziehungen zu und Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern“ (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	12 974 789		3 600 000	p.m.	16 574 789

*Erläuterungen**Vormals Artikel 19 05 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 405 vom 30.12.2006, S. 41).

TITEL 20**HANDEL**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
20 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HAN- DEL“	105 614 855	105 614 855	– 8 237	– 8 237	105 606 618	105 606 618
20 02	HANDELSPOLITIK	15 493 000	9 788 874		2 181 809	15 493 000	11 970 683
	Titel 20 — Total	121 107 855	115 403 729	– 8 237	2 173 572	121 099 618	117 577 301

KOMMISSION

TITEL 20**HANDEL****KAPITEL 20 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „HANDEL“**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
20 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „HANDEL“				
20 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Handel“				
20 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion „Handel“	5,2	47 563 334	– 8 237	47 555 097
20 01 01 02	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Delegationen der Union	5,2	21 719 988		21 719 988
	<i>Artikel 20 01 01 — Subtotal</i>		69 283 322	– 8 237	69 275 085
20 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Handel“				
20 01 02 01	Externes Personal der Generaldirektion „Handel“	5,2	3 056 479		3 056 479
20 01 02 02	Externes Personal der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union	5,2	7 744 350		7 744 350
20 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Handel“	5,2	4 274 217		4 274 217
20 01 02 12	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union	5,2	1 864 021		1 864 021
	<i>Artikel 20 01 02 — Subtotal</i>		16 939 067		16 939 067
20 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen, Gebäude und Nebenkosten des Politikbereichs „Handel“				
20 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen der Generaldirektion „Handel“	5,2	3 078 721		3 078 721
20 01 03 02	Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Generaldirektion „Handel“ in den Delegationen der Union	5,2	16 313 745		16 313 745
	<i>Artikel 20 01 03 — Subtotal</i>		19 392 466		19 392 466
	Kapitel 20 01 — Total		105 614 855	– 8 237	105 606 618

20 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Handel“**20 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion „Handel“**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
47 563 334	– 8 237	47 555 097

KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
20 02	HANDELSPOLITIK							
20 02 01	Außenhandelsbeziehungen, einschließ- lich Zugang zu Drittlandsmärkten	4	10 993 000	6 769 437		1 181 809	10 993 000	7 951 246
20 02 03	Handelshilfe („Aid for Trade“) — Mul- tilaterale Initiativen	4	4 500 000	3 019 437		1 000 000	4 500 000	4 019 437
Kapitel 20 02 — Total			15 493 000	9 788 874		2 181 809	15 493 000	11 970 683

*Erläuterungen***20 02 01 Außenhandelsbeziehungen, einschließlich Zugang zu Drittlandsmärkten**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
10 993 000	6 769 437		1 181 809	10 993 000	7 951 246

Erläuterungen

Vormals Posten 20 01 04 01 sowie Artikel 20 02 01

Diese Mittel dienen der Unterstützung folgender Maßnahmen:

Maßnahmen zur Unterstützung der Führung laufender und neuer multi- und bilateraler Handelsverhandlungen

Mit den Maßnahmen wird zum einen das Ziel verfolgt, die Position der Union bei den laufenden multilateralen Handelsverhandlungen (im Kontext der Doha-Entwicklungsagenda) und bei laufenden und neuen bilateralen und regionalen Handelsverhandlungen zu stärken und sicherzustellen, dass die Konzeption der Politik der Union auf umfassendem und aktuellem Expertenwissen basiert, und zum anderen das Ziel, Koalitionen für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu bilden. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

- Sitzungen, Konferenzen und Seminare im Zusammenhang mit der Vorbereitung von politischen Standpunkten und Verhandlungspositionen sowie im Zusammenhang mit der Führung laufender und neuer Handelsverhandlungen;
- Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten und umfassenden Kommunikations- und Informationsstrategie zur breiteren Bekanntmachung der Handelspolitik der Union und zur stärkeren Bewusstmachung der Details und der Ziele der Handelspolitik der Union und ihrer Positionen in laufenden Verhandlungen, und zwar innerhalb wie außerhalb der Union;
- Informationsmaßnahmen und Seminare für staatliche und nichtstaatliche Akteure (auch aus der Zivilgesellschaft und dem Wirtschaftsleben) mit dem Ziel, ihnen den aktuellen Stand der laufenden Verhandlungen und der Umsetzung bestehender Abkommen zu erläutern.

Studien, Bewertungen und Folgenabschätzungen im Zusammenhang mit Handelsabkommen und handelspolitischen Maßnahmen

Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass die Außenhandelspolitik der Union durch Ergebnisse von Ex-ante- und Ex-post-Evaluierungen untermauert ist bzw. dass diese gebührend berücksichtigt werden. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

- Folgenabschätzungen in Bezug auf etwaige neue Gesetzgebungsvorschläge, ferner Nachhaltigkeitsprüfungen zwecks Unterstützung laufender Verhandlungen mit dem Ziel, die potenziellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Vorteile von Handelsübereinkünften zu analysieren und erforderlichenfalls Flankierungsmaßnahmen vorzuschlagen, um etwaige Negativfolgen für bestimmte Länder oder Sektoren zu beseitigen;

KOMMISSION

KAPITEL 20 02 — HANDELPOLITIK (Fortsetzung)**20 02 01** (Fortsetzung)

- Evaluierungen der Maßnahmen und Praktiken der Generaldirektion Handel im Rahmen ihres mehrjährigen Evaluierungsplans;
- Sachverständigen-, Rechts- und Wirtschaftsstudien im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungen und mit bestehenden Übereinkünften, Politikentwicklungen und Handelsstreitigkeiten.

Handelsbezogene technische Hilfe, Schulungsmaßnahmen und sonstige Maßnahmen zum Kompetenzaufbau in Drittländern

Maßnahmen, die es Drittländern ermöglichen sollen, die für die Teilnahme an internationalen, bilateralen oder biregionalen Handelsverhandlungen, die Durchführung internationaler Handelsabkommen und die Teilnahme am Welthandelssystem erforderlichen Kompetenzen auszubauen. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

- Projekte, die auf Beamte und Wirtschaftsbeteiligte in den Entwicklungsländern ausgerichtete Schulungsmaßnahmen und Maßnahmen des Kompetenzausbaus umfassen, insbesondere im Bereich gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen;
- Erstattung der Kosten für die Teilnahme an Foren und Konferenzen, in denen die Entwicklungsländer über handelspolitische Fragen informiert werden und diesbezügliche Sachkenntnis vermittelt wird;
- Verwaltung, Weiterentwicklung und Bekanntmachung des Export-Helpdesks, welcher der Industrie in Entwicklungsländern Informationen über den Zugang zu Märkten der Union liefert und diese bei der Nutzung von Marktzugangsmöglichkeiten, die das internationale Handelssystem bietet, unterstützt;
- handelsbezogene Programme der technischen Hilfe im Rahmen der Doha-Entwicklungsagenda, die im Forum der Welthandelsorganisation (WTO) und anderer multilateraler Organisationen, insbesondere über WTO-Treuhandfonds, angeboten werden.

Marktzugangsaktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung der Marktzugangsstrategie der Union

Maßnahmen zur Unterstützung der Marktzugangsstrategie der Union, die einen teilweisen oder sogar vollständigen Abbau von Handelshemmnissen, die Identifizierung von Handelsbeschränkungen in Drittländern und gegebenenfalls Maßnahmen zur Beseitigung dieser Beschränkungen anstrebt. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

- Pflege und Weiterentwicklung der Marktzugangsdatenbank, zu der alle Wirtschaftsbeteiligten über das Internet Zugang haben, in der Exporte der Union beeinträchtigende Handelshemmnisse aufgeführt sind und die auch sonstige Informationen für die Ausfühler der Union enthält; Beschaffung der für den Aufbau dieser Datenbank erforderlichen Informationen, Daten und Dokumentation;
- Untersuchung der einzelnen Hindernisse für den Zugang zu zentralen Märkten; dazu gehört im Hinblick auf die Vorbereitung von Verhandlungen auch die Analyse, inwiefern Drittländer ihre Verpflichtungen im Rahmen internationaler Handelsabkommen einhalten;
- Konferenzen, Seminare und andere Maßnahmen zur Information der Geschäftswelt, der Beamten der Mitgliedsstaaten und anderer Akteure über bestehende Handelshemmnisse und die handelspolitischen Instrumente zum Schutz der Union gegen unfaire Handelspraktiken wie Dumping und Ausfuhrsubventionen (z. B. Erstellung und Verteilung von Studien, Informationspaketen, Veröffentlichungen und Broschüren);
- Unterstützung der europäischen Wirtschaft bei der Organisation von Maßnahmen, die sich gezielt mit Fragen des Marktzugangs befassen.

KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK (Fortsetzung)**20 02 01** (Fortsetzung)*Maßnahmen zur Unterstützung der Umsetzung bestehender Vorschriften und Überwachung der Handelsverpflichtungen*

Maßnahmen zur Unterstützung der Durchführung bestehender Handelsabkommen und der Umsetzung damit zusammenhängender Systeme, die eine wirksame Durchführung dieser Abkommen ermöglichen, sowie zur Unterstützung der Durchführung von Untersuchungen und Kontrollbesuchen, mit denen die Einhaltung der Vorschriften durch Drittländer sichergestellt werden soll. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

- Informationsaustausch, Schulungsmaßnahmen, Seminare und Kommunikationsmaßnahmen zur Unterstützung der Anwendung des geltenden Unionsrechts im Bereich der Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck;
- Aktivitäten zur Erleichterung von Untersuchungen zum Schutz des Handels, mit denen die Hersteller der Union vor unfairen, für die Wirtschaft der Union möglicherweise nachteiligen Handelspraktiken von Drittländern geschützt werden sollen (Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen sowie Schutzinstrumente). Die Maßnahmen sollen sich insbesondere auf die Entwicklung, die Pflege und die Sicherheit von Informationstechnologiesystemen für handelspolitische Schutzmaßnahmen, die Erstellung von Kommunikationsinstrumenten, die Beschaffung juristischer Leistungen in Drittländern und die Durchführung von Sachverständigenstudien konzentrieren;
- Unterstützung der Beratergruppe, welche die Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Korea sowie anderer Freihandelsübereinkünfte (z. B. Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika und Freihandelsübereinkommen mit Kolumbien/Peru) überwacht. Darin eingeschlossen ist die Übernahme der Aufenthalts- und Reisekosten der Mitglieder und Sachverständigen;
- Maßnahmen zur Förderung der Außenhandelspolitik der Union durch strukturierten Dialog über Aspekte des Außenhandels mit wichtigen Meinungsbildnern der Zivilgesellschaft und sonstigen Interessenträgern, darunter kleine und mittlere Unternehmen;
- Maßnahmen zur Förderung von Handelsübereinkünften und der Kommunikation hierüber, sowohl innerhalb der Union als auch in den Partnerländern. Erreicht werden soll dies in erster Linie durch die Produktion und Verbreitung audiovisueller, elektronischer und grafischer Träger sowie gedruckter Veröffentlichungen, durch Abonnements einschlägiger Medien und Datenbanken, durch die Übersetzung von Informationsmaterial in Nicht-Unionssprachen und durch medienorientierte Aktionen, einschließlich neuer Medienprodukte;
- Entwicklung und Pflege von Informationssystemen zur Unterstützung der operativen Tätigkeiten im Bereich der „Handelspolitik“. Beispiele: integrierte statistische Datenbank (ISDB), Dual-Use-E-System, Marktzugangsdatenbank, Export Helpdesk, Exportkreditdatenbank, SIGL und SIGL Wood, Zivilgesellschaft, EPA-Überwachung, das Schnellinformationssystem für Produktfälschungen (ACRIS, Anti-Counterfeiting Rapid Intelligence Service).

Rechtliche und anderweitige Sachverständigenhilfe zur Durchführung der bestehenden Handelsabkommen

Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Handelspartner der Union die ihnen aus den WTO-Vereinbarungen sowie anderen multilateralen und bilateralen Übereinkünften erwachsenden Verpflichtungen tatsächlich auf sich nehmen und einhalten. Die Maßnahmen in diesem Bereich umfassen unter anderem

- Sachverständigenstudien, einschließlich Kontrollbesuche und spezifische Untersuchungen, sowie Seminare über die Erfüllung der Verpflichtungen aus internationalen Handelsabkommen durch Drittländer;

KOMMISSION

KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK *(Fortsetzung)***20 02 01** *(Fortsetzung)*

- Rechtsgutachten, insbesondere zum ausländischen Recht, um der Union die Verteidigung ihres Standpunkts in WTO-Streitbeilegungsverfahren zu erleichtern; sonstige Sachverständigenstudien, die für die Vorbereitung, Abwicklung und Nachbereitung von WTO-Streitbeilegungsverfahren erforderlich sind;
- Streitbeilegungskosten, Rechtsgutachten und Gebühren, die sich für die Union als Verfahrensbeteiligte aus der Anwendung der nach Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geschlossenen internationalen Abkommen ergeben.

Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten gemäß internationalen Abkommen

Die folgenden Ausgaben dienen zur Deckung von

- Streitbeilegungskosten, Rechtsgutachten und Gebühren, die der Union durch die Beteiligung an Streitbeilegungsverfahren entstehen, die sich aus der Erfüllung der nach Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geschlossenen internationalen Abkommen ergeben;
- Zahlungen an einen Investor aufgrund eines abschließenden Schiedsspruchs oder aufgrund einer Einigung im Rahmen eines solchen internationalen Abkommens.

Maßnahmen zur Unterstützung der Handelspolitik

Diese Mittel sollen auch allgemeine Ausgaben für Übersetzungen, Presseveranstaltungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms oder der Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels stehen, decken, und alle weiteren Ausgaben für technische und administrative Hilfe — ausgenommen hoheitliche Aufgaben, welche die Kommission ad hoc im Wege von Dienstleistungsaufträgen auslagert, beispielsweise die Pflege der Website der Generaldirektion Handel.

Etwaige Einnahmen im Rahmen der unionsseitigen Verwaltung der finanziellen Verantwortlichkeiten, die mit der Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten in Verbindung stehen, können dazu führen, dass zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung zur Verfügung stehen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 98/181/EG, EGKS, Euratom des Rates und der Kommission vom 23. September 1997 über den Abschluss des Vertrags über die Energiecharta und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte durch die Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 69 vom 9.3.1998, S. 1).

Beschluss 98/552/EG des Rates vom 24. September 1998 über die Durchführung von Maßnahmen betreffend die Marktzugangsstrategie der Gemeinschaft durch die Kommission (ABl. L 265 vom 30.9.1998, S. 31).

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 20 02 — HANDELSPOLITIK (Fortsetzung)**20 02 03 Handelshilfe („Aid for Trade“) — Multilaterale Initiativen**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
4 500 000	3 019 437		1 000 000	4 500 000	4 019 437

Erläuterungen

Diese Mittel sind dazu bestimmt, multilaterale Programme und Initiativen im Bereich der handelsbezogenen Hilfe zu finanzieren, um die Möglichkeiten der Entwicklungsländer zur wirksamen Beteiligung am multilateralen Handelssystem und an regionalen Handelsregelungen zu stärken und ihre Handelsleistung zu verbessern.

Mit den aus diesen Mitteln finanzierten multilateralen Initiativen und Programmen werden folgende Maßnahmen unterstützt:

Unterstützung der Handelspolitik, der Teilnahme an Verhandlungen und der Umsetzung der Handelsabkommen

Maßnahmen, mit denen den Entwicklungsländern geholfen werden soll, ihre Handelspolitik festzulegen und die an der Handelspolitik beteiligten Institutionen zu stärken, einschließlich umfassender und aktualisierter Überprüfungen des Handels sowie Unterstützung zwecks Integration des Handels in ihre jeweilige Politik zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung.

Maßnahmen, mit denen den Entwicklungsländern geholfen werden soll, die für die effiziente Teilnahme an internationalen Handelsverhandlungen und die Umsetzung internationaler Handelsübereinkommen erforderlichen Kapazitäten zu schaffen.

Forschungsmaßnahmen zum Zwecke der Beratung der politischen Entscheidungsträger in der Frage, wie sie am besten sicherstellen können, dass die spezifischen Interessen der Kleinerzeuger und Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern in allen Politikbereichen Berücksichtigung finden, und wie sich ein Umfeld schaffen lässt, in dem die Erzeuger einen Zugang zu handelsbezogenen Nachhaltigkeitssicherungskonzepten finden.

Diese Hilfe richtet sich in erster Linie an den öffentlichen Sektor.

Entwicklung des Handels

Maßnahmen zur Beseitigung von Sachzwängen auf der Angebotsseite, die direkten Einfluss auf die Fähigkeit der Entwicklungsländer haben, ihre Möglichkeiten im Bereich des internationalen Handels auszuschöpfen, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des privaten Sektors.

Diese Mittel ergänzen die auf bestimmte geografische Regionen bezogenen Programme der Union und sollten sich nur auf multilaterale Initiativen und Programme erstrecken, die einen tatsächlichen Mehrwert für diese geografischen Programme darstellen; dies gilt insbesondere für den Integrierten Rahmenplan für die am wenigsten entwickelten Länder.

Die Kommission legt alle zwei Jahre einen Bericht über die Durchführung und die erzielten Ergebnisse sowie über die wichtigsten Resultate und Auswirkungen der im Rahmen von „Aid for Trade“ geleisteten Hilfe vor. Die Kommission wird Informationen über den Gesamtbetrag aller aus dem Gesamthaushaltsplan der Union für „Aid for Trade“ bereitgestellten Mittel und über den Gesamtanteil von „Aid for Trade“ an der insgesamt bereitgestellten „handelsbezogenen Hilfe“ zur Verfügung stellen.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 21
ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENT- WICKLUNG UND ZUSAM- MENARBEIT“	385 388 840	385 388 840	– 12 564	– 12 564	385 376 276	385 376 276
21 02	INSTRUMENT FÜR ENTWICK- LUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)	2 260 039 588	1 638 168 193		81 020 000	2 260 039 588	1 719 188 193
21 03	EUROPÄISCHES NACHBAR- SCHAFTSINSTRUMENT (ENI)	2 132 480 712	1 388 280 950		253 000 000	2 132 480 712	1 641 280 950
21 04	EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE	132 782 020	87 115 739		3 000 000	132 782 020	90 115 739
21 05	STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIO- NENÜBERGREIFENDE BEDRO- HUNGEN	82 255 223	47 337 395		2 000 000	82 255 223	49 337 395
21 06	INSTRUMENT FÜR ZUSAM- MENARBEIT IM BEREICH DER NUKLEAREN SICHERHEIT (INSC)	29 346 872	54 564 789			29 346 872	54 564 789
21 07	PARTNERSCHAFT EUROPÄ- ISCHE UNION-GRÖNLAND	24 569 471	18 924 882			24 569 471	18 924 882
21 08	WELTWEITE ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT	36 988 018	22 815 000			36 988 018	22 815 000
21 09	ABSCHLUSS VON MASSNAH- MEN, DIE MITTELS DES IN- STRUMENTS FÜR DIE ZU- SAMMENARBEIT MIT INDUS- TRIELÄNDERN (ICI+) DURCH- GEFÜHRT WURDEN	—	15 724 201		– 2 500 000	—	13 224 201
Titel 21 — Total		5 083 850 744	3 658 319 989	– 12 564	336 507 436	5 083 838 180	3 994 827 425

TITEL 21

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
21 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIK- BEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMEN- ARBEIT“				
21 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Entwicklung und Zusammen- arbeit“				
21 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusam- menarbeit“ — EuropeAid	5,2	72 544 078	– 12 564	72 531 514
21 01 01 02	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusam- menarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union	5,2	84 843 704		84 843 704
	Artikel 21 01 01 — Subtotal		157 387 782	– 12 564	157 375 218
21 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsaus- gaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Entwicklung und Zusammenarbeit“				
21 01 02 01	Externes Personal der Generaldirektion „Entwick- lung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid	5,2	2 855 858		2 855 858
21 01 02 02	Externes Personal der Generaldirektion „Entwick- lung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union	5,2	1 676 016		1 676 016
21 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirek- tion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — Euro- peAid	5,2	5 886 585		5 886 585
21 01 02 12	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirek- tion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — Euro- peAid in den Delegationen der Union	5,2	3 763 616		3 763 616
	Artikel 21 01 02 — Subtotal		14 182 075		14 182 075
21 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleis- tungen, Gebäude und Nebenkosten im Politik- bereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“				
21 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleis- tungen der Generaldirektion „Entwicklung und Zu- sammenarbeit“ — EuropeAid	5,2	4 695 695		4 695 695
21 01 03 02	Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Ge- neraldirektion „Entwicklung und Zusammen- arbeit“ — EuropeAid in den Delegationen der Union	5,2	32 938 822		32 938 822
	Artikel 21 01 03 — Subtotal		37 634 517		37 634 517

KOMMISSION

KAPITEL 21 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
21 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“				
21 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)	4	97 496 612		97 496 612
21 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI)	4	59 351 299		59 351 299
21 01 04 03	Unterstützungsausgaben für das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)	4	10 390 810		10 390 810
21 01 04 04	Unterstützungsausgaben für das Stabilitätsinstrument (IfS)	4	2 087 745		2 087 745
21 01 04 05	Unterstützungsausgaben für das Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (INSC)	4	1 200 000		1 200 000
21 01 04 06	Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Grönland	4	249 000		249 000
21 01 04 07	Unterstützungsausgaben für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)	4	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 21 01 04 — Subtotal</i>		170 775 466		170 775 466
21 01 06	Exekutivagenturen				
21 01 06 01	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus Mitteln des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)	4	2 296 000		2 296 000
21 01 06 02	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus Mitteln des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI)	4	3 113 000		3 113 000
	<i>Artikel 21 01 06 — Subtotal</i>		5 409 000		5 409 000
	Kapitel 21 01 — Total		385 388 840	– 12 564	385 376 276

21 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“

21 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit in der Generaldirektion „Entwicklung und Zusammenarbeit“ — EuropeAid

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
72 544 078	– 12 564	72 531 514

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 02	INSTRUMENT FÜR ENT- WICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT (DCI)							
21 02 07	Globale Kollektivgüter und Herausforderungen sowie Armutsbekämpfung, nach- haltige Entwicklung und Demokratie							
21 02 07 03	Umwelt und Klimawandel	4	163 093 980	18 607 187			163 093 980	18 607 187
21 02 07 04	Nachhaltige Energie	4	82 851 742	9 379 233			82 851 742	9 379 233
21 02 07 05	Menschliche Entwicklung	4	163 093 980	18 607 187			163 093 980	18 607 187
21 02 07 06	Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft	4	197 017 527	23 750 638		6 000 000	197 017 527	29 750 638
21 02 07 07	Migration und Asyl	4	46 318 690	5 294 728			46 318 690	5 294 728
	Artikel 21 02 07 — Subtotal		652 375 919	75 638 973		6 000 000	652 375 919	81 638 973
21 02 08	Finanzierungsinitiativen für Entwicklungsmaßnahmen von oder für Organisationen der Zivilgesellschaft und kommunale Behörden							
21 02 08 03	Zivilgesellschaft in der Ent- wicklungszusammenarbeit	4	212 398 533	2 994 291			212 398 533	2 994 291
21 02 08 04	Kommunale Behörden in der Entwicklungszusammenar- beit	4	36 366 417	184 362			36 366 417	184 362
	Artikel 21 02 08 — Subtotal		248 764 950	3 178 653			248 764 950	3 178 653
21 02 09	Naher und Mittlerer Osten	4	51 182 356	3 348 633			51 182 356	3 348 633
21 02 10	Zentralasien	4	71 570 570	3 535 685			71 570 570	3 535 685
21 02 11	Panafrikanisches Programm zur Unterstützung der Ge- meinsamen Strategie Afri- ka-EU	4	97 577 288	31 380 011			97 577 288	31 380 011
21 02 12	Unterstützung der Zusam- menarbeit mit den Entwick- lungsländern und den in Entwicklung befindlichen Gebieten und Regionen in Lateinamerika	4	259 304 272	7 079 077			259 304 272	7 079 077
21 02 13	Unterstützung der Zusam- menarbeit mit Südafrika	4	25 978 230	147 040			25 978 230	147 040
21 02 14	Asien	4	537 057 123	16 695 125			537 057 123	16 695 125
21 02 15	Afghanistan	4	203 496 806	5 565 042			203 496 806	5 565 042

KOMMISSION

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 02 20	Erasmus+ — Beitrag aus Mitteln des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI)	4	93 900 074	3 283 687			93 900 074	3 283 687
21 02 30	Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und anderen Organen der Vereinten Nationen	4	332 000	332 000			332 000	332 000
21 02 40	Rohstoffabkommen	4	4 800 000	3 565 916		20 000	4 800 000	3 585 916
21 02 51	Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (aus der Zeit vor 2014)							
21 02 51 01	Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl	4	—	18 900 000		4 000 000	—	22 900 000
21 02 51 02	Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika	4	—	226 200 000		23 000 000	—	249 200 000
21 02 51 03	Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien, einschließlich in Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten	4	—	529 564 664		44 000 000	—	573 564 664
21 02 51 04	Ernährungssicherheit	4	—	124 800 000			—	124 800 000
21 02 51 05	Nichtstaatliche Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit	4	—	167 700 000		2 000 000	—	169 700 000
21 02 51 06	Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie	4	—	97 422 000		2 000 000	—	99 422 000
21 02 51 07	Menschliche und soziale Entwicklung	4	—	61 308 000			—	61 308 000
21 02 51 08	Geografische Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten	4	—	245 700 000			—	245 700 000
	<i>Artikel 21 02 51 — Subtotal</i>		—	1 471 594 664		75 000 000	—	1 546 594 664
21 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
21 02 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit Ländern der mittleren Einkommensgruppe in Lateinamerika	4	—	375 000			—	375 000

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 02 77	<i>(Fortsetzung)</i>							
21 02 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Austausch mit Indien im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich	4	—	952 768			—	952 768
21 02 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Austausch mit China im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Wissenschaftsbereich	4	—	815 562			—	815 562
21 02 77 04	Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit mit Ländern der mittleren Einkommensgruppe in Asien	4	—	515 825			—	515 825
21 02 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Union-Asien — Integration der Konzeption und der Durchführung von Politik	4	—	281 080			—	281 080
21 02 77 06	Pilotprojekt — Finanzmittel für die landwirtschaftliche Erzeugung	4	—	75 000			—	75 000
21 02 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Regionales afrikanisches Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen für den Bereich Millenniums-Entwicklungsziel 5	4	—	375 000			—	375 000
21 02 77 08	Vorbereitende Maßnahme — Wasserbewirtschaftung in den Entwicklungsländern	4	—	1 200 000			—	1 200 000
21 02 77 09	Pilotprojekt — Qualitatives und quantitatives Monitoring von Ausgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich	4	—	—			—	—
21 02 77 10	Vorbereitende Maßnahme — Technologietransfer im Arzneimittelbereich zugunsten der Entwicklungsländer	4	—	375 000			—	375 000
21 02 77 11	Vorbereitende Maßnahme — Forschung und Entwicklung im Bereich armutsbedingter, tropischer und vernachlässigter Krankheiten	4	—	300 000			—	300 000
21 02 77 12	Pilotprojekt — Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo	4	—	358 452			—	358 452
21 02 77 13	Vorbereitende Maßnahme — Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Opfer sexueller Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo	4	2 000 000	1 200 000			2 000 000	1 200 000

KOMMISSION

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 02 77 14	Globaler Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF)	4	—	—			—	—
21 02 77 15	Pilotprojekt — Strategische Investitionen in dauerhaften Frieden und dauerhafte Demokratisierung im Raum am Horn von Afrika	4	1 250 000	775 000			1 250 000	775 000
21 02 77 16	Pilotprojekt — Stärkung der Veterinärdienste in Entwicklungsländern	4	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
21 02 77 17	Pilotprojekt — Soziale Verantwortung der Unternehmen und Zugang zu freiwilliger Familienplanung für Fabrikarbeiter in Entwicklungsländern	4	750 000	375 000			750 000	375 000
21 02 77 18	Pilotprojekt — Investitionen in dauerhaften Frieden und in den Wiederaufbau von Gemeinden im Departamento Cauca (Kolumbien)	4	1 500 000	750 000			1 500 000	750 000
21 02 77 19	Vorbereitende Maßnahme — Stärkung der Widerstandsfähigkeit zugunsten einer besseren Gesundheit von Nomadengemeinschaften in Post-Krisensituationen in der Sahel-Region	4	3 000 000	1 500 000			3 000 000	1 500 000
21 02 77 20	Vorbereitende Maßnahme — Sozioökonomische Wiedereingliederung der im Sexgebetriebe tätigen Kinder und Frauen, die in den Bergbauvierteln von Luhwindja (Provinz Süd-Kivu) im Osten der Demokratischen Republik Kongo leben	4	2 200 000	1 100 000			2 200 000	1 100 000
21 02 77 21	Vorbereitende Maßnahme — Aufbau und Stärkung lokaler Partnerschaften zur Entwicklung der Sozialwirtschaft und zur Einrichtung von Sozialunternehmen im östlichen Afrika	4	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
<i>Artikel 21 02 77 — Subtotal</i>			13 700 000	12 823 687			13 700 000	12 823 687
Kapitel 21 02 — Total			2 260 039 588	1 638 168 193		81 020 000	2 260 039 588	1 719 188 193

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Hauptziel der Entwicklungspolitik der Union ist, wie im Vertrag festgelegt, die Bekämpfung der Armut. Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik als allgemeiner politischer Rahmen liefert eine Orientierungshilfe und bildet den Schwerpunkt für die Umsetzung der DCI-Verordnung.

Die unter diesem Kapitel eingesetzten Mittel dienen zur weiteren Verringerung der Armut, zur nachhaltigen Entwicklung sowie zur Durchsetzung und Wahrnehmung der Menschenrechte, wozu auch die in den Millenniums-Entwicklungszielen und dem in Entstehen begriffenen internationalen Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 verankerten Rechte zählen. Zu diesem Zweck wird ein Teil der Mittel für die Förderung und Festigung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der guten Regierungsführung verwendet. Gegebenenfalls sind Synergien mit anderen Außenhilfsinstrumenten der Union einzugehen, ohne dabei die vorstehend genannten grundlegenden Ziele aus dem Auge zu verlieren.

100 % der Ausgaben im Rahmen der geografischen Programme und mindestens 95 % der Ausgaben im Rahmen der thematischen Programme müssen die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgestellten Kriterien für die öffentliche Entwicklungshilfe erfüllen.

Allgemein gilt, dass mindestens 20 % der Mittel für die soziale Grundversorgung verwendet werden sollten.

21 02 07 Globale Kollektivgüter und Herausforderungen sowie Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Demokratie*Erläuterungen*

Dieses Programm soll in erster Linie den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern und den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsteilen in den unter die DCI-Verordnung fallenden Ländern zugutekommen.

Die Mittel dienen der Finanzierung der Armutsminderung und der Förderung der nachhaltigen Entwicklung als Komponente des thematischen Programms „Globale öffentliche Güter und Herausforderungen“. Ziel des Programms ist die Unterstützung einer breitenwirksamen nachhaltigen Entwicklung durch eine flexible und bereichsübergreifende Befassung mit den wichtigsten globalen öffentlichen Gütern und Herausforderungen. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche betreffen u. a. Umwelt und Klimawandel, nachhaltige Energie, menschliche Entwicklung (einschließlich Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichstellung, Beschäftigung, Qualifikationen, Sozialschutz und soziale Inklusion sowie Aspekte mit Bezug zur Wirtschaftsentwicklung wie Wachstum, Arbeitsplätze, Handel und Beteiligung des Privatsektors), Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft sowie Migration und Asyl. Dieses thematische Programm wird ein rasches Reagieren auf unvorhergesehene Ereignisse und globale Krisen ermöglichen, die die ärmsten Bevölkerungsgruppen betreffen. Durch die bereichsübergreifende Förderung von Synergien wird das Programm zur Verringerung der Aufsplitterung der Entwicklungszusammenarbeit der Union und zu mehr Kohärenz und Komplementarität mit anderen Programmen und Instrumenten der Union führen.

21 02 07 06 Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
197 017 527	23 750 638		6 000 000	197 017 527	29 750 638

Erläuterungen

Diese Mittel dienen der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen im Rahmen des Unterthemas „Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft“ des thematischen Programms „Globale Kollektivgüter und Herausforderungen“.

Sie sind zu verwenden, um die Kapazität von Entwicklungsländern in den vier Hauptbereichen der Ernährungssicherheit zu stärken: Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln (Erzeugung), Zugang zu Nahrungsmitteln (einschließlich Land, Infrastruktur für den Transport von Nahrungsmitteln von Überschuss- in Defizitregionen, Märkte, inländische Nahrungsmittelreserven, Sicherheitsnetze), Verwendung (sozial verantwortungsbewusste Ernährungssicherungsmaßnahmen) und Stabilität. Der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Viehhaltung, der Nahrungsmittelverarbeitung zur Schaffung von Mehrwert, dem staatlichen Handeln, der regionalen Integration und Unterstützungssystemen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen soll so Priorität zukommen.

KOMMISSION

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)**21 02 07** (Fortsetzung)

21 02 07 06 (Fortsetzung)

Verweise

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (COM(2011) 840 final — C7-0493/2011-2011/0406(COD)).

21 02 40 Rohstoffabkommen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
4 800 000	3 565 916		20 000	4 800 000	3 585 916

*Erläuterungen**Vormals Artikel 21 07 04*

Diese Mittel sind für die Zahlung der Jahresbeiträge bestimmt, die die Union für ihre Beteiligung aufgrund ihrer ausschließlichen Zuständigkeit in diesem Bereich entrichten muss.

Derzeit wird mit diesen Mitteln Folgendes finanziert:

- Jahresbeitrag zur Internationalen Kaffee-Organisation,
- Jahresbeitrag zur Internationalen Kakao-Organisation,
- Jahresbeitrag zur Internationalen Jute-Organisation,
- Jahresbeitrag zum Internationalen Beratenden Baumwollausschuss nach dessen Genehmigung.

Übereinkommen über andere tropische Erzeugnisse können je nach politischer und rechtlicher Zweckmäßigkeit in den kommenden Jahren hinzukommen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2002/312/EG des Rates vom 15. April 2002 über die Annahme des Übereinkommens von 2001 über die Satzung der Internationalen Jute-Studiengruppe im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 112 vom 27.4.2002, S. 34).

Beschluss 2002/970/EG des Rates vom 18. November 2002 über den Abschluss des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2001 im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 342 vom 17.12.2002, S. 1).

Beschluss 2008/76/EG des Rates vom 21. Januar 2008 über den Standpunkt der Gemeinschaft im Internationalen Kakaorat zur Verlängerung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2001 (ABl. L 23 vom 26.1.2008, S. 27).

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)**21 02 40** (Fortsetzung)

Beschluss 2008/579/EG des Rates vom 16. Juni 2008 über die Unterzeichnung und den Abschluss des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 2007 im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 186 vom 15.7.2008, S. 12).

Beschluss 2011/634/EU des Rates vom 17. Mai 2011 über die Unterzeichnung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2010 im Namen der Europäischen Union und seine vorläufige Anwendung (ABl. L 259 vom 4.10.2011, S. 7).

Beschluss 2012/189/EU des Rates vom 26. März 2012 über den Abschluss des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2010 (ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 1).

Verweise

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 133, sowie Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 207.

Internationales Kaffee-Übereinkommen, 2007 und 2008 neu ausgehandelt, in Kraft getreten am 2. Februar 2011 für eine Geltungsdauer von 10 Jahren bis 1. Februar 2021, mit der Möglichkeit einer Verlängerung.

Internationales Kakao-Abkommen, 2001 und zuletzt 2010 neu ausgehandelt, aber noch nicht in Kraft getreten. Die im Rahmen des Abkommens von 2001 vereinbarte Verpflichtung gilt seit dem 1. Oktober 2003 und wurde nach der ursprünglichen Geltungsdauer von 5 Jahren bis 30. September 2012 verlängert.

Internationales Jute-Übereinkommen, 2001 ausgehandelt, zur Errichtung einer neuen Internationalen Jute-Organisation. Geltungsdauer: acht Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung um höchstens vier Jahre. Die derzeitige Verlängerung gilt bis Mai 2014.

Internationaler Beratender Baumwollausschuss, Schlussfolgerungen des Rates vom 29. April 2004 (Dok. 8972/04), Schlussfolgerungen des Rates vom 27. Mai 2008 (Dok. 9986/08) und Schlussfolgerungen des Rates vom 30. April 2010 (Dok. 8674/10).

21 02 51 ***Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (aus der Zeit vor 2014)****Erläuterungen*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. L 52 vom 27.2.1992, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates vom 27. Juni 1996 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung sowie über spezifische Maßnahmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit (ABl. L 166 vom 5.7.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 856/1999 des Rates vom 22. April 1999 über einen besonderen Rahmen zur Unterstützung der traditionellen AKP-Bananenlieferanten (ABl. L 108 vom 27.4.1999, S. 2).

KOMMISSION

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)**21 02 51** (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 955/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Mai 2002 zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1659/98 des Rates über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. L 148 vom 6.6.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 491/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS) (ABl. L 80 vom 18.3.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 625/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1659/98 des Rates über die dezentralisierte Zusammenarbeit (ABl. L 99 vom 3.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verordnung (EG) Nr. 1337/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über eine Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 62).

Verweise

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Pilotvorhaben im Sinne der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. April 2005 zu der Rolle der Europäischen Union bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (ABl. C 33 E vom 9.2.2006, S. 311).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 12. April 2005 mit dem Titel „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung — Beschleunigung des Prozesses zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ (KOM(2005) 134 endg.).

Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 23./24. Mai 2005 zu den Millenniumsentwicklungszielen.

Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Brüssel (16. und 17. Juni 2005).

Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 18. Juli 2005 zum UN-Gipfel.

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 3. August 2005 an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Maßnahmen im Außenbereich durch thematische Programme im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2007-2013“ (KOM(2005) 324 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „In Menschen investieren — Mitteilung über das thematische Programm für menschliche und soziale Entwicklung und die Finanzielle Vorausschau für 2007-2013“ (KOM(2006) 18 endg.).

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)**21 02 51** (Fortsetzung)

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „Thematisches Programm „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“ (KOM(2006) 19 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „Außenpolitisches Handeln — Thematisches Programm für Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen einschließlich Energie“ (KOM(2006) 20 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 mit dem Titel „Eine thematische Strategie für Ernährungssicherheit — Unterstützung der Agenda für Ernährungssicherheit im Hinblick auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ (KOM(2006) 21 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel „Thematisches Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl“ (KOM(2006) 26 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2006 zu kleinen und mittleren Unternehmen in den Entwicklungsländern (ABl. C 298 E vom 8.12.2006, S. 171).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 6. Oktober 2008 mit dem Titel „Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit“ (KOM(2008) 626 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 9. März 2010 mit dem Titel „Internationale Klimapolitik nach Kopenhagen: Jetzt handeln, um dem globalen Klimaschutz neue Impulse zu geben“ (KOM(2010)0086 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 31. März 2010 mit dem Titel „EU-Politikrahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit“ (KOM(2010) 127 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2011 zur Vorgehensweise der EU gegenüber dem Iran (2010/2050(INI))

21 02 51 01 Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	18 900 000		4 000 000	—	22 900 000

Erläuterungen

Vormals Artikel 19 02 01

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

KOMMISSION

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)**21 02 51** (Fortsetzung)

21 02 51 01 (Fortsetzung)

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 491/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS) (ABl. L 80 vom 18.3.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verweise

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 3. August 2005 an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Maßnahmen im Außenbereich durch thematische Programme im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2007-2013“ (KOM(2005) 324 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 25. Januar 2006 an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel „Thematisches Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl“ (KOM(2006) 26 endg.).

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 13. Oktober 2011 mit dem Titel „Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel“ (COM(2011) 637 final).

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 18. Oktober 2011 mit dem Titel „Gesamtansatz für Migration und Mobilität“ (COM(2011) 743 final).

21 02 51 02 Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Lateinamerika

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	226 200 000		23 000 000	—	249 200 000

*Erläuterungen**Vormals Artikel 19 09 01*

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)**21 02 51** (Fortsetzung)

21 02 51 03 Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien, einschließlich in Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	529 564 664		44 000 000	—	573 564 664

Erläuterungen

Vormals Posten 19 10 01 01 und 19 10 01 02 sowie vormals Artikel 19 10 02 und 19 10 03

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

21 02 51 05 Nichtstaatliche Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	167 700 000		2 000 000	—	169 700 000

Erläuterungen

Vormals Artikel 21 03 01 und 21 03 02

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Verordnung (EG) Nr. 1337/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über eine Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 62).

21 02 51 06 Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich Energie

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	97 422 000		2 000 000	—	99 422 000

KOMMISSION

KAPITEL 21 02 — INSTRUMENT FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCI) (Fortsetzung)

21 02 51 (Fortsetzung)

21 02 51 06 (Fortsetzung)

Erläuterungen

Vormals Artikel 21 04 01

Diese Mittel dienen der Abwicklung noch bestehender Verpflichtungen aus den vorangegangenen Jahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates am 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 03	EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI)							
21 03 01	Unterstützung der Zusammenarbeit mit Mittelmeerländern							
21 03 01 01	Mittelmeerländer — Menschenrechte und Mobilität	4	211 086 641	27 144 052			211 086 641	27 144 052
21 03 01 02	Mittelmeerländer — Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung	4	687 811 401	88 913 714			687 811 401	88 913 714
21 03 01 03	Mittelmeerländer — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung	4	80 199 203	13 961 057			80 199 203	13 961 057
21 03 01 04	Unterstützung für den Friedensprozess und finanzielle Unterstützung für Palästina und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	4	300 000 000	200 000 000			300 000 000	200 000 000
	<i>Artikel 21 03 01 — Subtotal</i>		1 279 097 245	330 018 823			1 279 097 245	330 018 823
21 03 02	Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft							
21 03 02 01	Östliche Partnerschaft — Menschenrechte und Mobilität	4	247 066 602	23 628 498		210 000 000	247 066 602	233 628 498
21 03 02 02	Östliche Partnerschaft — Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung	4	339 852 750	34 154 482			339 852 750	34 154 482
21 03 02 03	Östliche Partnerschaft — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung	4	12 966 060	916 204			12 966 060	916 204
	<i>Artikel 21 03 02 — Subtotal</i>		599 885 412	58 699 184		210 000 000	599 885 412	268 699 184

KOMMISSION

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 03 03	Gewährleistung einer effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit und Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperationen							
21 03 03 01	Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4	4	6 500 000	933 214			6 500 000	933 214
21 03 03 02	Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b (Regionalpolitik)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
21 03 03 03	Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperation in der Nachbarschaft	4	163 771 093	9 853 695		40 000 000	163 771 093	49 853 695
	Artikel 21 03 03 — Subtotal		170 271 093	10 786 909		40 000 000	170 271 093	50 786 909
21 03 20	Erasmus+ — Beitrag aus Mitteln des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI)	4	80 486 950	8 736 028			80 486 950	8 736 028
21 03 51	Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Europäische Nachbarschaftspolitik und Beziehungen zu Russland“ (aus der Zeit vor 2014)	4	—	909 500 000		3 000 000	—	912 500 000
21 03 52	Grenzübergreifende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b (Regionalpolitik)	1,2	—	68 000 000			—	68 000 000
21 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
21 03 77 01	Pilotprojekt „Maßnahmen zum vorbeugenden Schutz und zur Regeneration des Meeresgrunds in der Ostsee“	4	—	p.m.			—	p.m.
21 03 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Minderheiten in Russland — Entwicklung von Kultur, Medien und Zivilgesellschaft	4	—	p.m.			—	p.m.
21 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Neue Strategie Europa-Mittelmeer zur Förderung von Arbeitsplätzen für Jugendliche	4	—	855 000			—	855 000

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 03 77	(Fortsetzung)							
21 03 77 04	Pilotprojekt — Finanzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) — Vorbereitung des Personals auf Union-ENP-bezogene Tätigkeiten	4	—	315 000			—	315 000
21 03 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Einziehung von Vermögenswerten zugunsten von Staaten des Arabischen Frühlings	4	2 740 012	1 370 006			2 740 012	1 370 006
	Artikel 21 03 77 — Subtotal		2 740 012	2 540 006			2 740 012	2 540 006
	Kapitel 21 03 — Total		2 132 480 712	1 388 280 950		253 000 000	2 132 480 712	1 641 280 950

21 03 02 Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft**21 03 02 01 Östliche Partnerschaft — Menschenrechte und Mobilität**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
247 066 602	23 628 498		210 000 000	247 066 602	233 628 498

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bilateraler und Mehrländerkooperationsmaßnahmen u. a. in folgenden Bereichen:

- Menschenrechte und Grundrechte,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Gleichheitsgrundsätze,
- Aufbau einer vertieften und tragfähigen Demokratie,
- gute Regierungsführung,
- Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft einschließlich der Sozialpartner,
- Schaffung der Voraussetzungen für die effiziente gesteuerte Mobilität der Menschen,
- Förderung direkte Kontakte zwischen den Menschen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

KOMMISSION

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) (Fortsetzung)**21 03 02** (Fortsetzung)

21 03 02 01 (Fortsetzung)

Ein angemessener Mittelbetrag sollte der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen vorbehalten sein.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 27).

21 03 03 Gewährleistung einer effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit und Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperationen

21 03 03 03 Unterstützung sonstiger multilateraler Kooperation in der Nachbarschaft

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
163 771 093	9 853 695		40 000 000	163 771 093	49 853 695

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Die Mittel dieses Artikels dienen zur Finanzierung von Maßnahmen, die auf folgende Ziele ausgerichtet sind:

- allgemeine Unterstützung der Union für den Mittelmeerraum,
- allgemeine Unterstützung der Östlichen Partnerschaft,
- allgemeine Unterstützung für das Funktionieren der sonstigen multilateralen Kooperation innerhalb des ENI, wie z. B. der Nördlichen Dimension und der Schwarzmeersynergie.

Außerdem sind die Mittel dieses Artikels für Maßnahmen bestimmt, die den Umfang und die Kapazitäten der Durchführung der Hilfe der Union verbessern, sowie für Maßnahmen, die der Information der breiten Öffentlichkeit und der potenziellen Hilfeempfänger dienen und die Sichtbarkeit der Hilfe erhöhen.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich, unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung, aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 27).

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) (Fortsetzung)**21 03 51 Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Europäische Nachbarschaftspolitik und Beziehungen zu Russland“ (aus der Zeit vor 2014)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	909 500 000		3 000 000	—	912 500 000

Erläuterungen

Vormals Posten 19 08 01 01, 19 08 01 02, 19 08 01 03, 19 08 02 01 und vormals Artikel 19 08 03

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Sie dienen auch dem Abschluss der Finanzprotokolle mit den Mittelmeerländern, einschließlich u. a. der Unterstützung der Europa-Mittelmeer-Investitionsfazilität der Europäischen Investitionsbank, und der Durchführung der nicht aus EIB-Mitteln stammenden Finanzhilfen im Rahmen der dritten und vierten Finanzprotokolle mit den Mittelmeerländern im südlichen Mittelmeerraum. Die dritten Finanzprotokolle erfassen den Zeitraum vom 1. November 1986 bis 31. Oktober 1991 und die vierten Finanzprotokolle den Zeitraum vom 1. November 1991 bis 31. Oktober 1996.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Ein Teil der Mittel wird für die zusätzliche Unterstützung bei der Verwirklichung der Ziele der EU-Strategie für den Ostseeraum vorgesehen, und zwar entweder direkt oder über einschlägige Akteure und Partner in der Region.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 263 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 264 vom 27.9.1978, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) (Fortsetzung)**21 03 51** (Fortsetzung)

Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 265 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 266 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 267 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 268 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 269 vom 27.9.1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 29).

Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 43).

Beschluss 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 1).

Beschluss 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 9).

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) (Fortsetzung)**21 03 51** (Fortsetzung)

Beschluss 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 17).

Beschluss 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 25).

Beschluss 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 33).

Beschluss 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 224 vom 13.8.1988, S. 32).

Beschluss 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 18 vom 25.1.1992, S. 34).

Beschluss 92/206/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 13).

Beschluss 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 21).

Beschluss 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 29).

Beschluss 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 37).

Verordnung (EWG) Nr. 1762/92 des Rates vom 29. Juni 1992 zur Durchführung der zwischen der Gemeinschaft und den Drittländern des Mittelmeerraums geschlossenen Protokolle über finanzielle und technische Zusammenarbeit (ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 1).

Beschluss 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 13).

Beschluss 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 21).

Beschluss 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 32 vom 5.2.1994, S. 44).

Verordnung (EG) Nr. 1734/94 des Rates vom 11. Juli 1994 über die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit dem Westjordanland und dem Gazastreifen (ABl. L 182 vom 16.7.1994, S. 4).

KOMMISSION

KAPITEL 21 03 — EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTSINSTRUMENT (ENI) *(Fortsetzung)***21 03 51** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EG) Nr. 213/96 des Rates vom 29. Januar 1996 über die Anwendung des Finanzinstruments „EC Investment Partners“ für Länder Lateinamerikas, Asiens, des Mittelmeerraums und Südafrika (ABl. L 28 vom 6.2.1996, S. 2).

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

KAPITEL 21 04 — EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 04	EUROPÄISCHES INSTRUMENT FÜR DEMOKRATIE UND MEN- SCHENRECHTE							
21 04 01	Stärkung der Einhaltung von Menschenrechten und Grundfrei- heiten und Unterstützung demo- kratischer Reformen	4	132 782 020	3 815 739			132 782 020	3 815 739
21 04 51	Abschluss des Europäischen In- struments für Demokratie und Menschenrechte (aus der Zeit vor 2014)	4	—	83 300 000		3 000 000	—	86 300 000
21 04 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
21 04 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Auf- bau eines Netzwerks zur Konflikt- verhütung	4	—	—			—	—
21 04 77 02	Pilotprojekt — Zivilgesellschaft- liches Forum EU-Russland	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
21 04 77 03	Pilotprojekt — Unterstützung für Folteropfer	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 21 04 77 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Kapitel 21 04 — Total		132 782 020	87 115 739		3 000 000	132 782 020	90 115 739

21 04 51 Abschluss des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (aus der Zeit vor 2014)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	83 300 000		3 000 000	—	86 300 000

*Erläuterungen**Vormals Artikel 19 04 01 und 19 04 05*

Diese Mittel dienen zur Deckung von Zahlungen im Zusammenhang mit noch nicht abgewickelten Verpflichtungen im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte 2007-2013.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und anderer Geberländer, jeweils einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, sowie Finanzbeiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der EU finanzierten und gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel beim vorliegenden Posten führen. Sie werden bei Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt und gelten gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen. Die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge ergeben sich aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1889/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (ABl. L 386 vom 29.12.2006, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 21 05 — STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONENÜBERGREIFENDE BEDROHUNGEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 05	STABILITÄTSINSTRUMENT — WELTWEITE UND REGIONEN- ÜBERGREIFENDE BEDROHUN- GEN							
21 05 01	Weltweite und regionenübergrei- fende Sicherheitsbedrohungen	4	82 255 223	4 031 479			82 255 223	4 031 479
21 05 51	Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Globale Sicherheitsbedro- hungen“ (aus der Zeit vor 2014)	4	—	42 810 916		2 000 000	—	44 810 916
21 05 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
21 05 77 01	Pilotprojekt — Unterstützung von Überwachungs- und Schutzmaß- nahmen für Schiffe der Union, die von Piraten bedrohte Regionen durchqueren	4	—	495 000			—	495 000
21 05 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Not- fallmaßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 21 05 77 — Subtotal</i>		p.m.	495 000			p.m.	495 000
	Kapitel 21 05 — Total		82 255 223	47 337 395		2 000 000	82 255 223	49 337 395

21 05 51 Abschluss von Maßnahmen im Bereich „Globale Sicherheitsbedrohungen“ (aus der Zeit vor 2014)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	42 810 916		2 000 000	—	44 810 916

Erläuterungen

Vormals Posten 19 06 01 02, 19 06 02 01, 19 06 02 03 und vormals Artikel 19 06 03

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1724/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2001 über Aktionen gegen Antipersonenlandminen in Entwicklungsländern (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1725/2001 des Rates vom 23. Juli 2001 über Aktionen gegen Antipersonenlandminen in Drittländern mit Ausnahme von Entwicklungsländern (ABl. L 234 vom 1.9.2001, S. 6).

Verordnung (EG) Nr. 1717/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 zur Schaffung eines Instruments für Stabilität (ABl. L 327 vom 24.11.2006, S. 1).

KAPITEL 21 09 — ABSCHLUSS VON MASSNAHMEN, DIE MITTELS DES INSTRUMENTS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT INDUSTRIELÄNDERN (ICI+) DURCHGEFÜHRT WURDEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21 09	ABSCHLUSS VON MASSNAHMEN, DIE MITTELS DES INSTRUMENTS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT INDUSTRIELÄNDERN (ICI+) DURCHGEFÜHRT WURDEN							
21 09 51	Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)							
21 09 51 01	Asien	4	—	11 114 743		– 2 500 000	—	8 614 743
21 09 51 02	Lateinamerika	4	—	3 172 958			—	3 172 958
21 09 51 03	Afrika	4	—	1 436 500			—	1 436 500
	<i>Artikel 21 09 51 — Subtotal</i>		—	15 724 201		– 2 500 000	—	13 224 201
	Kapitel 21 09 — Total		—	15 724 201		– 2 500 000	—	13 224 201

21 09 51 Abschluss früherer Maßnahmen (aus der Zeit vor 2014)
21 09 51 01 Asien

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	11 114 743		– 2 500 000	—	8 614 743

Erläuterungen
Vormals Artikel 19 10 04

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr.1338/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1934/2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern und Gebieten sowie mit anderen Ländern und Gebieten mit hohem Einkommen (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S 21).

KOMMISSION

TITEL 22
ERWEITERUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
22 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ER- WEITERUNG“	91 093 045	91 093 045	– 3 686	– 3 686	91 089 359	91 089 359
22 02	ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE	1 397 332 713	794 623 959		45 000 000	1 397 332 713	839 623 959
22 03	UNTERSTÜTZUNGSVERORD- NUNG	31 482 280	18 169 738			31 482 280	18 169 738
	Titel 22 — Total	1 519 908 038	903 886 742	– 3 686	44 996 314	1 519 904 352	948 883 056

TITEL 22

ERWEITERUNG

KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
22 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIK- BEREICHS „ERWEITERUNG“				
22 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Erweiterung“				
22 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung	5,2	21 283 593	– 3 686	21 279 907
22 01 01 02	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union	5,2	7 975 308		7 975 308
	<i>Artikel 22 01 01 — Subtotal</i>		29 258 901	– 3 686	29 255 215
22 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsaus- gaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Er- weiterung“				
22 01 02 01	Externes Personal der Generaldirektion Erweiterung	5,2	1 792 195		1 792 195
22 01 02 02	Externes Personal der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union	5,2	1 213 666		1 213 666
22 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion Erweiterung	5,2	1 184 507		1 184 507
22 01 02 12	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union	5,2	483 791		483 791
	<i>Artikel 22 01 02 — Subtotal</i>		4 674 159		4 674 159
22 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleis- tungen, Gebäude und Nebenkosten des Politik- bereichs „Erweiterung“				
22 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistun- gen der Generaldirektion Erweiterung	5,2	1 377 663		1 377 663
22 01 03 02	Ausgaben für Gebäude und Nebenkosten der Ge- neraldirektion Erweiterung in den Delegationen der Union	5,2	4 234 102		4 234 102
	<i>Artikel 22 01 03 — Subtotal</i>		5 611 765		5 611 765

KOMMISSION

KAPITEL 22 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „ERWEITERUNG“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
22 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Erweiterung“				
22 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA)	4	50 498 220		50 498 220
	Artikel 22 01 04 — Subtotal		50 498 220		50 498 220
22 01 06	Exekutivagenturen				
22 01 06 01	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Instrument für Heranführungshilfe	4	1 050 000		1 050 000
	Artikel 22 01 06 — Subtotal		1 050 000		1 050 000
	Kapitel 22 01 — Total		91 093 045	– 3 686	91 089 359

22 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Erweiterung“

22 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Generaldirektion Erweiterung

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
21 283 593	– 3 686	21 279 907

KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
22 02	ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE							
22 02 01	Unterstützung für Alba- nien, Bosnien und Herzego- wina, Kosovo, Montenegro, Serbien und Ehemalige Ju- goslawische Republik Ma- zedonien							
22 02 01 01	Unterstützung politischer Reformen und der schritt- weisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	249 800 347	16 274 124			249 800 347	16 274 124
22 02 01 02	Unterstützung der wirt- schaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	249 800 347	16 274 124			249 800 347	16 274 124
	<i>Artikel 22 02 01 — Subtotal</i>		499 600 694	32 548 248			499 600 694	32 548 248
22 02 02	Unterstützung für Island							
22 02 02 01	Unterstützung politischer Reformen und der schritt- weisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	6 000 000	420 000			6 000 000	420 000
22 02 02 02	Unterstützung der wirt- schaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	6 000 000	420 000			6 000 000	420 000
	<i>Artikel 22 02 02 — Subtotal</i>		12 000 000	840 000			12 000 000	840 000
22 02 03	Unterstützung für die Tür- kei							
22 02 03 01	Unterstützung politischer Reformen und der schritt- weisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	294 172 948	19 174 167			294 172 948	19 174 167
22 02 03 02	Unterstützung der wirt- schaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	294 172 948	19 174 167			294 172 948	19 174 167
	<i>Artikel 22 02 03 — Subtotal</i>		588 345 896	38 348 334			588 345 896	38 348 334
22 02 04	Regionale Integration und territoriale Zusammen- arbeit und Unterstützung von Ländergruppen (hori- zontale Programme)							
22 02 04 01	Mehrere Länder umfassende Programme, regionale Inte- gration und territoriale Zu- sammenarbeit	4	264 697 163	23 410 407			264 697 163	23 410 407

KOMMISSION

KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
22 02 04	(Fortsetzung)							
22 02 04 02	Beitrag zu Erasmus+	4	29 243 936	4 036 318			29 243 936	4 036 318
22 02 04 03	Beitrag zur Energiegemein- schaft Südosteuropa	4	3 445 024	3 445 024			3 445 024	3 445 024
	Artikel 22 02 04 — Subtotal		297 386 123	30 891 749			297 386 123	30 891 749
22 02 51	Abschluss früherer Maß- nahmen der Heranfüh- rungshilfe (aus der Zeit vor 2014)	4	p.m.	690 141 998		45 000 000	p.m.	735 141 998
22 02 77	Pilotprojekte und vorberei- tende Maßnahmen							
22 02 77 01	Pilotprojekt — Erhaltung und Wiederherstellung des kulturellen Erbes in Kon- fliktgebieten	4	p.m.	763 960			p.m.	763 960
22 02 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Erhaltung und Wiederher- stellung des kulturellen Er- bes in Konfliktgebieten	4	p.m.	1 089 670			p.m.	1 089 670
	Artikel 22 02 77 — Subtotal		p.m.	1 853 630			p.m.	1 853 630
	Kapitel 22 02 — Total		1 397 332 713	794 623 959		45 000 000	1 397 332 713	839 623 959

22 02 51 **Abschluss früherer Maßnahmen der Heranführungshilfe (aus der Zeit vor 2014)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	690 141 998		45 000 000	p.m.	735 141 998

Erläuterungen

Vormals Artikel 22 02 01, 22 02 02, 22 02 03, 22 02 06, 22 02 11 und 32 04 11 und vormals Posten 22 02 04 01, 22 02 04 02, 22 02 05 01, 22 02 05 02, 22 02 05 03, 22 02 05 04, 22 02 05 09, 22 02 05 10, 22 02 07 01, 22 02 07 02, 22 02 10 01 und 22 02 10 02

Diese Mittel dienen zur Abwicklung vor 2014 eingegangener Verpflichtungen.

Rechtsgrundlagen

Aufgabe aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 22 02 — ERWEITERUNGSPROZESS UND -STRATEGIE (Fortsetzung)**22 02 51** (Fortsetzung)

Aufgaben aufgrund der spezifischen Befugnisse, die der Kommission unmittelbar durch Artikel 34 der Beitrittsakte vom 16. April 2003 und Titel III Artikel 31 der Beitrittsakte vom 25. April 2005 (Teil des Vertrags über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union) übertragen werden.

Aufgaben aufgrund der spezifischen Befugnisse, die der Kommission unmittelbar durch Artikel 30 der Akte über den Beitritt Kroatiens übertragen werden.

Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 des Rates vom 18. Dezember 1989 über Wirtschaftshilfe für die Republik Ungarn und die Volksrepublik Polen (ABl. L 375 vom 23.12.1989, S. 11).

Verordnung (EG) Nr. 1488/96 des Rates vom 23. Juli 1996 über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen (MEDA) zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 555/2000 des Rates vom 13. März 2000 über die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Heranführungsstrategie für die Republik Zypern und die Republik Malta (ABl. L 68 vom 16.3.2000, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 764/2000 des Rates vom 10. April 2000 über die Durchführung von Aktionen zur Vertiefung der Zollunion EG-Türkei (ABl. L 94 vom 14.4.2000, S. 6).

Verordnung (EG) Nr. 2666/2000 des Rates vom 5. Dezember 2000 über die Hilfe für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1628/96 sowie zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 3906/89 und (EWG) Nr. 1360/90 sowie der Beschlüsse 97/256/EG und 1999/311/EG (ABl. L 306 vom 7.12.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2500/2001 des Rates vom 17. Dezember 2001 über die finanzielle Heranführungshilfe für die Türkei (ABl. L 342 vom 27.12.2001, S. 1).

Beschluss 2006/500/EG des Rates vom 29. Mai 2006 über den Abschluss des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft durch die Europäische Gemeinschaft (ABl. L 198 vom 20.7.2006, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

KOMMISSION

TITEL 23
HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „HU- MANITÄRE HILFE UND KATA- STROPHENSCHUTZ“	35 275 161	35 275 161	– 3 565	– 3 565	35 271 596	35 271 596
23 02	HUMANITÄRE HILFE, NAH- RUNGSMITTELHILFE UND KA- TASTROPHENVORSORGE	911 276 000	776 425 349		256 150 900	911 276 000	1 032 576 249
23 03	UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ	47 765 000	35 944 416		– 500 000	47 765 000	35 444 416
23 04	FREIWILLIGENKORPS DER UNION FÜR HUMANITÄRE HILFE	12 148 000	3 239 416			12 148 000	3 239 416
Titel 23 — Total		1 006 464 161	850 884 342	– 3 565	255 647 335	1 006 460 596	1 106 531 677

TITEL 23

HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ

KAPITEL 23 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
23 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHS „HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ“				
23 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“	5,2	20 584 133	– 3 565	20 580 568
23 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“				
23 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 006 811		2 006 811
23 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	1 822 829		1 822 829
	<i>Artikel 23 01 02 — Subtotal</i>		3 829 640		3 829 640
23 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“	5,2	1 332 388		1 332 388
23 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“				
23 01 04 01	Unterstützungsausgaben für humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge	4	9 000 000		9 000 000
23 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz innerhalb der Europäischen Union	3	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 23 01 04 — Subtotal</i>		9 000 000		9 000 000
23 01 06	Exekutivagenturen				
23 01 06 01	Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur — Beitrag aus dem Programm Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ (EUAV)	4	529 000		529 000
	<i>Artikel 23 01 06 — Subtotal</i>		529 000		529 000
	Kapitel 23 01 — Total		35 275 161	– 3 565	35 271 596

23 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
20 584 133	– 3 565	20 580 568

KOMMISSION

KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 02	HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE							
23 02 01	<i>Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe</i>	4	874 529 000	747 582 107		256 150 900	874 529 000	1 003 733 007
23 02 02	<i>Katastrophenvorbeugung, -schutz und -vorsorge</i>	4	36 747 000	28 843 242			36 747 000	28 843 242
	Kapitel 23 02 — Total		911 276 000	776 425 349		256 150 900	911 276 000	1 032 576 249

23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
874 529 000	747 582 107		256 150 900	874 529 000	1 003 733 007

*Erläuterungen**Vormals Artikel 23 02 01 und 23 02 02*

Diese Mittel sind zur Finanzierung der humanitären Hilfe, einschließlich Nahrungsmittelhilfe, für Menschen in Ländern außerhalb der Union bestimmt, die Opfer von Konflikten, Naturkatastrophen und von durch Menschenhand verursachten Katastrophen (Kriege, Konflikte usw.) oder vergleichbaren Notfällen sind, und zwar so lange, bis der jeweilige humanitäre Bedarf gedeckt ist. Sie werden im Einklang mit den Bestimmungen über die humanitäre Hilfe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates ausgeführt.

Diese Hilfe wird ungeachtet der Rasse, der Volkszugehörigkeit, der Religion, einer Behinderung, des Geschlechts, des Alters, der Staatsangehörigkeit oder der politischen Anschauung der Opfer gewährt. Diese Hilfe wird für die Zeitdauer bereitgestellt, die für die Sicherung der aus diesen Notständen entstehenden Bedürfnisse notwendig ist.

Diese Mittel sind auch für den Kauf und die Bereitstellung aller für die Durchführung dieser humanitären Hilfemaßnahmen erforderlichen Güter oder Materialien bestimmt, einschließlich den Bau von Wohnungen und Unterkünften für die betroffene Bevölkerung, für kurzfristige Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen, insbesondere auf der Ebene der Infrastrukturen und Ausrüstungen, für die Ausgaben für externes, ausländisches oder lokales Personal, die Lagerung, die Beförderung im In- und Ausland, die logistische Unterstützung und die Verteilung der Hilfe sowie für alle anderen Maßnahmen, die dazu dienen, den freien Zugang zu den Hilfeempfängern zu erleichtern.

Die Mittel können zur Finanzierung des Kaufs und der Bereitstellung von Lebensmitteln, Saatgut, Vieh oder sonstigen Erzeugnissen oder Ausrüstungen verwendet werden, die zur Durchführung der humanitären Nahrungsmittelhilfemaßnahmen erforderlich sind.

Mit diesen Mitteln sollen zudem etwaige sonstige Kosten in direktem Zusammenhang mit der Durchführung der humanitären Hilfemaßnahmen sowie die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen für die frist- und bedarfsgerechte, möglichst transparente Abwicklung der Nahrungsmittelhilfe unter Erzielung einer optimalen Kosten/Nutzen-Relation finanziert werden.

KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE (Fortsetzung)**23 02 01** (Fortsetzung)

Sie decken ferner:

- Studien über die Durchführbarkeit von humanitären Einsätzen, Evaluierungen von Projekten und Plänen im humanitären Bereich, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit und Informationskampagnen im Zusammenhang mit humanitären Maßnahmen;
- das Monitoring von Projekten und Plänen im humanitären Bereich sowie die Förderung und Entwicklung von Initiativen, die die Koordinierung und Zusammenarbeit verstärken, so dass sich die Wirksamkeit der Hilfe erhöht und das Monitoring der Projekte und Pläne verbessert werden kann;
- Kontrolle und Koordinierung der Umsetzung der humanitären und Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, insbesondere der Bedingungen für die Bereitstellung, Lieferung, Verteilung und Verwendung der Erzeugnisse, die für die Nahrungsmittelhilfe bestimmt sind, sowie der Bedingungen für die Verwendung der Gegenwertmittel;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, anderen Geberländern, den internationalen Organisationen und Einrichtungen, insbesondere denen, die dem System der Vereinten Nationen angehören, den Nichtregierungsorganisationen und den Organisationen, die Letztere vertreten;
- die Finanzierung der Verträge für technische Hilfe, um den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen humanitärer Organisationen und Einrichtungen der Union untereinander oder zwischen diesen und solchen aus Drittländern zu erleichtern;
- Studien und Fortbildungen, die in einem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen im Bereich der humanitären und Nahrungsmittelhilfe stehen;
- aktionsbezogene Zuschüsse und Zuschüsse für laufende Kosten der humanitären Netze;
- humanitäre Minenräumaktionen, einschließlich der Aufklärung der Lokalbevölkerung über Landminen;
- Ausgaben im Rahmen des Network on Humanitarian Assistance (NOHA) in Einklang mit Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1257/96. NOHA bietet eine mit einem Diplom abschließende einjährige multidisziplinäre Postgraduate-Ausbildung im humanitären Bereich an, durch die die fachlichen Kenntnisse von humanitären Helfern gefördert werden sollen und an der mehrere Universitäten beteiligt sind;
- Transport und Verteilung der Hilfe einschließlich sonstiger Kosten im Zusammenhang mit der Lieferung, z. B. Kosten für Versicherung, Umschlag, Koordinierung usw.;
- unerlässliche Maßnahmen entweder bei der Programmierung, Koordinierung und optimalen Ausführung der Hilfe, die aus anderen Posten nicht gedeckt werden, z. B. außergewöhnlicher Transport und außergewöhnliche Lagerung, Desinfektion, Verarbeitung oder Zubereitung der Nahrungsmittel vor Ort, Bestellung von Beauftragten, technische Hilfe und Material, das direkt zur Bereitstellung der Hilfe benötigt wird (Werkzeuge, Geräte, Brennstoff usw.);
- Pilotprojekte zur Erprobung neuer Methoden und Techniken für Transport, Aufmachung und Lagerung, Studien zur Bewertung von Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit im Zusammenhang mit den humanitären Einsätzen und Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit;
- Lagerung von Nahrungsmitteln (einschließlich der Kosten für Verwaltung, Termingeschäfte mit oder ohne Option, Ausbildung von Fachkräften, Erwerb von Verpackungsmaterial sowie von fahrbaren Vorratseinheiten, Instandhaltung und Instandsetzung von Lagerhäusern usw.);
- die zur Vorbereitung und Durchführung der Projekte im Bereich der humanitären Hilfe erforderliche technische Hilfe, insbesondere die Ausgaben zur Deckung der Kosten für die Verträge der einzelnen Experten vor Ort und der Ausgaben für Infrastruktur und Logistik der Einrichtungen der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz in der ganzen Welt, für die Zahlstellen und Ausgabenermächtigungen vorgesehen sind.

KOMMISSION

KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE (Fortsetzung)**23 02 01** (Fortsetzung)

Zur Sicherstellung der umfassenden finanziellen Transparenz nach den Artikeln 58 bis 62 der Haushaltsordnung unternimmt die Kommission, wenn sie Abkommen über die Verwaltung und Durchführung von Projekten durch internationale Organisationen abschließt oder abändert, alle Anstrengungen, damit diese sich verpflichten, alle ihre Unterlagen über interne und externe Rechnungsprüfungen im Zusammenhang mit der Verwendung der Unionsmittel dem Europäischen Rechnungshof und dem Internen Prüfer der Kommission zu übermitteln.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 03	UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ							
23 03 01	Katastrophenvorbeugung und -vorsorge							
23 03 01 01	Katastrophenvorbeugung und -vorsorge in der Union	3	27 052 000	13 000 000			27 052 000	13 000 000
23 03 01 02	Katastrophenvorbeugung und -vorsorge in Drittländern	4	5 326 000	1 767 479			5 326 000	1 767 479
	<i>Artikel 23 03 01 — Subtotal</i>		32 378 000	14 767 479			32 378 000	14 767 479
23 03 02	Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen							
23 03 02 01	Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in der Union	3	1 167 000	950 000			1 167 000	950 000
23 03 02 02	Rasche und effiziente Notfallabwehreinsätze im Falle schwerer Katastrophen in Drittländern	4	14 220 000	4 226 937			14 220 000	4 226 937
	<i>Artikel 23 03 02 — Subtotal</i>		15 387 000	5 176 937			15 387 000	5 176 937
23 03 51	Abschluss früherer Programme und Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz in der Union (aus der Zeit vor 2014)	3	p.m.	16 000 000		– 500 000	p.m.	15 500 000
23 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
23 03 77 01	Pilotprojekt — Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
23 03 77 02	Vorbereitende Maßnahme für einen Krisenreaktionsmechanismus der Union	2	—	p.m.			—	p.m.
	<i>Artikel 23 03 77 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Kapitel 23 03 — Total		47 765 000	35 944 416		– 500 000	47 765 000	35 444 416

23 03 51 *Abschluss früherer Programme und Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz in der Union (aus der Zeit vor 2014)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	16 000 000		– 500 000	p.m.	15 500 000

KOMMISSION

KAPITEL 23 03 — UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ (Fortsetzung)**23 03 51** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Vormals Artikel 23 03 01, 23 03 03 und 23 03 06*

Diese Mittel sind für die Abwicklung von Verpflichtungen im Rahmen von Programmen und Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes bestimmt. Sie dienen ebenfalls zur Abwicklung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes und mit Maßnahmen im Rahmen des Schutzes der Meeresumwelt, der Küsten und der menschlichen Gesundheit gegen die Gefahren unfallbedingter oder vorsätzlicher Meeresverschmutzung.

Darüber hinaus sind sie für die Finanzierung eines Teils der Ausgaben im Zusammenhang mit Katastrophenschutz-einsätzen in Drittländern im Rahmen des Finanzierungsinstruments für den Katastrophenschutz und des Katastrophenschutzverfahrens der Union bestimmt.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Rechtsgrundlagen

Entscheidung 1999/847/EG des Rates vom 9. Dezember 1999 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft für den Katastrophenschutz (ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 53).

Entscheidung Nr. 2850/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2000 über einen gemeinschaftlichen Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der unfallbedingten oder vorsätzlichen Meeresverschmutzung (ABl. L 332 vom 28.12.2000, S. 1).

Entscheidung 2001/792/EG, Euratom des Rates vom 23. Oktober 2001 über ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutz-einsätzen (ABl. L 297 vom 15.11.2001, S. 7).

Entscheidung 2007/162/EG, Euratom des Rates vom 5. März 2007 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für den Katastrophenschutz (ABl. L 71 vom 10.3.2007, S. 9).

Entscheidung 2007/779/EG, Euratom des Rates vom 8. November 2007 über ein Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz (Neufassung) (ABl. L 314 vom 1.12.2007, S. 9).

TITEL 24
BETRUGSBEKÄMPFUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
24 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „BE- TRUGSBEKÄMPFUNG“	57 206 000	57 206 000	– 10 000	– 10 000	57 196 000	57 196 000
24 02	FÖRDERUNG VON MASSNAH- MEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄ- ISCHEN UNION (HERCULE III)	13 677 700	11 004 993		942 750	13 677 700	11 947 743
24 03	AKTIONSPROGRAMM IN DEN BEREICHEN AUSTAUSCH, UN- TERSTÜTZUNG UND AUSBIL- DUNG ZUM SCHUTZ DES EURO GEGEN GELDFÄL- SCHUNG (PERICLES 2020)	924 200	900 000			924 200	900 000
24 04	INFORMATIONSSYSTEM FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG (AFIS)	6 423 000	5 800 000		680 612	6 423 000	6 480 612
Titel 24 — Total		78 230 900	74 910 993	– 10 000	1 613 362	78 220 900	76 524 355

KOMMISSION

TITEL 24

BETRUGSBEKÄMPFUNG

KAPITEL 24 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BETRUGSBEKÄMPFUNG“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
24 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „BETRUGSBEKÄMPFUNG“				
24 01 07	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	5,2	57 206 000	– 10 000	57 196 000
	Kapitel 24 01 — Total		57 206 000	– 10 000	57 196 000

24 01 07 **Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
57 206 000	– 10 000	57 196 000

Erläuterungen

Vormals Artikel 24 01 06

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), einschließlich des Personals von OLAF in den Delegationen der Union, dessen Ziel die Bekämpfung von Betrugsfällen im interinstitutionellen Rahmen ist.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 20 000 EUR veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 1999/352/EG, EGKS, Euratom der Kommission vom 28. April 1999 zur Errichtung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 20), insbesondere Artikel 4 und Artikel 6 Absatz 3.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1).

KAPITEL 24 02 — FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION (HERCULE III)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
24 02	FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION (HERCULE III)							
24 02 01	Verhütung und Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten rechtswidrigen Tätigkeiten	1,1	13 677 700	2 200 000		942 750	13 677 700	3 142 750
24 02 51	Abschluss von Maßnahmen im Bereich der Betrugsbekämpfung	1,1	p.m.	8 804 993			p.m.	8 804 993
24 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
24 02 77 01	Pilotprojekt — Entwicklung eines Bewertungsverfahrens der Union im Bereich der Korruptionsbekämpfung mit besonderem Schwerpunkt auf der Ermittlung und Senkung der Kosten der Korruption im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe im Zusammenhang mit Unionsmitteln	5,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 24 02 77 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Kapitel 24 02 — Total		13 677 700	11 004 993		942 750	13 677 700	11 947 743

24 02 01 Verhütung und Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten rechtswidrigen Tätigkeiten

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 677 700	2 200 000		942 750	13 677 700	3 142 750

Erläuterungen

Neuer Artikel

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 250/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über ein Programm zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union (Programm „Hercule III“) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 804/2004/EG (ABL L 84 vom 20.3.2014, S. 6), insbesondere Artikel 4.

KOMMISSION

KAPITEL 24 04 — INFORMATIONSSYSTEM FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG (AFIS)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
24 04	INFORMATIONSSYSTEM FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG (AFIS)							
24 04 01	Unterstützung der Amtshilfe in Zollangelegenheiten und sicherer elektronischer Kommunikationsmittel zur Meldung von Unregelmäßigkeiten durch die Mitgliedstaaten	1,1	6 423 000	2 900 000		680 612	6 423 000	3 580 612
24 04 51	Abschluss von Maßnahmen betreffend das Informationssystem für die Betrugsbekämpfung (AFIS)	1,1	p.m.	2 900 000			p.m.	2 900 000
Kapitel 24 04 — Total			6 423 000	5 800 000		680 612	6 423 000	6 480 612

24 04 01 **Unterstützung der Amtshilfe in Zollangelegenheiten und sicherer elektronischer Kommunikationsmittel zur Meldung von Unregelmäßigkeiten durch die Mitgliedstaaten**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
6 423 000	2 900 000		680 612	6 423 000	3 580 612

Erläuterungen

Neuer Artikel

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und Agrarregelung (ABl. L 82 vom 22.3.1997, S. 1), insbesondere Artikel 23.

TITEL 25**KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
25 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOOR- DINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“	194 113 789	194 363 789	– 24 280	– 24 280	194 089 509	194 339 509
25 02	BEZIEHUNGEN ZUR ZIVILGE- SELLSCHAFT, TRANSPARENZ UND INFORMATION	—	472 800			—	472 800
	Titel 25 — Total	194 113 789	194 836 589	– 24 280	– 24 280	194 089 509	194 812 309

KOMMISSION

TITEL 25

KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION

KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
25 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“							
25 01 01	Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“							
25 01 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“	5,2	140 191 930	140 191 930	– 24 280	– 24 280	140 167 650	140 167 650
25 01 01 03	Gehälter, Zulagen und Entschädigungen der Mitglieder des Organs	5,2	12 245 000	12 245 000			12 245 000	12 245 000
	<i>Artikel 25 01 01 — Subtotal</i>		152 436 930	152 436 930	– 24 280	– 24 280	152 412 650	152 412 650
25 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“							
25 01 02 01	Externes Personal im Politikbereich „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“	5,2	6 254 025	6 254 025			6 254 025	6 254 025
25 01 02 03	Sonderberater	5,2	1 090 000	1 090 000			1 090 000	1 090 000
25 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“	5,2	12 611 369	12 611 369			12 611 369	12 611 369
25 01 02 13	Sonstige Verwaltungsausgaben der Mitglieder des Organs	5,2	4 405 000	4 405 000			4 405 000	4 405 000
	<i>Artikel 25 01 02 — Subtotal</i>		24 360 394	24 360 394			24 360 394	24 360 394
25 01 03	Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie- Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Koordinierung der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“							
		5,2	9 074 465	9 074 465			9 074 465	9 074 465
25 01 07	Qualität der Rechtsvorschriften — Kodifizierung des Unionsrechts							
		5,2	500 000	500 000			500 000	500 000
25 01 08	Rechtsberatung, Streitsachen und Verstöße — Streitsachen							
		5,2	3 700 000	3 700 000			3 700 000	3 700 000

KAPITEL 25 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
25 01 10	Unionsbeitrag zur Verwaltung der historischen Archive der Union	5,2	2 304 000	2 304 000			2 304 000	2 304 000
25 01 11	Register und Veröffentlichungen	5,2	1 738 000	1 738 000			1 738 000	1 738 000
25 01 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
25 01 77 01	Pilotprojekt — Schaffung eines interinstitutionellen Systems zur Ermittlung langfristiger Entwicklungstendenzen	5,2	—	p.m.			—	p.m.
25 01 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Schaffung eines interinstitutionellen Systems zur Ermittlung langfristiger Entwicklungstendenzen	5,2	p.m.	250 000			p.m.	250 000
	Artikel 25 01 77 — Subtotal		p.m.	250 000			p.m.	250 000
	Kapitel 25 01 — Total		194 113 789	194 363 789	– 24 280	– 24 280	194 089 509	194 339 509

25 01 01 **Sonstige Verwaltungsausgaben des Politikbereichs „Koordination der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“**

25 01 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Koordination der Politiken und rechtliche Beratung der Kommission“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
140 191 930	– 24 280	140 167 650

KOMMISSION

TITEL 26
VERWALTUNG DER KOMMISSION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
26 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „VERWALTUNG DER KOMMISSION“	966 875 044	966 875 044	– 52 824	– 52 824	966 822 220	966 822 220
26 02	MULTIMEDIAPRODUKTION	10 890 000	10 022 520		– 250 000	10 890 000	9 772 520
26 03	DIENTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER	23 700 000	14 194 437		10 000 000	23 700 000	24 194 437
	Titel 26 — Total	1 001 465 044	991 092 001	– 52 824	9 697 176	1 001 412 220	1 000 789 177

TITEL 26

VERWALTUNG DER KOMMISSION

KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „VERWALTUNG DER KOMMISSION“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
26 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „VERWALTUNG DER KOMMISSION“				
26 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“	5,2	102 920 661	– 17 824	102 902 837
26 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“				
26 01 02 01	Externes Personal	5,2	5 755 909		5 755 909
26 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	18 063 893		18 063 893
	<i>Artikel 26 01 02 — Subtotal</i>		23 819 802		23 819 802
26 01 03	Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologie-Ausstattung und Dienstleistungen des Politikbereichs „Verwaltung der Kommission“	5,2	6 661 938		6 661 938
26 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“				
26 01 04 01	Unterstützungsausgaben für Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA)	1,1	400 000		400 000
	<i>Artikel 26 01 04 — Subtotal</i>		400 000		400 000
26 01 09	Amt für Veröffentlichungen	5,2	80 755 000	– 22 000	80 733 000
26 01 10	Konsolidierung des Unionsrechts	5,2	1 070 000		1 070 000
26 01 11	Amtsblatt der Europäischen Union (Reihen L und C)	5,2	10 672 000		10 672 000
26 01 12	Zusammenfassungen der Unionsrechtsvorschriften	5,2	533 000		533 000
26 01 20	Europäisches Amt für Personalauswahl	5,2	27 883 000		27 883 000
26 01 21	Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche	5,2	36 260 000		36 260 000
26 01 22	Gebäude, Anlagen und Logistik (Brüssel)				
26 01 22 01	Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel	5,2	68 833 000		68 833 000
26 01 22 02	Kauf oder Miete von Gebäuden in Brüssel	5,2	208 880 000		208 880 000
26 01 22 03	Gebäudenebenkosten in Brüssel	5,2	70 207 000		70 207 000
26 01 22 04	Ausgaben für Ausstattung und Mobiliar in Brüssel	5,2	7 586 000		7 586 000
26 01 22 05	Dienstleistungen, Lieferungen und sonstige Betriebskosten in Brüssel	5,2	8 401 000		8 401 000
26 01 22 06	Gebäudeüberwachung in Brüssel	5,2	31 939 000		31 939 000
	<i>Artikel 26 01 22 — Subtotal</i>		395 846 000		395 846 000
26 01 23	Gebäude, Anlagen und Logistik (Luxemburg)				
26 01 23 01	Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg	5,2	24 539 000	– 13 000	24 526 000
26 01 23 02	Kauf und Miete von Gebäuden in Luxemburg	5,2	39 332 000		39 332 000

KOMMISSION

KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
26 01 23	<i>(Fortsetzung)</i>				
26 01 23 03	Gebäudenebenkosten in Luxemburg	5,2	17 138 000		17 138 000
26 01 23 04	Ausgaben für Ausstattung und Mobiliar in Luxemburg	5,2	1 087 000		1 087 000
26 01 23 05	Dienstleistungen, Lieferungen und sonstige Betriebskosten in Luxemburg	5,2	1 017 000		1 017 000
26 01 23 06	Gebäudeüberwachung in Luxemburg	5,2	5 862 000		5 862 000
	<i>Artikel 26 01 23 — Subtotal</i>		88 975 000	– 13 000	88 962 000
26 01 40	Sicherheit und Überwachung	5,2	7 888 000		7 888 000
26 01 60	Personalpolitik und -verwaltung				
26 01 60 01	Ärztlicher Dienst	5,2	5 463 000		5 463 000
26 01 60 02	Ausgaben für Auswahlverfahren und Personaleinstellung	5,2	1 520 000		1 520 000
26 01 60 04	Interinstitutionelle Zusammenarbeit im sozialen Bereich	5,2	6 919 000		6 919 000
26 01 60 06	Beamte des Organs, die vorübergehend bei nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen beschäftigt sind	5,2	250 000		250 000
26 01 60 07	Schadenersatz	5,2	150 000		150 000
26 01 60 08	Sonstige Versicherungen	5,2	58 000		58 000
26 01 60 09	Sprachkurse	5,2	3 417 000		3 417 000
	<i>Artikel 26 01 60 — Subtotal</i>		17 777 000		17 777 000
26 01 70	Europäische Schulen				
26 01 70 01	Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen (Brüssel)	5,1	7 530 524		7 530 524
26 01 70 02	Brüssel I (Uccle)	5,1	23 834 870		23 834 870
26 01 70 03	Brüssel II (Woluwe)	5,1	22 672 844		22 672 844
26 01 70 04	Brüssel III (Ixelles)	5,1	22 856 466		22 856 466
26 01 70 05	Brüssel IV (Laeken)	5,1	11 370 694		11 370 694
26 01 70 11	Luxemburg I	5,1	19 323 075		19 323 075
26 01 70 12	Luxemburg II	5,1	14 824 360		14 824 360
26 01 70 21	Mol (B)	5,1	5 784 399		5 784 399
26 01 70 22	Frankfurt am Main (D)	5,1	7 206 917		7 206 917
26 01 70 23	Karlsruhe (D)	5,1	2 655 164		2 655 164
26 01 70 24	München (D)	5,1	522 840		522 840
26 01 70 25	Alicante (E)	5,1	7 248 534		7 248 534
26 01 70 26	Varese (IT)	5,1	9 985 084		9 985 084
26 01 70 27	Bergen (NL)	5,1	4 097 910		4 097 910
26 01 70 28	Culham (GB)	5,1	4 350 182		4 350 182
26 01 70 31	Beitrag der Union für die Europäischen Schulen des Typs II	5,1	1 149 780		1 149 780
	<i>Artikel 26 01 70 — Subtotal</i>		165 413 643		165 413 643
	Kapitel 26 01 — Total		966 875 044	– 52 824	966 822 220

KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“ (Fortsetzung)**26 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Verwaltung der Kommission“**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
102 920 661	– 17 824	102 902 837

26 01 09 Amt für Veröffentlichungen

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
80 755 000	– 22 000	80 733 000

*Erläuterungen**Vormals Posten 26 01 09 01*

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amts für Veröffentlichungen; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage zu diesem Einzelplan zu entnehmen.

Auf der Grundlage der analytischen Buchführungsdaten des Amts werden die Kosten für seine Dienstleistungen für die einzelnen Organe wie folgt veranschlagt:

Europäisches Parlament	7 483 950	9,27 %
Rat	8 105 593	10,04 %
Kommission	45 856 344	56,80 %
Gerichtshof	4 973 153	6,16 %
Rechnungshof	1 493 561	1,85 %
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	1 106 042	1,37 %
Ausschuss der Regionen	879 989	1,09 %
Sonstiges	10 834 368	13,42 %
Insgesamt	80 733 000	100,00 %

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 4 550 000 EUR veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2009/496/EG, Euratom des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere die Artikel 195 und 200.

KOMMISSION

KAPITEL 26 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „VERWALTUNG DER KOMMISSION“ (Fortsetzung)**26 01 23 Gebäude, Anlagen und Logistik (Luxemburg)**

26 01 23 01 Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
24 539 000	– 13 000	24 526 000

Erläuterungen

Bei dem hier eingesetzten Betrag handelt es sich um die Mittel des Amtes für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg; Einzelheiten hierzu sind einer spezifischen Anlage dieses Einzelplans zu entnehmen.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 990 000 EUR veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2003/524/EG der Kommission vom 6. November 2002 über die Errichtung des Amtes für Gebäude, Anlagen und Logistik Luxemburg (ABl. L 183 vom 22.7.2003, S. 40).

KAPITEL 26 02 — MULTIMEDIAPRODUKTION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
26 02	MULTIMEDIAPRODUKTION							
26 02 01	<i>Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge</i>	1,1	10 890 000	10 022 520		– 250 000	10 890 000	9 772 520
	Kapitel 26 02 — Total		10 890 000	10 022 520		– 250 000	10 890 000	9 772 520

26 02 01 Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
10 890 000	10 022 520		– 250 000	10 890 000	9 772 520

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für

- die Sammlung, Bearbeitung, Veröffentlichung und Verbreitung von Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge von Auftraggebern in der Union und in Drittstaaten auf verschiedenen Trägern sowie für deren Aufnahme in die Dienste des eProcurement, die den Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern von den Organen angeboten werden. Darunter fallen die Ausgaben für die Übersetzung der von den Organen ausgeschriebenen öffentlichen Aufträge,
- die Förderung und den Einsatz neuer Technologien für die Sammlung und Verbreitung von Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge auf elektronischem Wege,
- die Entwicklung und Nutzung von Diensten des eProcurement für die Phasen der Auftragsvergabe.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 40 000 EUR veranschlagt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 385).

Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften (ABl. 17 vom 6.10.1958, S. 419).

Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) (ABl. L 199 vom 31.7.1985, S. 1).

Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 33).

Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. L 76 vom 23.3.1992, S. 14).

KOMMISSION

KAPITEL 26 02 — MULTIMEDIAPRODUKTION (Fortsetzung)**26 02 01** (Fortsetzung)

Beschluss 94/1/EGKS, EG des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluss des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten sowie der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen, dem Königreich Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 1).

Beschluss 94/800/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Abschluss der Übereinkünfte im Rahmen der multilateralen Uruguay-Runde (1986-1994) im Namen der Europäischen Gemeinschaft in Bezug auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche (ABl. L 336 vom 23.12.1994, S. 1), geändert durch das Urteil des Gerichtshofs vom 10. März 1998, Rechtssache C-122/95, Slg. 1998, I-973.

Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1).

Beschluss 2002/309/EG, Euratom des Rates und — bezüglich des Abkommens über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit — der Kommission vom 4. April 2002 über den Abschluss von sieben Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft (ABl. L 114 vom 30.4.2002, S. 1), insbesondere das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) (ABl. L 340 vom 16.12.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 1).

Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 1).

Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (ABl. L 134 vom 30.4.2004, S. 114).

Entscheidung 2005/15/EG der Kommission vom 7. Januar 2005 über die Durchführungsmodalitäten für das Verfahren nach Artikel 30 der Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABl. L 7 vom 11.1.2005, S. 7).

Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 19).

Beschluss 2007/497/EG der Europäischen Zentralbank vom 3. Juli 2007 über die Festlegung der Vergaberegeln (EZB/2007/5) (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 34).

Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 31.10.2008, S. 3).

KAPITEL 26 02 — MULTIMEDIAPRODUKTION *(Fortsetzung)***26 02 01** *(Fortsetzung)*

Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76).

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 842/2011 der Kommission vom 19. August 2011 zur Einführung von Standardformularen für die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen im Rahmen von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1564/2005 (ABl. L 222 vom 27.8.2011, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1251/2011 der Kommission vom 30. November 2011 zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG, 2004/18/EG und 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für die Anwendung auf Verfahren zur Auftragsvergabe (ABl. L 319 vom 2.12.2011, S. 43).

Richtlinie 2013/16/EU des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Richtlinien im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 184).

KOMMISSION

KAPITEL 26 03 — DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
26 03	DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER							
26 03 01	Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen							
26 03 01 01	Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen	1,1	23 700 000	13 894 437		10 000 000	23 700 000	23 894 437
26 03 01 02	Abschluss früher IDA- und IDABC-Programme	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 26 03 01 — Subtotal</i>		23 700 000	13 894 437		10 000 000	23 700 000	23 894 437
26 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
26 03 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Öffentliche Verwaltung und Erasmus	5,2	p.m.	300 000			p.m.	300 000
	<i>Artikel 26 03 77 — Subtotal</i>		p.m.	300 000			p.m.	300 000
	Kapitel 26 03 — Total		23 700 000	14 194 437		10 000 000	23 700 000	24 194 437

*Erläuterungen***26 03 01 Netze für den Datenaustausch zwischen Verwaltungen**

26 03 01 01 Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 700 000	13 894 437		10 000 000	23 700 000	23 894 437

Erläuterungen

Mit Beschluss Nr. 922/2009/EG wurde ein Programm über Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) eingerichtet, das als Folgeinitiative zu dem im Dezember 2009 auslaufenden IDABC-Programm gedacht war.

Das Programm ISA zielt darauf ab, eine wirksame und effiziente grenz- und sektorübergreifende elektronische Interaktion zwischen europäischen Behörden zu erleichtern, um so die Erbringung elektronischer öffentlicher Dienstleistungen zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund muss das Programm ISA einen Beitrag zur Erstellung des organisatorischen, finanziellen und betrieblichen Rahmens leisten, indem die Verfügbarkeit gemeinsamer Rahmen, gemeinsamer Dienste und allgemeiner Instrumente gewährleistet und eine verstärkte Sensibilisierung für die Aspekte der Informations- und Kommunikationstechnologie von Rechtsvorschriften der Union bewirkt werden.

Das Programm ISA leistet somit einen Beitrag zur Stärkung und Umsetzung der Politiken und Rechtsvorschriften der Union.

Das Programm wird in enger Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Mitgliedstaaten und betreffenden Sektoren im Rahmen von Studien, Projekten und flankierenden Maßnahmen durchgeführt.

KAPITEL 26 03 — DIENSTE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN, UNTERNEHMEN UND BÜRGER *(Fortsetzung)***26 03 01** *(Fortsetzung)***26 03 01 01** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Kandidatenländern und, sofern zutreffend, potenziellen Kandidaten unter den westlichen Balkanstaaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2004/387/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über die interoperable Erbringung europaweiter elektronischer Behördendienste (eGovernment-Dienste) für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger (IDABC) (ABl. L 181 vom 18.5.2004, S. 25).

Beschluss Nr. 922/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen (ISA) (ABl. L 260 vom 3.10.2009, S. 20).

KOMMISSION

TITEL 27
HAUSHALT

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
27 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“	67 186 613	67 186 613	– 7 043	– 7 043	67 179 570	67 179 570
27 02	HAUSHALTsvOLLZUG, KON- TROLLE UND ENTlastUNG	28 600 000	28 600 000			28 600 000	28 600 000
	Titel 27 — Total	95 786 613	95 786 613	– 7 043	– 7 043	95 779 570	95 779 570

TITEL 27

HAUSHALT

KAPITEL 27 01 — VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
27 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „HAUSHALT“				
27 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Haushalt“	5,2	40 668 649	– 7 043	40 661 606
27 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Haushalt“				
27 01 02 01	Externes Personal der Generaldirektion „Haushalt“	5,2	4 308 961		4 308 961
27 01 02 09	Externes Personal — Nicht dezentrale Verwaltung	5,2	4 879 130		4 879 130
27 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben der Generaldirektion „Haushalt“	5,2	7 023 008		7 023 008
27 01 02 19	Sonstige Verwaltungsausgaben — Nicht dezentrale Verwaltung	5,2	7 044 430		7 044 430
	Artikel 27 01 02 — Subtotal		23 255 529		23 255 529
27 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Haushalt“	5,2	2 632 435		2 632 435
27 01 07	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten im Politikbereich „Haushalt“	5,2	150 000		150 000
27 01 11	Außergewöhnliche Ausgaben in Krisensituationen	5,2	p.m.		p.m.
27 01 12	Rechnungsführung				
27 01 12 01	Finanzkosten	5,2	350 000		350 000
27 01 12 02	Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Kassenmittel	5,2	p.m.		p.m.
27 01 12 03	Ankauf von finanziellen Auskünften über die Solvabilität von Empfängern von Mitteln aus dem Gesamthaushaltsplan der Union und von Schuldner der Kommission	5,2	130 000		130 000
	Artikel 27 01 12 — Subtotal		480 000		480 000
	Kapitel 27 01 — Total		67 186 613	– 7 043	67 179 570

27 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Haushalt“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
40 668 649	– 7 043	40 661 606

KOMMISSION

TITEL 28**AUDIT**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
28 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „AUDIT“	11 633 979	– 1 713	11 632 266
	Titel 28 — Total	11 633 979	– 1 713	11 632 266

TITEL 28

AUDIT

KAPITEL 28 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „AUDIT“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
28 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „AUDIT“				
28 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Audit“	5,2	9 892 374	– 1 713	9 890 661
28 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Audit“				
28 01 02 01	Externes Personal	5,2	627 472		627 472
28 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	473 811		473 811
	Artikel 28 01 02 — Subtotal		1 101 283		1 101 283
28 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Audit“	5,2	640 322		640 322
	Kapitel 28 01 — Total		11 633 979	– 1 713	11 632 266

28 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Audit“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
9 892 374	– 1 713	9 890 661

KOMMISSION

TITEL 29
STATISTIK

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
29 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHES „STATISTIK“	78 503 632	78 503 632	– 10 903	– 10 903	78 492 729	78 492 729
29 02	EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM	53 391 000	73 569 226		– 21 166 809	53 391 000	52 402 417
	Titel 29 — Total	131 894 632	152 072 858	– 10 903	– 21 177 712	131 883 729	130 895 146

TITEL 29

STATISTIK

KAPITEL 29 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „STATISTIK“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
29 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „STATISTIK“				
29 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Statistik“	5,2	62 951 473	– 10 903	62 940 570
29 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Statistik“				
29 01 02 01	Externes Personal	5,2	5 090 461		5 090 461
29 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	3 486 921		3 486 921
	Artikel 29 01 02 — Subtotal		8 577 382		8 577 382
29 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Statistik“	5,2	4 074 777		4 074 777
29 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Statistik“				
29 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Europäische Statistische Programm	1,1	2 900 000		2 900 000
	Artikel 29 01 04 — Subtotal		2 900 000		2 900 000
	Kapitel 29 01 — Total		78 503 632	– 10 903	78 492 729

29 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Statistik“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
62 951 473	– 10 903	62 940 570

KOMMISSION

KAPITEL 29 02 — EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
29 02	EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM							
29 02 01	<i>Bereitstellung hochwertiger statistischer Information, Einführung neuer Methoden zur Erstellung europäischer Statistiken und Intensivierung der Partnerschaft mit dem Europäischen Statistischen System</i>	1,1	53 391 000	30 701 655		– 11 294 249	53 391 000	19 407 406
29 02 51	<i>Abschluss von Statistik-Programmen (aus der Zeit vor 2013)</i>	1,1	p.m.	37 604 613		– 9 872 560	p.m.	27 732 053
29 02 52	<i>Abschluss des Programms zur Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik (MEETS)</i>	1,1	p.m.	5 262 958			p.m.	5 262 958
	Kapitel 29 02 — Total		53 391 000	73 569 226		– 21 166 809	53 391 000	52 402 417

29 02 01 *Bereitstellung hochwertiger statistischer Information, Einführung neuer Methoden zur Erstellung europäischer Statistiken und Intensivierung der Partnerschaft mit dem Europäischen Statistischen System*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
53 391 000	30 701 655		– 11 294 249	53 391 000	19 407 406

Erläuterungen

Vormals Artikel 29 02 05

Diese Mittel dienen zur Deckung der folgenden Ausgaben:

- statistische Datenerfassung und Erhebungen, Studien und Erarbeitung von Indikatoren und Benchmarks,
- Qualitätsstudien und Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Statistiken,
- Verarbeitung, Verbreitung, Förderung und Vermarktung statistischer Informationen,
- Entwicklung und Wartung von statistischer Infrastruktur sowie statistischen Informationssystemen,
- Entwicklung und Wartung der IT-Infrastruktur, die der Neugestaltung des statistischen Produktionsprozesses dient,
- risikobasierte Kontrollarbeiten an den Standorten von Einrichtungen in den Mitgliedstaaten, die an der Produktion statistischer Informationen beteiligt sind, insbesondere zur Förderung der wirtschaftlichen Governance der Union,
- Förderung von kooperativen Netzen und Unterstützung von Organisationen, deren Hauptziel und wichtigste Tätigkeit die Förderung und Unterstützung der Umsetzung des Verhaltenskodexes für europäische Statistiken und die Durchführung neuer Methoden der Produktion europäischer Statistiken sind,

KAPITEL 29 02 — EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM *(Fortsetzung)***29 02 01** *(Fortsetzung)*

- Gutachten unabhängiger Sachverständiger,
- statistische Schulungskurse für Statistiker,
- Einkauf von Dokumentationen,
- Zuschüsse für und Beiträge an internationale statistische Vereinigungen.

Die Mittel dienen ferner zur Beschaffung der erforderlichen Informationen für die Erstellung eines zusammenfassenden Jahresberichts über die wirtschaftliche und soziale Lage der Union auf der Grundlage von Wirtschaftsdaten und Strukturindikatoren und -Benchmarks.

Veranschlagt sind ferner die Kosten im Rahmen der Ausbildung nationaler Statistiker und der Politik der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Statistik sowie die Ausgaben für den Beamtenaustausch, Kosten von Informationssitzungen und Erstattungsansprüchen für im Rahmen der Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Union erbrachte Dienstleistungen.

Ebenfalls bei diesem Artikel eingesetzt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Ankauf von Daten und den Zugang für Dienststellen der Kommission zu externen Datenbanken.

Zusätzlich sollten die Mittel für die Entwicklung neuer, modularer Methoden eingesetzt werden.

Außerdem sind Mittel zur Deckung für die auf Antrag der Kommission oder anderer Organe der Union zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Ausgaben der Union bestimmt. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanz- und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision des mehrjährigen Finanzrahmens) verbessert, und mittelfristig und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Union zusammengetragen.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 99/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über das Europäische Statistische Programm 2013-2017 (ABl. L 39 vom 9.2.2013, S. 12).

KOMMISSION

KAPITEL 29 02 — EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM (Fortsetzung)**29 02 51 Abschluss von Statistik-Programmen (aus der Zeit vor 2013)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	37 604 613		– 9 872 560	p.m.	27 732 053

Erläuterungen

Vormals Artikel 29 02 01, 29 02 02 und 29 02 03

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Aus den Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Teilnahme an Programmen der Union, die bei Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können zusätzliche Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken (ABl. L 52 vom 22.2.1997, S. 1).

Entscheidung Nr. 507/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über ein Maßnahmenpaket betreffend das transeuropäische Netz für die Sammlung, Erstellung und Verbreitung der Statistiken über den inner- und außergemeinschaftlichen Warenverkehr (Edicom) (ABl. L 76 vom 16.3.2001, S. 1).

Entscheidung Nr. 2367/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über das Statistische Programm der Gemeinschaft 2003-2007 (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 1578/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 über das Statistische Programm der Gemeinschaft 2008 bis 2012 (ABl. L 344 vom 28.12.2007, S. 15).

Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164).

TITEL 31
SPRACHENDIENSTE

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
31 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“	387 659 143	– 54 338	387 604 805
	Titel 31 — Total	387 659 143	– 54 338	387 604 805

KOMMISSION

TITEL 31

SPRACHENDIENSTE

KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
31 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „SPRACHENDIENSTE“				
31 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Sprachendienste“	5,2	313 758 133	– 54 338	313 703 795
31 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Sprachendienste“				
31 01 02 01	Externes Personal	5,2	10 142 957		10 142 957
31 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	4 778 845		4 778 845
	Artikel 31 01 02 — Subtotal		14 921 802		14 921 802
31 01 03	IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen sowie sonstige operative Ausgaben des Politikbereichs „Sprachendienste“				
31 01 03 01	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Sprachendienste“	5,2	20 309 208		20 309 208
31 01 03 04	Technische Ausrüstung und Dienstleistungen für die Konferenzräume der Kommission	5,2	1 783 000		1 783 000
	Artikel 31 01 03 — Subtotal		22 092 208		22 092 208
31 01 07	Ausgaben für Dolmetscher				
31 01 07 01	Ausgaben für Dolmetscher	5,2	18 978 000		18 978 000
31 01 07 02	Aus- und Fortbildung von Konferenzdolmetschern	5,2	423 000		423 000
31 01 07 03	Informationstechnologie-Ausgaben der Generaldirektion „Dolmetschen“	5,2	1 256 000		1 256 000
	Artikel 31 01 07 — Subtotal		20 657 000		20 657 000
31 01 08	Ausgaben für Übersetzungen				
31 01 08 01	Ausgaben für Übersetzungen	5,2	13 800 000		13 800 000
31 01 08 02	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten der Generaldirektion „Übersetzung“	5,2	1 790 000		1 790 000
	Artikel 31 01 08 — Subtotal		15 590 000		15 590 000
31 01 09	Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Sprachenbereich	5,2	640 000		640 000
31 01 10	Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union	5,2	p.m.		p.m.
	Kapitel 31 01 — Total		387 659 143	– 54 338	387 604 805

KAPITEL 31 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „SPRACHENDIENSTE“ (Fortsetzung)**31 01 01 *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Sprachendienste“***

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
313 758 133	– 54 338	313 703 795

KOMMISSION

TITEL 32**ENERGIE**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
32 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“	62 269 517	62 269 517	– 8 220	– 8 220	62 261 297	62 261 297
32 02	KONVENTIONELLE UND ER-NEUERBARE ENERGIE	424 037 500	108 237 427		65 000 000	424 037 500	173 237 427
32 03	KERNENERGIE	154 183 000	199 700 000			154 183 000	199 700 000
32 04	HORIZONT 2020 — FOR-SCHUNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR	292 962 845	217 823 316			292 962 845	217 823 316
	Titel 32 — Total	933 452 862	588 030 260	– 8 220	64 991 780	933 444 642	653 022 040

TITEL 32**ENERGIE****KAPITEL 32 01 — VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
32 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“				
32 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Energie“	5,2	47 463 411	– 8 220	47 455 191
32 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Energie“				
32 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 583 194		2 583 194
32 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	1 897 388		1 897 388
	Artikel 32 01 02 — Subtotal		4 480 582		4 480 582
32 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen des Politikbereichs „Energie“	5,2	3 072 253		3 072 253
32 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Energie“				
32 01 04 01	Unterstützungsausgaben für die Fazilität „Connecting Europe“ — Energie	1,1	2 728 000		2 728 000
32 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Hilfsprogramm für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen	1,1	p.m.		p.m.
	Artikel 32 01 04 — Subtotal		2 728 000		2 728 000
32 01 05	Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Energie“				
32 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	1 806 884		1 806 884
32 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	890 467		890 467
32 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	1 729 920		1 729 920
	Artikel 32 01 05 — Subtotal		4 427 271		4 427 271
32 01 07	Beitrag der Europäischen Atomgemeinschaft zur Versorgungsagentur	5,2	98 000		98 000
	Kapitel 32 01 — Total		62 269 517	– 8 220	62 261 297

32 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Energie“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
47 463 411	– 8 220	47 455 191

KOMMISSION

KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
32 02	KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIE							
32 02 01	Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“							
32 02 01 01	Förderung der Integration des Energiebinnenmarkts und der Netzinteroperabilität durch Infrastrukturmaßnahmen	1,1	122 042 833	p.m.			122 042 833	p.m.
32 02 01 02	Erhöhung der Versorgungssicherheit, der Systemresistenz und der Sicherheit des Systembetriebs durch Infrastrukturmaßnahmen	1,1	122 042 833	p.m.			122 042 833	p.m.
32 02 01 03	Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes durch Infrastrukturmaßnahmen	1,1	122 042 834	p.m.			122 042 834	p.m.
32 02 01 04	Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte	1,1	40 771 000	p.m.			40 771 000	p.m.
	Artikel 32 02 01 — Subtotal		406 899 500	p.m.			406 899 500	p.m.
32 02 02	Unterstützende Tätigkeiten für die Europäische Energiepolitik und den Energiebinnenmarkt	1,1	4 900 000	1 482 073			4 900 000	1 482 073
32 02 03	Sicherheit der Energieanlagen und -infrastrukturen	1,1	300 000	190 000			300 000	190 000
32 02 10	Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)	1,1	10 188 000	10 188 000			10 188 000	10 188 000
32 02 51	Abschluss der finanziellen Unterstützung von Projekten des trans-europäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind	1,1	p.m.	9 753 197			p.m.	9 753 197
32 02 52	Abschluss von Energievorhaben zur Konjunkturbelebung	1,1	—	85 259 157		65 000 000	—	150 259 157
32 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
32 02 77 01	Pilotprojekt zur Sicherheit der Energieversorgung — Schiefergas	1,1	—	140 000			—	140 000
32 02 77 02	Vorbereitende Aktion — Mechanismen der Zusammenarbeit bei der Durchführung der Richtlinie 2009/28/EG über Energie aus erneuerbaren Quellen	2	—	350 000			—	350 000
32 02 77 03	Pilotprojekt — Förderung der Bewahrung natürlicher Ressourcen und Bekämpfung des Klimawandels durch verstärkte Nutzung der Solarenergie (Solarthermie und Photovoltaik)	2	—	—			—	—

KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
32 02 77	(Fortsetzung)							
32 02 77 04	Pilotprojekt — Europäisches Rahmenprogramm für die Entwicklung und den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung	1,1	—	p.m.			—	p.m.
32 02 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Inseln für eine gemeinsame Energiepolitik	1,1	—	p.m.			—	p.m.
32 02 77 06	Pilotprojekt — Technisch-wirtschaftliche Modelle für Fernwärmenetze aus mehreren Quellen	2	1 750 000	875 000			1 750 000	875 000
	<i>Artikel 32 02 77 — Subtotal</i>		1 750 000	1 365 000			1 750 000	1 365 000
	Kapitel 32 02 — Total		424 037 500	108 237 427		65 000 000	424 037 500	173 237 427

32 02 52 Abschluss von Energievorhaben zur Konjunkturbelebung

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	85 259 157		65 000 000	—	150 259 157

Erläuterungen

Vormals Posten 32 04 14 01, 32 04 14 02, 32 04 14 03 und 32 04 14 04

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 663/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 31).

KOMMISSION

TITEL 33
JUSTIZ

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
33 01	VERWALTUNGS AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „JUSTIZ“	41 753 064	41 753 064	– 5 711	– 5 711	41 747 353	41 747 353
33 02	GRUNDRECHTE UND UNIONS- BÜRGERSCHAFT	83 943 081	84 300 081		– 7 177 700	83 943 081	77 122 381
33 03	JUSTIZ	77 718 671	66 973 671			77 718 671	66 973 671
	Titel 33 — Total	203 414 816	193 026 816	– 5 711	– 7 183 411	203 409 105	185 843 405

TITEL 33**JUSTIZ****KAPITEL 33 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „JUSTIZ“**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
33 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „JUSTIZ“				
33 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Justiz“	5,2	32 974 581	– 5 711	32 968 870
33 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Justiz“				
33 01 02 01	Externes Personal	5,2	3 072 252		3 072 252
33 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	1 271 824		1 271 824
	Artikel 33 01 02 — Subtotal		4 344 076		4 344 076
33 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Justiz“	5,2	2 134 407		2 134 407
33 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Justiz“				
33 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Programm „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“	3	1 100 000		1 100 000
33 01 04 02	Unterstützungsausgaben für das Programm „Justiz“	3	1 200 000		1 200 000
	Artikel 33 01 04 — Subtotal		2 300 000		2 300 000
	Kapitel 33 01 — Total		41 753 064	– 5 711	41 747 353

33 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Justiz“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
32 974 581	– 5 711	32 968 870

KOMMISSION

KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
33 02	GRUNDRECHTE UND UNIONS- BÜRGERSCHAFT							
33 02 01	Grundrechtsschutz und Stärkung der Bürgerteilhabe	3	23 007 000	5 467 000		– 2 000 000	23 007 000	3 467 000
33 02 02	Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung	3	31 151 000	7 284 000		– 5 177 700	31 151 000	2 106 300
33 02 06	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte	3	21 109 000	21 109 000			21 109 000	21 109 000
33 02 07	Europäisches Institut für Gleich- stellungsfragen	3	6 776 081	6 776 081			6 776 081	6 776 081
33 02 51	Abschluss der Maßnahmen im Bereich Rechte, Unionsbürger- schaft und Gleichberechtigung	3	p.m.	41 333 000			p.m.	41 333 000
33 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
33 02 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Euro- päische Zusammenarbeit zwischen den für Kinderrechte zuständigen nationalen und internationalen Be- hörden und der Zivilgesellschaft, die sich für die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes ein- setzt	3	—	—			—	—
33 02 77 02	Pilotprojekt — Europaweite Ein- führung eines Frühwarnsystems für Kindesentführungen oder das Ver- schwinden von Kindern	3	—	—			—	—
33 02 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Ver- einheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften im Bereich ge- schlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Kinder	3	—	—			—	—
33 02 77 04	Pilotprojekt — Europaweite Me- thodik zur Entwicklung einer evi- denzbasierten Politik zum Schutz der Kinderrechte	3	p.m.	637 000			p.m.	637 000
33 02 77 05	Pilotprojekt — Beschäftigung von Menschen aus dem autistischen Spektrum	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
33 02 77 06	Pilotprojekt — Entwicklung von Indikatoren zur Messung der Um- setzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene	3	p.m.	425 000			p.m.	425 000
33 02 77 07	Pilotprojekt — Gebärdensprachen- anwendung und -dienst in Echtzeit in der Europäischen Union	3	p.m.	319 000			p.m.	319 000

KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
33 02 77	(Fortsetzung)							
33 02 77 08	Pilotprojekt — Wissensplattform für Fachkräfte, die mit weiblicher Genitalverstümmelung zu tun haben	3	900 000	450 000			900 000	450 000
33 02 77 09	Pilotprojekt — Aufbau von Kapazitäten in der Zivilgesellschaft der Roma und Stärkung ihrer Beteiligung an der Überwachung der nationalen Strategien zur Integration der Roma	3	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
	Artikel 33 02 77 — Subtotal		1 900 000	2 331 000			1 900 000	2 331 000
	Kapitel 33 02 — Total		83 943 081	84 300 081		– 7 177 700	83 943 081	77 122 381

Erläuterungen

Das neue Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft“ ist der Nachfolger der drei früheren Programme „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“, „Daphne III“ und der Bereiche „Nichtdiskriminierung und Vielfalt“ und „Gleichstellung der Geschlechter“ des Programms für „Beschäftigung und soziale Solidarität“ („Progress“). Mit dem Programm wird das Ziel verfolgt, zur Schaffung eines Bereichs beizutragen, in dem die Rechte von Menschen gefördert und geschützt werden, indem die Wahrnehmung der auf der Unionsbürgerschaft basierenden Rechte gestärkt wird und die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Gleichberechtigung sowie der Schutz vor allen Arten von Gewalt gefördert werden, zum Schutz personenbezogener Daten beigetragen wird und der Schutz der Rechte des Kindes und die auf den Vorschriften der Union zum Verbraucherschutz basierenden Rechte gestärkt werden.

33 02 01**Grundrechtsschutz und Stärkung der Bürgerteilhabe**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 007 000	5 467 000		– 2 000 000	23 007 000	3 467 000

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Die Mittel dienen folgenden Zielen: Beitrag zur besseren Wahrnehmung der sich aus der Unionsbürgerschaft ergebenden Rechte, Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus für personenbezogene Daten, stärkere Achtung der Rechte des Kindes, Beitrag zum Schutz vor und zur Bekämpfung von allen Arten von Gewalt gegen Frauen, Durchsetzung der aus dem EU-Verbraucherrecht erwachsenden Rechte und Förderung der unternehmerischen Freiheit im Binnenmarkt durch Unterstützung des grenzübergreifenden Geschäftsverkehrs, damit Verbraucher und Unternehmen im Vertrauen auf ihre Rechte am Geschäftsverkehr im Binnenmarkt teilnehmen können.

In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

- bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,
- Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,

KOMMISSION

KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT *(Fortsetzung)***33 02 01** *(Fortsetzung)*

- Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens aller Beteiligten,
- besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die die Wahrnehmung der durch den Unionsvertrag, die Grundrechtecharta und das sekundäre Unionsrecht garantierten Rechte und Grundsätze beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

- analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;
- Schulungsmaßnahmen, unter anderem Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen;
- wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;
- Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 62), insbesondere Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben e bis i.

KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT (Fortsetzung)**33 02 02 Förderung von Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
31 151 000	7 284 000		– 5 177 700	31 151 000	2 106 300

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Die Mittel sind zur Förderung der effektiven Anwendung der Grundsätze der Nichtdiskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung einschließlich der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Rechte älterer Menschen bestimmt.

In diesem Zusammenhang dienen die Mittel der Unterstützung von Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktbereichen:

- bessere Aufklärung und Erweiterung der Kenntnisse über das Unionsrecht und die Unionspolitiken,
- Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken,
- Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, Vermittlung gegenseitigen Wissens und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens aller Beteiligten,
- besseres Erkennen und Verständnis potenzieller Probleme, die die Wahrnehmung der durch den Unionsvertrag, die Grundrechtecharta und das sekundäre Unionsrecht garantierten Rechte und Grundsätze beeinträchtigen können, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und die Rechtsetzung auf Fakten gestützt sind.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen veranschlagt:

- analytische Arbeiten wie Sammlung von Daten und Statistiken; Entwicklung gemeinsamer Methoden und gegebenenfalls gleichstellungsorientierter und auf „Gender Budgeting“ basierender Ansätze, Indikatoren oder Referenzwerte; Studien, Forschungsarbeiten, Analysen und Erhebungen; Bewertungen und Folgenabschätzungen; Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden, Berichten und Schulungsmaterial; Überprüfung und Bewertung der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Durchführung der Unionspolitiken; Workshops, Seminare, Expertentreffen, Konferenzen;
- Schulungsmaßnahmen, unter anderem Personalaustausch, Workshops, Seminare, Ausbilder-Schulungen und Entwicklung von Online- und sonstigen Schulungsmodulen;
- wechselseitiges Lernen, Zusammenarbeit sowie Aufklärung und Wissensverbreitung, darunter Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, innovativer Konzepte und Erfahrungen sowie Organisation von Peer-Reviews; Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren; Organisation von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, Medienkampagnen und -veranstaltungen, einschließlich institutioneller Kommunikation über die politischen Prioritäten der Union; Zusammenstellung und Veröffentlichung von Material zur Verbreitung sowohl von Informationen als auch von Ergebnissen des Programms; Entwicklung, Einsatz und Pflege von Informations- und Kommunikationssystemen und -Instrumenten;
- Unterstützung der Hauptakteure, unter anderem Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts und der Unionspolitiken; Unterstützung der wichtigsten Netzwerke auf Unionsebene, deren Tätigkeiten mit der Verwirklichung der Ziele dieses Programms zusammenhängen; Förderung der Netzarbeit von Facheinrichtungen und Fachorganisationen oder nationalen, regionalen und kommunalen Behörden auf Unionsebene; Finanzierung von Expertennetzen; Finanzierung von Beobachtungsstellen, die auf Unionsebene tätig sind.

KOMMISSION

KAPITEL 33 02 — GRUNDRECHTE UND UNIONSBÜRGERSCHAFT *(Fortsetzung)***33 02 02** *(Fortsetzung)*

Zu den bei diesem Artikel eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Gesamteinnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Einnahmen aus Beiträgen der Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Programmen der Union, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 62), insbesondere Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben a bis d.

TITEL 34
KLIMASCHUTZ

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
34 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“	22 161 118	22 161 118	– 2 440	– 2 440	22 158 678	22 158 678
34 02	KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE	99 310 001	20 549 907		8 828 389	99 310 001	29 378 296
	Titel 34 — Total	121 471 119	42 711 025	– 2 440	8 825 949	121 468 679	51 536 974

KOMMISSION

TITEL 34

KLIMASCHUTZ

KAPITEL 34 01 — VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
34 01	VERWALTUNGSAusGABEN IM POLITIKBEREICH „KLIMASCHUTZ“				
34 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Klimaschutz“	5,2	14 089 139	– 2 440	14 086 699
34 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Klimaschutz“				
34 01 02 01	Externes Personal	5,2	1 617 046		1 617 046
34 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 083 959		2 083 959
	Artikel 34 01 02 — Subtotal		3 701 005		3 701 005
34 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Klimaschutz“	5,2	911 974		911 974
34 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Klimaschutz“				
34 01 04 01	Unterstützungsausgaben für das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) — Teilprogramm „Klimapolitik“	2	3 459 000		3 459 000
	Artikel 34 01 04 — Subtotal		3 459 000		3 459 000
	Kapitel 34 01 — Total		22 161 118	– 2 440	22 158 678

34 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Klimaschutz“

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
14 089 139	– 2 440	14 086 699

KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen	Verpflichtun- gen	Zahlungen
34 02	KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE							
34 02 01	Senkung der Treibhausgasemissionen der Union	2	43 842 591	2 564 853		6 000 000	43 842 591	8 564 853
34 02 02	Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Union gegen den Klimawandel	2	43 842 591	1 282 426			43 842 591	1 282 426
34 02 03	Bessere Verwaltungspraxis und Information im Klimabereich auf allen Ebenen	2	9 574 819	1 939 670			9 574 819	1 939 670
34 02 04	Beteiligung an multilateralen und internationalen Klimaschutzübereinkünften	4	850 000	850 000		– 74 969	850 000	775 031
34 02 51	Abschluss früherer Klimaschutzprogramme	2	—	8 612 958		2 903 358	—	11 516 316
34 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
34 02 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Innovation als Querschnittsthemen	2	—	4 700 000			—	4 700 000
34 02 77 02	Pilotprojekt — Effizienter Einsatz der EU-Mittel zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Straßen als Leistungsindikator für REDD+-Projekte	2	1 200 000	600 000			1 200 000	600 000
	Artikel 34 02 77 — Subtotal		1 200 000	5 300 000			1 200 000	5 300 000
	Kapitel 34 02 — Total		99 310 001	20 549 907		8 828 389	99 310 001	29 378 296

34 02 01 Senkung der Treibhausgasemissionen der Union

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
43 842 591	2 564 853			43 842 591	8 564 853

*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Im Rahmen des LIFE-Programms dienen diese Mittel der Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Rolle der Kommission bei der Ausarbeitung klimapolitischer Strategien und Rechtsvorschriften und bei der Überwachung von deren Durchführung unter Berücksichtigung der nachstehenden Prioritäten:

- Gewährleistung der Umsetzung der Verpflichtungen der Europäischen Union gemäß dem Kyoto-Protokoll des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen,

KOMMISSION

KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE (Fortsetzung)**34 02 01** (Fortsetzung)

- Entwicklung neuer politischer Strategien und weitere Durchführung des Klima- und Energiepakets,
- Gewährleistung der Einführung und Nutzung von marktbasierten Instrumenten, insbesondere des Handels mit Treibhausgasemissionen, um über eine kosteneffiziente Reduzierung der Emissionen die „20/20/20“-Klimaschutz-/Energieziele der Strategie Europa 2020 und die Ziele des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und des Fahrplans für 2050 für den Übergang zu einer Wirtschaft und Gesellschaft mit niedrigem CO₂-Ausstoß zu verwirklichen.

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben der Kommission für:

- maßnahmenbezogene Zuschüsse für integrierte Projekte, Projekte der technischen Hilfe, Best-Practice-Projekte, Informations-, Sensibilisierungs- und Verbreitungsprojekte, vorbereitende Projekte, Pilot- und/oder Demonstrationsprojekte über eine jährliche Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, einschließlich der Entwicklung oder Verbreitung von Best-Practice-Techniken, Know-how und Technologien im Bereich des Klimaschutzes und der Verringerung der Treibhausgasemissionen,
- Studien und Bewertungen, Wirtschaftsanalysen und Modellierung von Szenarios,
- Verwaltungsvereinbarungen mit der GD JRC,
- Zusammenarbeit mit Eurocontrol bei der Einbeziehung der Luftfahrt in das EHS,
- Ausarbeitung innovativer und integrierter Fördermechanismen für innovative Maßnahmen und Strategien zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes, einschließlich möglicher neuer Finanzinstrumente, um das Potenzial neuer Technologien voll auszuschöpfen und weitere Mittel für die Durchführung der Klimapolitik der Union zu mobilisieren,
- Förderung der Entwicklung von Instrumenten zur Sicherung der Klimaverträglichkeit, risikobasierte Bewertung von Programmen und Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit der Anpassung an und des Widerstands gegen den Klimawandel und Förderung von Methoden zur Überwachung von klimaschutzbezogenen Ausgaben im Rahmen des Einbindungsziels des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens, demzufolge der Anteil klimabezogener Ausgaben am künftigen Unionshaushalt über die Politikbereiche hinweg auf mindestens 20 % angehoben werden soll,
- Dienstleistungen im Hinblick auf die Durchführung der Umweltpolitik und des Umweltrechts im Bereich der Klimapolitik,
- Dienstleistungen im Hinblick auf die Überwachung der Einbeziehung der Klimapolitik in andere Politikbereiche/Programme,
- Konferenzen, Seminare und Workshops mit Sachverständigen und Interessenträgern,
- Entwicklung und Pflege von Netzen, Datenbanken sowie Informations- und Computersystemen in direktem Zusammenhang mit der Umsetzung der Klimapolitik und des Klimarechts der Union und besonders Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen. Die Mittel dienen zur Finanzierung der Kosten von Entwicklung, Pflege, Betrieb und Unterstützung (Hardware, Software und Dienstleistungen) von Systemen zur Unterstützung der Politik, insbesondere des einzigen Registers der Union, des Transaktionsprotokolls der Union und des Überwachungssystems für ozonabbauende Stoffe. Eingeschlossen sind auch die Kosten für Projektmanagement, Dokumentation und Ausbildung im Zusammenhang mit diesen Systemen,

KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE (Fortsetzung)**34 02 01** (Fortsetzung)

Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen sowie deren Einrichtungen und Stellen ist möglich, soweit diese zur Erreichung der klimapolitischen Ziele erforderlich ist.

Die aus LIFE finanzierten Maßnahmen können im Wege von Zuschüssen, Finanzierungsinstrumenten oder Ausschreibungen durchgeführt werden. Das LIFE-Programm finanziert Maßnahmen und Projekte mit europäischem Mehrwert.

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 steht das LIFE-Programm den nachstehend genannten Ländern zur Teilnahme offen, die in den jeweiligen bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme dieser Länder an Unionsprogrammen festgelegt wurden:

- Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind: Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt,
- Beitrittsländer, Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen von Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen,
- Länder, auf die die Europäische Nachbarschaftspolitik Anwendung findet,
- Länder, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 933/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. L 117 vom 5.5.1999, S. 1) Mitglieder der Europäischen Umweltagentur geworden sind: Etwaige Einnahmen aus Beiträgen der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ihre Beteiligung an Unionsprogrammen, die in Posten 6 0 3 3 des Einnahmenplans veranschlagt sind, können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung führen.

Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 können aus diesen Mitteln Aktivitäten außerhalb der Union und in überseeischen Ländern und Gebieten gemäß dem Beschluss 2001/882/EG (ABl. L 314 vom 30.11.2001, S.1) finanziert werden, sofern diese Aktivitäten erforderlich sind, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Gebieten der Mitgliedstaaten, für die die Verträge gelten, durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten. Eine außerhalb der Union niedergelassene juristische Person kann an Projekten mit maßnahmenbezogenen Zuschüssen teilnehmen, sofern der das Projekt koordinierende Empfänger in der Union ansässig ist und die außerhalb der Union durchzuführende Aktivität erforderlich ist, um die Umwelt- und Klimaziele der Union zu erreichen und um die Wirksamkeit von in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen zu gewährleisten.

KOMMISSION

KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE (Fortsetzung)**34 02 01** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 614/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 185), insbesondere Artikel 14.

34 02 04 *Beteiligung an multilateralen und internationalen Klimaschutzübereinkünften*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
850 000	850 000		– 74 969	850 000	775 031

*Erläuterungen**Vormals Artikel 07 02 01 (teilweise)*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, obligatorische und freiwillige Beiträge zu einer Reihe von internationalen Übereinkommen, Protokollen und Vereinbarungen, bei denen die Union Vertragspartei ist, und vorbereitenden Arbeiten für künftige internationale Vereinbarungen unter Beteiligung der Union abzudecken.

In einigen Fällen sind Beiträge zu nachfolgenden Protokollen in den Beiträgen zum zugrunde liegenden Übereinkommen enthalten.

Rechtsgrundlagen

Entscheidung 88/540/EWG des Rates vom 14. Oktober 1988 über den Abschluss des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht und des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 297 vom 31.10.1988, S. 8).

Beschluss 94/69/EG des Rates vom 15. Dezember 1993 über den Abschluss des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (ABl. L 33 vom 7.2.1994, S. 11).

Entscheidung 2002/358/EG des Rates vom 25. April 2002 über die Genehmigung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Namen der Europäischen Gemeinschaft sowie die gemeinsame Erfüllung der daraus erwachsenden Verpflichtungen (ABl. L 130 vom 15.5.2002, S. 1).

34 02 51 *Abschluss früherer Klimaschutzprogramme*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	8 612 958		2 903 358	—	11 516 316

KAPITEL 34 02 — KLIMASCHUTZ AUF UNIONS- UND INTERNATIONALER EBENE *(Fortsetzung)***34 02 51** *(Fortsetzung)**Erläuterungen**Vormals Artikel 07 12 01*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen aus Vorjahren.

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesen Artikel eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 614/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+) (ABl. L 149 vom 9.6.2007, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 40
RESERVEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
40 01	RESERVE FÜR VERWALTUNGS- AUSGABEN	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
40 02	RESERVE FÜR FINANZINTER- VENTIONEN	573 523 000	264 342 000		– 69 567 000	573 523 000	194 775 000
40 03	NEGATIVRESERVE	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
Titel 40 — Total		573 523 000	264 342 000		– 69 567 000	573 523 000	194 775 000

TITEL 40

RESERVEN

KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
40 02	RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN							
40 02 40	Nichtgetrennte Mittel		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
40 02 41	Getrennte Mittel		117 342 000	114 342 000		– 69 567 000	117 342 000	44 775 000
40 02 42	Soforthilfereserve	9	297 000 000	150 000 000			297 000 000	150 000 000
40 02 43	Reserve für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	9	159 181 000	p.m.			159 181 000	p.m.
	Kapitel 40 02 — Total		573 523 000	264 342 000		– 69 567 000	573 523 000	194 775 000

40 02 41 Getrennte Mittel

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
117 342 000	114 342 000		– 69 567 000	117 342 000	44 775 000

Erläuterungen

Die Mittel des Titels „Reserven“ sind ausschließlich für die folgenden beiden Situationen bestimmt: a) wenn zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans für die betreffende Maßnahme noch kein Basisrechtsakt existiert; b) wenn ernsthafte Zweifel daran bestehen, ob die bei einer Haushaltslinie eingesetzten Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs ausreichen bzw. ob sie ordnungsgemäß und nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Anspruch genommen werden können. Die Mittel dieses Artikels dürfen nur nach Übertragung gemäß dem Verfahren des Artikels 27 der Haushaltsordnung verwendet werden.

Der Gesamtbetrag der Mittel schlüsselt sich auf wie folgt (Verpflichtungsermächtigungen, Zahlungsermächtigungen):

1.	Artikel	01 02 01	Koordinierung und Überwachung der und Kommunikation zur Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich zum Euro	2 000 000	2 000 000
2.	Artikel	11 03 01	Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittländergewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen	115 342 000	42 775 000
			Insgesamt	117 342 000	44 775 000

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

STELLENPLAN

Kommission**Verwaltung**

	Planstellen					
Funktions- und Besoldungsgruppe ⁽¹⁾ ⁽²⁾	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AD 16	24				24	
AD 15	190	22			190	22
AD 14	615	31			615	31
AD 13	2 095				2 095	
AD 12	992	44			992	44
AD 11	655	62			655	62
AD 10	907	21			907	21
AD 9	861	9			861	9
AD 8	1 121	16			1 121	16
AD 7	1 253	10			1 253	10
AD 6	1 321				1 321	
AD 5	1 460	6			1 460	6
AD insgesamt	11 494	221			11 494	221
AST 11	185				185	
AST 10	194	10			194	10
AST 9	577				577	
AST 8	608	12			608	12
AST 7	1 091	18			1 091	18
AST 6	645	19			645	19
AST 5	1 032	42			1 032	42
AST 4	920	20		– 10	920	10
AST 3	1 027	9			1 027	9
AST 2	473	13			473	13
AST 1	511		– 70		441	
AST insgesamt	7 263	143	– 70	– 10	7 193	133
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4				10		10
AST/SC 3						
AST/SC 2			20		20	
AST/SC 1	100		50		150	
AST/SC insgesamt	100		70	10	170	10
AD, AST und AST/SC insgesamt	18 857	364	0	0	18 857	364
Planstellen insgesamt	19 221		0		19 221	

⁽¹⁾ Im Stellenplan sind gemäß Artikel 53 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft folgende Dauerplanstellen für die Versorgungsagentur enthalten: 1 AD15-Stelle (ad personam) für den Generaldirektor der Agentur, 2 AD14-Stellen (davon eine für den Stellvertretenden Generaldirektor der Agentur), 3 AD12-Stellen, 1 AD11-Stelle, 2 AD10-Stellen, 1 AST10-Stelle, 2 AST8-Stellen, 1 AST7-Stelle, 9 AST6-Stellen, 1 AST5-Stelle und 2 AST3-Stellen.

⁽²⁾ Der Stellenplan lässt folgende Beförderungen (ad personam) zu: bis zu 25 Beförderungen von AD15 nach AD16, bis zu 21 Beförderungen von AD 14 nach AD 15, bis zu 13 Beförderungen von AD 11 nach AD 14 und 1 Beförderung von AST 8 nach AST 10.

KOMMISSION

Forschung und Innovation — Indirekte Forschung**Forschung und Innovation — Indirekte Forschung**

Funktions- und Besoldungsgruppe	Planstellen					
	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AD 16	1				1	
AD 15	19				19	
AD 14	91				91	
AD 13	289				289	
AD 12	125				125	
AD 11	51				51	
AD 10	59				59	
AD 9	79				79	
AD 8	88				88	
AD 7	73				73	
AD 6	105				105	
AD 5	110				110	
AD insgesamt	1 090				1 090	
AST 11	17				17	
AST 10	13				13	
AST 9	32				32	
AST 8	67				67	
AST 7	76				76	
AST 6	75				75	
AST 5	111				111	
AST 4	100				100	
AST 3	113				113	
AST 2	37				37	
AST 1	68		– 4		64	
AST insgesamt	709		– 4		705	
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3						
AST/SC 2						
AST/SC 1			4		4	
AST/SC insgesamt			4		4	
AD, AST und AST/SC insgesamt	1 799		0		1 799	
Planstellen insgesamt ⁽¹⁾	1 799		0		1 799	

⁽¹⁾ Der Stellenplan lässt folgende Beförderungen (ad personam) zu: 2 AD 15 nach AD 16, 1 AD 14 nach AD 15.

Ämter

Amt für Veröffentlichungen (OP)

Funktions- und Besoldungsgruppe	Amt für Veröffentlichungen (OP)					
	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AD 16	1				1	
AD 15	3				3	
AD 14	8				8	
AD 13	10				10	
AD 12	15				15	
AD 11	11				11	
AD 10	9				9	
AD 9	13				13	
AD 8	13				13	
AD 7	13				13	
AD 6	11				11	
AD 5	14				14	
AD insgesamt	121				121	
AST 11	21				21	
AST 10	23				23	
AST 9	51				51	
AST 8	41				41	
AST 7	43				43	
AST 6	79				79	
AST 5	114				114	
AST 4	89				89	
AST 3	57				57	
AST 2	16		– 2		14	
AST 1						
AST insgesamt	534		– 2		532	
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3						
AST/SC 2						
AST/SC 1			2		2	
AST/SC insgesamt			2		2	
AD, AST und AST/SC insgesamt	655		0		655	
Planstellen insgesamt	655		0		655	

KOMMISSION

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)

Funktions- und Besoldungsgruppe	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)					
	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AD 16	1				1	
AD 15	2	1			2	1
AD 14	7				7	
AD 13	20				20	
AD 12	19	18			19	18
AD 11	18				18	
AD 10	22	1			22	1
AD 9	15	16			15	16
AD 8	17	1			17	1
AD 7	14				14	
AD 6	13				13	
AD 5	17				17	
AD insgesamt	165	37			165	37
AST 11	5	5			5	5
AST 10	8	10			8	10
AST 9	15	3			15	3
AST 8	12	14			12	14
AST 7	13	1			13	1
AST 6	12	1			12	1
AST 5	18				18	
AST 4	23				23	
AST 3	23				23	
AST 2	12				12	
AST 1	4		– 2		2	
AST insgesamt	145	34	– 2		143	34
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3						
AST/SC 2						
AST/SC 1			2		2	
AST/SC insgesamt			2		2	
AD, AST und AST/SC insgesamt	310	71	0		310	71
Planstellen insgesamt	381		0		381	

Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik — Luxemburg (OIL)

Funktions- und Besoldungsgruppe	Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik — Luxemburg (OIL)					
	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AD 16						
AD 15	1				1	
AD 14	3				3	
AD 13	4				4	
AD 12	3				3	
AD 11	2				2	
AD 10	2				2	
AD 9	2				2	
AD 8	6				6	
AD 7	2				2	
AD 6	3				3	
AD 5	2				2	
AD insgesamt	30				30	
AST 11	2				2	
AST 10	2				2	
AST 9	7				7	
AST 8	8				8	
AST 7	14				14	
AST 6	16				16	
AST 5	26				26	
AST 4	23				23	
AST 3	10				10	
AST 2	1				1	
AST 1	4		– 3		1	
AST insgesamt	113		– 3		110	
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3						
AST/SC 2						
AST/SC 1			3		3	
AST/SC insgesamt			3		3	
AD, AST und AST/SC insgesamt	143		0		143	
Planstellen insgesamt	143		0		143	

KOMMISSION

ANHÄNGE

AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN**AUSGABEN**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
A2	AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN			
A2 01	VERWALTUNGSAusGABEN	73 664 000	– 22 000	73 642 000
A2 02	SPEZIELLE TÄTIGKEITEN	7 091 000		7 091 000
A2 10	RESERVEN	p.m.		p.m.
	Titel A2 — Total	80 755 000	– 22 000	80 733 000

KOMMISSION

TITEL A2
AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN

KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAusGABEN**KAPITEL A2 02 — SPEZIELLE TÄTIGKEITEN****KAPITEL A2 10 — RESERVEN**

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
A2 01 01	KAPITEL A2 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit			
	Nichtgetrennte Mittel	54 453 000	– 22 000	54 431 000
A2 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben			
A2 01 02 01	Externes Personal			
	Nichtgetrennte Mittel	2 748 000		2 748 000
A2 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	700 000		700 000
	<i>Artikel A2 01 02 — Total</i>	3 448 000		3 448 000
A2 01 03	Gebäude und Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	15 469 000		15 469 000
A2 01 50	Personalpolitik und -management			
	Nichtgetrennte Mittel	270 000		270 000
A2 01 51	Infrastrukturpolitik und -management			
	Nichtgetrennte Mittel	19 000		19 000
A2 01 60	Dokumentation und Bibliothek			
	Nichtgetrennte Mittel	5 000		5 000
	KAPITEL A2 01 — TOTAL	73 664 000	– 22 000	73 642 000
A2 02 01	KAPITEL A2 02 Herstellung			
	Nichtgetrennte Mittel	1 035 000		1 035 000
A2 02 02	Katalogisierung und Archivierung			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000		2 000 000
A2 02 03	Vertrieb und Verkaufsförderung			
	Nichtgetrennte Mittel	2 337 000		2 337 000
A2 02 04	Öffentliche Webseiten			
	Nichtgetrennte Mittel	1 719 000		1 719 000
	KAPITEL A2 02 — TOTAL	7 091 000		7 091 000
A2 10 01	KAPITEL A2 10 Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
A2 10 02	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	KAPITEL A2 10 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel A2 — Total	80 755 000	– 22 000	80 733 000

TITEL A2
AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN

KAPITEL A2 01 — VERWALTUNGSAusGABEN**A2 01 01 *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit***

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
54 453 000	– 22 000	54 431 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

- die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,
- die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,
- die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,
- die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,
- die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,
- die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,
- die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)**AUSGABEN**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
A3	EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)			
A3 01	VERWALTUNGS AUSGABEN	55 356 000	– 10 000	55 346 000
A3 02	FINANZIERUNG DER BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN	1 650 000		1 650 000
A3 03	AUSGABEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER MITGLIEDER DES ÜBERWACHUNGS AUSSCHUSSES	200 000		200 000
A3 10	RESERVEN	p.m.		p.m.
	Titel A3 — Total	57 206 000	– 10 000	57 196 000

TITEL A3

EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAusGABEN

KAPITEL A3 02 — FINANZIERUNG DER BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL A3 01			
A3 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit			
	Nichtgetrennte Mittel	38 517 000	– 10 000	38 507 000
A3 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben			
A3 01 02 01	Externes Personal			
	Nichtgetrennte Mittel	2 612 000		2 612 000
A3 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	2 689 000		2 689 000
	Artikel A3 01 02 — Total	5 301 000		5 301 000
A3 01 03	Gebäude und Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	11 520 000		11 520 000
A3 01 50	Personalpolitik und -management			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000		3 000
A3 01 51	Infrastrukturpolitik und -management			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
A3 01 60	Dokumentation und Bibliothek			
	Nichtgetrennte Mittel	15 000		15 000
	KAPITEL A3 01 — TOTAL	55 356 000	– 10 000	55 346 000
	KAPITEL A3 02			
A3 02 01	Kontrollen, Untersuchungen, Analysen und spezifische Tätigkeiten des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung			
	Nichtgetrennte Mittel	1 400 000		1 400 000
A3 02 02	Maßnahmen zum Schutz des Euro vor Fälschung			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000		50 000
A3 02 03	Informations- und Kommunikationsmaßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	200 000		200 000
	KAPITEL A3 02 — TOTAL	1 650 000		1 650 000

KOMMISSION

KAPITEL A3 03 — AUSGABEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER MITGLIEDER DES ÜBERWACHUNGSAUSSCHUSSES
KAPITEL A3 10 — RESERVEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
A3 03 01	KAPITEL A3 03			
	<i>Ausgaben für die Tätigkeit der Mitglieder des Überwachungsausschusses</i>			
	Nichtgetrennte Mittel	200 000		200 000
	KAPITEL A3 03 — TOTAL	200 000		200 000
A3 10 01	KAPITEL A3 10			
	<i>Vorläufig eingesetzte Mittel</i>			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
A3 10 02	<i>Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben</i>			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	KAPITEL A3 10 — TOTAL	p.m.		p.m.
Titel A3 — Total		57 206 000	– 10 000	57 196 000

TITEL A3
EUROPÄISCHES AMT FÜR BETRUGSBEKÄMPFUNG (OLAF)

KAPITEL A3 01 — VERWALTUNGSAusGABEN**A3 01 01 *Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit***

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
38 517 000	– 10 000	38 507 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

- die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,
- Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialleistungen,
- die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die das Organ für diese Bediensteten zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,
- die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,
- die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind,
- die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden, sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,
- die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge und Zulagen.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG**AUSGABEN**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
A7	AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG			
A7 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN	24 539 000	– 13 000	24 526 000
A7 10	RESERVEN	p.m.		p.m.
	Titel A7 — Total	24 539 000	– 13 000	24 526 000

TITEL A7

AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG

KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAusGABEN

KAPITEL A7 10 — RESERVEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL A7 01			
A7 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit			
	Nichtgetrennte Mittel	12 354 000	– 13 000	12 341 000
A7 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben			
A7 01 02 01	Externes Personal			
	Nichtgetrennte Mittel	6 562 000		6 562 000
A7 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	300 000		300 000
	Artikel A7 01 02 — Total	6 862 000		6 862 000
A7 01 03	Gebäude und Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	5 323 000		5 323 000
A7 01 50	Personalpolitik und -management			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
A7 01 51	Infrastrukturpolitik und -management			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
A7 01 60	Dokumentation und Bibliothek			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	KAPITEL A7 01 — TOTAL	24 539 000	– 13 000	24 526 000
	KAPITEL A7 10			
A7 10 01	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
A7 10 02	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	KAPITEL A7 10 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel A7 — Total	24 539 000	– 13 000	24 526 000

KOMMISSION

TITEL A7**AMT FÜR GEBÄUDE, ANLAGEN UND LOGISTIK — LUXEMBURG****KAPITEL A7 01 — VERWALTUNGSAusGABEN****A7 01 01 Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
12 354 000	– 13 000	12 341 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel ist für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben, Folgendes veranschlagt:

- die Gehälter, Vergütungen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,
- die Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten,
- die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,
- die sonstigen Zulagen und verschiedene Vergütungen,
- die Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Vergütung der Beamten und Bediensteten auf Zeit sowie die Auswirkungen der Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, die in ein anderes Land als das des Dienstortes überwiesen werden,
- die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstortes verbunden sind,
- die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen,
- die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

EINZELPLAN VII

AUSSCHUSS DER REGIONEN

AUSSCHUSS DER REGIONEN

EINNAHMEN

**Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Ausschusses der
Regionen für das Haushaltsjahr 2014**

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	87 636 531
Eigene Mittel	– 7 938 742
Ausstehender Betrag	79 697 789

AUSGABEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
1	MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG			
1 0	MITGLIEDER DER EINRICHTUNG	8 408 084		8 408 084
1 2	BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT	47 473 867	– 10 992	47 462 875
1 4	SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN	8 209 144		8 209 144
1 6	SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG	1 446 970		1 446 970
	Titel 1 — Total	65 538 065	– 10 992	65 527 073
2	GEBÄUDE, MOBILIAR, AUSTRÜSTUNGEN UND DIVERSE AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB			
2 0	GEBÄUDE UND NEBENKOSTEN	14 528 461		14 528 461
2 1	INFORMATIK, AUSTRÜSTUNGEN UND MOBILIAR: KAUF, ANMIETUNG UND WARTUNG	3 738 629		3 738 629
2 3	VERWALTUNGS AUSGABEN	358 247		358 247
2 5	SITZUNGEN UND KONFERENZEN	751 845		751 845
2 6	FACHWISSEN UND INFORMATIONEN: BESCHAFFUNG, ARCHIVIERUNG, PRODUKTION UND VERBREITUNG	2 721 284		2 721 284
	Titel 2 — Total	22 098 466		22 098 466
10	SONSTIGE AUSGABEN			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	p.m.		p.m.
10 1	RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.		p.m.
10 2	RÜCKSTELLUNG FÜR DIE ÜBERNAHME VON GEBÄUDEN	p.m.		p.m.
	Titel 10 — Total	p.m.		p.m.
	GESAMTBETRAG	87 636 531	– 10 992	87 625 539

AUSSCHUSS DER REGIONEN

TITEL 1

MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG

KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	Gehälter, Vergütungen und Zulagen			
1 0 0 0	Gehälter, Vergütungen und Zulagen			
	Nichtgetrennte Mittel	80 000		80 000
1 0 0 4	Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	8 313 084		8 313 084
	Artikel 1 0 0 — Total	8 393 084		8 393 084
1 0 5	Kurse für die Mitglieder der Einrichtung			
	Nichtgetrennte Mittel	15 000		15 000
	KAPITEL 1 0 — TOTAL	8 408 084		8 408 084
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	Bezüge und sonstige Rechte			
1 2 0 0	Bezüge und Vergütungen			
	Nichtgetrennte Mittel	47 013 867	– 10 992	47 002 875
1 2 0 2	Bezahlte Überstunden			
	Nichtgetrennte Mittel	60 000		60 000
1 2 0 4	Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	400 000		400 000
	Artikel 1 2 0 — Total	47 473 867	– 10 992	47 462 875
1 2 2	Vergütungen nach vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst			
1 2 2 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 2 2 2	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	Artikel 1 2 2 — Total	p.m.		p.m.
1 2 9	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	47 473 867	– 10 992	47 462 875

KAPITEL 1 4 — SONSTIGE BEDIENSTETE UND EXTERNE LEISTUNGEN**KAPITEL 1 6 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG**

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	Sonstige Bedienstete und externe Personen			
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete			
	Nichtgetrennte Mittel	2 054 784		2 054 784
1 4 0 2	Dolmetscherdienste			
	Nichtgetrennte Mittel	4 566 700		4 566 700
1 4 0 4	Praktika, Zuschüsse und Austausch von Beamten			
	Nichtgetrennte Mittel	760 460		760 460
1 4 0 8	Rechte bei Dienstantritt, Versetzungen, Ausscheiden aus dem Dienst sowie sonstige Ausgaben für das Personal im aktiven Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	30 000		30 000
	Artikel 1 4 0 — Total	7 411 944		7 411 944
1 4 2	Externe Leistungen			
1 4 2 0	Hilfsleistungen für den Übersetzungsdienst			
	Nichtgetrennte Mittel	347 200		347 200
1 4 2 2	Unterstützung durch Sachverständige bei den beratenden Arbeiten			
	Nichtgetrennte Mittel	450 000		450 000
	Artikel 1 4 2 — Total	797 200		797 200
1 4 9	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	8 209 144		8 209 144
	KAPITEL 1 6			
1 6 1	Personalverwaltung			
1 6 1 0	Verschiedene Ausgaben für Einstellungen			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000		50 000
1 6 1 2	Berufliche Fortbildung, Umschulung und Information des Personals			
	Nichtgetrennte Mittel	425 070		425 070
	Artikel 1 6 1 — Total	475 070		475 070
1 6 2	Dienstreisen			
	Nichtgetrennte Mittel	382 500		382 500
1 6 3	Leistungen zugunsten des Personals			
1 6 3 0	Sozialer Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	20 000		20 000
1 6 3 2	Interne sozialpolitische Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	28 500		28 500

AUSSCHUSS DER REGIONEN

KAPITEL 16 — SONSTIGE AUSGABEN FÜR DIE MITGLIEDER UND DAS PERSONAL DER EINRICHTUNG (Fortsetzung)

[illegible]

TITEL 1**MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG****KAPITEL 1 2 — BEAMTE UND BEDIENSTETE AUF ZEIT***Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 6,0 % angewandt.

1 2 0 Bezüge und sonstige Rechte**1 2 0 0 Bezüge und Vergütungen**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
47 013 867	– 10 992	47 002 875

Erläuterungen

Statut der Beamten der Europäischen Union.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Veranschlagt sind folgende Mittel für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben:

- die Gehälter, Familienzulagen, Auslands- und Expatriierungszulagen und mit den Gehältern zusammenhängende Zulagen,
- Beitrag der Institution zum gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystem (Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten),
- Pauschalzulagen für Überstunden,
- sonstige Zulagen und verschiedene Vergütungen,
- die Erstattung der Fahrtkosten für Beamte und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,
- die finanziellen Auswirkungen der Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, die in ein anderes als das Land der dienstlichen Verwendung übertragen werden,
- die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit sowie die Zahlungen, die die Einrichtung für Bedienstete auf Zeit zum Erwerb oder zur Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muss,
- die Vergütung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen,
- die Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch die Einrichtung.

Die zweckgebundenen Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Haushaltsordnung werden auf 3 000 EUR veranschlagt.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

PERSONAL

Einzelplan VII — Ausschuss der Regionen

Funktions- und Besoldungsgruppe	Ausschuss der Regionen					
	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
Sondergruppe		1				1
AD 16						
AD 15	6				6	
AD 14	21	1			21	1
AD 13	19	3			19	3
AD 12	23	2			23	2
AD 11	23	2			23	2
AD 10	17	3			17	3
AD 9	20	1			20	1
AD 8	51	2			51	2
AD 7	46	3			46	3
AD 6	65	10			65	10
AD 5	1	1			1	1
AD insgesamt	292	29			292	29
AST 11	5				5	
AST 10	5				5	
AST 9	4				4	
AST 8	11				11	
AST 7	17	3			17	3
AST 6	27				27	
AST 5	45	7			45	7
AST 4	39	1			39	1
AST 3	15	1			15	1
AST 2	28	2	– 2		26	2
AST 1	1				1	
AST insgesamt	197	14	– 2		195	14
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3						
AST/SC 2			2		2	
AST/SC 1						
AST/SC insgesamt			2		2	
AD und AST insgesamt	489	43	0		489	43
Gesamtpersonalbestand	532		0		532	

EINZELPLAN IX

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

EINNAHMEN

**Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen
Datenschutzbeauftragten für das Haushaltsjahr 2014**

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	8 267 256
Eigene Mittel	– 1 000 000
Ausstehender Betrag	7 267 256

AUSGABEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1	AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG						
1 0	MITGLIEDER DER EINRICHTUNG	1 169 013	1 169 013			1 169 013	1 169 013
1 1	PERSONAL DER EINRICHTUNG	4 777 243	4 777 243	– 5 843	– 5 843	4 771 400	4 771 400
	Titel 1 — Total	5 946 256	5 946 256	– 5 843	– 5 843	5 940 413	5 940 413
2	GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN						
2 0	GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN	2 321 000	2 321 000			2 321 000	2 321 000
	Titel 2 — Total	2 321 000	2 321 000			2 321 000	2 321 000
3	EUROPÄISCHER DATENSCHUTZAUSSCHUSS						
3 0	AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 3 — Total	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
10	SONSTIGE AUSGABEN						
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
10 1	RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 10 — Total	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	GESAMTBETRAG	8 267 256	8 267 256	– 5 843	– 5 843	8 261 413	8 261 413

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG

KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Mitglieder			
1 0 0 0	Bezüge und Vergütungen			
	Nichtgetrennte Mittel	617 459		617 459
1 0 0 1	Ansprüche bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	130 000		130 000
1 0 0 2	Übergangsgelder			
	Nichtgetrennte Mittel	296 000		296 000
1 0 0 3	Versorgungsbezüge			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000		40 000
1 0 0 4	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	11 160		11 160
	Artikel 1 0 0 — Total	1 094 619		1 094 619
1 0 1	Sonstige Ausgaben für die Mitglieder			
1 0 1 0	Berufliche Fortbildung			
	Nichtgetrennte Mittel	15 000		15 000
1 0 1 1	Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	59 394		59 394
	Artikel 1 0 1 — Total	74 394		74 394
	KAPITEL 1 0 — TOTAL	1 169 013		1 169 013
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit			
1 1 0 0	Bezüge und Vergütungen			
	Nichtgetrennte Mittel	4 000 405	– 5 843	3 994 562
1 1 0 1	Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000		50 000
1 1 0 2	Vergütete Überstunden			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 1 0 3	Außerordentliche Beihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	—		—

KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG (Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
1 1 0	(Fortsetzung)			
1 1 0 4	Vergütungen und verschiedene Beiträge bei vorzeitigem Aus- scheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 1 0 5	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	—		—
	Artikel 1 1 0 — Total	4 050 405	– 5 843	4 044 562
1 1 1	Sonstige Bedienstete			
1 1 1 0	Vertragsbedienstete			
	Nichtgetrennte Mittel	197 389		197 389
1 1 1 1	Kosten für Praktika und für den Austausch von Personal			
	Nichtgetrennte Mittel	179 428		179 428
1 1 1 2	Nach außerhalb zu vergebende Dienstleistungen und Arbeiten			
	Nichtgetrennte Mittel	51 202		51 202
	Artikel 1 1 1 — Total	428 019		428 019
1 1 2	Sonstige Ausgaben für das Personal			
1 1 2 0	Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	112 686		112 686
1 1 2 1	Ausgaben für Personaleinstellung			
	Nichtgetrennte Mittel	6 789		6 789
1 1 2 2	Berufliche Fortbildung			
	Nichtgetrennte Mittel	78 500		78 500
1 1 2 3	Sozialer Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 1 2 4	Ärztlicher Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	14 844		14 844
1 1 2 5	Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis			
	Nichtgetrennte Mittel	80 000		80 000
1 1 2 6	Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Personals und sonstige soziale Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	6 000		6 000
	Artikel 1 1 2 — Total	298 819		298 819
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	4 777 243	– 5 843	4 771 400
	Titel 1 — Total	5 946 256	– 5 843	5 940 413

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

TITEL 1**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG****KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG***Erläuterungen*

Auf die Mittelansätze in diesem Kapitel wurde ein Pauschalabschlag von 1,1 % angewandt.

1 1 0 Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit**1 1 0 0 Bezüge und Vergütungen**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014	Neuer Betrag
4 000 405	– 5 843	3 994 562

Erläuterungen

Statut der Beamten der Europäischen Union und Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union.

Diese Mittel dienen zur Deckung

- des Grundgehalts der Beamten und Bediensteten auf Zeit,
- der Familienzulagen, einschließlich der Haushaltszulage, der Zulage für unterhaltsberechtigten Kinder und der Erziehungszulage,
- der Auslands- und Expatriierungszulagen,
- des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung, an der Unfallversicherung und der Versicherung gegen Berufskrankheiten,
- des Beitrags der Einrichtung zur Finanzierung des Arbeitslosenonderfonds,
- der von der Einrichtung zu leistenden Zahlungen für die Bediensteten auf Zeit, um Rentenansprüche in ihrem Herkunftsland zu schaffen oder aufrechtzuerhalten,
- der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter angewandt werden, und des Teils der Bezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird,
- der Geburtszulage,
- der Pauschalvergütung für die Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort,
- der Mietzulage und der Fahrkostenzulage, der Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten,
- der Pauschalabgeltung für Fahrkosten,
- der Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter.

PERSONAL**Einzelplan IX — Europäischer Datenschutzbeauftragter**

Funktions- und Besoldungsgruppe	Europäischer Datenschutzbeauftragter					
	2014		2014			
	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2014		Geänderter Haushaltsplan 2014	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
Sondergruppe						
AD 16	—				—	
AD 15	1				1	
AD 14	—				—	
AD 13	2				2	
AD 12	1				1	
AD 11	—				—	
AD 10	3				3	
AD 9	7				7	
AD 8	7				7	
AD 7	7				7	
AD 6	3				3	
AD 5	—				—	
AD insgesamt	31				31	
AST 11	1				1	
AST 10	—				—	
AST 9	—				—	
AST 8	2				2	
AST 7	1				1	
AST 6	—				—	
AST 5	5				5	
AST 4	2				2	
AST 3	3		– 1		2	
AST 2	—				—	
AST 1	—				—	
AST insgesamt	14		– 1		13	
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3			1		1	
AST/SC 2						
AST/SC 1						
AST/SC insgesamt			1		1	
Gesamtzahl	45		0		45	
Planstellen insgesamt	45		0		45	

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2015/367**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 ⁽²⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽³⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, der am 20. November 2013 endgültig erlassen wurde ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 9. Juli 2014 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2014 zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014, das von der Kommission am 16. Oktober 2014 angenommen wurde,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014, der vom Rat am 12. Dezember 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am gleichen Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 17. Dezember 2014,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

Einzigster Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg am 17. Dezember 2014.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽³⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 51 vom 20.2.2014.

BERICHTIGUNGS-HAUSHALTSPLAN Nr. 3 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014**INHALT**

Seite

GESAMTEINNAHMEN

A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	368
B. Einnahmen nach Haushaltslinien Einnahmen nach Haushaltslinien	380
— Titel 1: Eigene Mittel	381
— Titel 3: Überschüsse, Salden und Anpassungen	389
— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbussen	393

EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Einzelplan III: Kommission	396
— Einnahmen	397
— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbussen	398
— Ausgaben	401
— Titel 11: Maritime Angelegenheiten und Fischerei	403
— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung	436
— Titel 23: Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz	448
— Titel 40: Reserven	452
Einzelplan IX: Europäischer Datenschutzbeauftragter	454
— Ausgaben	456
— Titel 1: Ausgaben für mitglieder und personal der einrichtung	457

A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2014, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	65 300 076 773	69 127 255 205	– 5,54
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	56 443 752 595	57 814 298 094	– 2,37
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	1 665 510 850	1 894 151 766	– 12,07
4. Europa in der Welt	6 840 903 616	6 731 869 945	+ 1,62
5. Verwaltung	8 405 389 881	8 417 791 740	– 0,15
6. Ausgleichszahlungen	28 600 000	75 000 000	– 61,87
Besondere Instrumente	350 000 000	390 465 192	– 10,36
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	– 3,75
⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (Abl. L 51, 20.2.2014, S. 1) zuzüglich des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 bis Nr. 3/2014. ⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (Abl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013. ⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“			

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	5 545 428 277	3 067 967 007	+ 80,75
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	p.m.	1 023 276 526	—
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	34 000 000	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt.- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	p.m.	p.m.	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	5 545 428 277	4 125 243 533	+ 34,43
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	15 664 600 000	14 822 700 000	+ 5,68
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	17 689 735 350	14 680 052 250	+ 20,50
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	100 134 470 088	110 822 836 159	– 9,64
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelsätze ⁽³⁾	133 488 805 438	140 325 588 409	– 4,87
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	– 3,75
⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51, 20.2.2014, S. 1) zuzüglich des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 bis Nr. 3/2014. ⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013. ⁽³⁾ Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2014 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 160. Sitzung am 19. Mai 2014 angenommen hat. ⁽⁴⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“			

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 665 407 000	3 925 460 000	50	1 962 730 000	1 665 407 000	
Bulgarien	193 091 000	399 471 000	50	199 735 500	193 091 000	
Tschechische Republik	596 638 000	1 357 846 000	50	678 923 000	596 638 000	
Dänemark	951 296 000	2 654 016 000	50	1 327 008 000	951 296 000	
Deutschland	12 418 967 000	29 002 636 000	50	14 501 318 000	12 418 967 000	
Estland	87 147 000	186 046 000	50	93 023 000	87 147 000	
Irland	655 428 000	1 434 183 000	50	717 091 500	655 428 000	
Griechenland	709 312 000	1 798 621 000	50	899 310 500	709 312 000	
Spanien	4 756 829 000	10 283 204 000	50	5 141 602 000	4 756 829 000	
Frankreich	9 731 337 000	21 411 597 000	50	10 705 798 500	9 731 337 000	
Kroatien	263 049 000	422 319 000	50	211 159 500	211 159 500	Kroatien
Italien	6 042 837 000	15 763 695 000	50	7 881 847 500	6 042 837 000	
Zypern	105 170 000	153 422 000	50	76 711 000	76 711 000	Zypern
Lettland	88 567 000	246 154 000	50	123 077 000	88 567 000	
Litauen	138 416 000	349 250 000	50	174 625 000	138 416 000	
Luxemburg	268 280 000	325 038 000	50	162 519 000	162 519 000	Luxemburg
Ungarn	401 698 000	979 528 000	50	489 764 000	401 698 000	
Malta	51 049 000	70 431 000	50	35 215 500	35 215 500	Malta
Niederlande	2 743 653 000	6 249 242 000	50	3 124 621 000	2 743 653 000	
Österreich	1 499 731 000	3 217 349 000	50	1 608 674 500	1 499 731 000	
Polen	1 750 837 000	3 931 784 000	50	1 965 892 000	1 750 837 000	
Portugal	767 138 000	1 655 525 000	50	827 762 500	767 138 000	
Rumänien	528 406 000	1 444 740 000	50	722 370 000	528 406 000	
Slowenien	177 308 000	352 303 000	50	176 151 500	176 151 500	Slowenien
Slowakei	230 006 000	725 821 000	50	362 910 500	230 006 000	
Finnland	928 440 000	1 983 150 000	50	991 575 000	928 440 000	
Schweden	1 889 310 000	4 380 034 000	50	2 190 017 000	1 889 310 000	
Vereinigtes Königreich	9 529 537 000	20 226 302 000	50	10 113 151 000	9 529 537 000	
Insgesamt	59 168 884 000	134 929 167 000		67 464 583 500	58 965 784 500	

⁽¹⁾ Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Eigenmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 665 407 000	0,300	499 622 100
Bulgarien	193 091 000	0,300	57 927 300
Tschechische Republik	596 638 000	0,300	178 991 400
Dänemark	951 296 000	0,300	285 388 800
Deutschland	12 418 967 000	0,300	3 725 690 100
Estland	87 147 000	0,300	26 144 100
Irland	655 428 000	0,300	196 628 400
Griechenland	709 312 000	0,300	212 793 600
Spanien	4 756 829 000	0,300	1 427 048 700
Frankreich	9 731 337 000	0,300	2 919 401 100
Kroatien	211 159 500	0,300	63 347 850
Italien	6 042 837 000	0,300	1 812 851 100
Zypern	76 711 000	0,300	23 013 300
Lettland	88 567 000	0,300	26 570 100
Litauen	138 416 000	0,300	41 524 800
Luxemburg	162 519 000	0,300	48 755 700
Ungarn	401 698 000	0,300	120 509 400
Malta	35 215 500	0,300	10 564 650
Niederlande	2 743 653 000	0,300	823 095 900
Österreich	1 499 731 000	0,300	449 919 300
Polen	1 750 837 000	0,300	525 251 100
Portugal	767 138 000	0,300	230 141 400
Rumänien	528 406 000	0,300	158 521 800
Slowenien	176 151 500	0,300	52 845 450
Slowakei	230 006 000	0,300	69 001 800
Finnland	928 440 000	0,300	278 532 000
Schweden	1 889 310 000	0,300	566 793 000
Vereinigtes Königreich	9 529 537 000	0,300	2 858 861 100
Insgesamt	58 965 784 500		17 689 735 350

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonational-einkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	3 925 460 000	0,7 421 262 ⁽¹⁾	2 913 186 716
Bulgarien	399 471 000		296 457 896
Tschechische Republik	1 357 846 000		1 007 693 093
Dänemark	2 654 016 000		1 969 614 811
Deutschland	29 002 636 000		21 523 616 071
Estland	186 046 000		138 069 611
Irland	1 434 183 000		1 064 344 781
Griechenland	1 798 621 000		1 334 803 769
Spanien	10 283 204 000		7 631 435 117
Frankreich	21 411 597 000		15 890 107 135
Kroatien	422 319 000		313 413 995
Italien	15 763 695 000		11 698 651 082
Zypern	153 422 000		113 858 486
Lettland	246 154 000		182 677 333
Litauen	349 250 000		259 187 576
Luxemburg	325 038 000		241 219 216
Ungarn	979 528 000		726 933 393
Malta	70 431 000		52 268 690
Niederlande	6 249 242 000		4 637 726 224
Österreich	3 217 349 000		2 387 678 990
Polen	3 931 784 000		2 917 879 922
Portugal	1 655 525 000		1 228 608 479
Rumänien	1 444 740 000		1 072 179 407
Slowenien	352 303 000		261 453 287
Slowakei	725 821 000		538 650 781
Finnland	1 983 150 000		1 471 747 575
Schweden	4 380 034 000		3 250 537 992
Vereinigtes Königreich	20 226 302 000		15 010 468 660
Insgesamt	134 929 167 000		100 134 470 088

⁽¹⁾ Berechnung des Satzes: (100 134 470 088) / (134 929 167 000) = 0,7421262008384

TABELLE 4.1

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2013) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	15,5 861	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	6,1 166	
3. (1) – (2)	9,4 694	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		134 675 970 767
5 Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 337 201 043
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		103 338 769 725
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 458 490 768
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		883 513 735
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 574 977 032
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		32 794 702
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		5 542 182 331

⁽¹⁾ Gerundet.
⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in den zehn der Union am 1. Mai 2004 und den zwei der Union am 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.
⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.
⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

TABELLE 4.2

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2011) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 6)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	14,9 811	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,3 021	
3. (1) – (2)	7,6 790	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		116 702 674 481
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		26 831 341 733
5a. Ausgaben für die Beitrittsvorbereitung		3 040 714 610
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		23 790 627 123
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		89 871 332 749
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 554 788 119
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		358 708 861
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		4 196 079 257
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		7 667 508
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		4 188 411 749

⁽¹⁾ Gerundet.

⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben enthält (i) die an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2010 angepasst wurden, sowie die an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2010 angepasst wurden (5a); und (ii) den Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

⁽⁵⁾ Anmerkung: Der Differenzbetrag (– 213 410 778 EUR) zwischen dem vorläufigen Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (4 188 411 749 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 4/2012 vorläufig veranschlagten Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (3 975 000 971 EUR) wird im BH Nr. 4/2014 bei Kapitel 3 6 eingestellt.

TABELLE 4.3

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2010) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	15,4 336	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,7 118	
3. (1) – (2)	7,7 218	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		111 424 575 479
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		23 861 206 535
5a. Ausgaben für die Beitrittsvorbereitung		2 970 699 609
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		20 890 506 926
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		87 563 368 944
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 462 554 636
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		703 660 977
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		3 758 893 659
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		19 348 038
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		3 739 545 621

⁽¹⁾ Gerundet.

⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben enthält (i) die an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2009 angepasst wurden, sowie die an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2009 angepasst wurden (5a); und (ii) den Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

⁽⁵⁾ Anmerkung: Der Differenzbetrag (– 109 003 534 EUR) zwischen dem endgültigen Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (3 739 545 621 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 4/2012 vorläufig veranschlagten Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (3 630 542 087 EUR) wird im BH Nr. 4/2014 bei Kapitel 3 5 eingestellt.

TABELLE 5.1

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 5 542 182 331 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,91	3,42	5,46		1,53	4,95	274 500 044
Bulgarien	0,30	0,35	0,56		0,16	0,50	27 934 257
Tschechische Republik	1,01	1,18	1,89		0,53	1,71	94 951 620
Dänemark	1,97	2,31	3,69		1,03	3,35	185 590 353
Deutschland	21,49	25,29	0,00	– 18,96	0,00	6,32	350 335 402
Estland	0,14	0,16	0,26		0,07	0,23	13 009 847
Irland	1,06	1,25	2,00		0,56	1,81	100 289 723
Griechenland	1,33	1,57	2,50		0,70	2,27	125 774 188
Spanien	7,62	8,97	14,31		4,01	12,97	719 085 138
Frankreich	15,87	18,67	29,80		8,35	27,02	1 497 272 756
Kroatien	0,31	0,37	0,59		0,16	0,53	29 531 974
Italien	11,68	13,74	21,94		6,15	19,89	1 102 325 579
Zypern	0,11	0,13	0,21		0,06	0,19	10 728 512
Lettland	0,18	0,21	0,34		0,10	0,31	17 213 087
Litauen	0,26	0,30	0,49		0,14	0,44	24 422 396
Luxemburg	0,24	0,28	0,45		0,13	0,41	22 729 297
Ungarn	0,73	0,85	1,36		0,38	1,24	68 496 553
Malta	0,05	0,06	0,10		0,03	0,09	4 925 108
Niederlande	4,63	5,45	0,00	– 4,09	0,00	1,36	75 487 301
Österreich	2,38	2,80	0,00	– 2,10	0,00	0,70	38 863 752
Polen	2,91	3,43	5,47		1,53	4,96	274 942 269
Portugal	1,23	1,44	2,30		0,65	2,09	115 767 753
Rumänien	1,07	1,26	2,01		0,56	1,82	101 027 954
Slowenien	0,26	0,31	0,49		0,14	0,44	24 635 887
Slowakei	0,54	0,63	1,01		0,28	0,92	50 755 299
Finnland	1,47	1,73	2,76		0,77	2,50	138 677 954
Schweden	3,25	3,82	0,00	– 2,86	0,00	0,95	52 908 328
Vereinigtes Königreich	14,99	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	– 28,02	28,02	100,00	5 542 182 331

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 5.2

Aktualisierung der Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (Kapitel 3 6)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	8 101 453
Bulgarien	1 375 381
Tschechische Republik	5 056 538
Dänemark	7 280 734
Deutschland	18 309 269
Estland	885 630
Irland	8 409 370
Griechenland	3 438 553
Spanien	21 543 140
Frankreich	58 179 865
Kroatien	—
Italien	37 543 615
Zypern	479 335
Lettland	1 333 866
Litauen	1 324 873
Luxemburg	– 29 470
Ungarn	4 872 613
Malta	438 532
Niederlande	2 529 744
Österreich	1 155 028
Polen	17 881 528
Portugal	5 178 017
Rumänien	305 779
Slowenien	1 156 634
Slowakei	1 786 552
Finnland	1 891 154
Schweden	2 983 045
Vereinigtes Königreich	– 213 410 778
Insgesamt	0

TABELLE 5.3

Finanzierung des endgültigen Betrags der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (Kapitel 3 5)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	4 520 547
Bulgarien	562 835
Tschechische Republik	2 556 272
Dänemark	3 345 263
Deutschland	10 941 079
Estland	334 638
Irland	5 207 662
Griechenland	452 777
Spanien	5 161 577
Frankreich	36 713 295
Kroatien	—
Italien	25 185 874
Zypern	919 896
Lettland	377 190
Litauen	527 852
Luxemburg	– 467 949
Ungarn	925 341
Malta	320 963
Niederlande	1 088 457
Österreich	439 387
Polen	4 287 709
Portugal	2 496 000
Rumänien	– 392 307
Slowenien	896 466
Slowakei	913 354
Finnland	822 308
Schweden	867 048
Vereinigtes Königreich	– 109 003 534
Insgesamt	0

TABELLE 6

Überblick über die Finanzierung ⁽¹⁾ des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmitteln und Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen					Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (75 %)	Zölle netto (75 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %)	Erhebungskosten (25 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten	
	(1)	(2)	(3)=(1)+ (2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8) =(5)+ (6)+ (7)	(9)	(10) = (3) + (8)
Belgien	- 7 008 187	1 400 600 000	1 393 591 813	464 530 605	499 622 100	2 913 186 716	287 122 045	3 699 930 861	3,14	5 093 522 674
Bulgarien	400 000	58 100 000	58 500 000	19 500 000	57 927 300	296 457 896	29 872 473	384 257 669	0,33	442 757 669
Tschechische Republik	2 719 317	163 100 000	165 819 317	55 273 106	178 991 400	1 007 693 093	102 564 430	1 289 248 923	1,09	1 455 068 240
Dänemark	- 5 037 845	302 300 000	297 262 155	99 087 385	285 388 800	1 969 614 811	196 216 349	2 451 219 960	2,08	2 748 482 115
Deutschland	- 44 722 930	3 313 600 000	3 268 877 070	1 089 625 686	3 725 690 100	21 523 616 071	379 585 752	25 628 891 923	21,75	28 897 768 993
Estland	0	22 700 000	22 700 000	7 566 667	26 144 100	138 069 611	14 230 114	178 443 825	0,15	201 143 825
Irland	- 1 628 671	229 500 000	227 871 329	75 957 110	196 628 400	1 064 344 781	113 906 755	1 374 879 936	1,17	1 602 751 265
Griechenland	492 476	109 000 000	109 492 476	36 497 492	212 793 600	1 334 803 769	129 665 518	1 677 262 887	1,42	1 786 755 363
Spanien	748 762	1 017 100 000	1 017 848 762	339 282 921	1 427 048 700	7 631 435 117	745 789 855	9 804 273 672	8,32	10 822 122 434
Frankreich	- 35 571 563	1 417 600 000	1 382 028 437	460 676 146	2 919 401 100	15 890 107 135	1 592 165 916	20 401 674 151	17,32	21 783 702 588
Kroatien	1 700 000	34 800 000	36 500 000	12 166 667	63 347 850	313 413 995	29 531 974	406 293 819	0,34	442 793 819
Italien	- 733 959	1 398 000 000	1 397 266 041	465 755 347	1 812 851 100	11 698 651 082	1 165 055 067	14 676 557 249	12,46	16 073 823 290
Zypern	0	15 200 000	15 200 000	5 066 667	23 013 300	113 858 486	12 127 743	148 999 529	0,13	164 199 529
Lettland	- 37 322	21 600 000	21 562 678	7 187 559	26 570 100	182 677 333	18 924 143	228 171 576	0,19	249 734 254
Litauen	747 545	53 300 000	54 047 545	18 015 849	41 524 800	259 187 576	26 275 121	326 987 497	0,28	381 035 042
Luxemburg	0	11 800 000	11 800 000	3 933 333	48 755 700	241 219 216	22 231 878	312 206 794	0,26	324 006 794
Ungarn	1 556 690	87 400 000	88 956 690	29 652 230	120 509 400	726 933 393	74 294 507	921 737 300	0,78	1 010 693 990
Malta	0	9 100 000	9 100 000	3 033 333	10 564 650	52 268 690	5 684 602	68 517 942	0,06	77 617 942
Niederlande	- 8 805 676	1 919 800 000	1 910 994 324	636 998 108	823 095 900	4 637 726 224	79 105 502	5 539 927 626	4,70	7 450 921 950
Österreich	- 3 287 560	168 800 000	165 512 440	55 170 814	449 919 300	2 387 678 990	40 458 167	2 878 056 457	2,44	3 043 568 897
Polen	8 893 006	372 100 000	380 993 006	126 997 669	525 251 100	2 917 879 922	297 111 506	3 740 242 528	3,17	4 121 235 534
Portugal	- 451 346	121 900 000	121 448 654	40 482 885	230 141 400	1 228 608 479	123 441 770	1 582 191 649	1,34	1 703 640 303
Rumänien	900 000	103 700 000	104 600 000	34 866 667	158 521 800	1 072 179 407	100 941 426	1 331 642 633	1,13	1 436 242 633
Slowenien	- 4 160	58 700 000	58 695 840	19 565 280	52 845 450	261 453 287	26 688 987	340 987 724	0,29	399 683 564
Slowakei	532 249	87 300 000	87 832 249	29 277 416	69 001 800	538 650 781	53 455 205	661 107 786	0,56	748 940 035
Finnland	- 507 994	118 400 000	117 892 006	39 297 335	278 532 000	1 471 747 575	141 391 417	1 891 670 992	1,61	2 009 562 998
Schweden	- 409 989	447 700 000	447 290 011	149 096 670	566 793 000	3 250 537 992	56 758 421	3 874 089 413	3,29	4 321 379 424
Vereinigtes Königreich	17 157	2 690 900 000	2 690 917 157	896 972 386	2 858 861 100	15 010 468 660	- 5 864 596 643	12 004 733 117	10,19	14 695 650 274
Insgesamt	- 89 500 000	15 754 100 000	15 664 600 000	5 221 533 333	17 689 735 350	100 134 470 088	0	117 824 205 438	100,00	133 488 805 438

⁽¹⁾ p.m.(Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (133 488 805 438 + 5 545 428 277 = 139 034 233 715 = 139 034 233 715).

⁽²⁾ Gesamtbetrag der Eigenmittel als Prozentsatz des BNE: (133 488 805 438) / (13 492 916 700 000) = 0,99 %; Eigenmittellobergrenze in % des BNE: 1,23 %.

B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
1	EIGENE MITTEL	135 921 805 438	– 2 433 000 000	133 488 805 438
3	ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN	p.m.	0,—	0,—
4	EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION	1 274 999 230		1 274 999 230
5	EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE	53 752 047		53 752 047
6	BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION	60 000 000		60 000 000
7	VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN	1 540 000 000	2 433 000 000	3 973 000 000
8	ANLEIHEN UND DARLEHEN	153 477 000		153 477 000
9	SONSTIGE EINNAHMEN	30 200 000		30 200 000
GESAMTBETRAG		139 034 233 715	0,—	139 034 233 715

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren	p.m.	– 214 000 000	– 214 000 000
1 1 1	Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker	p.m.		p.m.
1 1 3	Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge	p.m.		p.m.
1 1 7	Produktionsabgabe	125 100 000	– 600 000	124 500 000
1 1 8	Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote	p.m.		p.m.
1 1 9	Überschussbetrag	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	125 100 000	– 214 600 000	– 89 500 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	16 185 600 000	– 431 500 000	15 754 100 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	16 185 600 000	– 431 500 000	15 754 100 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	17 882 179 650	– 192 444 300	17 689 735 350
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	17 882 179 650	– 192 444 300	17 689 735 350

**KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL
GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
1 4 0	KAPITEL 1 4			
	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens ab- geführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	101 728 925 788	– 1 594 455 700	100 134 470 088
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	101 728 925 788	– 1 594 455 700	100 134 470 088
1 5 0	KAPITEL 1 5			
	<i>Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	0,—	0,—	0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—	0,—	0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6			
	<i>Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	p.m.		p.m.
Titel 1 — Total		135 921 805 438	– 2 433 000 000	133 488 805 438

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

1 1 0 *Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
p.m.	– 214 000 000	– 214 000 000

Erläuterungen

Gemäß der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker mussten die Zucker-, Isoglucose- und Inulinsiruperzeuger Grundproduktionsabgaben und B-Produktions-Abgaben zahlen. Diese Abgaben sollten die Ausgaben für die Stützung des Marktes decken. Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei diesem Artikel eingesetzten Mittel sind auf die Anpassung der in der Vergangenheit festgesetzten Abgaben zurückzuführen. Abgaben für die Wirtschaftsjahre 2007/2008 und Folgejahre werden bei Artikel 117 dieses Kapitels als „Produktionsabgabe“ eingesetzt.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	– 13 608 187	– 13 608 187
Bulgarien	—	—	—
Tschechische Republik	p.m.	– 680 683	– 680 683
Dänemark	p.m.	– 8 437 845	– 8 437 845
Deutschland	p.m.	– 71 022 930	– 71 022 930
Estland	—	—	—
Irland	p.m.	– 1 628 671	– 1 628 671
Griechenland	p.m.	– 907 524	– 907 524
Spanien	p.m.	– 3 951 238	– 3 951 238
Frankreich	p.m.	– 66 471 563	– 66 471 563
Kroatien	—	—	—
Italien	p.m.	– 5 433 959	– 5 433 959
Zypern	—	—	—
Lettland	p.m.	– 37 322	– 37 322
Litauen	p.m.	– 52 455	– 52 455
Luxemburg	—	—	—
Ungarn	p.m.	– 343 310	– 343 310
Malta	—	—	—
Niederlande	p.m.	– 16 005 676	– 16 005 676
Österreich	p.m.	– 6 487 560	– 6 487 560
Polen	p.m.	– 3 906 994	– 3 906 994
Portugal	p.m.	– 551 346	– 551 346
Rumänien	—	—	—
Slowenien	p.m.	– 4 160	– 4 160
Slowakei	p.m.	– 767 751	– 767 751
Finnland	p.m.	– 1 207 994	– 1 207 994
Schweden	p.m.	– 3 009 989	– 3 009 989
Vereinigtes Königreich	p.m.	– 9 482 843	– 9 482 843
<i>Artikel 1 1 0 insgesamt</i>	p.m.	– 214 000 000	– 214 000 000

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGEGEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM) (Fortsetzung)

1 1 7

Produktionsabgabe

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
125 100 000	– 600 000	124 500 000

Erläuterungen

Die derzeitige gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, dass die Zucker, Isoglucose und Inulinsirup erzeugenden Unternehmen eine Produktionsabgabe zahlen müssen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 16.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1), insbesondere Artikel 51.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	6 600 000	—	6 600 000
Bulgarien	400 000	—	400 000
Tschechische Republik	3 400 000	—	3 400 000
Dänemark	3 400 000	—	3 400 000
Deutschland	26 300 000	—	26 300 000
Estland	—	—	—
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	1 400 000	—	1 400 000
Spanien	4 700 000	—	4 700 000
Frankreich	30 900 000	—	30 900 000
Kroatien	1 700 000	—	1 700 000
Italien	4 700 000	—	4 700 000
Zypern	—	—	—
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	800 000	—	800 000
Luxemburg	—	—	—
Ungarn	2 000 000	– 100 000	1 900 000
Malta	—	—	—
Niederlande	7 300 000	– 100 000	7 200 000
Österreich	3 200 000	—	3 200 000
Polen	12 800 000	—	12 800 000
Portugal	200 000	– 100 000	100 000
Rumänien	1 000 000	– 100 000	900 000
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	1 400 000	– 100 000	1 300 000
Finnland	800 000	– 100 000	700 000
Schweden	2 600 000	—	2 600 000
Vereinigtes Königreich	9 500 000	—	9 500 000
<i>Artikel 1 1 7 insgesamt</i>	125 100 000	– 600 000	124 500 000

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM
1 2 0
Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
16 185 600 000	– 431 500 000	15 754 100 000

Erläuterungen

Die Verwendung der Zölle als Eigenmittel zur Finanzierung der Ausgaben der Union ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Union. Dieser Artikel kann Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben, Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Europäischen Union eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den ausgelaufenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse umfassen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	1 585 000 000	– 184 400 000	1 400 600 000
Bulgarien	53 700 000	4 400 000	58 100 000
Tschechische Republik	173 400 000	– 10 300 000	163 100 000
Dänemark	295 900 000	6 400 000	302 300 000
Deutschland	3 386 600 000	– 73 000 000	3 313 600 000
Estland	23 700 000	– 1 000 000	22 700 000
Irland	213 300 000	16 200 000	229 500 000
Griechenland	114 600 000	– 5 600 000	109 000 000
Spanien	1 030 900 000	– 13 800 000	1 017 100 000
Frankreich	1 468 900 000	– 51 300 000	1 417 600 000
Kroatien	35 500 000	– 700 000	34 800 000
Italien	1 498 800 000	– 100 800 000	1 398 000 000
Zypern	16 000 000	– 800 000	15 200 000
Lettland	22 100 000	– 500 000	21 600 000
Litauen	53 900 000	– 600 000	53 300 000
Luxemburg	12 300 000	– 500 000	11 800 000
Ungarn	94 500 000	– 7 100 000	87 400 000
Malta	9 600 000	– 500 000	9 100 000
Niederlande	1 938 600 000	– 18 800 000	1 919 800 000
Österreich	164 700 000	4 100 000	168 800 000
Polen	369 400 000	2 700 000	372 100 000
Portugal	120 500 000	1 400 000	121 900 000
Rumänien	106 200 000	– 2 500 000	103 700 000
Slowenien	66 400 000	– 7 700 000	58 700 000
Slowakei	85 500 000	1 800 000	87 300 000
Finnland	136 600 000	– 18 200 000	118 400 000
Schweden	485 100 000	– 37 400 000	447 700 000
Vereinigtes Königreich	2 623 900 000	67 000 000	2 690 900 000
<i>Artikel 1 2 0 insgesamt</i>	16 185 600 000	– 431 500 000	15 754 100 000

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM
1 3 0 Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
17 882 179 650	– 192 444 300	17 689 735 350

Erläuterungen

Für alle Mitgliedstaaten wurde ein einheitlicher Satz von 0,30 % auf die nach Maßgabe der Vorschriften der Union ermittelten einheitlichen MwSt.-Bemessungsgrundlagen festgelegt. Die für diese Zwecke heranzuziehende Bemessungsgrundlage darf 50 % des BNE eines jeden Mitgliedstaats nicht überschreiten.

Lediglich im Zeitraum 2007 — 2013 beträgt der Abrufsatz für die MwSt.-Eigenmittel für Österreich 0,225 %, für Deutschland 0,15 % und für die Niederlande und Schweden 0,10 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	502 682 400	– 3 060 300	499 622 100
Bulgarien	61 801 500	– 3 874 200	57 927 300
Tschechische Republik	193 725 600	– 14 734 200	178 991 400
Dänemark	306 034 800	– 20 646 000	285 388 800
Deutschland	3 715 233 900	10 456 200	3 725 690 100
Estland	26 175 600	– 31 500	26 144 100
Irland	196 179 300	449 100	196 628 400
Griechenland	195 036 000	17 757 600	212 793 600
Spanien	1 368 488 400	58 560 300	1 427 048 700
Frankreich	2 904 321 600	15 079 500	2 919 401 100
Kroatien	65 823 600	– 2 475 750	63 347 850
Italien	1 970 415 300	– 157 564 200	1 812 851 100
Zypern	23 208 000	– 194 700	23 013 300
Lettland	24 795 000	1 775 100	26 570 100
Litauen	42 495 600	– 970 800	41 524 800
Luxemburg	51 143 400	– 2 387 700	48 755 700
Ungarn	123 098 400	– 2 589 000	120 509 400
Malta	10 218 000	346 650	10 564 650
Niederlande	798 439 500	24 656 400	823 095 900
Österreich	446 367 600	3 551 700	449 919 300
Polen	577 318 200	– 52 067 100	525 251 100
Portugal	232 634 400	– 2 493 000	230 141 400
Rumänien	163 314 900	– 4 793 100	158 521 800
Slowenien	52 445 550	399 900	52 845 450
Slowakei	77 911 800	– 8 910 000	69 001 800
Finnland	291 653 100	– 13 121 100	278 532 000
Schweden	597 138 600	– 30 345 600	566 793 000
Vereinigtes Königreich	2 864 079 600	– 5 218 500	2 858 861 100
<i>Artikel 1 3 0 insgesamt</i>	17 882 179 650	– 192 444 300	17 689 735 350

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

1 4 0 Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
101 728 925 788	– 1 594 455 700	100 134 470 088

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,7421 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	3 010 719 673	– 97 532 957	2 913 186 716
Bulgarien	312 477 642	– 16 019 746	296 457 896
Tschechische Republik	1 076 134 033	– 68 440 940	1 007 693 093
Dänemark	1 990 789 973	– 21 175 162	1 969 614 811
Deutschland	21 431 868 872	91 747 199	21 523 616 071
Estland	138 834 491	– 764 880	138 069 611
Irland	1 043 565 015	20 779 766	1 064 344 781
Griechenland	1 366 918 338	– 32 114 569	1 334 803 769
Spanien	7 924 216 332	– 292 781 215	7 631 435 117
Frankreich	16 279 396 602	– 389 289 467	15 890 107 135
Kroatien	330 689 434	– 17 275 439	313 413 995
Italien	12 072 471 065	– 373 819 983	11 698 651 082
Zypern	116 594 054	– 2 735 568	113 858 486
Lettland	187 865 486	– 5 188 153	182 677 333
Litauen	266 045 748	– 6 858 172	259 187 576
Luxemburg	256 937 968	– 15 718 752	241 219 216
Ungarn	736 275 778	– 9 342 385	726 933 393
Malta	51 333 939	934 751	52 268 690
Niederlande	4 728 245 346	– 90 519 122	4 637 726 224
Österreich	2 484 353 132	– 96 674 142	2 387 678 990
Polen	2 968 333 755	– 50 453 833	2 917 879 922
Portugal	1 217 687 444	10 921 035	1 228 608 479
Rumänien	1 136 398 660	– 64 219 253	1 072 179 407
Slowenien	263 479 805	– 2 026 518	261 453 287
Slowakei	572 512 828	– 33 862 047	538 650 781
Finnland	1 557 517 062	– 85 769 487	1 471 747 575
Schweden	3 428 129 703	– 177 591 711	3 250 537 992
Vereinigtes Königreich	14 779 133 610	231 335 050	15 010 468 660
<i>Artikel 1 4 0 - insgesamt</i>	101 728 925 788	– 1 594 455 700	100 134 470 088

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

1 5 0

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
0,—	0,—	0,—

Erläuterungen

Der Mechanismus zur Korrektur des Haushaltsungleichgewichts zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Korrektur) wurde vom Europäischen Rat in Fontainebleau (Juni 1984) beschlossen und mit dem anschließenden Eigenmittelbeschluss von 1985 eingeführt. Ziel dieses Mechanismus war es, das Haushaltsungleichgewicht des Vereinigten Königreichs mit Hilfe einer Reduzierung seiner Zahlungen an die EU zu verringern.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere die Artikel 4 und 5.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	263 826 803	10 673 241	274 500 044
Bulgarien	27 382 150	552 107	27 934 257
Tschechische Republik	94 300 710	650 910	94 951 620
Dänemark	174 451 231	11 139 122	185 590 353
Deutschland	326 429 505	23 905 897	350 335 402
Estland	12 165 948	843 899	13 009 847
Irland	91 446 714	8 843 009	100 289 723
Griechenland	119 781 891	5 992 297	125 774 188
Spanien	694 392 334	24 692 804	719 085 138
Frankreich	1 426 549 672	70 723 084	1 497 272 756
Kroatien	28 978 034	553 940	29 531 974
Italien	1 057 900 367	44 425 212	1 102 325 579
Zypern	10 217 038	511 474	10 728 512
Lettland	16 462 493	750 594	17 213 087
Litauen	23 313 363	1 109 033	24 422 396
Luxemburg	22 515 255	214 042	22 729 297
Ungarn	64 519 220	3 977 333	68 496 553
Malta	4 498 349	426 759	4 925 108
Niederlande	72 016 062	3 471 239	75 487 301
Österreich	37 839 265	1 024 487	38 863 752
Polen	260 112 561	14 829 708	274 942 269
Portugal	106 704 915	9 062 838	115 767 753
Rumänien	99 581 648	1 446 306	101 027 954
Slowenien	23 088 511	1 547 376	24 635 887
Slowakei	50 168 812	586 487	50 755 299
Finnland	136 483 895	2 194 059	138 677 954
Schweden	52 213 958	694 370	52 908 328
Vereinigtes Königreich	– 5 297 340 704	– 244 841 627	– 5 542 182 331
Artikel 150 — insgesamt	0	0	0

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 3 0			
3 0 0	<i>Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr</i>	p.m.		p.m.
3 0 2	<i>Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 0 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 1			
3 1 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 1 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.		p.m.
	Artikel 3 1 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 1 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 2			
3 2 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 2 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.		p.m.
	Artikel 3 2 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 2 — TOTAL	p.m.		p.m.

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
3 4 0	KAPITEL 3 4 Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitglied- staaten an bestimmten Massnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 4 — TOTAL	p.m.		p.m.
3 5 0	KAPITEL 3 5 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs			
3 5 0 4	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Ver- einigten Königreichs	p.m.	0,—	0,—
	Artikel 3 5 0 — Total	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL 3 5 — TOTAL	p.m.	0,—	0,—
3 6 0	KAPITEL 3 6 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finan- zierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zu- gunsten des Vereinigten Königreichs			
3 6 0 4	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzie- rung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	p.m.	0,—	0,—
	Artikel 3 6 0 — Total	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL 3 6 — TOTAL	p.m.	0,—	0,—
	Titel 3 — Total	p.m.	0,—	0,—

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTUNGSGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

3 5 0 *Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs*

3 5 0 4 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
p.m.	0,—	0,—

Erläuterungen

Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs.

Die Zahlenangaben entsprechen dem Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2010.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2000/597/EG, Euratom des Rates vom 29. September 2000 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 253 vom 7.10.2000, S. 42), insbesondere Artikel 4 und 5.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	4 520 547	4 520 547
Bulgarien	p.m.	562 835	562 835
Tschechische Republik	p.m.	2 556 272	2 556 272
Dänemark	p.m.	3 345 263	3 345 263
Deutschland	p.m.	10 941 079	10 941 079
Estland	p.m.	334 638	334 638
Irland	p.m.	5 207 662	5 207 662
Griechenland	p.m.	452 777	452 777
Spanien	p.m.	5 161 577	5 161 577
Frankreich	p.m.	36 713 295	36 713 295
Kroatien	—	—	—
Italien	p.m.	25 185 874	25 185 874
Zypern	p.m.	919 896	919 896
Lettland	p.m.	377 190	377 190
Litauen	p.m.	527 852	527 852
Luxemburg	p.m.	– 467 949	– 467 949
Ungarn	p.m.	925 341	925 341
Malta	p.m.	320 963	320 963
Niederlande	p.m.	1 088 457	1 088 457
Österreich	p.m.	439 387	439 387
Polen	p.m.	4 287 709	4 287 709
Portugal	p.m.	2 496 000	2 496 000
Rumänien	p.m.	– 392 307	– 392 307
Slowenien	p.m.	896 466	896 466
Slowakei	p.m.	913 354	913 354
Finnland	p.m.	822 308	822 308
Schweden	p.m.	867 048	867 048
Vereinigtes Königreich	p.m.	– 109 003 534	– 109 003 534
<i>Posten 3 5 0 4 insgesamt</i>	p.m.	0	0

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
3 6 0 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

3 6 0 4 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
p.m.	0,—	0,—

Erläuterungen

Dieser Posten dient der Verbuchung des Differenzbetrags zwischen der vorläufigen Schätzung und der zuletzt vorgenommenen Aktualisierung des VK-Korrekturbetrags, bevor der endgültige Betrag berechnet wird.

Die Zahlenangaben entsprechen dem Ergebnis der vorläufigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2011.

Rechtsgrundlagen

Artikel 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

Mitgliedstaat	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	8 101 453	8 101 453
Bulgarien	p.m.	1 375 381	1 375 381
Tschechische Republik	p.m.	5 056 538	5 056 538
Dänemark	p.m.	7 280 734	7 280 734
Deutschland	p.m.	18 309 269	18 309 269
Estland	p.m.	885 630	885 630
Irland	p.m.	8 409 370	8 409 370
Griechenland	p.m.	3 438 553	3 438 553
Spanien	p.m.	21 543 140	21 543 140
Frankreich	p.m.	58 179 865	58 179 865
Kroatien	—	—	—
Italien	p.m.	37 543 615	37 543 615
Zypern	p.m.	479 335	479 335
Lettland	p.m.	1 333 866	1 333 866
Litauen	p.m.	1 324 873	1 324 873
Luxemburg	p.m.	– 29 470	– 29 470
Ungarn	p.m.	4 872 613	4 872 613
Malta	p.m.	438 532	438 532
Niederlande	p.m.	2 529 744	2 529 744
Österreich	p.m.	1 155 028	1 155 028
Polen	p.m.	17 881 528	17 881 528
Portugal	p.m.	5 178 017	5 178 017
Rumänien	p.m.	305 779	305 779
Slowenien	p.m.	1 156 634	1 156 634
Slowakei	p.m.	1 786 552	1 786 552
Finnland	p.m.	1 891 154	1 891 154
Schweden	p.m.	2 983 045	2 983 045
Vereinigtes Königreich	p.m.	– 213 410 778	– 213 410 778
<i>Posten 3 6 0 4 — Insgesamt</i>	p.m.	0	0

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	Verzugszinsen			
7 0 0 0	Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen	5 000 000		5 000 000
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000		3 000 000
	Artikel 7 0 0 — Total	8 000 000		8 000 000
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	24 000 000	305 000 000	329 000 000
	KAPITEL 7 0 — TOTAL	32 000 000	305 000 000	337 000 000
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	1 508 000 000	2 128 000 000	3 636 000 000
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.		p.m.
7 1 2	Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 1 — TOTAL	1 508 000 000	2 128 000 000	3 636 000 000
	KAPITEL 7 2			
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen			
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.		p.m.
	Artikel 7 2 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel 7 — Total	1 540 000 000	2 433 000 000	3 973 000 000

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

7 0 1 *Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
24 000 000	305 000 000	329 000 000

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

7 1 0 *Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
1 508 000 000	2 128 000 000	3 636 000 000

Erläuterungen

Die Kommission kann Unternehmen und Unternehmensvereinigungen Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen auferlegen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den im Folgenden genannten Verordnungen oder den Artikeln 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht nachkommen.

In der Regel sind diese Geldbußen innerhalb von drei Monaten ab Mitteilung des Kommissionsbeschlusses zu entrichten. Die Kommission erhebt den Betrag jedoch nicht, wenn das Unternehmen Einspruch beim Gerichtshof eingelegt hat. Der Unternehmer muss berücksichtigen, dass nach dem Fälligkeitsdatum Zinsen für die Schuld anfallen. Er muss der Kommission zum Fälligkeitsdatum eine Bankgarantie über den Betrag der Geldbuße zuzüglich Zinsen und Zuschlägen vorlegen.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN *(Fortsetzung)***7 1 0** *(Fortsetzung)**Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

EINZELPLAN III

KOMMISSION

EINNAHMEN

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	Verzugszinsen			
7 0 0 0	Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten	5 000 000		5 000 000
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000		3 000 000
	Artikel 7 0 0 — Total	8 000 000		8 000 000
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	24 000 000	305 000 000	329 000 000
	KAPITEL 7 0 — TOTAL	32 000 000	305 000 000	337 000 000
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	1 508 000 000	2 128 000 000	3 636 000 000
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.		p.m.
7 1 2	Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofes der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 1 — TOTAL	1 508 000 000	2 128 000 000	3 636 000 000
	KAPITEL 7 2			
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen			
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.		p.m.
	Artikel 7 2 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel 7 — Total	1 540 000 000	2 433 000 000	3 973 000 000

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

7 0 1 *Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
24 000 000	305 000 000	329 000 000

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere die Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1), insbesondere Artikel 83.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

7 1 0 *Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
1 508 000 000	2 128 000 000	3 636 000 000

Erläuterungen

Die Kommission kann Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen gegen Unternehmen und Unternehmensvereinigungen verhängen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den unten angeführten Verordnungen oder Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht beachten.

Die Geldbußen müssen normalerweise in einem Zeitraum von drei Monaten nach Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses gezahlt werden. Die Kommission wird den Betrag jedoch nicht vereinnahmen, wenn das Unternehmen ein Rechtsmittelverfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union angestrengt hat; das Unternehmen muss dulden, dass nach Ablauf der Zahlungsfrist Zinsen fällig werden, und der Kommission eine Bankgarantie zur Verfügung stellen, die sowohl die Hauptschuld als auch Zinsen oder Zuschläge bis zur endgültigen Zahlungsfrist abdeckt.

KOMMISSION

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN (Fortsetzung)**7 1 0** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere die Artikel 14 und 15.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

AUSGABEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	253 013 066	320 994 951			253 013 066	320 994 951
	Reserven (40 02 41)	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
		255 013 066	322 994 951			255 013 066	322 994 951
02	UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE	2 515 114 410	2 158 422 405			2 515 114 410	2 158 422 405
03	WETTBEWERB	94 449 737	94 449 737			94 449 737	94 449 737
04	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	13 839 015 158	11 290 667 447			13 839 015 158	11 290 667 447
05	LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	58 046 833 802	55 607 081 983			58 046 833 802	55 607 081 983
06	MOBILITÄT UND VERKEHR	2 867 184 572	1 003 421 856			2 867 184 572	1 003 421 856
07	UMWELT	407 273 961	345 906 574			407 273 961	345 906 574
08	FORSCHUNG UND INNOVATION	6 198 702 491	4 090 645 420			6 198 702 491	4 090 645 420
09	KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN	1 637 393 330	1 065 238 820			1 637 393 330	1 065 238 820
10	DIREKTE FORSCHUNG	419 601 970	414 982 955			419 601 970	414 982 955
11	MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI	949 186 023	735 433 493	– 3 701 500	p.m.	945 484 523	735 433 493
	Reserven (40 02 41)	115 342 000	42 775 000	– 71 000 000		44 342 000	42 775 000
		1 064 528 023	778 208 493	– 74 701 500	p.m.	989 826 523	778 208 493
12	BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN	116 892 170	115 128 367			116 892 170	115 128 367
13	REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG	32 567 549 094	42 963 919 352	505 700 000	53 703 765	33 073 249 094	43 017 623 117
14	STEUERN UND ZOLLUNION	157 040 580	132 361 974			157 040 580	132 361 974
15	BILDUNG UND KULTUR	2 820 016 221	2 420 679 427			2 820 016 221	2 420 679 427
16	KOMMUNIKATION	246 345 359	250 385 333			246 345 359	250 385 333
17	GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	618 152 949	555 734 531			618 152 949	555 734 531
18	INNERES	1 201 387 424	765 344 466			1 201 387 424	765 344 466
19	AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE	732 731 450	517 534 455			732 731 450	517 534 455
20	HANDEL	121 099 618	117 577 301			121 099 618	117 577 301
21	ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT	5 083 838 180	3 994 827 425			5 083 838 180	3 994 827 425
22	ERWEITERUNG	1 519 904 352	948 883 056			1 519 904 352	948 883 056
23	HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ	1 006 460 596	1 106 531 677		248 460	1 006 460 596	1 106 780 137
24	BETRUGSBEKÄMPFUNG	78 220 900	76 524 355			78 220 900	76 524 355
25	KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION	194 089 509	194 812 309			194 089 509	194 812 309

KOMMISSION

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
26	VERWALTUNG DER KOMMISSION	1 001 412 220	1 000 789 177			1 001 412 220	1 000 789 177
27	HAUSHALT	95 779 570	95 779 570			95 779 570	95 779 570
28	AUDIT	11 632 266	11 632 266			11 632 266	11 632 266
29	STATISTIK	131 883 729	130 895 146			131 883 729	130 895 146
30	VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN	1 449 531 000	1 449 531 000			1 449 531 000	1 449 531 000
31	SPRACHENDIENSTE	387 604 805	387 604 805			387 604 805	387 604 805
32	ENERGIE	933 444 642	653 022 040			933 444 642	653 022 040
33	JUSTIZ	203 409 105	185 843 405			203 409 105	185 843 405
34	KLIMASCHUTZ	121 468 679	51 536 974			121 468 679	51 536 974
40	RESERVEN	573 523 000	194 775 000	– 71 000 000		502 523 000	194 775 000
	Total	138 601 185 938	135 448 899 052	430 998 500	53 952 225	139 032 184 438	135 502 851 277
	Davon Reserven (40 02 41)	117 342 000	44 775 000	– 71 000 000		46 342 000	44 775 000

TITEL 11
MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARI- TIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“	40 098 314	40 098 314			40 098 314	40 098 314
11 03	OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREI- ORGANISATIONEN UND AN- DEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHAL- TIGE FISCHEREI	35 688 000	36 329 299			35 688 000	36 329 299
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	115 342 000	42 775 000	– 71 000 000		44 342 000	42 775 000
		151 030 000	79 104 299	– 71 000 000		80 030 000	79 104 299
11 06	EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)	873 399 709	659 005 880	– 3 701 500	p.m.	869 698 209	659 005 880
	Titel 11 — Total	949 186 023	735 433 493	– 3 701 500	p.m.	945 484 523	735 433 493
	Reserven (40 02 41)	115 342 000	42 775 000	– 71 000 000		44 342 000	42 775 000
		1 064 528 023	778 208 493	– 74 701 500	p.m.	989 826 523	778 208 493

KOMMISSION

TITEL 11

MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 03	OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI							
11 03 01	<i>Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen</i>	2	29 658 000	32 658 000			29 658 000	32 658 000
	Reserven (40 02 41)		115 342 000	42 775 000	– 71 000 000		44 342 000	42 775 000
			145 000 000	80 000 000	– 71 000 000		74 000 000	80 000 000
11 03 02	<i>Förderung einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft und Meeresbewirtschaftung im Einklang mit den Zielen der GFP (obligatorischer Finanzbeitrag zu internationalen Gremien)</i>	2	6 030 000	3 671 299			6 030 000	3 671 299
	Kapitel 11 03 — Total		35 688 000	36 329 299			35 688 000	36 329 299
	Reserven (40 02 41)		115 342 000	42 775 000	– 71 000 000		44 342 000	42 775 000
			151 030 000	79 104 299	– 71 000 000		80 030 000	79 104 299

Erläuterungen

11 03 01 *Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen*

	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 03 01	29 658 000	32 658 000			29 658 000	32 658 000
Reserven (40 02 41)	115 342 000	42 775 000	– 71 000 000		44 342 000	42 775 000
Total	145 000 000	80 000 000	– 71 000 000		74 000 000	80 000 000

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben infolge der Fischereiabkommen, die die Europäische Union/Gemeinschaft mit Drittländern ausgehandelt hat bzw. zu verlängern oder neu auszuhandeln beabsichtigt.

Auch partnerschaftliche Fischereiabkommen, die die Europäische Union möglicherweise neu aushandelt, müssten aus diesem Artikel finanziert werden.

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI (Fortsetzung)

11 03 01 (Fortsetzung)

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22), insbesondere Artikel 31.

Verordnungen und Beschlüsse über den Abschluss von Abkommen und/oder Protokollen im Bereich Fischerei zwischen der Europäischen Gemeinschaft/Union und den Regierungen folgender Länder:

Land	Verordnung	Datum	ABl.	Laufzeit
Kap Verde	Verordnung (EG) Nr. 2027/2006	19. Dezember 2006	L 414 vom 30.12.2006	1.9.2006 bis 31.8.2011
	Beschluss 2011/679/EU	10. Oktober 2011	L 269 vom 14.10.2011	1.9.2011 bis 31.8.2014
Komoren	Verordnung (EG) Nr. 1660/2005	6. Oktober 2005	L 267 vom 12.10.2005	1.1.2005 bis 31.12.2010
	Verordnung (EG) Nr. 1563/2006	5. Oktober 2006	L 290 vom 20.10.2006	
	Beschluss 2011/294/EU	13. Mai 2011	L 134 vom 21.5.2011	1.1.2011 bis 31.12.2013
	Neues Protokoll am 5. Juli 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen			
Côte d'Ivoire	Verordnung (EG) Nr. 953/2005	21. Juni 2005	L 164 vom 24.6.2005	1.7.2004 bis 30.6.2007
	Verordnung (EG) Nr. 242/2008	17. März 2008	L 75 vom 18.3.2008	1.7.2007 bis 30.6.2013
	Beschluss 2013/303/EU	29. Mai 2013	L 170 vom 22.6.2013	1.7.2013 bis 30.6.2018.
Gabun	Beschluss 2006/788/EG	7. November 2006	L 319 vom 18.11.2006	
	Verordnung (EG) Nr. 450/2007	16. April 2007	L 109 vom 26.4.2007	3.12.2005 bis 2.12.2011
	Beschluss 2013/462/EU	22. Juli 2013	L 250 vom 20.9.2013	24.7.2013 bis 23.7.2016
Grönland	Verordnung (EG) Nr. 753/2007	28. Juni 2007	L 172 vom 30.6.2007	1.1.2007 bis 31.12.2012
	Beschluss 2012/653/EU	16. Juli 2012	L 293 vom 23.10.2012	1.1.2013 bis 31.12.2015
Guinea-Bissau	Verordnung (EG) Nr. 1491/2006	10. Oktober 2006	L 279 vom 11.10.2006	
	Verordnung (EG) Nr. 241/2008	17. März 2008	L 75 vom 18.3.2008	16.6.2007 bis 15.6.2011
	Verordnung 2011/885/EU	14. November 2011	L 344 vom 28.12.2011	16.6.2011 bis 15.6.2012
	Neues Protokoll am 10. Februar 2012 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren ausgesetzt			
Kiribati	Verordnung (EG) Nr. 893/2007	23. Juli 2007	L 205 vom 7.8.2007	16.9.2006 bis 15.9.2012

KOMMISSION

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI (Fortsetzung)**11 03 01**

(Fortsetzung)

Land	Verordnung	Datum	ABl.	Laufzeit
Madagaskar	Beschluss 2012/669/EU	9. Oktober 2012	L 300 vom 30.10.2012	16.9.2012 bis 15.9.2015
	Beschluss 2007/797/EG	15. November 2007	L 331 vom 17.12.2007	
	Verordnung (EG) Nr. 31/2008	15. November 2007	L 15 vom 18.1.2008	1.1.2007 bis 31.12.2012
Mauritius	Beschluss 2012/826/EU	28. November 2012	L 361 vom 31.12.2012	1.1.2013 bis 31.12.2014
	Verordnung (EG) Nr. 2003/2004	21. Oktober 2004	L 348 vom 24.11.2004	3.12.2003 bis 2.12.2007
	Beschluss 2012/670/EU	9. Oktober 2012	L 300 vom 30.10.2012	
Mauretanien	Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 23. Februar 2012 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen, keine vorläufige Anwendung			
	Verordnung (EG) Nr. 1801/2006	30. November 2006	L 343 vom 8.12.2006	1.8.2006 bis 31.7.2008
	Verordnung (EG) Nr. 704/2008	15. Juli 2008	L 203 vom 31.7.2008	1.8.2008 bis 31.7.2012
Marokko	Beschluss 2012/827/EU	18. Dezember 2012	L 361 vom 31.12.2012	16.12.2012 bis 15.12.2014
	Verordnung (EG) Nr. 764/2006	22. Mai 2006	L 141 vom 29.5.2006	28.2.2007 bis 27.2.2011
	Beschluss 2011/491/EU	12. Juli 2011	L 202 vom 5.8.2011	28.2.2011 bis 28.2.2012
	Aufgehoben durch Beschluss 2012/15/EU	20. Dezember 2011	L 6 vom 10.1.2012	
	Derzeit kein Protokoll in Kraft			
Mosambik	Beschluss 2013/720/EU	15. November 2013	L 328 vom 7.12.2013	
	Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 24. Juli 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen, keine vorläufige Anwendung			
	Verordnung (EG) Nr. 1446/2007	22. November 2007	L 331 vom 17.12.2007	1.1.2007 bis 31.12.2011
São Tomé und Príncipe	Beschluss 2012/306/EU	12. Juni 2012	L 153 vom 14.6.2012	1.2.2012 bis 31.1.2015
	Verordnung (EG) Nr. 894/2007	23. Juli 2007	L 205 vom 7.8.2007 und L 330 vom 15.12.2007	1.6.2006 bis 31.5.2010
	Beschluss 2011/420/EU	12. Juli 2011	L 188 vom 19.7.2011	13.5.2011 bis 12.5.2014
Seychellen	Verordnung (EG) Nr. 1562/2006	5. Oktober 2006	L 290 vom 20.10.2006	
	Beschluss 2011/474/EU	12. Juli 2011	L 196 vom 28.7.2011	18.1.2011 bis 17.1.2014
	Neues partnerschaftliches Fischereiabkommen und Protokoll am 10. Mai 2013 paraphiert — Rechtsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen			

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06	EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)							
11 06 01	Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FI-AF) — Ziel 1 (2000-2006)	2	p.m.	14 444 368			p.m.	14 444 368
11 06 02	Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)	2	—	—			—	—
11 06 03	Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 04	Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FI-AF) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)	2	p.m.	7 941 702			p.m.	7 941 702
11 06 05	Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 06	Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)	2	—	—			—	—
11 06 08	Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)	2	—	—			—	—
11 06 09	Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 11	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)	2	p.m.	2 444 057			p.m.	2 444 057
11 06 12	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)	2	p.m.	388 639 473			p.m.	388 639 473
11 06 13	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)	2	p.m.	100 353 663			p.m.	100 353 663
11 06 14	Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)	2	p.m.	6 800 000			p.m.	6 800 000
11 06 15	Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)	2	p.m.	10 835 165			p.m.	10 835 165

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 60	Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik	2	753 443 838	41 845 392			753 443 838	41 845 392
11 06 61	Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union	2	43 216 876	11 964 825			43 216 876	11 964 825
11 06 62	Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik							
11 06 62 01	Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse	2	14 349 220	21 639 419	– 936 000		13 413 220	21 639 419
11 06 62 02	Kontrolle und Durchsetzung	2	24 694 000	25 663 476			24 694 000	25 663 476
11 06 62 03	Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen	2	9 490 000	5 675 090			9 490 000	5 675 090
11 06 62 04	Steuerung und Kommunikation	2	6 809 400	4 857 767	– 2 765 500		4 043 900	4 857 767
11 06 62 05	Marktinformationen	2	4 745 000	1 901 598			4 745 000	1 901 598
	<i>Artikel 11 06 62 — Subtotal</i>		60 087 620	59 737 350	– 3 701 500		56 386 120	59 737 350
11 06 63	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung							
11 06 63 01	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe	2	3 834 475	1 982 985			3 834 475	1 982 985
11 06 63 02	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 11 06 63 — Subtotal</i>		3 834 475	1 982 985			3 834 475	1 982 985
11 06 64	Europäische Fischereiaufsichtsagentur	2	8 716 900	8 716 900			8 716 900	8 716 900
11 06 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
11 06 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 77 02	Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement	2	p.m.	450 000			p.m.	450 000

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 77	(Fortsetzung)							
11 06 77 03	Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik	2	—	—		p.m.	—	p.m.
11 06 77 04	Pilotprojekt — Netzwerke und bewährte Praxis in der Meerespolitik	2	—	—			—	—
11 06 77 05	Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur	2	p.m.	200 000			p.m.	200 000
11 06 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See	2	600 000	900 000			600 000	900 000
11 06 77 07	Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fischereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der EU-Fischerei im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystemorientierten Ansatzes im Fischereimanagement zu erhöhen	2	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
11 06 77 08	Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei	2	1 500 000	750 000			1 500 000	750 000
	Artikel 11 06 77 — Subtotal		4 100 000	3 300 000		p.m.	4 100 000	3 300 000
	Kapitel 11 06 — Total		873 399 709	659 005 880	– 3 701 500	p.m.	869 698 209	659 005 880

Erläuterungen

Nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht. Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen in spezifischen Fällen, in denen sie sich zur Deckung der Risiken einer Annullierung oder Kürzung der zuvor beschlossenen Korrekturen als notwendig erweisen, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

In der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 ist festgelegt, unter welchen Bedingungen die Vorauszahlung zurückgezahlt wird, was nicht zur Folge hat, dass die Beteiligung der Strukturfonds für die betreffende Intervention gekürzt wird. Gemäß den Artikeln 21 und 178 der Haushaltsordnung können etwaige Einnahmen aufgrund dieser Rückzahlungen der Vorauszahlung, die in Posten 6 1 5 7 des Einnahmenplans verbucht werden, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung werden für Ausgaben, die nicht gemäß anwendbarem Recht getätigt wurden, Finanzkorrekturen vorgenommen.

Die Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen der Kommission sehen spezielle Regeln für Finanzkorrekturen im Rahmen des EMFF vor.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Etwaige Einnahmen aus auf dieser Grundlage vorgenommenen Finanzkorrekturen werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans verbucht und gelten nach Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebundene Einnahmen.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Voraussetzungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

Erstattete Vorauszahlungen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 verbucht.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 01 *Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP) — Ziel 1 (2000-2006)***

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	14 444 368			p.m.	14 444 368

Erläuterungen

Aus diesen Mitteln wird die Abwicklung der noch offenen Ziel-1-Verpflichtungen des Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006 durch das FIAP finanziert.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

11 06 02 *Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

Erläuterungen

Das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung wurde zur Abwicklung der noch offenen Verpflichtungsermächtigungen für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 2 Absatz 4.

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999, und insbesondere Ziffer 44 Buchstabe b.

Entscheidung 1999/501/EG der Kommission vom 1. Juli 1999 über die indikative Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Mitgliedstaaten im Rahmen von Ziel 1 der Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 (ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 49), insbesondere Erwägung 5.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 03 Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen des FIAF aus den vorhergehenden Programmzeiträumen für die früheren Ziele 1 und 6.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. L 376 vom 31.12.1986, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2468/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 19).

11 06 04 Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	7 941 702			p.m.	7 941 702

Erläuterungen

Aus diesen Mitteln wird die Deckung der Interventionen außerhalb der Ziel-1-Gebiete für die Verpflichtungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 durch das FIAF finanziert.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 05 Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen für das frühere Ziel 5a „Fischerei“ aus dem FIAF, einschließlich der gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 finanzierten Maßnahmen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2468/98 des Rates vom 3. November 1998 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse (ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 19).

11 06 06 Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

Erläuterungen

Diese Mittel dienen zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen des FIAF aus den Programmplanungszeiträumen vor 2000-2006.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 06** (Fortsetzung)*Verweise*

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden Globalzuschüsse oder integrierten Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für die Umstrukturierung des Fischereisektors (PESCA) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 1).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen vorzuschlagenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zugunsten der ultraperipheren Regionen (REGIS II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 44).

Mitteilung der Kommission vom 15. Juni 1994 an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze (Interreg II) (ABl. C 180 vom 1.7.1994, S. 60).

Mitteilung der Kommission vom 16. Mai 1995 an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für eine Initiative im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und in den Grenzbezirken Irlands (Programm PEACE I) (ABl. C 186 vom 20.7.1995, S. 3).

Mitteilung der Kommission vom 26. November 1997 an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über das Sonderprogramm zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und den Grenzbezirken Irlands (1995-1999) (Programm PEACE I) (KOM(97) 642 final).

11 06 08**Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

Erläuterungen

Diese Mittel dienen zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen im Rahmen des FIAF für innovative Maßnahmen bzw. vorbereitende, begleitende oder bewertende Maßnahmen sowie alle anderen Formen ähnlicher Interventionen zur technischen Hilfe, die in den Verordnungen vorgesehen sind. Mit diesen Mitteln werden auch die früheren mehrjährigen Maßnahmen finanziert, insbesondere diejenigen, die gemäß den anderen vorgenannten Verordnungen genehmigt und durchgeführt wurden und nicht den vorrangigen Zielen des Strukturfonds zugeordnet werden können. Diese Mittel werden gegebenenfalls auch zur Deckung von Beträgen verwendet, die im Rahmen des FIAF für Interventionen ausbezahlt sind, für die die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen im Programmplanungszeitraum 2000-2006 weder verfügbar noch vorgesehen sind.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. L 197 vom 27.7.1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 08** (Fortsetzung)

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3760/92 des Rates vom 20. Dezember 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Fischerei und die Aquakultur (ABl. L 389 vom 31.12.1992, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (ABl. L 337 vom 30.12.1999, S. 10).

11 06 09 Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

Erläuterungen

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Ausgaben für die spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren.

Infolge des Untergangs der „Prestige“ wurden 30 000 000 EUR für Sondermaßnahmen zur Entschädigung der von der Ölpest betroffenen Fischereien, Muschelzucht- und Aquakulturanlagen zugewiesen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2561/2001 des Rates vom 17. Dezember 2001 über die Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 17).

Verordnung (EG) Nr. 2372/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 zum Erlass spezifischer Maßnahmen zur Entschädigung der von der Ölpest durch die Prestige betroffenen spanischen Fischereien, Muschelzucht- und Aquakulturanlagen (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 81).

11 06 11 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	2 444 057			p.m.	2 444 057

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 11** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Maßnahmen der technischen Unterstützung aus dem EFF gemäß Artikel 46 der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 aus den vorhergehenden Programmplanungszeiträumen. Die technische Unterstützung umfasst Studien, Bewertungen, an die Partner gerichtete Aktionen, Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung von elektronischen Verwaltungs-, Begleit-, Audit-, Inspektions- und Bewertungssystemen, Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über die einschlägige Praxis sowie die Errichtung transnationaler und unionsweiter Netze der Akteure der nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete.

Die technische Hilfe umfasst Vorbereitungs-, Begleit-, Evaluierungs-, Kontroll- und Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des EFF.

Diese Mittel können insbesondere die Finanzierung decken von

- unterstützenden Leistungen (Repräsentationsvergütungen, Ausbildungsmaßnahmen, Sitzungen, Dienstreisen),
- Ausgaben für Informationen und Veröffentlichungen,
- Ausgaben für Informationstechnologien und Telekommunikation,
- Verträgen für Dienstleistungserbringer,
- Netzwerkunterstützung und Austausch bewährter Verfahren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

11 06 12 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	388 639 473			p.m.	388 639 473

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Zusammenhang mit den operationellen Programmen im Rahmen des Konvergenzziels des Europäischen Fischereifonds (EFF) im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Die aus diesem Artikel finanzierten Aktionen sollten der Notwendigkeit der Gewährleistung eines stabilen und dauerhaften Gleichgewichts zwischen der Kapazität der Fischereiflotten und den verfügbaren Ressourcen sowie der Förderung einer Sicherheitskultur im Fischereisektor Rechnung tragen.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 12** (Fortsetzung)

Diese Mittel dienen zudem der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Selektivität der Fanggeräte.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

11 06 13 Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	100 353 663			p.m.	100 353 663

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen im Zusammenhang mit EFF-Maßnahmen außerhalb des Konvergenzziels für Verpflichtungen im Programmplanungszeitraum 2007-2013.

Die aus diesem Artikel finanzierten Aktionen sollten der Notwendigkeit der Förderung einer Sicherheitskultur im Fischereisektor Rechnung tragen.

Diese Mittel dienen zudem der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Selektivität der Fanggeräte.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

11 06 14 Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	6 800 000			p.m.	6 800 000

*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 01 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 14** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates vom 17. Dezember 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur (ABl. L 17 vom 21.1.2000, S. 22).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

11 06 15 *Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	10 835 165			p.m.	10 835 165

*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 03 01*

Diese Mittel dienen der Deckung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Programmplanungszeiträumen im Zusammenhang mit der Regelung zum Ausgleich der durch die äußerste Randlage dieser Regionen bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und der französischen Departements Guayana und Réunion.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2328/2003 des Rates vom 22. Dezember 2003 über eine Regelung zum Ausgleich der durch die äußerste Randlage bedingten Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse der Azoren, Madeiras, der Kanarischen Inseln und der französischen Departements Guayana und Réunion (ABl. L 345 vom 31.12.2003, S. 34).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 791/2007 des Rates vom 21. Mai 2007 über eine Regelung zum Ausgleich der Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse aus den Gebieten in äußerster Randlage, den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln sowie Französisch-Guayana und Réunion (ABl. L 176 vom 6.7.2007, S. 1).

11 06 60 *Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
753 443 838	41 845 392			753 443 838	41 845 392

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 60** (Fortsetzung)*Erläuterungen**Neuer Artikel*

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit den operationellen Programmen des EMFF zur Ankurbelung der Beschäftigung, zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts, zur Förderung einer innovativen, wettbewerbsfähigen und wissensbasierten und gleichzeitig nachhaltigen und ressourcenschonenden Fischerei und Aquakultur sowie zur Unterstützung bei der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 5 Buchstaben a, c und d.

11 06 61 Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
43 216 876	11 964 825			43 216 876	11 964 825

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 05*

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die sich aus der Durchführung des Unterstützungsprogramms zur Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik ergeben, das unter anderem Folgendes umfasst:

- das Europäische Meeresbeobachtungs- und Meeresdatennetzwerk,
- Projekte, einschließlich Testvorhaben und Kooperationsprojekte,
- die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung des gemeinsamen Informationsraums,

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 61** (Fortsetzung)

- Pilotstudien zur grenzübergreifenden maritimen Raumplanung,
- IT-Anwendungen wie das maritime Forum und der europäische Meeresatlas,
- Veranstaltungen und Konferenzen,
- Studien, die europaweit und für einzelne Meeresräume Wachstumsbarrieren, neue Optionen sowie die Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Meeresumwelt untersuchen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2011 zur Schaffung eines Programms zur Unterstützung der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik (ABl. L 321 vom 5.12.2011, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 5 Buchstabe b.

11 06 62 Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik**11 06 62 01** Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
14 349 220	21 639 419	– 936 000		13 413 220	21 639 419

Erläuterungen

Vormals Artikel 11 07 01 und 11 07 02

Veranschlagt sind Mittel

- für die Beteiligung der Europäischen Union an den Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen nationaler mehrjähriger Programme für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten, die 2013 oder früher gestartet wurden;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 01** (Fortsetzung)

- zur Finanzierung von Studien und Pilotprojekten der Kommission, die gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchgeführt werden und die für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik, einschließlich alternativer Methoden für eine nachhaltige Fischerei, erforderlich sind;
- für die Erarbeitung wissenschaftlicher Stellungnahmen und Gutachten durch Wissenschaftseinrichtungen, einschließlich internationaler Beratungsgremien für Bestandsabschätzungen, durch unabhängige Sachverständige und durch Forschungsinstitute;
- für Kosten, die der Kommission durch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten, der Organisation und Leitung von Fischereisachverständigensitzungen und der Verwaltung der jährlichen Arbeitsprogramme im Zusammenhang mit fischereiwissenschaftlicher und fischereitechnischer Expertise, der Verarbeitung von Datenabrufen und Datensätzen sowie der Vorbereitungsarbeit für die Vorlage wissenschaftlicher Stellungnahmen und Gutachten entstehen;
- für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Datenerhebung, einschließlich der Erstellung und Verwaltung regionaler Datenbanken zur Archivierung, Verwaltung und Nutzung von Daten, die die regionale Zusammenarbeit fördern und die Datenerhebung und -verwaltung sowie die wissenschaftliche Expertise im Bereich der Fischereiwirtschaft verbessern;
- für Verwaltungsabsprachen mit der Gemeinsamen Forschungsstelle oder anderen Beratungsgremien der Europäischen Union zur Übernahme des Sekretariats des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (STECF), zur ersten Auswertung der Daten und zur Aufbereitung der Daten zur Einschätzung der Bestandslage;
- Vergütungen für Mitglieder des STECF und/oder von eingeladenen Sachverständigen für ihre Teilnahme und Mitarbeit an Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen des STECF;
- Vergütungen für unabhängige Sachverständige, die wissenschaftliche Gutachten für die Kommission erstellen oder Schulungen für Verwaltungsbeamte oder Akteure in der Auslegung der wissenschaftlichen Gutachten durchführen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1543/2000 des Rates vom 29. Juni 2000 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung und Verwaltung der Daten, die zur Durchführung der gemeinsamen Fischereipolitik erforderlich sind (ABl. L 176 vom 15.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 199/2008 des Rates vom 25. Februar 2008 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 60 vom 5.3.2008, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 01** (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1), insbesondere Artikel 84 (a)..

Verweise

Beschluss 2005/629/EG der Kommission vom 26. August 2005 zur Einsetzung des Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsausschusses für Fischerei (ABl. L 225 vom 31.8.2005, S. 18).

Verordnung (EG) Nr. 665/2008 der Kommission vom 14. Juli 2008 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 199/2008 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Rahmenregelung für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 186 vom 15.7.2008, S. 3).

Verordnung (EG) Nr. 1078/2008 der Kommission vom 3. November 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates hinsichtlich der Ausgaben der Mitgliedstaaten für die Erhebung und Verwaltung von Basisdaten über den Fischereisektor (ABl. L 295 vom 4.11.2008, S. 24).

11 06 62 02 Kontrolle und Durchsetzung

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
24 694 000	25 663 476			24 694 000	25 663 476

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 08 01 und 11 08 02*

Diese Mittel sind veranschlagt für die Finanzierung von Maßnahmen, die 2013 oder früher gestartet wurden und die mit folgenden Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik im Zusammenhang stehen:

- Investitionen, die mit Kontrolltätigkeiten von Verwaltungsdienststellen oder dem Privatsektor zusammenhängen, auch mit dem Einsatz neuer Kontrolltechnologien wie elektronischen Aufzeichnungs- und Meldesystemen, Schiffsüberwachungssystemen und automatischen Schiffsidentifizierungssystemen in Verbindung mit Schiffsortungssystemen sowie dem Erwerb und der Modernisierung von Kontrollmitteln;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 02** (Fortsetzung)

- Schulungs- und Austauschprogramme für die mit Aufgaben der Fischereiüberwachung und -kontrolle beauftragten Beamten;
- Durchführung von Pilotkontroll- und -beobachterprogrammen;
- Kosten-Nutzen-Analysen, Ausgabenkontrollen und Audits der zuständigen Behörden hinsichtlich der Durchführung von Beobachtungs-, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen;
- Initiativen, auch in Form von Seminaren und mit Hilfe von Medienwerkzeugen, zur Sensibilisierung sowohl von Fischern als auch anderen Akteuren, wie Inspektoren, Staatsanwälten und Richtern, ebenso wie der breiten Öffentlichkeit für die Notwendigkeit, unverantwortliche und illegale Fischerei zu bekämpfen und die Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik durchzusetzen;
- Systeme und Verfahren der Rückverfolgbarkeit und Instrumente zur Steuerung der Flottenkapazität mittels Überwachung der Maschinenleistung;
- Pilotprojekte wie CCTV (closed circuit television — Überwachungskameras).

Diese Mittel decken auch die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgenommenen Kontrolle und Bewertung der Umsetzung der GFP, insbesondere für Überprüfungs-, Inspektions- und Auditreisen, Ausstattung und Schulung der Kommissionsbeamten, Durchführung von oder Teilnahme an Sitzungen, Studien, IT-Ausstattung sowie Erwerb oder Chartern von Inspektionsmitteln durch die Kommission gemäß Titel X der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009.

Sie decken darüber hinaus den gemeinsamen Erwerb von Patrouillenschiffen, -flugzeugen und -hubschraubern durch mehrere Mitgliedstaaten desselben geografischen Gebiets, sofern diese Mittel mindestens 60 % der Zeit für die Fischereikontrolle genutzt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 02 (Fortsetzung)

Verweise

Verordnung (EG) Nr. 391/2007 der Kommission vom 11. April 2007 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates in Bezug auf die Ausgaben, die den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der gemeinsamen Fischereipolitik entstehen (ABl. L 97 vom 12.4.2007, S. 30).

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 der Kommission vom 8. April 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 112 vom 30.4.2011, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe b.

11 06 62 03 Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
9 490 000	5 675 090			9 490 000	5 675 090

Erläuterungen

Vormals Artikel 11 03 03

Diese Mittel dienen der Finanzierung der freiwilligen Beiträge der Europäischen Union zu internationalen Organisationen, die im Bereich der Fischerei und des Seerechts aktiv sind. Sie sind insbesondere bestimmt für

- vorbereitende Arbeiten zu neuen Abkommen über nachhaltige Fischerei;
- Beiträge und Anmeldegebühren für Sitzungen internationaler Fischereiorganisationen, in denen die Europäische Union Beobachterstatus hat (Artikel 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union), d. h. der Internationalen Walfang-Kommission (IWC) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD);
- Unterstützung, Begleitung und Umsetzung regionaler Vorhaben, insbesondere durch Beiträge zu gemeinsamen internationalen Kontrolltätigkeiten. Aus diesen Mitteln finanziert werden auch künftige Überwachungsprogramme in Gewässern Westafrikas und im Westpazifik;
- Finanzbeiträge für die vorbereitenden Arbeiten der neuen internationalen Fischereiorganisationen, die für die Union von Interesse sind;
- finanzielle Beteiligung an wissenschaftlichen Arbeiten der internationalen Fischereiorganisationen, die für die Europäische Union von besonderem Interesse sind;

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)**11 06 62 03** (Fortsetzung)

- finanzielle Beteiligung an Maßnahmen (einschließlich Arbeitssitzungen, informelle oder außerordentliche Sitzungen der Vertragsparteien), die der Förderung der Interessen der Union in internationalen Organisationen dienen und durch die die Zusammenarbeit mit ihren Partnern in diesen Organisationen verstärkt wird. Zu diesem Zweck werden, wenn die Anwesenheit von Vertretern aus Drittländern bei Verhandlungen und Sitzungen im Rahmen internationaler Foren und Organisationen im Interesse der Union notwendig ist, die Kosten ihrer Teilnahme aus dem EMFF bestritten;
- Zuschüsse an regionale Einrichtungen, an denen Küstenstaaten in der betreffenden Unterregion beteiligt sind.

Rechtsgrundlagen

Maßnahme aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final), insbesondere Artikel 84 Buchstabe c.

11 06 62 04 Steuerung und Kommunikation

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
6 809 400	4 857 767	– 2 765 500		4 043 900	4 857 767

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 04 01*

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans zur Verbesserung des Dialogs mit den Unternehmen und den Akteuren der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik:

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 04 (Fortsetzung)

- Subventionen für (Regional-)Beiräte (nach der Verabschiedung der reformierten GFP-Verordnung werden die bestehenden Regionalbeiräte zu Beiräten, und es werden neue Beiräte geschaffen) zur Deckung der operativen Kosten sowie der Dolmetsch- und Übersetzungskosten von Sitzungen dieser Beiräte;
- Durchführung von Maßnahmen zur Erläuterung der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik und Bereitstellung von einschlägigem Informationsmaterial für den Fischereisektor und die beteiligten Kreise.

Die Kommission wird die Arbeit der Beiräte auch weiterhin finanziell unterstützen. Sie wird bei Bedarf an Sitzungen teilnehmen und die von den Beiräten herausgegebenen Empfehlungen analysieren, die bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften berücksichtigt werden können. Durch die Konsultation der Interessenträger in den (Regional-)Beiräten wird die Mitwirkung der Berufsgruppen und anderer Interessengruppen am Prozess der Gemeinsamen Fischereipolitik gefördert, damit regionalen Besonderheiten stärker Rechnung getragen werden kann.

Ein Teil der Mittel wird auch für Informations- und Aufklärungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Integrierten Meerespolitik sowie für Mitteilungen an Beteiligte verwendet. Besonderes Gewicht wird weiterhin darauf gelegt, den Akteuren und Fachmedien in den neuen Mitgliedstaaten sowie den künftigen Mitgliedstaaten der Union die Gemeinsame Fischereipolitik und die Integrierte Meerespolitik zu erläutern.

Etwaige Einnahmen können gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Beschluss 2004/585/EG des Rates vom 19. Juli 2004 zur Einsetzung regionaler Beiräte für die Gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 256 vom 3.8.2004, S. 17).

Maßnahme aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 04 (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1), insbesondere Artikel 89 und 91..

11 06 62 05 Marktinformationen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
4 745 000	1 901 598			4 745 000	1 901 598

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Erstellung und Verbreitung von Marktinformationen über Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur bestimmt. Zu den spezifischen Maßnahmen zählen u. a.:

- vollständige Betriebsbereitschaft der Marktbeobachtungsstelle,
- Zusammentragen, Analyse und Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse und des Verständnisses für den Unionsmarkt für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur in der Versorgungskette unter Berücksichtigung des internationalen Kontexts,
- Vornahme regelmäßiger Preiserhebungen in der Versorgungskette der Europäischen Union für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur und Durchführung von Analysen zu Markttendenzen,
- Bereitstellung von Ad-hoc-Marktstudien und einer Methodik für Erhebungen über die Preisbildung,
- Erleichterung des Zugangs zu vorhandenen Daten über Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur, die entsprechend den Vorschriften der Europäischen Union erfasst wurden,
- Bereitstellung von Marktinformationen für die jeweiligen Interessenträger.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 05 (Fortsetzung)

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur (COM(2011) 416 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 63 Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung

11 06 63 01 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
3 834 475	1 982 985			3 834 475	1 982 985

Erläuterungen

Neuer Artikel

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Maßnahmen zur technischen Hilfe aus dem EMFF gemäß Artikel 91 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

Die technische Hilfe umfasst Vorbereitungs-, Begleit-, Audit-, Bewertungs-, Überwachungs- und Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des EMFF.

Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung von

- Studien, Bewertungen und Sachverständigengutachten,
- Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, Unterstützung der Vernetzung, Durchführung von Kommunikationsmaßnahmen, Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs, auch mit Drittländern,
- Einrichtung, Betrieb und Verknüpfung rechnergestützter Systeme für Verwaltung, Überwachung, Audit, Kontrolle und Bewertung,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Bewertungsmethoden und Austausch von Informationen über Bewertungspraktiken,
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Audits,

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 63** (Fortsetzung)

11 06 63 01 (Fortsetzung)

- Errichtung transnationaler und unionsweiter Netze der Akteure der nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete in Küstenregionen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 63 02 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Dieser Posten dient zur Deckung eines Teils des nationalen Finanzrahmens für die technische Hilfe, der auf Ersuchen eines Mitgliedstaats mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten an die technische Hilfe auf Initiative der Kommission übertragen wurde. Gemäß dem vorgeschlagenen Artikel 22a des Vorschlags für eine Verordnung COM(2013) 246 final erfolgt aus diesem Posten die Finanzierung von Maßnahmen zur Ermittlung, Priorisierung und Durchführung von Struktur- und Verwaltungsreformen als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in diesem Mitgliedstaat.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 63** (Fortsetzung)

11 06 63 02 (Fortsetzung)

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Juli 2011, über die Gemeinsame Fischereipolitik (COM(2011) 425 final).

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. Dezember 2011, über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (COM(2011) 804 final).

11 06 64 Europäische Fischereiaufsichtsagentur

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
8 716 900		8 716 900

Erläuterungen

Vormals Posten 11 08 05 01 und 11 08 05 02

Diese Mittel dienen zur Deckung der Personal- und Verwaltungskosten der Agentur (Titel 1 und 2) sowie der operativen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm (Titel 3).

Die Aufsichtsagentur muss die Haushaltsbehörde über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2343/2002 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Gesamtplans der Einnahmen zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Aufsichtsagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Europäischen Union für 2014 beläuft sich auf insgesamt 9 217 150 EUR. Der in den Haushaltsplan eingestellte Betrag von 8 716 900 EUR erhöht sich um einen Betrag von 500 250 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates vom 26. April 2005 zur Errichtung einer Europäischen Fischereiaufsichtsagentur und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 128 vom 21.5.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 64** (Fortsetzung)

Verweise

Beschluss 2009/988/EU der Kommission vom 18. Dezember 2009 über die Benennung der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur als zuständige Stelle für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates (ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 104).

11 06 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen**11 06 77 01** Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

Erläuterungen

Vormals Posten 11 02 01 03

Dieser Posten dient der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 02 Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	450 000			p.m.	450 000

Erläuterungen

Vormals Artikel 11 07 03

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)

11 06 77 02 (Fortsetzung)

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 03 Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—		p.m.	—	p.m.

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 01*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahmen im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 04 Pilotprojekt — Netzwerke und bewährte Praxis in der Meerespolitik

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
—	—			—	—

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 02*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)

11 06 77 05 Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	200 000			p.m.	200 000

*Erläuterungen**Vormals Posten 11 02 01 04*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen des Pilotprojekts noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

Da die Handelsbezeichnungen in die Zuständigkeit der nationalen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten fallen, sollte ein einheitliches Instrument eingeführt werden, das dem europäischen Verbraucher die Garantien im Bereich der Transparenz und der Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Bezeichnungen bietet und darüber hinaus die Überprüfung dieser Angaben erleichtert.

Die Ziele der Durchführung eines Pilotprojekts wären

- der Aufbau einer Datenbank, die sämtliche Informationen im Zusammenhang mit Handelsbezeichnungen (Codes der FAO-Nomenklatur, der Kombinierten Nomenklatur, der zolltariflichen Nomenklatur oder der auf Gesundheit oder die IUU-Fischerei bezogenen Nomenklaturen), den wissenschaftlichen Bezeichnungen der in dem System FishBase genannten Arten, den Bezeichnungen der Arten in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten sowie gegebenenfalls geduldete regionale oder lokale Bezeichnungen umfasst;
- Einführung eines Expertensystems für die Prüfung der Kohärenz zwischen den Bezeichnungen und Nomenklaturen;
- Einrichtung einer speziellen Internetseite.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 06 Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
600 000	900 000			600 000	900 000

*Erläuterungen**Vormals Artikel 11 09 06*

Diese Mittel dienen der Deckung der im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen noch abzuwickelnden Verpflichtungen aus früheren Jahren.

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)**11 06 77 06** (Fortsetzung)

Diese Mittel dienen der Deckung folgender Maßnahmen:

- Bewertung der Durchführbarkeit für die bestmögliche Nutzung aktiver Fischereifahrzeuge der Unionsflotte, die stillgelegt werden müssen, sowie die Nutzung der Erfahrung und der praktischen Kenntnisse von Fischern, wovon sowohl die Fischer selbst als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren;
- Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, ob es technisch und wirtschaftlich durchführbar ist, diejenigen auf andere maritime Tätigkeiten umzuschulen, die im Fischereisektor als Besatzungsmitglieder beschäftigt sind und nicht mehr von der Fischerei leben können und über seemännische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die verloren gehen könnten, wenn sie alternative Verdienstquellen in Form von Tätigkeiten an Land suchen;
- Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, ob es machbar ist, Fischereifahrzeuge in Schiffe umzuwandeln, die als Plattform für eine Reihe umwelt- und seebezogener Tätigkeiten — ausgenommen Fischerei — dienen, insbesondere für die Einsammlung von Abfällen im Meer;
- Ermittlung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, wie hoch die notwendigen Betriebskosten für ein Schiff sind, das unter solchen Bedingungen eingesetzt wird, sowie Ermittlung der möglichen Finanzierungsquellen; eine solche Finanzierung sollte jedoch auf die Unterstützung der Anlaufphase langfristig selbsttragender Tätigkeiten beschränkt sein;
- Ermittlung der geeigneten Schulung, die Fischer benötigen, um neue Aufgaben wahrzunehmen und zu nützlichen Ergebnissen zu gelangen;
- Unterstützung der Verringerung der Fangkapazitäten gemäß den Zielen der Reform der GFP, indem Schiffseignern und Fischern, die den Sektor verlassen, positive Anreize geboten werden, und indem ihnen nahegelegt wird, alternative Tätigkeiten auf See und/oder in Küstengebieten zu finden bzw. zu schaffen;
- Förderung von Tätigkeiten in Ergänzung zur Fischerei für diejenigen Fischer, die im Sektor verbleiben;
- Ermittlung des notwendigen administrativen und rechtlichen Rahmens für die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und/oder Verwaltungsstellen zur Koordinierung der Tätigkeiten der „Beschützer der See“;
- Untersuchung unter möglichst lebensnahen Bedingungen, welche Möglichkeiten für die Umsetzung der Idee „Beschützer der See“ im nächsten Programmplanungszeitraum bestehen.

Rechtsgrundlagen

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

- 11 06 77 07** Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fischereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der EU-Fischerei im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystemorientierten Ansatzes im Fischereimanagement zu erhöhen

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 77** (Fortsetzung)

11 06 77 07 (Fortsetzung)

Erläuterungen

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- oder Fischereivorschriften eingerichtet wurden.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

11 06 77 08 Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 500 000	750 000			1 500 000	750 000

Erläuterungen

Diese Mittel dienen der Unterstützung der kleinen Fischerei, wodurch dazu beigetragen würde, die Maßnahmen zu koordinieren und die finanzielle Unterstützung aus anderen bestehenden Instrumente zu steuern, um den spezifischen Problemen des Fischereisektors gerecht zu werden.

Das Pilotprojekt umfasst folgende Maßnahmen:

- Analyse des Sektors der kleinen Fischerei in der EU;
- Ermittlung der EU-Instrumente und der EU-Finanzierung, die für diesen spezifischen Sektor herangezogen werden können;
- Beschreibung des Einsatzes der der kleinen Fischerei zur Verfügung stehenden Instrumente, Aktionen, Maßnahmen und Finanzmittel;
- Untersuchung der Frage, inwieweit mit den derzeitigen Instrumenten der Bedarf der kleinen Fischerei gedeckt werden kann, und Formulierung etwaiger Korrekturvorschläge auf der Grundlage dieser Untersuchung;
- Unterstützung von Gruppen von Fischern, Berufsorganisationen und NRO in Verbindung mit kleinen Fischereien im Hinblick auf ihre Abstimmung, Vorbereitung und Teilnahme an den Beiräten.

Damit sollen die Grundlagen für ein EU-Programm zur Unterstützung der kleinen Küstenfischerei und der handwerklichen Fischerei gelegt werden, das zur Koordinierung der Maßnahmen beiträgt und die Finanzierungen aus anderen verfügbaren Instrumenten steuert, um den besonderen Problemen dieses Sektors der Fischereibranche zu begegnen.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“	82 299 094	82 299 094			82 299 094	82 299 094
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN	24 483 250 000	31 233 189 315	508 180 038	53 703 765	24 991 430 038	31 286 893 080
13 04	KOHÄSIONSFONDS	7 963 000 000	11 092 840 264			7 963 000 000	11 092 840 264
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT	39 000 000	405 590 679	– 2 480 038		36 519 962	405 590 679
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS	p.m.	150 000 000			p.m.	150 000 000
Titel 13 — Total		32 567 549 094	42 963 919 352	505 700 000	53 703 765	33 073 249 094	43 017 623 117

TITEL 13

REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN							
13 03 01	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 02	Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 03	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 04	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 05	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 06	Abschluss von URBAN (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 07	Abschluss früherer Programme — Initiativen der Union (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 08	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 09	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 12	Beitrag der Union zum Internationalen Fonds für Irland	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 13	Abschluss der Initiative der Union Interreg III (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 14	Unterstützung der an Beitrittsländer angrenzenden Regionen — Abschluss früherer Programme (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 16	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz	1,2	p.m.	23 944 700 000			p.m.	23 944 700 000
13 03 17	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — PEACE	1,2	p.m.	26 000 000			p.m.	26 000 000
13 03 18	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	1,2	p.m.	4 376 486 929			p.m.	4 376 486 929
13 03 19	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit	1,2	p.m.	1 286 126 020			p.m.	1 286 126 020
13 03 20	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Unterstützung	1,2	p.m.	25 600 000			p.m.	25 600 000
13 03 31	Abschluss der technischen Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen (2007-2013)	1,2	p.m.	1 600 000			p.m.	1 600 000
13 03 40	Abschluss der aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 41	Abschluss der aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 60	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — weniger entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	17 627 800 000	1 125 000 000			17 627 800 000	1 125 000 000
13 03 61	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Übergangsregionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	2 865 400 000	167 824 266			2 865 400 000	167 824 266

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 62	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	3 650 900 000	209 061 086			3 650 900 000	209 061 086
13 03 63	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Zusatzmittel für Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“	1,2	209 100 000	13 000 000			209 100 000	13 000 000
13 03 64	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit							
13 03 64 01	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit	1,2			505 700 000	53 703 765	505 700 000	53 703 765
13 03 64 02	Beteiligung von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern an EFRE/ETZ – Beitrag aus Rubrik 4 (IPA II)	1,2			2 480 038		2 480 038	p.m.
13 03 64 03	Beteiligung der Länder der Europäischen Nachbarschaft am EFRE/ETZ – Beitrag aus Rubrik 4 (ENI)	1,2					p.m.	p.m.
	Artikel 13 03 64 — Subtotal				508 180 038	53 703 765	508 180 038	53 703 765
13 03 65	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe							
13 03 65 01	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe	1,2	69 000 000	47 000 000			69 000 000	47 000 000
13 03 65 02	Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 13 03 65 — Subtotal		69 000 000	47 000 000			69 000 000	47 000 000
13 03 66	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung	1,2	50 100 000	p.m.			50 100 000	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 67	Technische Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen	1,2	2 500 000	1 250 000			2 500 000	1 250 000
13 03 68	Makro-regionale Strategien 2014-2020 - Strategie der Europäischen Union für den Donauraum - Technische Unterstützung	1,2	2 500 000	1 250 000			2 500 000	1 250 000
13 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
13 03 77 01	Pilotprojekt — Europaweite Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 02	Pilotprojekt — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Förderung eines günstigeren Umfelds für Kleinstkredite in Europa	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 04	Pilotprojekt — Nachhaltige Wiederbelebung von Vorstädten	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 05	Vorbereitende Maßnahme — RURBAN — Partnerschaft für eine nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung	1,2	p.m.	549 014			p.m.	549 014
13 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene	1,2	p.m.	2 000 000			p.m.	2 000 000
13 03 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Festlegung eines Governance-Modells für den Donauraum — Bessere und effizientere Koordinierung	1,2	p.m.	1 000 000			p.m.	1 000 000
13 03 77 08	Pilotprojekt — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums	1,2	p.m.	1 300 000			p.m.	1 300 000
13 03 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Atlantisches Forum für die Atlantikstrategie der Europäischen Union	1,2	—	167 000			—	167 000

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 77	(Fortsetzung)							
13 03 77 10	Vorbereitende Maßnahme — Flankierung des Übergangs von Mayotte und allen anderen potenziell betroffenen Gebieten zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage	1,2	p.m.	400 000			p.m.	400 000
13 03 77 11	Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 12	Vorbereitende Maßnahme — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums	1,2	1 800 000	800 000			1 800 000	800 000
13 03 77 13	Pilotprojekt — Kohäsionspolitik und Synergien mit den Mitteln für Forschung und Entwicklung; die „Stufenleiter zur Spitzenforschung“	1,2	1 200 000	600 000			1 200 000	600 000
13 03 77 14	Vorbereitende Maßnahme — Eine regionale Strategie für den Nordseeraum	1,2	250 000	125 000			250 000	125 000
13 03 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Weltstädte: Zusammenarbeit der EU mit Drittändern zur Stadtentwicklung	1,2	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
13 03 77 16	Vorbereitende Maßnahme — Derzeitige und wünschenswerte Lage des wirtschaftlichen Potenzials in Regionen außerhalb der griechischen Hauptstadt Athen	1,2	700 000	350 000			700 000	350 000
	Artikel 13 03 77 — Subtotal		5 950 000	8 291 014			5 950 000	8 291 014
	Kapitel 13 03 — Total		24 483 250 000	31 233 189 315	508 180 038	53 703 765	24 991 430 038	31 286 893 080

Erläuterungen

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterstützt die Union das in Artikel 174 dargelegte Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch Maßnahmen der Strukturfonds, zu denen auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zählt. Gemäß Artikel 176 ist es Aufgabe des EFRE, zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Union beizutragen. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 festgelegt.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung können Finanzkorrekturen vorgenommen werden, wenn Ausgaben nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen durch die Kommission enthalten spezielle Regeln für Finanzkorrekturen beim EFRE.

Sämtliche Einnahmen aus Finanzkorrekturen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden, werden in Posten 6 5 0 0 des Einnahmenplans ausgewiesen und stellen zweckgebundene Einnahmen im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung dar.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

Artikel 177 der Haushaltsordnung legt die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen fest.

Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 enthält spezielle Regeln für die Rückzahlung des Vorschusses im Rahmen des EFRE.

Erstattete Vorauszahlungen stellen interne zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung dar und sind in Posten 6 1 5 0 oder Posten 6 1 5 1 auszuweisen.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 174, 175, 176 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere die Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4 und die Artikel 80 und 177.

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 15. und 16. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

13 03 64 *Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit*

13 03 64 01 Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
		505 700 000	53 703 765	505 700 000	53 703 765

Erläuterungen

Vormals Artikel 13 03 64

Diese Mittel dienen der Finanzierung der EFRE-Unterstützung für das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020. Finanziert werden sollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen, die transnationale Zusammenarbeit in größeren transnationalen Gebieten sowie die inter-regionale Zusammenarbeit. Darunter fällt auch die Unterstützung von Kooperationsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen, die im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments und des Instruments für Heranführungshilfe unterstützt werden sollen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

13 03 64 02 Beteiligung von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern an EFRE/ETZ – Beitrag aus Rubrik 4 (IPA II)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
		2 480 038		2 480 038	p.m.

Erläuterungen

Vormals Posten 13 05 63 02 (teilweise)

Diese Mittel dienen der Finanzierung des IPA-II-Beitrags zu EFRE-Programmen der transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit, an denen die in Anhang I der IPA-Verordnung aufgeführten Empfängerländer teilnehmen.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

13 03 64 (Fortsetzung)

13 03 64 02 (Fortsetzung)

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittländern, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

Verordnung (EU) Nr. 231/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 11).

13 03 64 03 Beteiligung der Länder der Europäischen Nachbarschaft am EFRE/ETZ – Beitrag aus Rubrik 4 (ENI)

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
				p.m.	p.m.

Erläuterungen
Vormals Posten 21 03 03 01 (teilweise)

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Unterstützung aus dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument (ENI) im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020 für das Programm der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Ostseeraum. Unterstützung im Rahmen des ENI und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sollte für die Programme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten einerseits und Partnerländern und/oder der Russischen Föderation („andere an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit teilnehmende Länder“) andererseits an den Außengrenzen der Union geleistet werden, um eine integrierte und nachhaltige regionale Entwicklung und Zusammenarbeit benachbarter Grenzgebiete und eine harmonische territoriale Integration in der gesamten Union und mit ihren Nachbarländern zu fördern.

Mittelbindungen werden von der Haushaltslinie 21 03 03 01, Grenzübergreifende Zusammenarbeit – Beitrag aus Rubrik 4, nach der Annahme des Programmplanungsdokuments für die grenzübergreifende Zusammenarbeit übertragen. Sobald die Programme angelaufen sind, werden die Mittelbindungen über den Zeitraum 2015-2020 zunehmen (so wie dies auch über den Zeitraum 2007-2013 der Fall war).

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L 77 vom 14.3.2014, S. 27).

KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT							
13 05 01	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss früherer Projekte (2000-2006)							
13 05 01 01	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) — Abschluss sonstiger früherer Projekte (2000-2006)	4	p.m.	40 000 000			p.m.	40 000 000
13 05 01 02	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt — Abschluss der Heranführungshilfen für acht Bewerberländer	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 13 05 01 — Subtotal</i>		p.m.	40 000 000			p.m.	40 000 000
13 05 02	Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente regionale Entwicklung (2007-2013)	4	p.m.	272 447 479			p.m.	272 447 479
13 05 03	Instrument für Heranführungshilfe (IPA) — Abschluss der Komponente grenzüberschreitende Zusammenarbeit (2007-2013)							
13 05 03 01	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Teilrubrik 1b	1,2	p.m.	52 000 000			p.m.	52 000 000
13 05 03 02	Abschluss der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Beteiligung von Bewerberländern und möglichen Bewerberländern an Strukturfondsprogrammen für grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit — Beitrag aus der Rubrik 4	4	p.m.	26 143 200			p.m.	26 143 200
	<i>Artikel 13 05 03 — Subtotal</i>		p.m.	78 143 200			p.m.	78 143 200
13 05 60	Unterstützung für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien							
13 05 60 01	Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 05 60	(Fortsetzung)							
13 05 60 02	Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 13 05 60 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 61	Unterstützung für Island							
13 05 61 01	Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 61 02	Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 13 05 61 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 62	Unterstützung für die Türkei							
13 05 62 01	Unterstützung politischer Reformen und der schrittweisen Angleichung an den Besitzstand der Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 62 02	Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 13 05 62 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 63	Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit							
13 05 63 01	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 1b	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 05 63 02	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4	4	39 000 000	15 000 000	– 2 480 038		36 519 962	15 000 000
	<i>Artikel 13 05 63 — Subtotal</i>		39 000 000	15 000 000	– 2 480 038		36 519 962	15 000 000
	Kapitel 13 05 — Total		39 000 000	405 590 679	– 2 480 038		36 519 962	405 590 679

Erläuterungen

13 05 63 Regionale Integration und territoriale Zusammenarbeit

13 05 63 02 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit — Beitrag aus Rubrik 4

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
39 000 000	15 000 000	– 2 480 038		36 519 962	15 000 000

Erläuterungen

Vormals Posten 13 05 63 02 (teilweise)

KAPITEL 13 05 — INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)***13 05 63** *(Fortsetzung)***13 05 63 02** *(Fortsetzung)*

Unter dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) wird mit diesen Mitteln das spezifische Ziel der regionalen Integration und territorialen Zusammenarbeit unter Beteiligung der in Anhang I der Verordnung aufgeführten Empfängerländer, der Mitgliedstaaten und gegebenenfalls von Drittstaaten auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments verfolgt.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten und von Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Stellen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der EU finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 231/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA II) (ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 11), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d.

Verordnung (EU) Nr. 232/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 27).

KOMMISSION

TITEL 23
HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 01	VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „HU- MANITÄRE HILFE UND KA- TASTROPHENSCHUTZ“	35 271 596	35 271 596			35 271 596	35 271 596
23 02	HUMANITÄRE HILFE, NAH- RUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE	911 276 000	1 032 576 249		248 460	911 276 000	1 032 824 709
23 03	UNIONSVERFAHREN FÜR DEN KATASTROPHEN- SCHUTZ	47 765 000	35 444 416			47 765 000	35 444 416
23 04	FREIWILLIGENKORPS DER UNION FÜR HUMANITÄRE HILFE	12 148 000	3 239 416			12 148 000	3 239 416
Titel 23 — Total		1 006 460 596	1 106 531 677		248 460	1 006 460 596	1 106 780 137

TITEL 23

HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ

KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
23 02	HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE							
23 02 01	<i>Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe</i>	4	874 529 000	1 003 733 007		248 460	874 529 000	1 003 981 467
23 02 02	<i>Katastrophenvorbeugung, -schutz und -vorsorge</i>	4	36 747 000	28 843 242			36 747 000	28 843 242
Kapitel 23 02 — Total			911 276 000	1 032 576 249		248 460	911 276 000	1 032 824 709

23 02 01 *Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
874 529 000	1 003 733 007		248 460	874 529 000	1 003 981 467

Erläuterungen

Vormals Artikel 23 02 01 und 23 02 02

Diese Mittel sind zur Finanzierung der humanitären Hilfe, einschließlich Nahrungsmittelhilfe, für Menschen in Ländern außerhalb der Union bestimmt, die Opfer von Konflikten, Naturkatastrophen und von durch Menschenhand verursachten Katastrophen (Kriege, Konflikte usw.) oder vergleichbaren Notfällen sind, und zwar so lange, bis der jeweilige humanitäre Bedarf gedeckt ist. Sie werden im Einklang mit den Bestimmungen über die humanitäre Hilfe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates ausgeführt.

Diese Hilfe wird ungeachtet der Rasse, der Volkszugehörigkeit, der Religion, einer Behinderung, des Geschlechts, des Alters, der Staatsangehörigkeit oder der politischen Anschauung der Opfer gewährt. Diese Hilfe wird für die Zeitdauer bereitgestellt, die für die Sicherung der aus diesen Notständen entstehenden Bedürfnisse notwendig ist.

Diese Mittel sind auch für den Kauf und die Bereitstellung aller für die Durchführung dieser humanitären Hilfemaßnahmen erforderlichen Güter oder Materialien bestimmt, einschließlich den Bau von Wohnungen und Unterkünften für die betroffene Bevölkerung, für kurzfristige Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen, insbesondere auf der Ebene der Infrastrukturen und Ausrüstungen, für die Ausgaben für externes, ausländisches oder lokales Personal, die Lagerung, die Beförderung im In- und Ausland, die logistische Unterstützung und die Verteilung der Hilfe sowie für alle anderen Maßnahmen, die dazu dienen, den freien Zugang zu den Hilfeempfängern zu erleichtern.

Die Mittel können zur Finanzierung des Kaufs und der Bereitstellung von Lebensmitteln, Saatgut, Vieh oder sonstigen Erzeugnissen oder Ausrüstungen verwendet werden, die zur Durchführung der humanitären Nahrungsmittelhilfemaßnahmen erforderlich sind.

Mit diesen Mitteln sollen zudem etwaige sonstige Kosten in direktem Zusammenhang mit der Durchführung der humanitären Hilfemaßnahmen sowie die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen für die frist- und bedarfsgerechte, möglichst transparente Abwicklung der Nahrungsmittelhilfe unter Erzielung einer optimalen Kosten/Nutzen-Relation finanziert werden.

KOMMISSION

KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE (Fortsetzung)**23 02 01** (Fortsetzung)

Sie decken ferner:

- Studien über die Durchführbarkeit von humanitären Einsätzen, Evaluierungen von Projekten und Plänen im humanitären Bereich, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit und Informationskampagnen im Zusammenhang mit humanitären Maßnahmen;
- das Monitoring von Projekten und Plänen im humanitären Bereich sowie die Förderung und Entwicklung von Initiativen, die die Koordinierung und Zusammenarbeit verstärken, so dass sich die Wirksamkeit der Hilfe erhöht und das Monitoring der Projekte und Pläne verbessert werden kann;
- Kontrolle und Koordinierung der Umsetzung der humanitären und Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, insbesondere der Bedingungen für die Bereitstellung, Lieferung, Verteilung und Verwendung der Erzeugnisse, die für die Nahrungsmittelhilfe bestimmt sind, sowie der Bedingungen für die Verwendung der Gegenwertmittel;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, anderen Geberländern, den internationalen Organisationen und Einrichtungen, insbesondere denen, die dem System der Vereinten Nationen angehören, den Nichtregierungsorganisationen und den Organisationen, die Letztere vertreten;
- die Finanzierung der Verträge für technische Hilfe, um den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen humanitärer Organisationen und Einrichtungen der Union untereinander oder zwischen diesen und solchen aus Drittländern zu erleichtern;
- Studien und Fortbildungen, die in einem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzungen im Bereich der humanitären und Nahrungsmittelhilfe stehen;
- aktionsbezogene Zuschüsse und Zuschüsse für laufende Kosten der humanitären Netze;
- humanitäre Minenräumaktionen, einschließlich der Aufklärung der Lokalbevölkerung über Landminen;
- Ausgaben im Rahmen des Network on Humanitarian Assistance (NOHA) in Einklang mit Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1257/96. NOHA bietet eine mit einem Diplom abschließende einjährige multidisziplinäre Postgraduate-Ausbildung im humanitären Bereich an, durch die die fachlichen Kenntnisse von humanitären Helfern gefördert werden sollen und an der mehrere Universitäten beteiligt sind;
- Transport und Verteilung der Hilfe einschließlich sonstiger Kosten im Zusammenhang mit der Lieferung, z. B. Kosten für Versicherung, Umschlag, Koordinierung usw.;
- unerlässliche Maßnahmen entweder bei der Programmierung, Koordinierung und optimalen Ausführung der Hilfe, die aus anderen Posten nicht gedeckt werden, z. B. außergewöhnlicher Transport und außergewöhnliche Lagerung, Desinfektion, Verarbeitung oder Zubereitung der Nahrungsmittel vor Ort, Bestellung von Beauftragten, technische Hilfe und Material, das direkt zur Bereitstellung der Hilfe benötigt wird (Werkzeuge, Geräte, Brennstoff usw.);
- Pilotprojekte zur Erprobung neuer Methoden und Techniken für Transport, Aufmachung und Lagerung, Studien zur Bewertung von Nahrungsmittelhilfemaßnahmen, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit im Zusammenhang mit den humanitären Einsätzen und Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit;
- Lagerung von Nahrungsmitteln (einschließlich der Kosten für Verwaltung, Termingeschäfte mit oder ohne Option, Ausbildung von Fachkräften, Erwerb von Verpackungsmaterial sowie von fahrbaren Vorratseinheiten, Instandhaltung und Instandsetzung von Lagerhäusern usw.);
- die zur Vorbereitung und Durchführung der Projekte im Bereich der humanitären Hilfe erforderliche technische Hilfe, insbesondere die Ausgaben zur Deckung der Kosten für die Verträge der einzelnen Experten vor Ort und der Ausgaben für Infrastruktur und Logistik der Einrichtungen der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz in der ganzen Welt, für die Zahlstellen und Ausgabenermächtigungen vorgesehen sind.

KAPITEL 23 02 — HUMANITÄRE HILFE, NAHRUNGSMITTELHILFE UND KATASTROPHENVORSORGE *(Fortsetzung)***23 02 01** *(Fortsetzung)*

Zur Sicherstellung der umfassenden finanziellen Transparenz nach den Artikeln 58 bis 62 der Haushaltsordnung unternimmt die Kommission, wenn sie Abkommen über die Verwaltung und Durchführung von Projekten durch internationale Organisationen abschließt oder abändert, alle Anstrengungen, damit diese sich verpflichten, alle ihre Unterlagen über interne und externe Rechnungsprüfungen im Zusammenhang mit der Verwendung der Unionsmittel dem Europäischen Rechnungshof und dem Internen Prüfer der Kommission zu übermitteln.

Einnahmen aus Finanzbeiträgen von Mitgliedstaaten und Drittstaaten, jeweils einschließlich ihrer staatlichen Einrichtungen, sowie aus Finanzbeiträgen von Organisationen oder natürlichen Personen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprojekten oder -programmen können zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Bei diesen Beiträgen, die in Artikel 6 3 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, handelt es sich nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung um zweckgebundene Einnahmen. Unbeschadet des Artikels 187 Absatz 7 der Haushaltsordnung ergeben sich die bei der Haushaltslinie für Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben eingesetzten Beträge aus der für jedes einzelne operative Programm geschlossenen Beitragsvereinbarung und machen im Schnitt je Kapitel höchstens 4 % der Beiträge für das betreffende Programm aus.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 40
RESERVEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
40 01	RESERVE FÜR VERWALTUNGS- AUSGABEN	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
40 02	RESERVE FÜR FINANZINTER- VENTIONEN	573 523 000	194 775 000	– 71 000 000		502 523 000	194 775 000
40 03	NEGATIVRESERVE	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 40 — Total	573 523 000	194 775 000	– 71 000 000		502 523 000	194 775 000

TITEL 40

RESERVEN

KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
40 02	RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIO- NEN							
40 02 40	Nichtgetrennte Mittel		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
40 02 41	Getrennte Mittel		117 342 000	44 775 000	– 71 000 000		46 342 000	44 775 000
40 02 42	Soforthilfereserve	9	297 000 000	150 000 000			297 000 000	150 000 000
40 02 43	Reserve für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisie- rung	9	159 181 000	p.m.			159 181 000	p.m.
	Kapitel 40 02 — Total		573 523 000	194 775 000	– 71 000 000		502 523 000	194 775 000

40 02 41 *Getrennte Mittel*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
117 342 000	44 775 000	– 71 000 000		46 342 000	44 775 000

Erläuterungen

Die Mittel des Titels „Reserven“ sind ausschließlich für die folgenden beiden Situationen bestimmt: a) wenn zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans für die betreffende Maßnahme noch kein Basisrechtsakt existiert; b) wenn ernsthafte Zweifel daran bestehen, ob die bei einer Haushaltslinie eingesetzten Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs ausreichen bzw. ob sie ordnungsgemäß und nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Anspruch genommen werden können. Die Mittel dieses Artikels dürfen nur nach Übertragung gemäß dem Verfahren des Artikels 27 der Haushaltsordnung verwendet werden.

Der Gesamtbetrag der Mittel schlüsselt sich auf wie folgt (Verpflichtungsermächtigungen, Zahlungsermächtigungen):

1.	Artikel	01 02 01	Koordinierung und Überwachung der und Kommunikation zur Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich zum Euro	2 000 000	2 000 000
2.	Artikel	11 03 01	Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen	44 342 000	42 775 000
Insgesamt				46 342 000	44 775 000

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

EINZELPLAN IX

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

EINNAHMEN

**Beitrag der Europäischen Union zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten für
das Haushaltsjahr 2014**

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	8 261 413
Eigene Mittel	– 1 000 000
Ausstehender Betrag	7 261 413

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

AUSGABEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1	AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG						
1 0	MITGLIEDER DER EINRICHTUNG	1 169 013	1 169 013	– 248 460	– 248 460	920 553	920 553
1 1	PERSONAL DER EINRICHTUNG	4 771 400	4 771 400			4 771 400	4 771 400
	Titel 1 — Total	5 940 413	5 940 413	– 248 460	– 248 460	5 691 953	5 691 953
2	GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN						
2 0	GEBÄUDE, MATERIAL UND MIT DEM DIENSTBETRIEB VERBUNDENE SACHAUSGABEN	2 321 000	2 321 000			2 321 000	2 321 000
	Titel 2 — Total	2 321 000	2 321 000			2 321 000	2 321 000
3	EUROPÄISCHER DATENSCHUTZAUSSCHUSS						
3 0	AUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB DES AUSSCHUSSES	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 3 — Total	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
10	SONSTIGE AUSGABEN						
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
10 1	RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 10 — Total	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	GESAMTBETRAG	8 261 413	8 261 413	– 248 460	– 248 460	8 012 953	8 012 953

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG

KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Mitglieder			
1 0 0 0	Bezüge und Vergütungen			
	Nichtgetrennte Mittel	617 459		617 459
1 0 0 1	Ansprüche bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	130 000		130 000
1 0 0 2	Übergangsgelder			
	Nichtgetrennte Mittel	296 000	– 246 000	50 000
1 0 0 3	Versorgungsbezüge			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000		40 000
1 0 0 4	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	11 160	– 2 460	8 700
	Artikel 1 0 0 — Total	1 094 619	– 248 460	846 159
1 0 1	Sonstige Ausgaben für die Mitglieder			
1 0 1 0	Berufliche Fortbildung			
	Nichtgetrennte Mittel	15 000		15 000
1 0 1 1	Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	59 394		59 394
	Artikel 1 0 1 — Total	74 394		74 394
	KAPITEL 1 0 — TOTAL	1 169 013	– 248 460	920 553
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Beamten und Bediensteten auf Zeit			
1 1 0 0	Bezüge und Vergütungen			
	Nichtgetrennte Mittel	3 994 562		3 994 562
1 1 0 1	Ansprüche bei Dienstantritt, bei Versetzung und bei Ausscheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000		50 000
1 1 0 2	Vergütete Überstunden			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 1 0 3	Außerordentliche Beihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	—		—

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

KAPITEL 1 1 — PERSONAL DER EINRICHTUNG (Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
1 1 0	(Fortsetzung)			
1 1 0 4	Vergütungen und verschiedene Beiträge bei vorzeitigem Aus- scheiden aus dem Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 1 0 5	Vorläufig eingesetzte Mittel			
	Nichtgetrennte Mittel	—		—
	Artikel 1 1 0 — Total	4 044 562		4 044 562
1 1 1	Sonstige Bedienstete			
1 1 1 0	Vertragsbedienstete			
	Nichtgetrennte Mittel	197 389		197 389
1 1 1 1	Kosten für Praktika und für den Austausch von Personal			
	Nichtgetrennte Mittel	179 428		179 428
1 1 1 2	Nach außerhalb zu vergebende Dienstleistungen und Arbeiten			
	Nichtgetrennte Mittel	51 202		51 202
	Artikel 1 1 1 — Total	428 019		428 019
1 1 2	Sonstige Ausgaben für das Personal			
1 1 2 0	Dienstreise- und Fahrtkosten sowie Nebenkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	112 686		112 686
1 1 2 1	Ausgaben für Personaleinstellung			
	Nichtgetrennte Mittel	6 789		6 789
1 1 2 2	Berufliche Fortbildung			
	Nichtgetrennte Mittel	78 500		78 500
1 1 2 3	Sozialer Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		p.m.
1 1 2 4	Ärztlicher Dienst			
	Nichtgetrennte Mittel	14 844		14 844
1 1 2 5	Kleinkindertagesstätten und Kinderkrippen auf Vertragsbasis			
	Nichtgetrennte Mittel	80 000		80 000
1 1 2 6	Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Personals und sonstige soziale Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	6 000		6 000
	Artikel 1 1 2 — Total	298 819		298 819
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	4 771 400		4 771 400
	Titel 1 — Total	5 940 413	– 248 460	5 691 953

TITEL 1**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DER EINRICHTUNG****KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DER EINRICHTUNG****1 0 0 *Bezüge, Vergütungen und andere Ansprüche der Mitglieder*****1 0 0 2 Übergangsgelder**

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
296 000	– 246 000	50 000

Erläuterungen

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1), insbesondere Artikel 7.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Übergangsgelder, der Familienzulagen sowie der Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer der Mitglieder des Organs nach Ausscheiden aus ihrem Amt.

1 0 0 4 Vorläufig eingesetzte Mittel

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2014	Neuer Betrag
11 160	– 2 460	8 700

Erläuterungen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge.

Diese Mittel sind nur vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung auf andere Artikel und Posten übertragen worden sind.

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2015/368**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 ⁽²⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽³⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, der am 20. November 2013 endgültig erlassen wurde ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 8. September 2014 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2014, der vom Rat am 12. Dezember 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 17. Dezember 2014,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽³⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 51 vom 20.2.2014.

STELLT FEST:

Einziges Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg am 17. Dezember 2014.

Der Präsident
M. SCHULZ

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 4 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014**INHALT**

	Seite
EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN	
Einzelplan III: Kommission	463
— Ausgaben	464
— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung	466

EINZELPLAN III

KOMMISSION

KOMMISSION

AUSGABEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	253 013 066	320 994 951			253 013 066	320 994 951
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
		255 013 066	322 994 951			255 013 066	322 994 951
02	UNTERNEHMEN UND INDUS- TRIE	2 515 114 410	2 158 422 405			2 515 114 410	2 158 422 405
03	WETTBEWERB	94 449 737	94 449 737			94 449 737	94 449 737
04	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	13 839 015 158	11 290 667 447			13 839 015 158	11 290 667 447
05	LANDWIRTSCHAFT UND ENT- WICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	58 046 833 802	55 607 081 983			58 046 833 802	55 607 081 983
06	MOBILITÄT UND VERKEHR	2 867 184 572	1 003 421 856			2 867 184 572	1 003 421 856
07	UMWELT	407 273 961	345 906 574			407 273 961	345 906 574
08	FORSCHUNG UND INNOVA- TION	6 198 702 491	4 090 645 420			6 198 702 491	4 090 645 420
09	KOMMUNIKATIONSNETZE, IN- HALTE UND TECHNOLOGIEN	1 637 393 330	1 065 238 820			1 637 393 330	1 065 238 820
10	DIREKTE FORSCHUNG	419 601 970	414 982 955			419 601 970	414 982 955
11	MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI	945 484 523	735 433 493			945 484 523	735 433 493
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	44 342 000	42 775 000			44 342 000	42 775 000
		989 826 523	778 208 493			989 826 523	778 208 493
12	BINNENMARKT UND DIENST- LEISTUNGEN	116 892 170	115 128 367			116 892 170	115 128 367
13	REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG	33 073 249 094	43 017 623 117	46 998 528		33 120 247 622	43 017 623 117
14	STEUERN UND ZOLLUNION	157 040 580	132 361 974			157 040 580	132 361 974
15	BILDUNG UND KULTUR	2 820 016 221	2 420 679 427			2 820 016 221	2 420 679 427
16	KOMMUNIKATION	246 345 359	250 385 333			246 345 359	250 385 333
17	GESUNDHEIT UND VERBRAU- CHERSCHUTZ	618 152 949	555 734 531			618 152 949	555 734 531
18	INNERES	1 201 387 424	765 344 466			1 201 387 424	765 344 466
19	AUSSENPOLITISCHE INSTRU- MENTE	732 731 450	517 534 455			732 731 450	517 534 455

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
20	HANDEL	121 099 618	117 577 301			121 099 618	117 577 301
21	ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT	5 083 838 180	3 994 827 425			5 083 838 180	3 994 827 425
22	ERWEITERUNG	1 519 904 352	948 883 056			1 519 904 352	948 883 056
23	HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ	1 006 460 596	1 106 780 137			1 006 460 596	1 106 780 137
24	BETRUGSBEKÄMPFUNG	78 220 900	76 524 355			78 220 900	76 524 355
25	KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION	194 089 509	194 812 309			194 089 509	194 812 309
26	VERWALTUNG DER KOMMISSION	1 001 412 220	1 000 789 177			1 001 412 220	1 000 789 177
27	HAUSHALT	95 779 570	95 779 570			95 779 570	95 779 570
28	AUDIT	11 632 266	11 632 266			11 632 266	11 632 266
29	STATISTIK	131 883 729	130 895 146			131 883 729	130 895 146
30	VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN	1 449 531 000	1 449 531 000			1 449 531 000	1 449 531 000
31	SPRACHENDIENSTE	387 604 805	387 604 805			387 604 805	387 604 805
32	ENERGIE	933 444 642	653 022 040			933 444 642	653 022 040
33	JUSTIZ	203 409 105	185 843 405			203 409 105	185 843 405
34	KLIMASCHUTZ	121 468 679	51 536 974			121 468 679	51 536 974
40	RESERVEN	502 523 000	194 775 000			502 523 000	194 775 000
	Total	139 032 184 438	135 502 851 277	46 998 528		139 079 182 966	135 502 851 277
	Davon Reserven (40 02 41)	46 342 000	44 775 000			46 342 000	44 775 000

KOMMISSION

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 01	VERWALTUNGS AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“	82 299 094	82 299 094			82 299 094	82 299 094
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN	24 991 430 038	31 286 893 080			24 991 430 038	31 286 893 080
13 04	KOHÄSIONSFONDS	7 963 000 000	11 092 840 264			7 963 000 000	11 092 840 264
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT	36 519 962	405 590 679			36 519 962	405 590 679
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS	p.m.	150 000 000	46 998 528		46 998 528	150 000 000
Titel 13 — Total		33 073 249 094	43 017 623 117	46 998 528		33 120 247 622	43 017 623 117

TITEL 13

REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

KAPITEL 13 06 — SOLIDARITÄTSFONDS

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS							
13 06 01	<i>Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Mitgliedstaaten</i>	9	p.m.	150 000 000	46 998 528		46 998 528	150 000 000
13 06 02	<i>Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Bewerberländer, über deren Beitritt verhandelt wird</i>	9	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
Kapitel 13 06 — Total			p.m.	150 000 000	46 998 528		46 998 528	150 000 000

13 06 01 *Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Mitgliedstaaten*

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	150 000 000	46 998 528		46 998 528	150 000 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Mittel eingesetzt, die im Falle der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bei schweren Katastrophen in den Mitgliedstaaten erforderlich werden. Die Unterstützung sollte hauptsächlich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen in Anspruch genommen werden, aber den betroffenen Mitgliedstaaten kann auch entsprechend der Dringlichkeit der Situation Hilfe gewährt werden, wobei eine Frist für die Verwendung der gewährten Finanzhilfe festgesetzt und vorgesehen wird, dass die Empfängerstaaten die Verwendung der erhaltenen finanziellen Unterstützung belegen müssen. Finanzielle Hilfe, die später beispielsweise nach dem „Verursacherprinzip“ durch Zahlungen Dritter ausgeglichen wird oder die, gemessen an der abschließenden Schadensfeststellung, zu viel gezahlt wurde, ist wiedereinzuziehen.

Mit Ausnahme der Vorauszahlung wird die Mittelzuweisung in einem Berichtigungshaushaltsplan festgelegt, dessen alleiniger Zweck in der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union besteht.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 661/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 143).

Verweise

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2015/369**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9, gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 ⁽²⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽³⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, der am 20. November 2013 endgültig erlassen wurde ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 17. Oktober 2014 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf das Berichtigungsschreiben Nr. 1/2014 zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014, das die Kommission am 3. Dezember 2014 angenommen hat,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014, der vom Rat am 12. Dezember 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 17. Dezember 2014,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

Einzigster Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg am 17. Dezember 2014.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽³⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 51 vom 20.2.2014.

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 5 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014

INHALT

	Seite
GESAMTEINNAHMEN	
Teil A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	470
Teil B. Einnahmen nach Haushaltslinien Einnahmen nach Haushaltslinien	482
— Titel 1: Eigene mittel	483
— Titel 3: Überschüsse, salden und anpassungen	487

TEIL A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2014, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	65 300 076 773	69 127 255 205	– 5,54
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	56 443 752 595	57 814 298 094	– 2,37
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	1 665 510 850	1 894 151 766	– 12,07
4. Europa in der Welt	6 840 903 616	6 731 869 945	+ 1,62
5. Verwaltung	8 405 483 381	8 417 791 740	– 0,15
6. Ausgleichszahlungen	28 600 000	75 000 000	– 61,87
Besondere Instrumente	350 000 000	390 465 192	– 10,36
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	– 3,75
⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51 vom 20.2.2014) zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2014 bis Nr. 5/2014. ⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013. ⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“			

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	5 545 428 277	3 067 967 007	+ 80,75
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	p.m.	1 023 276 526	—
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	34 000 000	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	4 095 463 000	p.m.	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	9 640 891 277	4 125 243 533	+ 133,70
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	16 084 600 000	14 822 700 000	+ 8,51
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	17 689 735 350	14 680 052 250	+ 20,50
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	95 619 007 088	110 822 836 159	– 13,72
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelsätze ⁽³⁾	129 393 342 438	140 325 588 409	– 7,79
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	– 3,75
⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51 vom 20.2.2014) zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2014 bis Nr. 5/2014. ⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013. ⁽³⁾ Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2014 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 160. Sitzung am 19. Mai 2014 angenommen hat. ⁽⁴⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“			

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 665 407 000	3 925 460 000	50	1 962 730 000	1 665 407 000	
Bulgarien	193 091 000	399 471 000	50	199 735 500	193 091 000	
Tschechische Republik	596 638 000	1 357 846 000	50	678 923 000	596 638 000	
Dänemark	951 296 000	2 654 016 000	50	1 327 008 000	951 296 000	
Deutschland	12 418 967 000	29 002 636 000	50	14 501 318 000	12 418 967 000	
Estland	87 147 000	186 046 000	50	93 023 000	87 147 000	
Irland	655 428 000	1 434 183 000	50	717 091 500	655 428 000	
Griechenland	709 312 000	1 798 621 000	50	899 310 500	709 312 000	
Spanien	4 756 829 000	10 283 204 000	50	5 141 602 000	4 756 829 000	
Frankreich	9 731 337 000	21 411 597 000	50	10 705 798 500	9 731 337 000	
Kroatien	263 049 000	422 319 000	50	211 159 500	211 159 500	Kroatien
Italien	6 042 837 000	15 763 695 000	50	7 881 847 500	6 042 837 000	
Zypern	105 170 000	153 422 000	50	76 711 000	76 711 000	Zypern
Lettland	88 567 000	246 154 000	50	123 077 000	88 567 000	
Litauen	138 416 000	349 250 000	50	174 625 000	138 416 000	
Luxemburg	268 280 000	325 038 000	50	162 519 000	162 519 000	Luxemburg
Ungarn	401 698 000	979 528 000	50	489 764 000	401 698 000	
Malta	51 049 000	70 431 000	50	35 215 500	35 215 500	Malta
Niederlande	2 743 653 000	6 249 242 000	50	3 124 621 000	2 743 653 000	
Österreich	1 499 731 000	3 217 349 000	50	1 608 674 500	1 499 731 000	
Polen	1 750 837 000	3 931 784 000	50	1 965 892 000	1 750 837 000	
Portugal	767 138 000	1 655 525 000	50	827 762 500	767 138 000	
Rumänien	528 406 000	1 444 740 000	50	722 370 000	528 406 000	
Slowenien	177 308 000	352 303 000	50	176 151 500	176 151 500	Slowenien
Slowakei	230 006 000	725 821 000	50	362 910 500	230 006 000	
Finnland	928 440 000	1 983 150 000	50	991 575 000	928 440 000	
Schweden	1 889 310 000	4 380 034 000	50	2 190 017 000	1 889 310 000	
Vereinigtes Königreich	9 529 537 000	20 226 302 000	50	10 113 151 000	9 529 537 000	
Insgesamt	59 168 884 000	134 929 167 000		67 464 583 500	58 965 784 500	

⁽¹⁾ Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemes- sungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Ei- genmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 665 407 000	0,300	499 622 100
Bulgarien	193 091 000	0,300	57 927 300
Tschechische Republik	596 638 000	0,300	178 991 400
Dänemark	951 296 000	0,300	285 388 800
Deutschland	12 418 967 000	0,300	3 725 690 100
Estland	87 147 000	0,300	26 144 100
Irland	655 428 000	0,300	196 628 400
Griechenland	709 312 000	0,300	212 793 600
Spanien	4 756 829 000	0,300	1 427 048 700
Frankreich	9 731 337 000	0,300	2 919 401 100
Kroatien	211 159 500	0,300	63 347 850
Italien	6 042 837 000	0,300	1 812 851 100
Zypern	76 711 000	0,300	23 013 300
Lettland	88 567 000	0,300	26 570 100
Litauen	138 416 000	0,300	41 524 800
Luxemburg	162 519 000	0,300	48 755 700
Ungarn	401 698 000	0,300	120 509 400
Malta	35 215 500	0,300	10 564 650
Niederlande	2 743 653 000	0,300	823 095 900
Österreich	1 499 731 000	0,300	449 919 300
Polen	1 750 837 000	0,300	525 251 100
Portugal	767 138 000	0,300	230 141 400
Rumänien	528 406 000	0,300	158 521 800
Slowenien	176 151 500	0,300	52 845 450
Slowakei	230 006 000	0,300	69 001 800
Finnland	928 440 000	0,300	278 532 000
Schweden	1 889 310 000	0,300	566 793 000
Vereinigtes Königreich	9 529 537 000	0,300	2 858 861 100
Insgesamt	58 965 784 500		17 689 735 350

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonational-einkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	3 925 460 000	0,7 086 608 ⁽¹⁾	2 781 819 498
Bulgarien	399 471 000		283 089 426
Tschechische Republik	1 357 846 000		962 252 189
Dänemark	2 654 016 000		1 880 797 016
Deutschland	29 002 636 000		20 553 030 295
Estland	186 046 000		131 843 501
Irland	1 434 183 000		1 016 349 226
Griechenland	1 798 621 000		1 274 612 139
Spanien	10 283 204 000		7 287 303 242
Frankreich	21 411 597 000		15 173 558 770
Kroatien	422 319 000		299 280 907
Italien	15 763 695 000		11 171 112 202
Zypern	153 422 000		108 724 152
Lettland	246 154 000		174 439 683
Litauen	349 250 000		247 499 773
Luxemburg	325 038 000		230 341 679
Ungarn	979 528 000		694 153 065
Malta	70 431 000		49 911 687
Niederlande	6 249 242 000		4 428 592 634
Österreich	3 217 349 000		2 280 009 013
Polen	3 931 784 000		2 786 301 068
Portugal	1 655 525 000		1 173 205 618
Rumänien	1 444 740 000		1 023 830 558
Slowenien	352 303 000		249 663 314
Slowakei	725 821 000		514 360 867
Finnland	1 983 150 000		1 405 380 602
Schweden	4 380 034 000		3 103 958 258
Vereinigtes Königreich	20 226 302 000		14 333 586 706
Insgesamt	134 929 167 000		95 619 007 088

⁽¹⁾ Berechnung des Satzes: (95 619 007 088) / (134 929 167 000) = 0,708660767823461.

TABELLE 4.1

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2013) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	15,5 861	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	6,1 166	
3. (1) – (2)	9,4 694	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		134 675 970 767
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 337 201 043
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		103 338 769 725
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 458 490 768
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		883 513 735
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 574 977 032
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		32 794 702
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		5 542 182 331
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in den zehn der Union am 1. Mai 2004 und den zwei der Union am 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).		

TABELLE 4.2

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2011) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 6)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	14,9 811	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,3 021	
3. (1) – (2)	7,6 790	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		116 702 674 481
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		26 831 341 733
5a. Ausgaben für die Beitrittsvorbereitung		3 040 714 610
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		23 790 627 123
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		89 871 332 749
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 554 788 119
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		358 708 861
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		4 196 079 257
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		7 667 508
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		4 188 411 749
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben enthält (i) die an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2010 angepasst wurden, sowie die an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2010 angepasst wurden (5a); und (ii) den Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001). ⁽⁵⁾ Anmerkung: Der Differenzbetrag (– 213 410 778 EUR) zwischen dem vorläufigen Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (4 188 411 749 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 4/2012 vorläufig veranschlagten Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (3 975 000 971 EUR) wird im BH Nr. 3/2014 bei Kapitel 3 6 eingestellt.		

TABELLE 4.3

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2010) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	15,4 336	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,7 118	
3. (1) – (2)	7,7 218	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		111 424 575 479
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		23 861 206 535
5a. Ausgaben für die Beitrittsvorbereitung		2 970 699 609
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		20 890 506 926
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		87 563 368 944
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 462 554 636
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		703 660 977
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		3 758 893 659
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		19 348 038
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		3 739 545 621

⁽¹⁾ Gerundet.

⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben enthält (i) die an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2009 angepasst wurden, sowie die an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2009 angepasst wurden (5a); und (ii) den Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

⁽⁵⁾ Anmerkung: Der Differenzbetrag (– 109 003 534 EUR) zwischen dem endgültigen Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (3 739 545 621 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 4/2012 vorläufig veranschlagten Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (3 630 542 087 EUR) wird im BH Nr. 3/2014 bei Kapitel 3 5 eingestellt.

TABELLE 5.1

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 5 542 182 331 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,91	3,42	5,46		1,53	4,95	274 500 044
Bulgarien	0,30	0,35	0,56		0,16	0,50	27 934 257
Tschechische Republik	1,01	1,18	1,89		0,53	1,71	94 951 620
Dänemark	1,97	2,31	3,69		1,03	3,35	185 590 353
Deutschland	21,49	25,29	0,00	– 18,96	0,00	6,32	350 335 402
Estland	0,14	0,16	0,26		0,07	0,23	13 009 847
Irland	1,06	1,25	2,00		0,56	1,81	100 289 723
Griechenland	1,33	1,57	2,50		0,70	2,27	125 774 188
Spanien	7,62	8,97	14,31		4,01	12,97	719 085 138
Frankreich	15,87	18,67	29,80		8,35	27,02	1 497 272 756
Kroatien	0,31	0,37	0,59		0,16	0,53	29 531 974
Italien	11,68	13,74	21,94		6,15	19,89	1 102 325 579
Zypern	0,11	0,13	0,21		0,06	0,19	10 728 512
Lettland	0,18	0,21	0,34		0,10	0,31	17 213 087
Litauen	0,26	0,30	0,49		0,14	0,44	24 422 396
Luxemburg	0,24	0,28	0,45		0,13	0,41	22 729 297
Ungarn	0,73	0,85	1,36		0,38	1,24	68 496 553
Malta	0,05	0,06	0,10		0,03	0,09	4 925 108
Niederlande	4,63	5,45	0,00	– 4,09	0,00	1,36	75 487 301
Österreich	2,38	2,80	0,00	– 2,10	0,00	0,70	38 863 752
Polen	2,91	3,43	5,47		1,53	4,96	274 942 269
Portugal	1,23	1,44	2,30		0,65	2,09	115 767 753
Rumänien	1,07	1,26	2,01		0,56	1,82	101 027 954
Slowenien	0,26	0,31	0,49		0,14	0,44	24 635 887
Slowakei	0,54	0,63	1,01		0,28	0,92	50 755 299
Finnland	1,47	1,73	2,76		0,77	2,50	138 677 954
Schweden	3,25	3,82	0,00	– 2,86	0,00	0,95	52 908 328
Vereinigtes Königreich	14,99	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	– 28,02	28,02	100,00	5 542 182 331

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 5.2

Aktualisierung der Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (Kapitel 3 6)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	8 101 453
Bulgarien	1 375 381
Tschechische Republik	5 056 538
Dänemark	7 280 734
Deutschland	18 309 269
Estland	885 630
Irland	8 409 370
Griechenland	3 438 553
Spanien	21 543 140
Frankreich	58 179 865
Kroatien	—
Italien	37 543 615
Zypern	479 335
Lettland	1 333 866
Litauen	1 324 873
Luxemburg	– 29 470
Ungarn	4 872 613
Malta	438 532
Niederlande	2 529 744
Österreich	1 155 028
Polen	17 881 528
Portugal	5 178 017
Rumänien	305 779
Slowenien	1 156 634
Slowakei	1 786 552
Finnland	1 891 154
Schweden	2 983 045
Vereinigtes Königreich	– 213 410 778
Insgesamt	0

TABELLE 5.3

Finanzierung des endgültigen Betrags der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (Kapitel 3 5)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	4 520 547
Bulgarien	562 835
Tschechische Republik	2 556 272
Dänemark	3 345 263
Deutschland	10 941 079
Estland	334 638
Irland	5 207 662
Griechenland	452 777
Spanien	5 161 577
Frankreich	36 713 295
Kroatien	—
Italien	25 185 874
Zypern	919 896
Lettland	377 190
Litauen	527 852
Luxemburg	– 467 949
Ungarn	925 341
Malta	320 963
Niederlande	1 088 457
Österreich	439 387
Polen	4 287 709
Portugal	2 496 000
Rumänien	– 392 307
Slowenien	896 466
Slowakei	913 354
Finnland	822 308
Schweden	867 048
Vereinigtes Königreich	– 109 003 534
Insgesamt	0

TABELLE 6

Überblick über die Finanzierung ⁽¹⁾ des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen					Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (75 %)	Zölle netto (75 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %)	Erhebungskosten (25 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten	
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8) =(5)+(6)+(7)	(9)	(10) = (3) + (8)
Belgien	- 7 008 187	1 437 939 613	1 430 931 426	476 977 142	499 622 100	2 781 819 498	287 122 045	3 568 563 643	3,15	4 999 495 069
Bulgarien	400 000	59 648 930	60 048 930	20 016 310	57 927 300	283 089 426	29 872 473	370 889 199	0,33	430 938 129
Tschechische Republik	2 719 317	167 448 201	170 167 518	56 722 506	178 991 400	962 252 189	102 564 430	1 243 808 019	1,10	1 413 975 537
Dänemark	- 5 037 845	310 359 235	305 321 390	101 773 797	285 388 800	1 880 797 016	196 216 349	2 362 402 165	2,08	2 667 723 555
Deutschland	- 44 722 930	3 401 939 670	3 357 216 740	1 119 072 243	3 725 690 100	20 553 030 295	379 585 752	24 658 306 147	21,76	28 015 522 887
Estland	0	23 305 176	23 305 176	7 768 392	26 144 100	131 843 501	14 230 114	172 217 715	0,15	195 522 891
Irland	- 1 628 671	235 618 407	233 989 736	77 996 579	196 628 400	1 016 349 226	113 906 755	1 326 884 381	1,17	1 560 874 117
Griechenland	492 476	111 905 910	112 398 386	37 466 129	212 793 600	1 274 612 139	129 665 518	1 617 071 257	1,43	1 729 469 643
Spanien	748 762	1 044 215 608	1 044 964 370	348 321 457	1 427 048 700	7 287 303 242	745 789 855	9 460 141 797	8,35	10 505 106 167
Frankreich	- 35 571 563	1 455 392 829	1 419 821 266	473 273 755	2 919 401 100	15 173 558 770	1 592 165 916	19 685 125 786	17,37	21 104 947 052
Kroatien	1 700 000	35 727 758	37 427 758	12 475 920	63 347 850	299 280 907	29 531 974	392 160 731	0,35	429 588 489
Italien	- 733 959	1 435 270 298	1 434 536 339	478 178 780	1 812 851 100	11 171 112 202	1 165 055 067	14 149 018 369	12,49	15 583 554 708
Zypern	0	15 605 228	15 605 228	5 201 743	23 013 300	108 724 152	12 127 743	143 865 195	0,13	159 470 423
Lettland	- 37 322	22 175 850	22 138 528	7 379 509	26 570 100	174 439 683	18 924 143	219 933 926	0,19	242 072 454
Litauen	747 545	54 720 963	55 468 508	18 489 503	41 524 800	247 499 773	26 275 121	315 299 694	0,28	370 768 202
Luxemburg	0	12 114 585	12 114 585	4 038 195	48 755 700	230 341 679	22 231 878	301 329 257	0,27	313 443 842
Ungarn	1 556 690	89 730 060	91 286 750	30 428 917	120 509 400	694 153 065	74 294 507	888 956 972	0,78	980 243 722
Malta	0	9 342 604	9 342 604	3 114 201	10 564 650	49 911 687	5 684 602	66 160 939	0,06	75 503 543
Niederlande	- 8 805 676	1 970 981 343	1 962 175 667	654 058 556	823 095 900	4 428 592 634	79 105 502	5 330 794 036	4,70	7 292 969 703
Österreich	- 3 287 560	173 300 162	170 012 602	56 670 868	449 919 300	2 280 009 013	40 458 167	2 770 386 480	2,44	2 940 399 082
Polen	8 893 006	382 020 084	390 913 090	130 304 364	525 251 100	2 786 301 068	297 111 506	3 608 663 674	3,18	3 999 576 764
Portugal	- 451 346	125 149 821	124 698 475	41 566 158	230 141 400	1 173 205 618	123 441 770	1 526 788 788	1,35	1 651 487 263
Rumänien	900 000	106 464 614	107 364 614	35 788 205	158 521 800	1 023 830 558	100 941 426	1 283 293 784	1,13	1 390 658 398
Slowenien	- 4 160	60 264 926	60 260 766	20 086 922	52 845 450	249 663 314	26 688 987	329 197 751	0,29	389 458 517
Slowakei	532 249	89 627 394	90 159 643	30 053 214	69 001 800	514 360 867	53 455 205	636 817 872	0,56	726 977 515
Finnland	- 507 994	121 556 512	121 048 518	40 349 506	278 532 000	1 405 380 602	141 391 417	1 825 304 019	1,61	1 946 352 537
Schweden	- 409 989	459 635 560	459 225 571	153 075 190	566 793 000	3 103 958 258	56 758 421	3 727 509 679	3,29	4 186 735 250
Vereinigtes Königreich	17 157	2 762 638 659	2 762 655 816	920 885 272	2 858 861 100	14 333 586 706	- 5 864 596 643	11 327 851 163	10,00	14 090 506 979
Insgesamt	- 89 500 000	16 174 100 000	16 084 600 000	5 361 533 333	17 689 735 350	95 619 007 088	0	113 308 742 438	100,00	129 393 342 438

⁽¹⁾ p.m. (Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (129 393 342 438 + 9 640 891 277 = 139 034 233 715 = 139 034 233 715).⁽²⁾ Gesamtbetrag der Eigenmittel als Prozentsatz des BNE: (129 393 342 438) / (13 492 916 700 000) = 0,96 %; Eigenmittel-Obergrenze in % des BNE: 1,23 %.

TEIL B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

[illegible]

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren	– 214 000 000		– 214 000 000
1 1 1	Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker	p.m.		p.m.
1 1 3	Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge	p.m.		p.m.
1 1 7	Produktionsabgabe	124 500 000		124 500 000
1 1 8	Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote	p.m.		p.m.
1 1 9	Überschussbetrag	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	– 89 500 000		– 89 500 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	15 754 100 000	420 000 000	16 174 100 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	15 754 100 000	420 000 000	16 174 100 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	17 689 735 350		17 689 735 350
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	17 689 735 350		17 689 735 350

**KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL
GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
1 4 0	KAPITEL 1 4			
	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens ab- geführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	100 134 470 088	– 4 515 463 000	95 619 007 088
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	100 134 470 088	– 4 515 463 000	95 619 007 088
1 5 0	KAPITEL 1 5			
	<i>Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	0,—		0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—		0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6			
	<i>Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	p.m.		p.m.
Titel 1 — Total		133 488 805 438	– 4 095 463 000	129 393 342 438

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

1 2 0 *Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
15 754 100 000	420 000 000	16 174 100 000

Erläuterungen

Die Verwendung der Zölle als Eigenmittel zur Finanzierung der Ausgaben der Union ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Union. Dieser Artikel kann Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben, Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Europäischen Union eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den ausgelaufenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse umfassen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
Belgien	1 400 600 000	– 289 405 330	2 631 049 029
Bulgarien	58 100 000	– 29 451 080	267 746 401
Tschechische Republik	163 100 000	– 100 107 470	910 099 555
Dänemark	302 300 000	– 195 667 864	1 778 860 623
Deutschland	3 313 600 000	– 2 138 225 185	19 439 086 702
Estland	22 700 000	– 13 716 279	124 697 780
Irland	229 500 000	– 105 735 430	961 264 614
Griechenland	109 000 000	– 132 603 695	1 205 530 062
Spanien	1 017 100 000	– 758 131 287	6 892 342 273
Frankreich	1 417 600 000	– 1 578 574 303	14 351 174 512
Kroatien	34 800 000	– 31 135 553	283 060 328
Italien	1 398 000 000	– 1 162 181 591	10 565 654 579
Zypern	15 200 000	– 11 311 068	102 831 465
Lettland	21 600 000	– 18 147 753	164 985 312
Litauen	53 300 000	– 25 748 526	234 085 655
Luxemburg	11 800 000	– 23 963 492	217 857 503
Ungarn	87 400 000	– 72 215 899	656 531 004
Malta	9 100 000	– 5 192 539	47 206 548
Niederlande	1 919 800 000	– 460 726 626	4 188 569 517
Österreich	168 800 000	– 237 199 703	2 156 435 924
Polen	372 100 000	– 289 871 568	2 635 287 705
Portugal	121 900 000	– 122 053 914	1 109 619 623
Rumänien	103 700 000	– 106 513 748	968 340 468
Slowenien	58 700 000	– 25 973 610	236 131 935
Slowakei	87 300 000	– 53 511 300	486 483 275
Finnland	118 400 000	– 146 208 133	1 329 211 069
Schweden	447 700 000	– 322 918 889	2 935 728 349
Vereinigtes Königreich	2 690 900 000	– 1 491 188 191	13 556 727 680
<i>Artikel 1 2 0 insgesamt</i>	15 754 100 000	– 9 947 680 026	90 436 599 490

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

1 4 0 Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
100 134 470 088	– 4 515 463 000	95 619 007 088

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,7087 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
Belgien	2 913 186 716	– 131 367 218	2 781 819 498
Bulgarien	296 457 896	– 13 368 470	283 089 426
Tschechische Republik	1 007 693 093	– 45 440 904	962 252 189
Dänemark	1 969 614 811	– 88 817 795	1 880 797 016
Deutschland	21 523 616 071	– 970 585 776	20 553 030 295
Estland	138 069 611	– 6 226 110	131 843 501
Irland	1 064 344 781	– 47 995 555	1 016 349 226
Griechenland	1 334 803 769	– 60 191 630	1 274 612 139
Spanien	7 631 435 117	– 344 131 875	7 287 303 242
Frankreich	15 890 107 135	– 716 548 365	15 173 558 770
Kroatien	313 413 995	– 14 133 088	299 280 907
Italien	11 698 651 082	– 527 538 880	11 171 112 202
Zypern	113 858 486	– 5 134 334	108 724 152
Lettland	182 677 333	– 8 237 650	174 439 683
Litauen	259 187 576	– 11 687 803	247 499 773
Luxemburg	241 219 216	– 10 877 537	230 341 679
Ungarn	726 933 393	– 32 780 328	694 153 065
Malta	52 268 690	– 2 357 003	49 911 687
Niederlande	4 637 726 224	– 209 133 590	4 428 592 634
Österreich	2 387 678 990	– 107 669 977	2 280 009 013
Polen	2 917 879 922	– 131 578 854	2 786 301 068
Portugal	1 228 608 479	– 55 402 861	1 173 205 618
Rumänien	1 072 179 407	– 48 348 849	1 023 830 558
Slowenien	261 453 287	– 11 789 973	249 663 314
Slowakei	538 650 781	– 24 289 914	514 360 867
Finnland	1 471 747 575	– 66 366 973	1 405 380 602
Schweden	3 250 537 992	– 146 579 734	3 103 958 258
Vereinigtes Königreich	15 010 468 660	– 676 881 954	14 333 586 706
<i>Artikel 1 4 0 - insgesamt</i>	100 134 470 088	– 4 515 463 000	95 619 007 088

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 3 0			
3 0 0	<i>Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr</i>	p.m.		p.m.
3 0 2	<i>Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 0 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 1			
3 1 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 1 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.	– 80 683 434	– 80 683 434
	Artikel 3 1 0 — Total	p.m.	– 80 683 434	– 80 683 434
	KAPITEL 3 1 — TOTAL	p.m.	– 80 683 434	– 80 683 434
	KAPITEL 3 2			
3 2 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 2 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.	4 176 146 434	4 176 146 434
	Artikel 3 2 0 — Total	p.m.	4 176 146 434	4 176 146 434
	KAPITEL 3 2 — TOTAL	p.m.	4 176 146 434	4 176 146 434

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
3 4 0	KAPITEL 3 4 Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitglied- staaten an bestimmten Massnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 4 — TOTAL	p.m.		p.m.
3 5 0	KAPITEL 3 5 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs			
3 5 0 4	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Ver- einigten Königreichs	0,—		0,—
	Artikel 3 5 0 — Total	0,—		0,—
	KAPITEL 3 5 — TOTAL	0,—		0,—
3 6 0	KAPITEL 3 6 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finan- zierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zu- gunsten des Vereinigten Königreichs			
3 6 0 4	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzie- rung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	0,—		0,—
	Artikel 3 6 0 — Total	0,—		0,—
	KAPITEL 3 6 — TOTAL	0,—		0,—
	Titel 3 — Total	0,—	4 095 463 000	4 095 463 000

TITEL 3**ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN**

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

3 1 0 *Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995*

3 1 0 3 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
p.m.	– 80 683 434	– 80 683 434

Erläuterungen

Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission vor dem 31. Juli eine Übersicht, aus der der Gesamtbetrag der für das vorhergehende Kalenderjahr berechneten Grundlage der MwSt.-Eigenmittel hervorgeht.

Entsprechend den Unionsvorschriften werden jedem Mitgliedstaat der Betrag, der sich aus dieser Übersicht ergibt, angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres tatsächlich erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet. Die Kommission stellt den Saldo für jeden Mitgliedstaat fest und teilt ihn dem betreffenden Mitgliedstaat so rechtzeitig mit, dass dieser den Saldo am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gutschreiben kann.

Die im Einklang mit Artikel 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 aufgrund von Kommissionskontrollen erfolgten Berichtigungen der genannten Übersichten oder/und die an dem BNE der vorhergehenden Haushaltsjahre vorgenommenen Änderungen, die sich auf die Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage auswirken, können Anpassungen der MwSt.-Eigenmittelsalden nach sich ziehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates vom 29. Mai 1989 über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel (ABl. L 155 vom 7.6.1989, S. 9).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8.

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL (Fortsetzung)

3 1 0 (Fortsetzung)

3 1 0 3 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/ 2014	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	9 024 000	9 024 000
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	5 266 000	5 266 000
Dänemark	p.m.	– 7 945 000	– 7 945 000
Deutschland	p.m.	– 27 014 000	– 27 014 000
Estland	p.m.	– 459 000	– 459 000
Irland	p.m.	6 536 000	6 536 000
Griechenland	p.m.	73 206 000	73 206 000
Spanien	p.m.	– 45 030 000	– 45 030 000
Frankreich	p.m.	36 978 000	36 978 000
Kroatien	p.m.	– 214 000	– 214 000
Italien	p.m.	– 52 778 434	– 52 778 434
Zypern	p.m.	—	p.m.
Lettland	p.m.	5 480 000	5 480 000
Litauen	p.m.	– 1 225 000	– 1 225 000
Luxemburg	p.m.	– 10 259 000	– 10 259 000
Ungarn	p.m.	1 932 000	1 932 000
Malta	p.m.	—	p.m.
Niederlande	p.m.	– 4 505 000	– 4 505 000
Österreich	p.m.	3 073 000	3 073 000
Polen	p.m.	– 75 926 000	– 75 926 000
Portugal	p.m.	12 195 000	12 195 000
Rumänien	p.m.	2 163 000	2 163 000
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	34 000	34 000
Finnland	p.m.	– 8 009 000	– 8 009 000
Schweden	p.m.	– 3 206 000	– 3 206 000
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
Posten 3 1 0 3 insgesamt	p.m.	– 80 683 434	– 80 683 434

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

3 2 0 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

3 2 0 3 Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2014	Neuer Betrag
p.m.	4 176 146 434	4 176 146 434

Erläuterungen

Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 übermittelten Zahlen für das Aggregat BNE des vorhergehenden Haushaltsjahres und seine Bestandteile werden jedem Mitgliedstaat ein entsprechend den Unionsvorschriften festgesetzter Betrag angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet.

Die Kommission stellt den Saldo für jeden Mitgliedstaat fest und teilt ihn dem betreffenden Mitgliedstaat so rechtzeitig mit, dass dieser den Saldo am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gutschreiben kann.

Etwaige Änderungen am Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen vorhergehender Jahre gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates, vorbehaltlich Artikel 4 und 5 dieser Verordnung, führen zu einer Anpassung des nach Artikel 10 Absatz 7 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 festgesetzten Saldos.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absätze 6, 7 und 8.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1).

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/ BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL (Fortsetzung)

3 2 0 (Fortsetzung)

3 2 0 3 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/ 2014	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	109 853 000	109 853 000
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	73 255 000	73 255 000
Dänemark	p.m.	– 117 740 000	– 117 740 000
Deutschland	p.m.	1 386 017 000	1 386 017 000
Estland	p.m.	7 770 000	7 770 000
Irland	p.m.	105 640 000	105 640 000
Griechenland	p.m.	148 776 000	148 776 000
Spanien	p.m.	634 182 000	634 182 000
Frankreich	p.m.	—	p.m.
Kroatien	p.m.	– 1 205 000	– 1 205 000
Italien	p.m.	381 068 434	381 068 434
Zypern	p.m.	—	p.m.
Lettland	p.m.	19 093 000	19 093 000
Litauen	p.m.	8 741 000	8 741 000
Luxemburg	p.m.	– 56 671 000	– 56 671 000
Ungarn	p.m.	37 850 000	37 850 000
Malta	p.m.	—	p.m.
Niederlande	p.m.	1 107 927 000	1 107 927 000
Österreich	p.m.	– 60 167 000	– 60 167 000
Polen	p.m.	49 123 000	49 123 000
Portugal	p.m.	109 407 000	109 407 000
Rumänien	p.m.	72 917 000	72 917 000
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	– 6 697 000	– 6 697 000
Finnland	p.m.	– 26 310 000	– 26 310 000
Schweden	p.m.	193 317 000	193 317 000
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
Posten 3 2 0 3 insgesamt	p.m.	4 176 146 434	4 176 146 434

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2015/370**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9, gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020 ⁽²⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽³⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, der am 20. November 2013 endgültig erlassen wurde ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 17. Oktober 2014 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7/2014, der vom Rat am 12. Dezember 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 17. Dezember 2014,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

Einzigster Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg am 17. Dezember 2014.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽³⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 51 vom 20.2.2014.

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 6 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014**INHALT**

Seite

EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Einzelplan III: Kommission	495
— Ausgaben	496
— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung	498

EINZELPLAN III

KOMMISSION

KOMMISSION

AUSGABEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	253 013 066	320 994 951			253 013 066	320 994 951
	Reserven (40 02 41)	2 000 000	2 000 000			2 000 000	2 000 000
		255 013 066	322 994 951			255 013 066	322 994 951
02	UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE	2 515 114 410	2 158 422 405			2 515 114 410	2 158 422 405
03	WETTBEWERB	94 449 737	94 449 737			94 449 737	94 449 737
04	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	13 839 015 158	11 290 667 447			13 839 015 158	11 290 667 447
05	LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	58 046 833 802	55 607 081 983			58 046 833 802	55 607 081 983
06	MOBILITÄT UND VERKEHR	2 867 184 572	1 003 421 856			2 867 184 572	1 003 421 856
07	UMWELT	407 273 961	345 906 574			407 273 961	345 906 574
08	FORSCHUNG UND INNOVATION	6 198 702 491	4 090 645 420			6 198 702 491	4 090 645 420
09	KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN	1 637 393 330	1 065 238 820			1 637 393 330	1 065 238 820
10	DIREKTE FORSCHUNG	419 601 970	414 982 955			419 601 970	414 982 955
11	MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI	945 484 523	735 433 493			945 484 523	735 433 493
	Reserven (40 02 41)	44 342 000	42 775 000			44 342 000	42 775 000
		989 826 523	778 208 493			989 826 523	778 208 493
12	BINNENMARKT UND DIENSTLEISTUNGEN	116 892 170	115 128 367			116 892 170	115 128 367
13	REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG	33 120 247 622	43 017 623 117	79 726 440		33 199 974 062	43 017 623 117
14	STEUERN UND ZOLLUNION	157 040 580	132 361 974			157 040 580	132 361 974
15	BILDUNG UND KULTUR	2 820 016 221	2 420 679 427			2 820 016 221	2 420 679 427
16	KOMMUNIKATION	246 345 359	250 385 333			246 345 359	250 385 333
17	GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	618 152 949	555 734 531			618 152 949	555 734 531
18	INNERES	1 201 387 424	765 344 466			1 201 387 424	765 344 466
19	AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE	732 731 450	517 534 455			732 731 450	517 534 455
20	HANDEL	121 099 618	117 577 301			121 099 618	117 577 301

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
21	ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT	5 083 838 180	3 994 827 425			5 083 838 180	3 994 827 425
22	ERWEITERUNG	1 519 904 352	948 883 056			1 519 904 352	948 883 056
23	HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ	1 006 460 596	1 106 780 137			1 006 460 596	1 106 780 137
24	BETRUGSBEKÄMPFUNG	78 220 900	76 524 355			78 220 900	76 524 355
25	KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION	194 089 509	194 812 309			194 089 509	194 812 309
26	VERWALTUNG DER KOMMISSION	1 001 412 220	1 000 789 177			1 001 412 220	1 000 789 177
27	HAUSHALT	95 779 570	95 779 570			95 779 570	95 779 570
28	AUDIT	11 632 266	11 632 266			11 632 266	11 632 266
29	STATISTIK	131 883 729	130 895 146			131 883 729	130 895 146
30	VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN	1 449 531 000	1 449 531 000			1 449 531 000	1 449 531 000
31	SPRACHENDIENSTE	387 604 805	387 604 805			387 604 805	387 604 805
32	ENERGIE	933 444 642	653 022 040			933 444 642	653 022 040
33	JUSTIZ	203 409 105	185 843 405			203 409 105	185 843 405
34	KLIMASCHUTZ	121 468 679	51 536 974			121 468 679	51 536 974
40	RESERVEN	502 523 000	194 775 000			502 523 000	194 775 000
Total		139 079 182 966	135 502 851 277	79 726 440		139 158 909 406	135 502 851 277
Davon Reserven (40 02 41)		46 342 000	44 775 000			46 342 000	44 775 000

KOMMISSION

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2014		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 01	VERWALTUNGS AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“	82 299 094	82 299 094			82 299 094	82 299 094
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN	24 991 430 038	31 286 893 080			24 991 430 038	31 286 893 080
13 04	KOHÄSIONSFONDS	7 963 000 000	11 092 840 264			7 963 000 000	11 092 840 264
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT	36 519 962	405 590 679			36 519 962	405 590 679
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS	46 998 528	150 000 000	79 726 440		126 724 968	150 000 000
	Titel 13 — Total	33 120 247 622	43 017 623 117	79 726 440		33 199 974 062	43 017 623 117

TITEL 13

REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

KAPITEL 13 06 — SOLIDARITÄTSFONDS

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2014		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS							
13 06 01	<i>Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Mitgliedstaaten</i>	9	46 998 528	150 000 000	19 501 835		66 500 363	150 000 000
13 06 02	<i>Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Bewerberländer, über deren Beitritt verhandelt wird</i>	9	p.m.	p.m.	60 224 605		60 224 605	p.m.
Kapitel 13 06 — Total			46 998 528	150 000 000	79 726 440		126 724 968	150 000 000

13 06 01 ***Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Mitgliedstaaten***

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
46 998 528	150 000 000	19 501 835		66 500 363	150 000 000

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Mittel eingesetzt, die im Falle der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bei schweren Katastrophen in den Mitgliedstaaten erforderlich werden. Die Unterstützung sollte hauptsächlich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen in Anspruch genommen werden, aber den betroffenen Mitgliedstaaten kann auch entsprechend der Dringlichkeit der Situation Hilfe gewährt werden, wobei eine Frist für die Verwendung der gewährten Finanzhilfe festgesetzt und vorgesehen wird, dass die Empfängerstaaten die Verwendung der erhaltenen finanziellen Unterstützung belegen müssen. Finanzielle Hilfe, die später beispielsweise nach dem „Verursacherprinzip“ durch Zahlungen Dritter ausgeglichen wird oder die, gemessen an der abschließenden Schadensfeststellung, zu viel gezahlt wurde, ist wiedereinzuziehen.

Mit Ausnahme der Vorauszahlung wird die Mittelzuweisung in einem Berichtigungshaushaltsplan festgelegt, dessen alleiniger Zweck in der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union besteht.

Rechtsgrundlagen

.Verordnung (EU) Nr. 661/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 143).

Verweise

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 13 06 — SOLIDARITÄTSFONDS (Fortsetzung)**13 06 02 Solidaritätsfonds der Europäischen Union — Bewerberländer, über deren Beitritt verhandelt wird**

Haushaltsplan 2014		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2014		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	p.m.	60 224 605		60 224 605	p.m.

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Mittel eingesetzt, die im Fall der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bei schweren Katastrophen in den Ländern erforderlich werden, die Beitrittsverhandlungen mit der Union führen. Die Unterstützung sollte hauptsächlich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen in Anspruch genommen werden, aber den betroffenen Ländern kann auch entsprechend der Dringlichkeit der Situation Hilfe gewährt werden, wobei eine Frist für die Verwendung der gewährten Finanzhilfe festgesetzt und vorgesehen wird, dass die Empfängerstaaten die Verwendung der erhaltenen finanziellen Unterstützung belegen müssen. Finanzielle Hilfe, die später beispielsweise nach dem „Verursacherprinzip“ durch Zahlungen Dritter ausgeglichen wird oder die, gemessen an der abschließenden Schadensfeststellung, zu viel gezahlt wurde, ist wiedereinzuziehen.

Über die Mittelzuweisung wird in einem Berichtigungshaushaltsplan entschieden, dessen alleiniger Zweck in der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union besteht.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 661/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 143).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 2005, zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (KOM(2005) 108 endg.).

Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (ABl. C 139 vom 14.6.2006, S. 1).

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2015/371**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 ⁽²⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽³⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, der am 20. November 2013 endgültig erlassen wurde ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 15. April 2014 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014, der vom Rat am 14. Juli 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am 12. September 2014 zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 2014 betreffend den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf die vom Europäischen Parlament am 22. Oktober 2014 angenommenen Abänderungen am Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2014,

unter Hinweis auf das Schreiben des Präsidenten des Rates vom 22. Oktober 2014, in dem dieser mitgeteilt hat, dass der Rat nicht alle vom Parlament angenommenen Abänderungen billigen kann,

unter Hinweis auf das an den Präsidenten des Rates gerichtete Schreiben vom 27. Oktober 2014 zur Einberufung des Vermittlungsausschusses,

unter Hinweis auf die Sitzungen des Vermittlungsausschusses vom 6., 14. und 17. November 2014,

unter Hinweis darauf, dass der Vermittlungsausschuss sich binnen der in Artikel 314 Absatz 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Frist von 21 Tagen nicht auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt hat,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 27. November 2014 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2014, der vom Rat am 12. Dezember 2014 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 17. Dezember 2014,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

⁽¹⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽³⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 51 vom 20.2.2014.

STELLT FEST:

*Einzig*er Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 7 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Straßburg, am 17. Dezember 2014.

Der Präsident
M. SCHULZ

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 7 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2014**INHALT**

	Seite
GESAMTEINNAHMEN	
Teil A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	504
Teil B. Einnahmen nach Haushaltslinien Einnahmen nach Haushaltslinien	516
— Titel 1: Eigene Mittel	517
— Titel 3: Überschüsse, Salden und Anpassungen	521

TEIL A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2014, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	65 300 076 773	69 127 255 205	– 5,54
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	56 443 752 595	57 814 298 094	– 2,37
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	1 665 510 850	1 894 151 766	– 12,07
4. Europa in der Welt	6 840 903 616	6 731 869 945	+ 1,62
5. Verwaltung	8 405 389 881	8 417 791 740	– 0,15
6. Ausgleichszahlungen	28 600 000	75 000 000	– 61,87
Besondere Instrumente	350 000 000	390 465 192	– 10,36
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	– 3,75

⁽¹⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51 vom 20.2.2014), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2014 bis Nr. 7/2014.

⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013.

⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2014 ⁽¹⁾	Haushaltsplan 2013 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	5 545 428 277	3 067 967 007	+ 80,75
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	1 005 406 925	1 023 276 526	– 1,75
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	34 000 000	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	4 095 463 000	p.m.	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	10 646 298 202	4 125 243 533	+ 158,08
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	16 084 600 000	14 822 700 000	+ 8,51
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	17 689 735 350	14 680 052 250	+ 20,50
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	94 613 600 163	110 822 836 159	– 14,63
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelansätze ⁽³⁾	128 387 935 513	140 325 588 409	– 8,51
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	139 034 233 715	144 450 831 942	– 3,75

(¹) Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2014 (ABl. L 51 vom 20.2.2014), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2014 bis Nr. 7/2014.

(²) Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2013 (ABl. L 66 vom 8.3.2013, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2013 bis Nr. 9/2013.

(³) Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2014 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 160. Sitzung am 19. Mai 2014 angenommen hat.

(⁴) Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 665 407 000	3 925 460 000	50	1 962 730 000	1 665 407 000	
Bulgarien	193 091 000	399 471 000	50	199 735 500	193 091 000	
Tschechische Republik	596 638 000	1 357 846 000	50	678 923 000	596 638 000	
Dänemark	951 296 000	2 654 016 000	50	1 327 008 000	951 296 000	
Deutschland	12 418 967 000	29 002 636 000	50	14 501 318 000	12 418 967 000	
Estland	87 147 000	186 046 000	50	93 023 000	87 147 000	
Irland	655 428 000	1 434 183 000	50	717 091 500	655 428 000	
Griechenland	709 312 000	1 798 621 000	50	899 310 500	709 312 000	
Spanien	4 756 829 000	10 283 204 000	50	5 141 602 000	4 756 829 000	
Frankreich	9 731 337 000	21 411 597 000	50	10 705 798 500	9 731 337 000	
Kroatien	263 049 000	422 319 000	50	211 159 500	211 159 500	Kroatien
Italien	6 042 837 000	15 763 695 000	50	7 881 847 500	6 042 837 000	Zypern
Zypern	105 170 000	153 422 000	50	76 711 000	76 711 000	
Lettland	88 567 000	246 154 000	50	123 077 000	88 567 000	Luxemburg
Litauen	138 416 000	349 250 000	50	174 625 000	138 416 000	
Luxemburg	268 280 000	325 038 000	50	162 519 000	162 519 000	Malta
Ungarn	401 698 000	979 528 000	50	489 764 000	401 698 000	
Malta	51 049 000	70 431 000	50	35 215 500	35 215 500	Slowenien
Niederlande	2 743 653 000	6 249 242 000	50	3 124 621 000	2 743 653 000	
Österreich	1 499 731 000	3 217 349 000	50	1 608 674 500	1 499 731 000	
Polen	1 750 837 000	3 931 784 000	50	1 965 892 000	1 750 837 000	
Portugal	767 138 000	1 655 525 000	50	827 762 500	767 138 000	
Rumänien	528 406 000	1 444 740 000	50	722 370 000	528 406 000	
Slowenien	177 308 000	352 303 000	50	176 151 500	176 151 500	
Slowakei	230 006 000	725 821 000	50	362 910 500	230 006 000	
Finnland	928 440 000	1 983 150 000	50	991 575 000	928 440 000	
Schweden	1 889 310 000	4 380 034 000	50	2 190 017 000	1 889 310 000	
Vereinigtes Königreich	9 529 537 000	20 226 302 000	50	10 113 151 000	9 529 537 000	
Insgesamt	59 168 884 000	134 929 167 000		67 464 583 500	58 965 784 500	

(¹) Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom
(Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemes- sungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Ei- genmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 665 407 000	0,300	499 622 100
Bulgarien	193 091 000	0,300	57 927 300
Tschechische Republik	596 638 000	0,300	178 991 400
Dänemark	951 296 000	0,300	285 388 800
Deutschland	12 418 967 000	0,300	3 725 690 100
Estland	87 147 000	0,300	26 144 100
Irland	655 428 000	0,300	196 628 400
Griechenland	709 312 000	0,300	212 793 600
Spanien	4 756 829 000	0,300	1 427 048 700
Frankreich	9 731 337 000	0,300	2 919 401 100
Kroatien	211 159 500	0,300	63 347 850
Italien	6 042 837 000	0,300	1 812 851 100
Zypern	76 711 000	0,300	23 013 300
Lettland	88 567 000	0,300	26 570 100
Litauen	138 416 000	0,300	41 524 800
Luxemburg	162 519 000	0,300	48 755 700
Ungarn	401 698 000	0,300	120 509 400
Malta	35 215 500	0,300	10 564 650
Niederlande	2 743 653 000	0,300	823 095 900
Österreich	1 499 731 000	0,300	449 919 300
Polen	1 750 837 000	0,300	525 251 100
Portugal	767 138 000	0,300	230 141 400
Rumänien	528 406 000	0,300	158 521 800
Slowenien	176 151 500	0,300	52 845 450
Slowakei	230 006 000	0,300	69 001 800
Finnland	928 440 000	0,300	278 532 000
Schweden	1 889 310 000	0,300	566 793 000
Vereinigtes Königreich	9 529 537 000	0,300	2 858 861 100
Insgesamt	58 965 784 500		17 689 735 350

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonational-einkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	3 925 460 000	0,7 012 094 ⁽¹⁾	2 752 569 449
Bulgarien	399 471 000		280 112 820
Tschechische Republik	1 357 846 000		952 134 378
Dänemark	2 654 016 000		1 861 020 966
Deutschland	29 002 636 000		20 336 920 973
Estland	186 046 000		130 457 204
Irland	1 434 183 000		1 005 662 600
Griechenland	1 798 621 000		1 261 209 951
Spanien	10 283 204 000		7 210 679 301
Frankreich	21 411 597 000		15 014 013 074
Kroatien	422 319 000		296 134 052
Italien	15 763 695 000		11 053 651 104
Zypern	153 422 000		107 580 948
Lettland	246 154 000		172 605 499
Litauen	349 250 000		244 897 383
Luxemburg	325 038 000		227 919 701
Ungarn	979 528 000		686 854 241
Malta	70 431 000		49 386 879
Niederlande	6 249 242 000		4 382 027 230
Österreich	3 217 349 000		2 256 035 360
Polen	3 931 784 000		2 757 003 897
Portugal	1 655 525 000		1 160 869 691
Rumänien	1 444 740 000		1 013 065 268
Slowenien	352 303 000		247 038 175
Slowakei	725 821 000		508 952 508
Finnland	1 983 150 000		1 390 603 421
Schweden	4 380 034 000		3 071 321 011
Vereinigtes Königreich	20 226 302 000		14 182 873 079
Insgesamt	134 929 167 000		94 613 600 163

⁽¹⁾ Berechnung des Satzes: (94 613 600 163) / (134 929 167 000) = 0,701209399469575.

TABELLE 4.1

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2013) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	15,5 861	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	6,1 166	
3. (1) – (2)	9,4 694	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		134 675 970 767
5 Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 337 201 043
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		103 338 769 725
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 458 490 768
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		883 513 735
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 574 977 032
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		32 794 702
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		5 542 182 331
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in den zehn der Union am 1. Mai 2004 und den zwei der Union am 1. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).		

TABELLE 4.2

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2011) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 6)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	14,9 811	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,3 021	
3. (1) – (2)	7,6 790	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		116 702 674 481
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		26 831 341 733
5a. Ausgaben für die Beitrittsvorbereitung		3 040 714 610
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		23 790 627 123
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		89 871 332 749
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 554 788 119
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		358 708 861
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		4 196 079 257
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		7 667 508
11 Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		4 188 411 749

⁽¹⁾ Gerundet.

⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben enthält (i) die an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2010 angepasst wurden, sowie die an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2010 angepasst wurden (5a); und (ii) den Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

⁽⁵⁾ Anmerkung: Der Differenzbetrag über – 213 410 778 EUR zwischen dem vorläufigen Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (4 188 411 749 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 4/2012 vorläufig veranschlagten Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (3 975 000 971 EUR) wird im BH Nr. 3/2014 bei Kapitel 36 eingestellt.

TABELLE 4.3

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2010) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	15,4 336	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,7 118	
3. (1) – (2)	7,7 218	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		111 424 575 479
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		23 861 206 535
5a. Ausgaben für die Beitrittsvorbereitung		2 970 699 609
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		20 890 506 926
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		87 563 368 944
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 462 554 636
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		703 660 977
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		3 758 893 659
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		19 348 038
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		3 739 545 621

⁽¹⁾ Gerundet.

⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben enthält (i) die an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2009 angepasst wurden, sowie die an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2009 angepasst wurden (5a); und (ii) den Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

⁽⁵⁾ Anmerkung: Der Differenzbetrag (– 109 003 534 EUR) zwischen dem endgültigen Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (3 739 545 621 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 4/2012 vorläufig veranschlagten Betrag der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (3 630 542 087 EUR) wird im BH Nr. 3/2014 bei Kapitel 35 eingestellt.

TABELLE 5.1

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 5 542 182 331 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,91	3,42	5,46		1,53	4,95	274 500 044
Bulgarien	0,30	0,35	0,56		0,16	0,50	27 934 257
Tschechische Republik	1,01	1,18	1,89		0,53	1,71	94 951 620
Dänemark	1,97	2,31	3,69		1,03	3,35	185 590 353
Deutschland	21,49	25,29	0,00	– 18,96	0,00	6,32	350 335 402
Estland	0,14	0,16	0,26		0,07	0,23	13 009 847
Irland	1,06	1,25	2,00		0,56	1,81	100 289 723
Griechenland	1,33	1,57	2,50		0,70	2,27	125 774 188
Spanien	7,62	8,97	14,31		4,01	12,97	719 085 138
Frankreich	15,87	18,67	29,80		8,35	27,02	1 497 272 756
Kroatien	0,31	0,37	0,59		0,16	0,53	29 531 974
Italien	11,68	13,74	21,94		6,15	19,89	1 102 325 579
Zypern	0,11	0,13	0,21		0,06	0,19	10 728 512
Lettland	0,18	0,21	0,34		0,10	0,31	17 213 087
Litauen	0,26	0,30	0,49		0,14	0,44	24 422 396
Luxemburg	0,24	0,28	0,45		0,13	0,41	22 729 297
Ungarn	0,73	0,85	1,36		0,38	1,24	68 496 553
Malta	0,05	0,06	0,10		0,03	0,09	4 925 108
Niederlande	4,63	5,45	0,00	– 4,09	0,00	1,36	75 487 301
Österreich	2,38	2,80	0,00	– 2,10	0,00	0,70	38 863 752
Polen	2,91	3,43	5,47		1,53	4,96	274 942 269
Portugal	1,23	1,44	2,30		0,65	2,09	115 767 753
Rumänien	1,07	1,26	2,01		0,56	1,82	101 027 954
Slowenien	0,26	0,31	0,49		0,14	0,44	24 635 887
Slowakei	0,54	0,63	1,01		0,28	0,92	50 755 299
Finnland	1,47	1,73	2,76		0,77	2,50	138 677 954
Schweden	3,25	3,82	0,00	– 2,86	0,00	0,95	52 908 328
Vereinigtes Königreich	14,99	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	– 28,02	28,02	100,00	5 542 182 331

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 5.2

Aktualisierung der Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2011 (Kapitel 3 6)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	8 101 453
Bulgarien	1 375 381
Tschechische Republik	5 056 538
Dänemark	7 280 734
Deutschland	18 309 269
Estland	885 630
Irland	8 409 370
Griechenland	3 438 553
Spanien	21 543 140
Frankreich	58 179 865
Kroatien	—
Italien	37 543 615
Zypern	479 335
Lettland	1 333 866
Litauen	1 324 873
Luxemburg	– 29 470
Ungarn	4 872 613
Malta	438 532
Niederlande	2 529 744
Österreich	1 155 028
Polen	17 881 528
Portugal	5 178 017
Rumänien	305 779
Slowenien	1 156 634
Slowakei	1 786 552
Finnland	1 891 154
Schweden	2 983 045
Vereinigtes Königreich	– 213 410 778
Insgesamt	0

TABELLE 5.3

Finanzierung des endgültigen Betrags der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2010 (Kapitel 3 5)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	4 520 547
Bulgarien	562 835
Tschechische Republik	2 556 272
Dänemark	3 345 263
Deutschland	10 941 079
Estland	334 638
Irland	5 207 662
Griechenland	452 777
Spanien	5 161 577
Frankreich	36 713 295
Kroatien	—
Italien	25 185 874
Zypern	919 896
Lettland	377 190
Litauen	527 852
Luxemburg	– 467 949
Ungarn	925 341
Malta	320 963
Niederlande	1 088 457
Österreich	439 387
Polen	4 287 709
Portugal	2 496 000
Rumänien	– 392 307
Slowenien	896 466
Slowakei	913 354
Finnland	822 308
Schweden	867 048
Vereinigtes Königreich	– 109 003 534
Insgesamt	0

TABELLE 6

Überblick über die Finanzierung des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten ⁽¹⁾

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen					Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (75 %)	Zölle netto (75 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %)	Erhebungskosten (25 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten	
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8) =(5)+(6)+(7)	(9)	(10) = (3) + (8)
Belgien	- 7 008 187	1 437 939 613	1 430 931 426	476 977 142	499 622 100	2 752 569 449	287 122 045	3 539 313 594	3,15	4 970 245 020
Bulgarien	400 000	59 648 930	60 048 930	20 016 310	57 927 300	280 112 820	29 872 473	367 912 593	0,33	427 961 523
Tschechische Republik	2 719 317	167 448 201	170 167 518	56 722 506	178 991 400	952 134 378	102 564 430	1 233 690 208	1,10	1 403 857 726
Dänemark	- 5 037 845	310 359 235	305 321 390	101 773 797	285 388 800	1 861 020 966	196 216 349	2 342 626 115	2,09	2 647 947 505
Deutschland	- 44 722 930	3 401 939 670	3 357 216 740	1 119 072 243	3 725 690 100	20 336 920 973	379 585 752	24 442 196 825	21,76	27 799 413 565
Estland	0	23 305 176	23 305 176	7 768 392	26 144 100	130 457 204	14 230 114	170 831 418	0,15	194 136 594
Irland	- 1 628 671	235 618 407	233 989 736	77 996 579	196 628 400	1 005 662 600	113 906 755	1 316 197 755	1,17	1 550 187 491
Griechenland	492 476	111 905 910	112 398 386	37 466 129	212 793 600	1 261 209 951	129 665 518	1 603 669 069	1,43	1 716 067 455
Spanien	748 762	1 044 215 608	1 044 964 370	348 321 457	1 427 048 700	7 210 679 301	745 789 855	9 383 517 856	8,36	10 428 482 226
Frankreich	- 35 571 563	1 455 392 829	1 419 821 266	473 273 755	2 919 401 100	15 014 013 074	1 592 165 916	19 525 580 090	17,39	20 945 401 356
Kroatien	1 700 000	35 727 758	37 427 758	12 475 920	63 347 850	296 134 052	29 531 974	389 013 876	0,35	426 441 634
Italien	- 733 959	1 435 270 298	1 434 536 339	478 178 780	1 812 851 100	11 053 651 104	1 165 055 067	14 031 557 271	12,49	15 466 093 610
Zypern	0	15 605 228	15 605 228	5 201 743	23 013 300	107 580 948	12 127 743	142 721 991	0,13	158 327 219
Lettland	- 37 322	22 175 850	22 138 528	7 379 509	26 570 100	172 605 499	18 924 143	218 099 742	0,19	240 238 270
Litauen	747 545	54 720 963	55 468 508	18 489 503	41 524 800	244 897 383	26 275 121	312 697 304	0,28	368 165 812
Luxemburg	0	12 114 585	12 114 585	4 038 195	48 755 700	227 919 701	22 231 878	298 907 279	0,27	311 021 864
Ungarn	1 556 690	89 730 060	91 286 750	30 428 917	120 509 400	686 854 241	74 294 507	881 658 148	0,79	972 944 898
Malta	0	9 342 604	9 342 604	3 114 201	10 564 650	49 386 879	5 684 602	65 636 131	0,06	74 978 735
Niederlande	- 8 805 676	1 970 981 343	1 962 175 667	654 058 556	823 095 900	4 382 027 230	79 105 502	5 284 228 632	4,71	7 246 404 299
Österreich	- 3 287 560	173 300 162	170 012 602	56 670 868	449 919 300	2 256 035 360	40 458 167	2 746 412 827	2,45	2 916 425 429
Polen	8 893 006	382 020 084	390 913 090	130 304 364	525 251 100	2 757 003 897	297 111 506	3 579 366 503	3,19	3 970 279 593
Portugal	- 451 346	125 149 821	124 698 475	41 566 158	230 141 400	1 160 869 691	123 441 770	1 514 452 861	1,35	1 639 151 336
Rumänien	900 000	106 464 614	107 364 614	35 788 205	158 521 800	1 013 065 268	100 941 426	1 272 528 494	1,13	1 379 893 108
Slowenien	- 4 160	60 264 926	60 260 766	20 086 922	52 845 450	247 038 175	26 688 987	326 572 612	0,29	386 833 378
Slowakei	532 249	89 627 394	90 159 643	30 053 214	69 001 800	508 952 508	53 455 205	631 409 513	0,56	721 569 156
Finnland	- 507 994	121 556 512	121 048 518	40 349 506	278 532 000	1 390 603 421	141 391 417	1 810 526 838	1,61	1 931 575 356
Schweden	- 409 989	459 635 560	459 225 571	153 075 190	566 793 000	3 071 321 011	56 758 421	3 694 872 432	3,29	4 154 098 003
Vereinigtes Königreich	17 157	2 762 638 659	2 762 655 816	920 885 272	2 858 861 100	14 182 873 079	- 5 864 596 643	11 177 137 536	9,95	13 939 793 352
Insgesamt	- 89 500 000	16 174 100 000	16 084 600 000	5 361 533 333	17 689 735 350	94 613 600 163	0	112 303 335 513	100,00	128 387 935 513

⁽¹⁾ p.m. (Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (128 387 935 513 + 10 646 298 202 = 139 034 233 715 = 139 034 233 715).

⁽²⁾ Gesamtbetrag der Eigenmittel als Prozentsatz des BNE: (128 387 935 513) / (13 492 916 700 000) = 0,95 %; Eigenmittellobergrenze in Prozent des BNE: 1,23 %.

TEIL B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN[illegible]

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 7/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren	– 214 000 000		– 214 000 000
1 1 1	Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker	p.m.		p.m.
1 1 3	Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge	p.m.		p.m.
1 1 7	Produktionsabgabe	124 500 000		124 500 000
1 1 8	Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote	p.m.		p.m.
1 1 9	Überschussbetrag	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	– 89 500 000		– 89 500 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	16 174 100 000		16 174 100 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	16 174 100 000		16 174 100 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	17 689 735 350		17 689 735 350
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	17 689 735 350		17 689 735 350

**KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL
GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 7/2014	Neuer Betrag
1 4 0	KAPITEL 1 4			
	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens ab- geführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	95 619 007 088	– 1 005 406 925	90 516 325 930
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	95 619 007 088	– 1 005 406 925	90 516 325 930
1 5 0	KAPITEL 1 5			
	<i>Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	0,—		0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—		0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6			
	<i>Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	p.m.		p.m.
Titel 1 — Total		129 393 342 438	– 1 005 406 925	124 290 661 280

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

1 4 0 *Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 7/2014	Neuer Betrag
95 619 007 088	– 1 005 406 925	90 516 325 930

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,7012 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

**KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2
ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM (Fortsetzung)**

1 4 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 7/2014	Neuer Betrag
Belgien	2 781 819 498	– 29 250 049	2 752 569 449
Bulgarien	283 089 426	– 2 976 606	280 112 820
Tschechische Republik	962 252 189	– 10 117 811	952 134 378
Dänemark	1 880 797 016	– 19 776 050	1 861 020 966
Deutschland	20 553 030 295	– 216 109 322	20 336 920 973
Estland	131 843 501	– 1 386 297	130 457 204
Irland	1 016 349 226	– 10 686 626	1 005 662 600
Griechenland	1 274 612 139	– 13 402 188	1 261 209 951
Spanien	7 287 303 242	– 76 623 941	7 210 679 301
Frankreich	15 173 558 770	– 159 545 696	15 014 013 074
Kroatien	299 280 907	– 3 146 855	296 134 052
Italien	11 171 112 202	– 117 461 098	11 053 651 104
Zypern	108 724 152	– 1 143 204	107 580 948
Lettland	174 439 683	– 1 834 184	172 605 499
Litauen	247 499 773	– 2 602 390	244 897 383
Luxemburg	230 341 679	– 2 421 978	227 919 701
Ungarn	694 153 065	– 7 298 824	686 854 241
Malta	49 911 687	– 524 808	49 386 879
Niederlande	4 428 592 634	– 46 565 404	4 382 027 230
Österreich	2 280 009 013	– 23 973 653	2 256 035 360
Polen	2 786 301 068	– 29 297 171	2 757 003 897
Portugal	1 173 205 618	– 12 335 927	1 160 869 691
Rumänien	1 023 830 558	– 10 765 290	1 013 065 268
Slowenien	249 663 314	– 2 625 139	247 038 175
Slowakei	514 360 867	– 5 408 359	508 952 508
Finnland	1 405 380 602	– 14 777 181	1 390 603 421
Schweden	3 103 958 258	– 32 637 247	3 071 321 011
Vereinigtes Königreich	14 333 586 706	– 150 713 627	14 182 873 079
Artikel 1 4 0 - insgesamt	95 619 007 088	– 1 005 406 925	94 613 600 163

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushalts- plan Nr. 7/2014	Neuer Betrag
	KAPITEL 3 0			
3 0 0	<i>Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr</i>	p.m.	1 005 406 925	1 005 406 925
3 0 2	<i>Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 0 — TOTAL	p.m.	1 005 406 925	1 005 406 925
	KAPITEL 3 1			
3 1 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 1 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	– 80 683 434		– 80 683 434
	Artikel 3 1 0 — Total	– 80 683 434		– 80 683 434
	KAPITEL 3 1 — TOTAL	– 80 683 434		– 80 683 434
	KAPITEL 3 2			
3 2 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 2 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	4 176 146 434		4 176 146 434
	Artikel 3 2 0 — Total	4 176 146 434		4 176 146 434
	KAPITEL 3 2 — TOTAL	4 176 146 434		4 176 146 434
	KAPITEL 3 4			
3 4 0	<i>Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Massnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 4 — TOTAL	p.m.		p.m.

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

[illegible]

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

3 0 0 *Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr*

Haushaltsplan 2014	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 7/2014	Neuer Betrag
p.m.	1 005 406 925	1 005 406 925

Erläuterungen

Nach Artikel 18 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuss oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauf folgenden Haushaltsjahres verbucht.

Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt; gegebenenfalls wird das Verfahren des Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 39 der Haushaltsordnung angewendet. Die Schätzungen werden entsprechend den Richtlinien in Artikel 15 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 vorgenommen.

Nach Abschluss der Rechnungen des jeweiligen Haushaltsjahres wird der gegenüber den Schätzungen verzeichnete Unterschiedsbetrag im Wege eines Berichtigungshaushaltsplans, der von der Kommission innerhalb von 15 Tagen nach Vorlage der vorläufigen Rechnungen vorgelegt werden muss, in den Haushaltsplan des darauf folgenden Jahres eingesetzt.

Ein Fehlbetrag wird bei Artikel 27 02 01 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 7.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 18.

